Montag, 1. Dezember 1986 - D * * *

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 279 - 49. W. - Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 500,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,30 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL.

DIE WELT IM GESPRÄCH



Droht der Welt ein Finanzinfarkt?

Ist das Bankensystem der Vereinigten Staaten gesund, oder besteht die Gefahr, daß es kollabiert? Steht die Welt vor einem Finanzinfarkt? Gibt es eine Möglichkeit, der Schuldenkrise der Dritten Welt Herr zu werden? Wie sicher ist unser Geld? Werden die Kursgewinne im nächsten Jahr steigen? Antworten darauf gibt im WELT-Interview der „Zins-Guru" der Wall Street, Henry Kaufman, Chefökonom bei Salomon Brothers. Seite 7

Chemie unter Druck. Ruf nach schärferen Gesetzen wird lauter

Minister Töpfer zur WELT: Es gibt auch ein Eigeninteresse der Industrie

ULRICH REITZ, Bonn

Die Diskussion über die Folgen der jüngsten Chemie-Unfälle spitzt sich offenbar auf die Frage nach Verschärfung bestehender Gesetze zu. Während die chemische Industrie sich mit Blick auf die Folgekosten immer vehementer gegen restriktivere gesetzliche Regelungen ausspricht, besteht der rheinland-pfälzische Umweltminister Klaus Töpfer darauf, „daß jeder Zwischenfall auch Anlaß sein muß, Gesetze im Interesse einer zukunftgerichteten Umweltpolitik auf den Prüfstand zu stellen".

Demgegenüber lehnte der Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie, Munde, im Kölner „Express" unter Hinweis auf die von der Chemie zugesagten Prüfungen der betriebsinternen Sicherheit neue Gesetze zur Verhütung von Unfällen ab. Für Töpfer liegt es hingegen im Eigeninteresse der Industrie, Gesetze so zu fassen, daß sie das umweltpolitisch Mögliche festschreiben. „Die Chemie weiß, daß der Standort Bundesrepublik Deutschland nur gesichert werden kann, wenn keine umweltgefährdende Produktion stattfindet", so der Minister zur WELT. Umweltpolitik sei immer ein „Abwägen von Ökonomie und Ökologie", aber „dort, wo der Umwelt irreparable Schäden drohen, gibt es keine Abwägungsmöglichkeit mehr".

Töpfer glaubt nicht, daß Produktionsstätten ins Ausland verlagert werden, sollten die Investitionskosten umweltschutzbedingt steigen. Auch dann „überwiegen die Standortvorteile in der Bundesrepublik – und die lassen sich nicht so leicht ersetzen". Auch unter Hinweis auf Gespräche mit dem IG-Chemie-Vorsitzenden Rappe erklärte der rheinland-pfälzische Umweltminister: „Die Umweltpolitik wird nicht zum Jobkiller." Die Industrie müsse nur wissen, woran sie sei. Daß diese Gratwanderung möglich sei, bewiesen die Vorschriften für die Entstickung von Kraftwerken. „Deswegen hat auch kein Betrieb die Bundesrepublik verlassen."

Gleichwohl sagte Töpfer, der als Nachfolger von Walter Wallmann gilt, sollte dieser in ein anderes Ressort überwechseln, schärfere Gesetze „stehen erst am Ende". Zunächst „müssen wir bei der Industrie das umweltpolitische Bewußtsein verstärken. Das muß bis hin zu Investitionsentscheidungen sichtbar werden." Die Chemie „weiß, daß sie alles daransetzen muß, um aus ihrer furchtbaren Schlagseite herauszukommen". Töpfer ist zuversichtlich, daß nicht nur die Großindustrie deshalb „viel Geld einsetzen wird". Zusätzlich müsse aber der Spielraum bestehender Gesetze ausgeschöpft, deren Vollzug durch die Länder verbessert werden.

„Verständlich" nannte Töpfer, der hier ein Wort aus einer Bonner Podiumsdiskussion aufnahm, die „vagabundierenden Ängste" – die Konzentration der Sorgen in der Bevölkerung von der Atom- auf die Chemie-Industrie. Auf Bestrebungen bei SPD und Grünen, aus diesen Emotionen Kapital zu schlagen, ging der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Vogel im Südwestfunk ein: Wer jetzt eine chemiefreie Zukunft fordere, vergesse, daß die Chemie die Grundlage besserer Lebensverhältnisse und Arbeitsplatz für Hunderttausende sei.

DER KOMMENTAR

Kassen klingeln

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Das Weihnachtsgeschäft läuft noch nicht bei allen auf vollen Touren. Für warme Winterkleidung war der erste verkaufsoffene Samstag einfach zu warm. Bei manchem fehlt auch noch das Weihnachtsgeld auf dem Konto. Trotzdem: Die Erwartungen sind erheblich. Und das nicht ohne Grund. Die Deutschen kaufen wieder, nicht nur zu den Festtagen. Das eigentliche Weihnachtsgeschäft ist nur noch das Tüpfelchen auf dem i – ein willkommenes, zweifellos.

Das Konsumklima hat sich verbessert. Das zeigen die Absatzzahlen im Einzelhandel seit Monaten. Sicher, der private Verbrauch ist später in Schwung gekommen, als aufgrund des Preisverfalls für Benzin, Diesel und Heizöl und der in diesem Jahr registrierten Preisstabilität erwartet werden konnte, wodurch die Realeinkommen aufpoliert wurden. Aber jetzt ist sogar schon der Luxuskonsum ein Thema.

Die Automobilindustrie meldet Rekorde und rechnet mit einem noch besseren Jahr 1987. Es werden nicht nur neue Modelle geordert, sondern auch teures Zubehör. Qualität ist gefragt, auch wenn sie mehr kostet.

All das hat nicht nur in der Theorie mit zweierlei zu tun: mit gestiegenen Einkommen und mit optimistischeren Erwartungen. Die wirtschaftlichen Aussichten werden günstiger eingeschätzt als noch vor einem Jahr. Obwohl die Zahl der Arbeitslosen nicht gerade stark gesunken ist, gelten die Arbeitsplätze als sicherer. Kein Umfeld für Miesmacher, was sich auch in der politischen Auseinandersetzung zeigt. Sie haben es schwer, ihre Botschaft anzubringen.

Die Experten, die eine gute Verbrauchskonjunktur prognostizieren, liegen sicher nicht daneben. Und mancher, der sich am ersten langen Samstag nur umgeschaut hat, wird in den nächsten Wochen auch noch kaufen. Das Weihnachtsgeschäft ist gerade erst in Gang gekommen. Die Kassen werden noch häufiger klingeln.

Morgen in der WELT

Hat die Rheinvergiftung Wähler umgestimmt?

Markierte die Hamburg-Wahl wirklich den großen Wählerumschwung? Muß die FDP bangen? Wie wirkt sich die Rheinvergiftung auf die Wählermeinung aus? Frau Professor Noelle-Neumann, Leiterin des Meinungsforschungsinstituts Allensbach ließ mehr als tausend Bundesbürgern einen Fragenkatalog vorlegen. Morgen WELT-exklusiv: Das Wahlbarometer.

POLITIK

Südkorea: Die politische Opposition des Landes hat nach einer der schwersten Konfrontationen mit der Staatsmacht am Wochenende eine härtere Gangart und eine Kampagne zum Sturz der Regierung angedroht. Bei einer Kundgebung in Seoul waren Tausende festgenommen worden. (S. 2)

Sowjetunion: Moskau hat angekündigt, den Justiz- und Polizeiapparat künftig straffer und effektiver zu organisieren. Damit will das Zentralkomitee offenbar der Anti-Korruptionskampagne von Parteichef Gorbatschow die nötige Geltung und den rechtlichen Hintergrund verschaffen.

Frankreich: Die französischen Studenten, die einen Teilerfolg gegen die umstrittene Hochschulreform erzielten, setzen ihre Protestaktionen weiter fort. Sie wollen die Rücknahme des Entwurfs durchsetzen, der von Paris jetzt nochmals überarbeitet wird.

Polen: Regierung und katholische Kirche führten erste offizielle Gespräche über einen dritten Besuch des Papstes in Polen. Johannes Paul II. soll 1987 wieder in seine Heimat kommen. Er wird dann vermutlich auch nach Danzig reisen.

WIRTSCHAFT

Investitionen: Die bei der Bonner Koalition umstrittene Forderung nach einer steuerstundenden Investitionsrücklage verliert an Bedeutung. Die Rücklage gilt für die Union als ein „Symbol" für steuerpolitische Aktivitäten zugunsten des Mittelstands. Kommt es in dieser Frage zu einem Kompromiß? (S. 11)

US-Aktien: Die Anleger zeigen sich von Krisen nicht beeindruckt. Die New Yorker Börse setzte zu einem neuen Höhenflug an, der die September-Rekordmarke nur knapp verfehlte: Gewinnmitnahmen ließen bei schwachem Geschäft den Dow-Jones-Industrieindex wieder leicht abfallen. (S. 11)

KULTUR

Doppelpremiere: In Bonn-Beuel ist in einer zum Theater umgebauten Fabrikhalle Sobols vertracktes Stück „Palästinenserin" aufgeführt worden. In Bad Godesberg wurde Calderons „Großes Welttheater" von Peter Eschberg inszeniert (S. 19)

500. Geburtstag: Mit der größten Ausstellung, die ihm je gewidmet wurde, feiert Florenz den 500. Geburtstag des Malers Andrea del Sarto. 32 seiner Gemälde und 101 Zeichnungen sind bis zum 1. März in der Sala Bianca im Palazzo Pitti zu sehen. (S. 19)

SPORT

Ski alpin: Im ersten Wettbewerb der neuen Weltcup-Saison siegte die 21jährige Michaela Gerg (Lenggries). Im nordamerikanischen Park City gewann sie im Riesenslalom vor der Jugoslawin Mateja Svet. Angelika Hurler (Pfronten) überraschte als Neunte. (S. 16)

Handball: Beim Karpaten-Pokal im rumänischen Craiova, einem wichtigen Test für die B-Weltmeisterschaft, blieb die Auswahl des Deutschen Handball-Bundes in fünf Spielen ohne Niederlage. Zum Abschluß gewann sie gegen Rumäniens B-Auswahl 27:22-Toren. (S. 15)

AUS ALLER WELT



Grant gestorben: Der Filmschauspieler Cary Grant (Foto) ist tot. Er erlag gestern im Alter von 82 Jahren in Davenport (US-Bundesstaat Iowa) einem Schlaganfall. Zuvor hatte Grant die Proben für eine Fernsehshow abbrechen müssen. Der in Großbritannien gebürtige Alexander Archibald Leach wirkte in seiner rund 30jährigen Karriere in mehr als 70 Filmen mit. Es waren vor allem Komödien, in denen er als Mann von Welt und als liebenswürdiger Amerikaner mit Geist und Humor brillierte. (S. 20)

Lieferte auch Moskau Waffen an Iran?

In Washington wehrt sich Vizepräsident Bush gegen Vorwürfe / Reagan muß entscheiden

FRITZ WIRTH, Washington

Präsident Reagan ist gestern von seinem Ferienort in Kalifornien ins Krisen-Treibhaus Washington zurückgekehrt und dort unverzüglich mit dringenden Entscheidungen in der Iran-Affäre konfrontiert worden.

Er wird als erstes einen neuen Sicherheitsberater ernennen müssen. Als Kandidaten sind der Nato-Botschafter David Abshire und Marineminister John Lehman im Gespräch. Außerdem hat Reagan der von ihm eingesetzten Untersuchungskommission unter Leitung des ehemaligen Senators Tower Richtlinien zu erteilen, die heute ihre Arbeit aufnimmt.

Zugleich rückt, neben Stabschef Donald Regan, Vizepräsident George Bush immer stärker ins Scheinwerferlicht. Sollte Regan in den kommenden Wochen nicht in der Lage sein, seine Rolle in diesem Konflikt eindeutig zu klären, dürfte sein Rücktritt unvermeidlich sein.

Vizepräsident Bush erklärte gestern, daß er keine Rolle in dieser Affäre gespielt habe. Sein Name ist jedoch in den letzten Tagen ins Gespräch gekommen, da sein Büro Kontakte zu den Widerstandskämpfern in Nicaragua unterhielt.

Außerdem muß sich das Weiße Haus mit der Forderung auseinandersetzen, einen speziellen Ankläger wie seinerzeit im Watergate-Skandal einzuberufen. Zahlreiche Kongreßmitglieder halten die Untersuchungen

SEITE 2: Ins Schwanken geraten

durch das Justizministerium für unzureichend, da sie die Objektivität des Justizministers Edwin Meese in Frage stellen, der im Anfangsstadium der Affäre als juristischer Berater des Weißen Hauses fungierte.

Inzwischen scheinen die Demokraten sich auf eine Strategie im Umgang mit dieser Krise geeinigt zu haben. Sie vermeiden offenbar die harte direkte Konfrontation mit dem in der amerikanischen Öffentlichkeit immer noch sehr populären Präsidenten und lassen stattdessen hilfreich scheinende Besorgnis erkennen. Zu ihrem Sprecher machte sich gestern Senator Daniel Moynihan, der in einer Rundfunkansprache erklärte: „Ihre Präsidentschaft, Sir, wackelt. Sie kann nur noch gerettet werden, wenn sie mit uns sprechen, dem Kongreß".

In Schweigen hüllt sich nach wie vor die bisherige Hauptperson dieser Affäre, Oberstleutnant North. Er erklärte gestern lediglich: „Ich vertraue jetzt nur noch auf Gott und einen guten Anwalt." Unterdessen meldete die Londoner „Sunday Times", die amerikanischen Waffenlieferungen, darunter Panzermotoren, hätten 20 Transportflugzeuge ausgelastet. In dem Bericht heißt es weiter, auch die Sowjetunion habe Iran trotz ihrer vertraglichen Verpflichtungen gegenüber Irak Waffen sowohl direkt als auch über Nordkorea und die Tschechoslowakei geliefert. Parteichef Gorbatschow, so meint das Blatt, verfolge gegenüber Teheran die gleiche geheime Annäherungspolitik wie US-Präsident Reagan.

CSU-Politiker Klein rät Bonn zu Offerten an Gorbatschow

Genscher gegen „Hemdsärmeligkeit" in der Ostpolitik

DW. Bonn

Nach neuerlichen Angriffen aus Moskau wegen der Äußerungen von Bundeskanzler Kohl über den sowjetischen Parteichef Gorbatschow waren führende Koalitionspolitiker um eine Schadensbegrenzung bemüht. Diese Bestrebungen gipfelten in der Empfehlung des außenpolitischen Sprechers der CDU/CSU, Hans Klein, in einer neuen Phase der Ostpolitik die Sowjetunion durch wirtschaftlich interessante Angebote zu mehr Nachgiebigkeit in Abrüstungsfragen zu bewegen.

Im Süddeutschen Rundfunk sagte der CSU-Politiker, der zur Zeit auf Rüstungs- und Abrüstungsfragen eingeengte Ost-West-Dialog sei zu „repolitisieren". Dabei müsse stärker auf die Spannungsursache, die Menschenrechte und auf die wirtschaftlich-wissenschaftliche Zusammenarbeit abgehoben werden. Klein: „Ich habe keinen Zweifel, daß Generalsekretär Gorbatschow Frieden braucht und Frieden will." Seine Bemühungen um die Modernisierung der Sowjetunion in der Rohstoffgewinnung, der Landwirtschaft und der Infrastruktur seien auch für den Westen von Interesse.

Außenminister Genscher warnte vor einer neuen „Hemdsärmeligkeit" in der Ostpolitik. Die Bundesregierung dürfe den osteuropäischen Staaten keine Rätsel aufgeben, sagte Genscher bei einer FDP-Veranstaltung in Essen. Im Osten müsse man sicher sein, daß Bonn sich in seinen politischen Erklärungen so äußere, wie man es tatsächlich meine. Genscher wandte sich gegen all jene, „die immer neue Diskussionen über Grenzfragen entfachen" und damit „immer neue Ängste" auslösten.

Die „Prawda" setzte sich mit der Bonner Reaktion auf die Kritik der UdSSR am Bundeskanzler auseinander. Das Parteiblatt schrieb, es fehle offenbar der „politische Wille", den „zerstörerischen Kurs" zu ändern. Außerdem griff die „Prawda" SPD-Vorwürfe gegen Kohl auf. Willy Brandt hatte unter Anspielung auf Kohls „Newsweek"-Äußerungen und den Vergleich der Goebbels/Gorbatschow erklärt, er sei „tief traurig" darüber, wie das Kapital verwirtschaftet wurde, das die SPD in ihrer Regierungszeit angelegt habe.

‚Ohne 35 Stunden keine Flexibilisierung'

Steinkühler spricht von „Entgegenkommen der IG Metall" / Dissens über Gemeinwirtschaft

DW. Frankfurt

Die IG Metall hat eine neue Runde im Kampf um die Verkürzung der Wochenarbeitszeit eingeläutet. Der Vorstand billigte am Samstag in Frankfurt die Forderung nach der 35-Stunden-Woche als zentrales Ziel der anstehenden Tarifverhandlungen. Zugleich erklärte sich die IG Metall in Grenzen zu einer Flexibilisierung der Arbeitszeit bereit. Der IG-Metall-Vorsitzende Franz Steinkühler betonte aber, Voraussetzung für das „Entgegenkommen der Gewerkschaft" sei die Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich.

Nach der vom Vorstand aufgrund der Empfehlungen aus 17 Tarifbezirken beschlossenen Verhandlungsposition soll die regelmäßige Arbeitszeit auch bei einer Flexibilisierung acht Stunden pro Tag und 40 Stunden nicht überschreiten. Die Mehrarbeit soll auf zehn Stunden im Monat begrenzt werden. Das freie Wochenende als zentrale Errungenschaft der Gewerkschaften müsse erhalten bleiben. Die Arbeitszeitverkürzung vermehrte Freizeit soll innerhalb von zwei Monaten genommen werden. Dagegen hatten die Arbeitgeber bereits einen Ausgleichzeitraum von einem Jahr gefordert.

Die IG Metall unterbreitete Vorschläge, wie sich die Flexibilisierung darstellen könne – vom Sieben-Stunden-Tag bis zu freien Tagen. Diese Modelle sollten abschließend im Tarifvertrag geregelt werden, so daß sich die Betriebe auf eines der Modelle einigen könnten.

Nach Darstellung des Tarifpolitikers im IG-Metall-Vorstand, Klaus Zwickel, ist mit den Beschlüssen der mitgliederstärksten Gewerkschaft im DGB auch für die Unternehmen ein breites Spektrum für eine gute Auslastung der Maschinen gegeben.

Steinkühler erklärte, falls es die Arbeitgeber auf einen Arbeitskampf ankommen lassen wollten, sei die Gewerkschaft „finanziell gerüstet".

Der Kampf um die Arbeitszeitverkürzung und die Lohn- und Gehaltsrunde 1987 werden Anfang des nächsten Jahres zusammenlaufen und dürften dann in einem Paket verhandelt werden. Die derzeitigen Arbeitszeitbestimmungen mit der 38,5-Stunden-Woche sind zum Jahresende gekündigt, die Lohn- und Gehaltstarife in der Metallindustrie gelten bis Ende März 1987.

Die Meinungen über die Bewältigung der Affäre um die Neue Heimat gehen im Deutschen Gewerkschaftsbund erheblich auseinander: Die IG Metall lehnt nach den Worten Steinkühlers die von der Postgewerkschaft befürwortete Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ebenso ab wie die Einberufung eines außerordentlichen DGB-Bundeskongresses zur Zukunft der Gemeinwirtschaft. Der Fall Neue Heimat lasse sich nur schlecht unter öffentlicher Begleitdiskussion abwickeln, zumal vermutlich noch andere gemeinwirtschaftliche Unternehmen veräußert werden müssten, um an das „nötige Kleingeld" für die Neue-Heimat-Sanierung zu kommen, so Steinkühler.

Hypotheken-Zinsen fallen wieder

DW. Bonn

Für alle, die jetzt ein Haus bauen wollen, kommt eine gute Nachricht. Nachdem ein monatelanger Anstieg zu registrieren war, sinken die Hypothekenzinsen wieder. Bei der Rheinischen Hypo zum Beispiel von 6,75 auf 6,55 Prozent bei fünfjähriger Festschreibung und von 7,60 auf 7,35 Prozent, jeweils bei hundertprozentiger Darlehnsauszahlung. Den Vorreitern, die Zinssenkungen mitgeteilt haben, werden jetzt die anderen Hypothekenbanken folgen.

Seite 11: Fachleute warnen

„Aids" Thema beim EG-Gipfel?

DW. Brüssel

Die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Gemeinschaft sollen beim EG-Gipfeltreffen am Freitag und Samstag in London Maßnahmen zur Bekämpfung der Immunschwäche Aids und der Krebserkrankungen beschließen. Das schlug die britische Regierungschefin Margaret Thatcher als Vorsitzende der Konferenz vor. Als weiteres Thema nannte sie die Schaffung neuer Arbeitsplätze durch kleinere Betriebe, den „EG-Binnenmarkt" sowie den Kampf gegen Terrorismus und Rauschgifthandel.

Im Welthandel die Nummer 1

Mk. Bonn

Die Bundesrepublik ist in diesem Jahr die Nummer 1 im Welthandel. Allerdings konnte sie nur wegen des kräftigen Kursrückgangs des Dollar die USA von dieser Position verdrängen, wie aus dem jetzt veröffentlichten Jahresbericht des Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommens (Gatt) hervorgeht. Von Januar bis Oktober kletterten die deutschen Exporte um 34,5 Prozent auf rund 200 Milliarden Dollar, die der USA nur um drei Prozent auf 180 Milliarden Dollar. In D-Mark gerechnet, sank der Wert der deutschen Exporte in diesem Zeitraum um 8,4 auf 439,5 Milliarden Mark, real nahm das Volumen um 1,9 Prozent zu. Insgesamt entwickelt sich der Welthandel 1986 günstiger, als vom Gatt vorhergesagt worden war. Die Experten veranschlagen die Zunahme jetzt auf vier Prozent, nachdem im vergangenen Jahr nur drei Prozent realisiert werden konnten.

Seite 11: Im Export vor USA

Zu warm für Wintermäntel

J. G. Düsseldorf

Das Konsumklima ist gut, das Wetter aber für den Absatz von Winterware im gesamten Oberbekleidungsbereich noch zu milde.

Dieses Fazit zieht der Einzelhandel aus dem Auftakt des diesjährigen Weihnachtsgeschäfts. Der erste lange Samstag brachte den Warenhäusern zwar den erwarteten Besucherandrang mit schon früh überfüllten Parkplätzen und Restaurants. Doch überwiegend wurde kaum der damals von einigem Wetter geförderte Vorjahresumsatz erreicht. Sehr gut ist das Geschäft mit Spielwaren und hochwertigen Geschenkartikeln angelaufen. Ein neuer „Verkaufshit" zeigte sich im „Hardwarebereich": Computer. Doch auch Videogeräte lagen gut im Rennen. Durchweg sind die Händler optimistisch, im Weihnachtsgeschäft einen Zusatzumsatz von 19 Milliarden Mark oder drei Prozent mehr als im Vorjahr zu schaffen.

Seite 11: Der Paukenschlag blieb aus

Anschlag auf Berliner Anwalt

hrk./DW. Berlin/Bonn

Mit gewerblichem Sprengstoff, wie ihn arabische Extremisten oder deutsche RAF- und „Rote Zellen"-Anhänger benutzen, verübten unbekannte Täter in der Nacht zum Sonntag gegen einen bekannten Berliner Rechtsanwalt und Notar ein Attentat. Sie legten nahe der Garage seines Wohnhauses einen Sprengsatz. Die Explosion ereignete sich gegen drei Uhr morgens und richtete beträchtlichen Sachschaden an. Eine 18jährige Untermieterin der Familie erlitt eine Augenverletzung. Der 49jährige Jurist Claus Bacher – anwaltlich häufig im Baubereich tätig – konnte gegenüber der Polizei keinerlei mögliche Motive für den Anschlag nennen.

Ebenfalls in der Nacht zum Sonntag ist auf das Amtsgericht der westfälischen Stadt Borken von bisher Unbekannten ein Sprengstoff-Attentat verübt worden. Es entstand erheblicher Sachschaden. Menschen wurden nicht verletzt.

London kritisiert prosyrische Berichterstattung der Sowjets

EG unterstützt Sanktionen Bonns / Diplomaten ausgewiesen

SAD/DW. London, Bonn

In einem Brief an die sowjetische Regierungszeitung „Iswestija" hat sich der britische Botschafter in Moskau, Sir Bryan Cartledge, über die pro-syrische Berichterstattung der Sowjet-Medien im Zusammenhang mit der Verurteilung Nisar Hindawis und dem Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen London und Damaskus beschwert. Hindawi war Ende Oktober in London wegen eines versuchten Bombenanschlags auf einen El-Al-Jumbo zu 45 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Cartledge fügte seinem Brief Gerichtsprotokolle sowie „unabhängige Beweise" der britischen Regierung für Syriens Mitschuld an der Planung des Attentats bei. Der Leserbrief des britischen Botschafters ist jedoch bisher nicht erschienen.

Dem Parteiblatt „Prawda" liegt ein Protest des britischen Außenministeriums über die Zensur eines Interviews mit dem Foreign-Office-Staatsminister Timothy Renton vor. Passagen, in denen Renton von... die politischer Gefangennahmen und das Auswanderungsrecht für Juden gefordert hatte, wurden im Text ausgespart.

Die Europäische Gemeinschaft unterstützt die von der Bundesregierung als Reaktion auf den Beweis syrischer Verstrickung in den Anschlag auf die Deutsch-Arabische Gesellschaft in Berlin ergriffenen Sanktionsmaßnahmen gegen Damaskus. Das Auswärtige Amt zitierte einen Brief des amtierenden EG-Ratsvorsitzenden, Sir Geoffrey Howe, in dem dieser erklärt, die Ausweisung der syrischen Diplomaten stehe im Einklang mit der EG-Politik zur Bekämpfung des Terrorismus.

In Damaskus wurden am Samstag die Namen der deutschen Diplomaten bekanntgegeben, die als Reaktion auf den Bonner Beschluß ausgewiesen worden waren. Es handelt sich offenbar um den Vizekonsul Achim Galer, den für Kultur- und Pressefragen zuständigen Zweiten Sekretär der Botschaft, Friedrich Röhrs, und den ersten Sekretär für politische Angelegenheiten, Heinz Wilhelm.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Ins Schwanken geraten

Von Fritz Wirth

Wie immer die Iran-Affäre auch ausgehen mag, die Reagan-Administration wird am Ende kaum fünf Sterne für hervorragendes Krisen-Management beanspruchen können. Diese Administration, die es in guten Tagen so eindrucksvoll verstand, den Präsidenten ins rechte Licht zu rücken, scheint in düsteren Tagen erschreckend schnell die Orientierung zu verlieren.

Und so tut sie das Schlimmste, was im Umgang mit solchen Ereignissen denkbar ist: Sie schweigt, wo alle reden. Sie vertraut offenbar auf den Charme und das Gewicht des letzten Wortes in dieser Affäre. Doch sie übersieht: in einem derartigen Treibhausklima der Krisen schaffen Stimmungen und Halbwahrheiten am Ende Fakten und feste Krisen-Etikette. Eines dieser Etikette heißt Watergate.

Nüchterne Beobachter wissen, daß dies die falsche Adresse für die Einordnung dieser Krise ist. Das hält die Medien und die Opposition im Kongreß jedoch nicht davon ab, bereits die Bühne für ein neues Watergate zu richten. Dazu gehört die Forderung, einen speziellen Ankläger einzuberufen, wie es Sam Ervin im Watergate Skandal war, und ihn zur zentralen Figur dieser Affäre zu machen. Alles deutet darauf hin, daß sich die schweigsam-verschüchterte Reagan-Administration dieser Forderung beugen muß.

Dies ist nicht Watergate. Diese Erkenntnis jedoch entbindet die Regierung Reagan nicht der Sorgfaltspflicht, die Lehren aus Watergate zu berücksichtigen. Henry Kissinger brachte eine der wichtigsten Lehren aus diesem Skandal auf die Formel: Unverzüglich am Anfang alles enthüllen, was unvermeidlich am Ende doch bekannt wird. Das gegenwärtige Schweigen der Administration ist daher unbegreiflich. Solange sie es der Opposition und den Medien überläßt, diese Informationen, angereichert mit Spekulationen, auszugraben, befindet sich das Weiße Haus in der Verteidigung und in der Rolle des Angeklagten. Jeder Tag, an dem diese Regierung noch länger schweigt, liefert jenen neue Argumente, die sich mit lustvoller Besorgnis äußern wie gestern Senator Moynihan: „Diese Regierung ist ins Schwanken geraten".

Fünf bis sieben Jahre

Von Enno v. Loewenstern

Michail Gorbatschow hat bei seinem Indien-Besuch zu Afghanistan gesagt, „daß die Aussicht auf eine politische Lösung in naher Zukunft besteht". Das wird von manchen Beobachtern als Gegensatz zu einer Äußerung des ehemaligen Bonn-Botschafters und jetzigen ZK-Mitarbeiters Valentin Falin empfunden. Falin schätzte, bis zum vollständigen Abzug der Sowjettruppen könnten „fünf bis sieben Jahre vergehen".

Nun mag jeder unter naher Zukunft verstehen, was er will; Falins Zeitangabe ist jedenfalls etwas Greifbares. Sie stellt also den unglücklichen Afghanen nach fast sieben Jahren des Völkermordes weitere sieben Jahre davon in Aussicht. Das Gemetzel mit seinen Gasangriffen, seinen Spielzeugbomben gegen Kinder und seinen sonstigen Bestialitäten gegen die Zivilbevölkerung soll also mehr als doppelt so lange weitergehen, wie der Zweite Weltkrieg dauerte.

Die Aussage wird in der westlichen Welt hingenommen wie eine Wasserstandsmeldung: so ist es eben, da kann man nichts machen; Fatum oder Moira sagen die Altphilologen und Kismet sollen die Betroffenen sagen. Kritik gilt als unfein, und wer gar Assoziationen mit anderen Völkermördern herstellt, dem bescheinigen Prawda, Tass und Iswestija reihum jeden Tag von neuem, er sei lästerlich und unmoralisch und möge dergleichen Mißbilligung aus dem Kreml ja nicht „als Einmischung in den Wahlkampf der Bundesrepublik hinstellen."

Eines Tages wird man alle diese Dinge in den Schulbüchern zusammenfassen als Illustration der wundersamen Geistesverwirrung jener Zeit, die sich aufzuspielen pflegte, daß sie erstens das Erbe der Aufklärung verwalte und zweitens aus der Vergangenheit gelernt habe. Aber eines sollte heute schon festgehalten werden: Falins Begründung dafür, warum die UdSSR jetzt nicht Afghanistan verlassen könne. Dann würden nämlich, sagte er, die USA dort Basen errichten.

Abgesehen davon, daß das doch wohl in Verträgen geklärt werden könnte: heißt das, daß die Sowjets jedes Land überfallen dürfen, das keine US-Basen hat? Dann wohl den Ländern, die sie schon haben, und wehe ihnen, wenn sie etwa die US-Präsenz abbauten.

Schulbeispiel Peru?

Von Günter Friedländer

Peru blüht, nachdem es den Bankiers eine lange Nase drehte", lautet die Schlagzeile über die ganze Seitenbreite einer maßgebenden nordamerikanischen Zeitung, die in den größer werdenden Chor derer einfällt, die neuerdings Feindseligkeit gegenüber dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und Sympathie für dessen Schuldner entdeckt haben. In diesen Kreisen, in denen man noch vor Jahresfrist düster den Zusammenbruch des westlichen Bankensystems voraussagte, sollte es zu einer Schuldnerrevolte kommen, wird Peru plötzlich zum Schulbeispiel dafür, daß das Leben frisch, froh und frei weitergeht, wenn man wie Perus Präsident Alan Garcia die Bankiers Shylocks nennt und die Zahlungen einstellt.

Als Beweis für Perus wirtschaftlichen Erfolg gilt, daß seine Devisenreserve in den letzten achtzehn Monaten um 600 Millionen Dollar gestiegen ist. In dieser Zeit zahlte Peru nur einen Teilbetrag von siebzehn Millionen Dollar auf überfällige Schulden an, blieb aber drei Milliarden Dollar schuldig; in der gleichen Zeit flossen mehr als eine Milliarde Dollar durch den Rauschgifthandel ins Land, weil kolumbianische Kokainfabrikanten die Blätter des Kokastrauchs in Peru (für Preise bis zum Doppelten des Weltmarktpreises) mit Dollar kaufen mußten. Daß von solchen nicht ganz orthodoxen Ersparnissen und Einnahmen etwa vierzehn Prozent in der Staatskasse blieben, ist kaum Beweis einer blühenden Wirtschaft.

Perus Auslandsschuld von mehr als vierzehn Milliarden Dollar stellt eine Pro-Kopf-Schuld von rund 711 Dollar dar. Brasilien, das allgemein als höchstverschuldetes Land Lateinamerikas gilt, hat eine Pro-Kopf-Schuld von nur etwa 49 Dollar mehr, benutzt aber 42 Prozent seines Exporteinkommens, um seinen Schuldendienst zu leisten, während Peru ihn einseitig einstellt. Brasilien kann dennoch ein wirtschaftliches Wachstum von acht Prozent aufweisen, das sich Peru nur optimistisch als Ziel gesetzt hat. Warum also das Lob für den Zahlungsverweigerer Peru statt für Brasilien? Die anhaltende Kapitalflucht aus Peru, [illegible] ne Verteidiger bemängeln, spricht eine klarere S[illegible] e Lobesworte derer, die plötzlich ihr Herz für [illegible] Arme entdeckt haben.



„Oh, Bobby, es war so ein schrecklicher Traum! Du warst gestorben, und Mark war verschwunden, und Öl fiel auf zwölfeinhalb Dollar je Barrel ..." JIM BORGMAN / CINCINNATI ENQUIRER

Wenn der Damm birst

Von Fred de La Trobe

Die koreanische Halbinsel bleibt ein Pulverfaß. Am Wochenende scheiterte eine Massenkundgebung mit dem Ruf nach einer Verfassungsänderung, derzufolge der Präsident direkt vom Volke und nicht wie bisher von manipulierbaren Wahlmännern gewählt werden soll. Die Opposition tritt auch für größere demokratische Freiheiten, für lokale Autonomie und für die Freilassung der politischen Gefangenen ein.

Das rigorose Vorgehen der Regierung gegen die Versammlungsfreiheit signalisiert eine Rückkehr zu einem schärferen Kurs gegen die Opposition. In diesem Frühjahr bis zu den Asienspielen im September war das innenpolitische Klima noch durch beiderseitige Kompromißbereitschaft gekennzeichnet. Aber der Sturz des Marcos-Regimes auf den Philippinen hat den Gegnern der Regierung Chun Doo Hwan Auftrieb gegeben.

Gleichzeitig mit der innenpolitischen Lagezuspitzung hat ein Staudammprojekt Nordkoreas neuen Zündstoff in die zwischenstaatlichen Beziehungen der beiden Landeshälften auf der fernöstlichen Halbinsel gebracht. Das Projekt, für das eine Bauzeit von fünf Jahren vorgesehen ist, droht nach südkoreanischer Einschätzung im Falle einer versehentlichen oder eben absichtlichen Wasserfreilassung Seoul und die angrenzenden Landesteile Zentralkoreas mit einer Wucht zu treffen, die einer Atomexplosion gleichkäme. Pjöngjang aber will von dem Vorhaben nicht ablassen. Nun erwägt Südkorea, für 1,4 Milliarden Mark einen Schutzdamm unterhalb des nordkoreanischen zu errichten.

Das Projekt signalisiert wieder einmal die Unberechenheit Nordkoreas, die der Süden in seine Überlegungen einkalkulieren muß. Zwar strapaziert die Regierung Chun seit Jahren die Gefahr eines Angriffs aus dem kommunistischen Norden, um damit ihre restriktiven und machterhaltenden Maßnahmen zu begründen. Aber die Machtkonfrontation entlang der entmilitarisierten Zone nördlich des 38. Breitengrades ist immer noch äußerst bedrohlich. Jenseits des Todesstreifens stehen 785 000 Mann, ihnen gegenüber im Süden sind es 600 000 Mann zuzüglich 40 000 amerikanischer Soldaten. Der Kontakt zwischen den beiden verfeindeten Teilstaaten ist so gut wie nicht vorhanden, es gibt nicht einmal einen Briefverkehr. Beide Nationen lehnen es strikt ab, einander anzuerkennen, für beide aber ist die Wiedervereinigung das erklärte Ziel.

Während in Nordkorea das Ende der Ära Kim Il Sung heraufdämmert und sein Sohn Kim Chong Il als Nachfolger aufgebaut wird, ist auch die politische Zukunft Südkoreas durch Fragezeichen gekennzeichnet. Präsident Chun Doo Hwan hat sich verpflichtet, Anfang 1988 abzutreten und den Übergang zu einer friedlichen Machtübergabe zu erleichtern. Die Haltung der Regierung im Streit über den Wahlmodus läßt aber den Verdacht zu, daß Chun im Falle eines Rücktritts einen Mann seiner Wahl aus den Kreisen des Militärs auf den Präsidentensessel hieven und damit alles beim bisherigen autoritären System belassen will.

Während in Nordkorea jede freiheitliche Meinungsäußerung strikt unterbunden ist, haben die Koreaner in der südlichen Landeshälfte in den letzten Jahrzehnten immer wieder ihre Sehnsucht nach demokratischen Verhältnissen geäußert. An Bildung und politischer Reife stehen die Südkoreaner den Menschen westlicher Länder wohl kaum nach. Proteste gegen die Folterung politischer Gefangener und andere Verletzungen der Menschenrechte sind nie verstummt. Eine Beteiligung aller Bevölkerungsgruppen am politischen Prozeß wurde unter der strengen „koreanischen Demokratie" von Präsident Chun nicht gewährt.



Schläge für Oppositionspolitiker: Demonstrantenführer Sin Soon Bum FOTO: AP

Das macht die Frage akut, wie lange sich das Regime halten wird. Bei den letzten Wahlen zur Nationalversammlung erhielt die Regierungspartei infolge eines sie begünstigenden Systems zwar die Mehrheit der Mandate, doch prozentual entfielen mehr Stimmen auf die Kandidaten der Opposition.

Die Regierung Chun hat ihre Glaubwürdigkeit aber dank ihrer Wirtschaftserfolge, der relativ geringen Korruption und der Erhaltung von Sicherheit und Ordnung nicht verloren. Sie hat das Heft vor allem deshalb fest in der Hand, weil sie die Unterstützung der Streitkräfte hat, aus deren Reihen der ehemalige Fallschirmjägergeneral Chun hervorgegangen ist. Die südkoreanische Armee ist eine schlagkräftige und hochdisziplinierte Truppe. Die USA, Schutzmacht und wichtigster Bündnispartner, sind wegen der strategischen Bedeutung Südkoreas an der Erhaltung einer stabilen Regierung in Seoul interessiert.

Zwar forderte das US-Außenministerium am Wochenende die südkoreanische Regierung auf, die Versammlungsfreiheit des Volkes zu achten. Doch starkes Drängen auf demokratische Reformen erschien den Amerikanern bisher zu riskant. Bisher konnte Chun Doo Hwan allen Gefahren geschickt ausweichen. Nicht vergessen ist aber, daß schon der autoritäre Präsident Syngman Rhee gestürzt wurde und der strenge Herrscher Park Chung Hee einem Mordanschlag zum Opfer fiel. Wenn es der Regierung nicht gelingt, mit der Opposition einen Kompromiß in der Wahl des Chun-Nachfolgers zu finden, droht sich die Unsicherheit zu einer Dauerkrise auszuweiten.

Im Jahr 1988, in dem die Olympischen Sommerspiele in Seoul stattfinden, werden entscheidende Wegweiser gesetzt. Chun hat gewiß Grund, manchen Kräften hinter den Studenten zu mißtrauen, aber er darf getrost mehr Vertrauen in sein Volk setzen. Dem braucht seine Freiheitsliebe nicht von den Militärs oktroyiert zu werden.

IM GESPRÄCH Gerold Dieke

Auf FDP-Ticket

Von Heinz Heck

Der Kandidat „erhielt bei der Wahl alle Stimmen sowohl der Anteilseigner- wie der Arbeitnehmerseite", verzeichnet die bundeseigene Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) nicht ohne Erleichterung. Gerold Dieke (43) war zwar einziger Kandidat, und FDP-Aufsichtsratsmitglied Hans-Günther Hoppe hatte ihn nach langem Hin und Her auf den Schild gehoben. Aber jüngste Erfahrungen haben gelehrt, daß nicht jeder, der auf einem FDP-Ticket reist, auf dem seiner Partei vorbehaltenen Geschäftsführersessel landet. Die beiden anderen GTZ-Sessel sind Union und SPD vorbehalten.



Wie wird man Entwicklungshelfer-Chef? Dieke FOTO: DIE WELT

Klaus Gärtner, bis 1983 Berichterstatter der FDP-Fraktion für den Entwicklungsetat, hatte aus dieser Funktion so etwas wie einen Anspruch hergeleitet. Um sich für seine künftige Tätigkeit warmzulaufen, war er nach dem Ausscheiden aus dem Bundestag 1983 GTZ-Repräsentant in Saudi-Arabien geworden. Doch man kann auch zu früh springen. Schon vor der Nominierung ließ die Arbeitnehmerbank wissen, daß Gärtner bei ihr keine Chance hat. Dies ungeachtet der Unterstützung nicht nur der FDP, sondern auch seiner politischen Freunde aus dem Haushaltsausschuß. SPD-Haushälter und GTZ-Aufsichtsratsmitglied Helmut Esters ist noch sauer, daß „sein" Kandidat gescheitert ist.

Hat das Bundesunternehmen nun vom Haushaltsausschuß schlechtere Behandlung zu fürchten? Dieke, der am 1. Juli sein Amt von dem aus Altersgründen scheidenden Hartmut Hoeppel (FDP) übernimmt, gibt sich staatsmännisch. Er erwartet, daß er zu jedem AR-Mitglied ein gutes Verhältnis bekommen wird. Schließlich habe ihn Esters auch gewählt. Er sei auch nicht als Rivale angetreten, sondern erst, nachdem Gärtners Scheitern evident gewesen sei.

Bei einer derart institutionalisierten parteipolitischen Verengung der Kandidatenauslese kann man schon von Glück sagen, daß mit Dieke ein Mann in das Eschborner Bundesunternehmen für die Durchführung von technischer Hilfe in Entwicklungsländern kommt, dem das Thema von der praktischen Arbeit her vertraut ist. Zwar ist er seit 1983 Abteilungsleiter für Politik im Thomas-Dehler-Haus und war zuvor vier Jahre in ähnlicher Funktion in der Friedrich-Naumann-Stiftung tätig. Doch hat der ehemalige Stipendiat der Stiftung Volkswagenwerk nach dem Studium der Rechtswissenschaften und Betriebswirtschaftslehre ein rundes Jahrzehnt in der Bundesrepublik und vor Ort in der Entwicklungshilfe zugebracht.

Diese politisch bedingten Besetzungen von außen wirkten nicht demotivierend auf die Leute im Haus, deren Aufstiegschancen damit verbaut würden, meint er auf eine entsprechende Frage selbstbewußt. Denn schließlich brächten solche Kandidaten zusätzliche Kenntnisse und Erfahrungen mit ein. Braucht man diese Überzeugung, wenn man auf der Parteischiene fährt?

DIE MEINUNG DER ANDEREN

THE SUNDAY TIMES

Die Londoner Zeitung kommentiert die Probleme von US-Präsident Reagan wegen der Iran-Affäre:

Im Ausland hat man verstanden ..., 'daß Reagan mit seiner Politik den Wünschen der meisten Amerikaner nachkam. Er begegnete den Russen von einer Position der Stärke. Er ermutigte die Privatwirtschaft im eigenen Land, und er bekämpfte den Terrorismus, ohne nachzugeben. Reagan hat besser als jeder seiner Vorgänger die Hoffnungen und Wünsche des kleinen Mannes artikuliert. Deshalb war er so beliebt, und deshalb war sein Niedergang so schmerzhaft. Wer sich auf dieser Seite des Atlantiks über seine Schwierigkeiten freut, sollte dies zweimal bedenken. Nicht die USA werden unter den Problemen Reagans leiden, sondern die gesamte westliche Allianz.

BERLINER MORGENPOST

Sie sagt zu dem Mord an der Mauer:

So ist die deutsche Wirklichkeit: Noch sind die Schüsse kaum verhallt, mit denen am Wochenanfang in Frohnau ein Flüchtling an der Mauer ermordet wurde, da gestattet sich der „DDR"-Staatsratsvorsitzende, eben jene Mörder mit dem Karl-Marx-Orden und einem Ehrenbanner des ZK der SED auszuzeichnen. Für ihren „aufopferungsvollen Dienst an unserer Staatsgrenze", wie sich der Herr Vorsitzende auszudrücken beliebte. Zynischer und gemeiner sind Tote wohl noch nie verhöhnt, schamlose Mörder noch nie belobigt worden. Und dieses widerliche Schauspiel findet mitten in Deutschland, mitten in Berlin statt, nur 41 Jahre nach dem Ende der nazistischen Mordbanditen. Was ist eigentlich der Unterschied zwischen damals und heute? Und dennoch gibt es nicht wenige Politiker, die sich geradezu danach drängen, diesem Erich Honecker die Hand zu schütteln.

Le Monde

Das Pariser Blatt sieht die Angriffe der „Prawda" gegen Bundeskanzler Kohl vor allem durch die Bonner Haltung zum SDI-Projekt und den Wahlkampf motiviert; die Anspielung auf Goebbels liefere nur den Vorwand:

Ist die Majestätsbeleidigung, die von der „Prawda" nur in Anspielungen und so vage geschildert wird, daß der Artikel fast unverständlich wird, überhaupt der Kern des Problems? Die plumpe Analyse seines anonymen Autors erweckt den Anschein, daß die Beleidigung an sich nur ein Zwischenfall ist und daß die positive Haltung von Bundeskanzler Kohl gegenüber Reagans Strategischer Verteidigungsinitiative das eigentliche Hindernis darstellt. Die größte Sünde des Kanzlers war nicht die beleidigende Gleichstellung (die Sowjetführer haben eine dicke Haut, wenn es sein muß), sondern die Unterstützung des „Sternenkriegs".

Kölnische Rundschau

Sie meint zur Bundestagsdebatte:

Rau kniff auch diesmal. Bundesregierung und Koalitionsfraktionen mußten in den zurückliegenden Debattentagen nicht zur Höchstform auflaufen. Der „Generalangriff" der Opposition ließ sich fast aus dem Stand abwehren.

Eben lobte Dohnanyi Krümmel, nun will Kuhbier raus

Ist unser Problem die „Unregierbarkeit der Städte" oder die der Politiker? / Von Uwe Bahnsen

Hamburgs neugewählte Bürgerschaft hat sich konstituiert. Ihr Präsident, der Christdemokrat Martin Willich, zitierte in seiner Antrittsrede das „schlimme Schlagwort" von den „Hamburger Verhältnissen", das schädlich sei für die Hansestadt. Wohl wahr – und doch sind diese Zustände im Parlament zu besichtigen: Zwei vom Wähler aufgestockte Oppositionsfraktionen, CDU und GAL, von denen letztere ausdrücklich daran festhält, daß ihre Partei diesen Staat nicht mit trägt, und eine auf den zweiten Platz verwiesene SPD, die nun mit einem Minderheitssenat über die Runden kommen muß. Wird Hamburg unregierbar?

Diese Frage ist nicht neu. Sie stellte sich 1982, als Bürgermeister Klaus von Dohnanyi vergeblich versuchte, sich aus der damaligen Minderheitssituation durch Tolerierungsgespräche mit der GAL herauszuverhandeln. Diskutiert wird sie freilich schon seit 1975, als Dohnanyis Amtsvorgänger Hans-Ulrich Klose, damals in der Hansestadt noch „everybody's darling", sich in einem Vortrag vor der Evangelischen Akademie in Tutzing mit der „Unregierbarkeit der Städte" auseinandersetzte.

Zu seinen Thesen gehörte die Kritik an opportunistischen Politikern, die „mehr oder weniger gedankenlos nachvollziehen, was die sogenannte Basis beschließt". Gemünzt war das erkennbar auf die eigene Partei, die SPD.

Zwar hat Klose sich in den letzten Jahren seiner Amtszeit exakt zu jenem „Inspektor einer Basis" entwickelt, den er in seiner Tutzinger Rede noch für verhängnisvoll hielt – sein energiepolitischer Kurswechsel weist das aus. Doch ändert das nichts an der Richtigkeit seines damaligen Befundes. Exemplarisch deutlich wird das an seinem Nachfolger Klaus von Dohnanyi, wiederum in der Energiepolitik.

Dieser Regierungschef läßt es zu, daß sein Energiesenator Jörg Kuhbier und der Staatsrat der Umweltbehörde Fritz Vahrenholt eine theoretische Studie des Technischen Überwachungsvereins kurzerhand zum Anlaß nahmen, um die Bundesregierung aufzufordern, „sämtliche sieben in der Bundesrepublik arbeitenden Siedewasserreaktoren sofort vom Netz zu nehmen". Das „durch die Studie deutlich gewordene Gefährdungspotential" bestätige die Ausstiegspolitik des Senats. Die SPD-Bürgerschaftsfraktion ist in einem zum selben Thema eingebrachten Antrag etwas bescheidener. Sie verlangt „nur" die umgehende Abschaltung der „besonders gefährlichen Atomkraftwerke Krümmel und Stade".

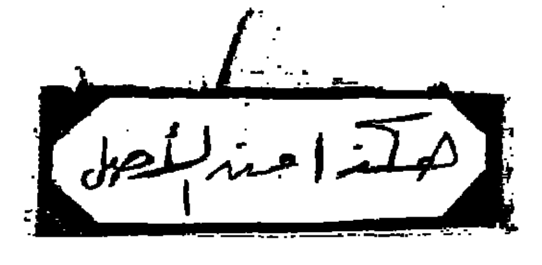
Da in die Horror-Szenarien solcher Vorstöße ein paar Grundtatsachen nicht hineinpassen, lassen die hanseatischen Spitzengenossen sie kurzerhand unter den Tisch fallen. Zu diesen Fakten gehört, daß die Autoren der TÜV-Studie zum Abschluß ihrer Expertise ausdrücklich darauf hinweisen, aus ihren Aussagen könnten keine Schlüsse über die Risiken von Druckwasser- und Siedewasserreaktoren gezogen werden. Und daß die Forderung nach sofortiger Abschaltung etwa des Siedewasserreaktors Krümmel in einem ziemlich krassen Gegensatz zu dem steht, was Bürgermeister Klaus von Dohnanyi erklärte, als er gemeinsam mit seinem Kieler Amtskollegen Uwe Barschel am 28. März 1984 dieses Kernkraftwerk ans Netz schaltete.

Hamburgs Bürgermeister würdigte damals diese „bedeutende ingenieurmäßige Leistung" einer Anlage, die „durch mehrmalige Umrüstung während der Bauzeit immer wieder den neuesten sicherheitstechnischen Erkenntnissen angepaßt worden" sei. Er rühmte generell den „hohen Sicherheitsstandard deutscher Kernkraftwerke".

Weiter bekannte Festredner von Dohnanyi, die Kernenergie habe „ihren festen Platz im Hamburger Energiekonzept"; alle an der Stromversorgung Norddeutschlands Beteiligten sollten „auch in Zukunft die regionale Zusammenarbeit sicherstellen".

Zweieinhalb Jahre sind seither vergangen. Was hat sich seither verändert – etwa der Sicherheitsstandard der Anlage in Krümmel? Der hat sich eher erhöht, und er wird weiter verbessert, wo immer das möglich ist. Gewandelt hat sich, nicht erst seit Tschernobyl, die Basis der SPD. Nicht gewandelt hat sich offenbar jener politische Opportunismus, den der Vortragsredner Hans-Ulrich Klose in Tutzing als eine der Ursachen für die drohende Unregierbarkeit seiner Stadt erwähnte – mit der Konsequenz jener „Hamburger Verhältnisse", die der Bürgerschaftspräsident Willich ein Synonym für „zweifelhafte, schädliche und überflüssige, weil nicht zwingend notwendige Zustände" nannte, die nicht von den Wählern, sondern allein von den Politikern geschaffen worden seien.

Schon werden dem Senat aus der Wirtschaft Zusicherungen dafür abgefordert, daß die Energiepreise in Hamburg in den nächsten Jahren nicht über dem Bundesdurchschnitt liegen werden. Welche Antwort werden die „Aussteiger" Dohnanyi, Kuhbier und Genossen auf solche Anfragen geben? Wie fühlt Dohnanyi sich dabei?



Die „schwarze Witwe“ erinnert an dunkle Zeiten

Die Wunden, welche die Nationalsozialisten und ihre Kollaborateure den Niederländern schlugen, sind noch immer nicht vernarbt. Von Zeit zu Zeit gar werden sie wieder brutal aufgerissen. Diesmal ist es eine alte Dame, die vom Gedankengut der Nazis nicht lassen will.

Von HELMUT HETZEL

In einem bläulich-violett gemusterten Kleid tritt sie vor die Fernseh-Kameras. Sie hat ihre bereits ergrauten Haare sorgfältig hochgesteckt, spricht zurückhaltend, argumentiert äußerst selbstbewußt und mit eher leiser Stimme. „Ich bin doch das eigentliche Opfer; ich habe mich nicht in die Öffentlichkeit gedrängt; das ist doch eine Kampagne, die man gegen mich entfacht hat.“

Die Dame mit dem eleganten Äußeren – auch ihr Brillantring an der rechten Hand und ihre lackierten Fingernägel passen ganz in dieses Bild – ist 72 Jahre alt. Sie heißt Florentine Rost van Tonningen. Und würde man nicht auf das hören, was sie sonst noch so alles sagt, dann könnte man sich durch das für ihr Alter attraktive Erscheinungsbild täuschen lassen: Das ist ja die liebe Oma von nebenan.

Weit gefehlt. Die so attraktive, selbstbewußt auftretende Frau ist in Holland im Moment wohl die meistverachtete und am meisten gehaßte Person. Landauf, landab nennt man sie nur die „schwarze Witwe“, die Witwe des ehemaligen Abgeordneten der Niederländischen Nationalsozialistischen Bewegung (NSB), Meinoud Rost van Tonningen. Für die NSB saß dieser Mann von 1937–1941 als demokratisch gewählter Abgeordneter im Haager Parlament. Für den Nationalsozialismus und seine menschenverachtende Ideologie schlägt auch heute noch das Herz dieser alten Dame. Dafür kämpft sie noch immer. Dafür setzt sie sich ein.

Genau diese alte Dame löste jetzt durch ihr Verhalten, durch ihr Festhalten und ihre andauernde Propaganda für nationalsozialistisches Gedankengut eine Diskussion aus, die nur langsam heilende Wunden wieder aufreißt, die schreckliche Erinnerungen plötzlich wieder wachruft. Viele der 14 Millionen Niederländer sind bis in den Grund ihrer Seele aufgewühlt. Sie sind erneut mit dem Holocaust konfrontiert.

Denn Florentine Rost van Tonningen gehört zu den Unverbesserlichen. Sie leugnet die von den Nationalsozialisten im Zweiten Weltkrieg begangenen Greueltaten wie Deportationen, Exekutionen und Vergasungen. Sie bewundert Adolf Hitler immer noch als den „großen Führer“. Sie verbreitet in ihrer Eigenschaft als Vorsitzende einer privaten Stiftung namens „Lebensbaum“ in Holland auch heute noch neonazistische Propagandaschriften. Und – das ist der eigentliche Grund für die jetzt neu entfachte Diskussion um ihre Person: Sie erhält – da ihr Mann Abgeordneter war – eine staatliche Pension in Höhe von jährlich 25 000 Gulden.

„Weg mit der Pension“, hallt es nun schon seit Tagen durch Holland. 80 Prozent aller Niederländer – so eine Umfrage – sehen diese Forderung für gerechtfertigt an und halten sie auch moralisch für richtig. Doch angesehene Juristen sprechen dagegen. Das christlich-liberale Haager Kabinett plädierte zunächst auch dafür, die Pension weiterzubezahlen.

Erschütternde Szenen spielten sich daraufhin in Holland ab. Tränen flossen im Parlament, als Überlebende der Konzentrationslager und Widerstandskämpfer während einer öffentlichen Anhörung zu der heißumstrittenen Frage, ob es moralisch und auch juristisch gerechtfertigt sei, der Frau die Pension wegzunehmen, Stellung bezogen. Totenstille herrschte in der bis auf den letzten Platz vollbesetzten Haager Volksvertretung, als der Sprecher des niederländischen Widerstandes, Tengs Gerritsen, die Zahlung dieser Pension mit den Worten „unbegreiflich, ja für uns beleidigend“ und „Hohn für alle Naziopfer“ umschrieb.

Draußen vor den Türen standen Hunderte von Menschen, die das Geschehen im Parlament über Lautsprecher und auf Bildschirmen mitverfolgten. Neben ihnen, an einer Außenmauer des historischen Parlamentsgebäudes aufgereiht, waren auf Schildern die Orte zu lesen, die für unsagbares Leid stehen: Mauthausen, Majdanek, Sobibor, Vught ...

Daß der Fall um die „schwarze Witwe“ so viel Staub aufwirbelt und solche Reaktionen hervorruft, resultiert wohl nicht zuletzt aus der Tatsache, daß viele „weiße Witwen“, so nennt man die Witwen von Widerstandskämpfern, oft jahrelang für die Anerkennung ihrer Rentenansprüche bei den zuständigen Behörden kämpfen mußten. Zudem, so hört man in Diskussionen immer wieder, „hat die Frau das Geld doch gar nicht nötig: Sie ist steinreich, wohnt in einer feudalen Villa bei Arnheim und kann auch ohne diese staatliche Pension auskommen“. Vor diesem Hintergrund erscheinen den meisten Niederländern die Pensionszahlungen, inzwischen 800 000 Gulden seit dem Tod ihres Mannes 1945, als eine „Art Belohnung für ihre Nazi-Propaganda“. Und nicht zuletzt beweisen die empörten Reaktionen der Holländer wie wach die Erinnerung an die Greuel des Krieges nach wie vor bei ihnen ist. Mehr noch, es läßt auch auf einen Bewußtseinswandel in der Bevölkerung schließen.

Als das Haager Kabinett die Pensionsansprüche in den 50er Jahren billigte, gab es kaum Kritik. Jetzt erst, über dreißig Jahre später, entfacht der Fall einen wahren Proteststurm.

Proteste und Tränen gab es auch nach dem besagten Fernseh-Interview. Zwar vermied es Frau van Tonningen in diesem Gespräch, Naziparolen herauszuposaunen. Vielmehr war sie erneut bemüht, sich als Opfer einer Kampagne darzustellen, einem Opfer, dem eigentlich Mitleid gebühre. Dennoch glühten nach der Sendung die Telefondrähte. Nicht nur wütende Reaktionen von der Art „Daß man diese Frau überhaupt zu Wort kommen läßt, ist ein Skandal; sie gehört schon längst hinter Gitter“ erreichten die Redaktion. Viele Niederländer weinten am Telefon, erzählten ihr Schicksal, das sie im Zweiten Weltkrieg erlitten hatten. Sie wurden durch den Anblick der „schwarzen Witwe“ ganz gegen ihren eigenen Willen gezwungen, sich an diese schrecklichen Jahre zurückzuerinnern und fühlten sich provoziert. Zu manchen der Anrufer beorderten die Redakteure noch am gleichen Abend Ärzte und Psychiater.



Soll die Pension entzogen werden: Florentine Rost van Tonningen (72) FOTOS: AP

„Die Unglaublichkeit“, so schrieb ein Herr Peijsel aus Den Helder an eine Zeitung, „besteht nicht darin, daß die Witwe eines der schlimmsten Nazis, die wir kannten, eine Pension bekommt. Die Unglaublichkeit besteht darin, daß diese Frau ununterbrochen und bis zum heutigen Tage an diesen verderblichen nationalsozialistischen Ideen festhält.“ Und ein H. Bosmar aus Emmen fragte: „Was bestimmt uns jetzt eigentlich – die Gefühle oder unser Verstand?“ Damit brachte er den schwelenden Konflikt auf den Punkt.

Da ist zunächst die Frage: Soll man der „schwarzen Witwe“ die Pension überhaupt nehmen? Das Parlament hat inzwischen mit der Mehrheit von 76:60 Stimmen mit „Ja“ geantwortet. Doch der Konflikt zwischen dem Prinzip Rechtsstaatlichkeit und dem der Gerechtigkeit, dem Rechtsgefühl eines ganzen Volkes bleibt.

Denn – so argumentieren führende Staatsrechtler des Landes – der Pensionsanspruch ist rechtmäßig und durch die seinerzeitige Wahl des Abgeordneten van Tonningen ins Parlament 1937 legal erworben. Man könne doch nicht jetzt einfach im Nachhinein das bestehende Recht sozusagen auf den Kopf stellen. Der Rechtsstaat in seiner Glaubwürdigkeit würde angetastet. Ein Dilemma, das nur schwer lösbar ist.

Was immer der Gesetzgeber auch tun mag, der Streit wird voraussichtlich weitergehen, wenn nicht gar noch eskalieren. Der Konflikt zwischen Rechtsstaatlichkeit und Gerechtigkeit wird weiter schwelen. Das aber – so befürchtet man – wird in Zukunft weitere Wunden aufreißen und die Diskussion – auch über die Vergangenheit – immer wieder neu aufflammen lassen. Der Grund: Ein Gesetz, das die Pensionsrechte für nichtig erklärt, muß mit einer Zweidrittelmehrheit vom Parlament angenommen werden. Doch diese Mehrheit ist derzeit weit und breit nicht in Sicht. Selbst wenn die Gesetzesnovelle doch noch zustande käme, folgte ihr aller Wahrscheinlichkeit nach eine Prozeßlawine.

Die „schwarze Witwe“ ließ bereits wissen, daß sie gegen das nun vom Parlament geplante Gesetzesvorhaben, mit dem ihre Pensionsrechte beschnitten werden sollen, klagen wird. Geschieht dies, so wäre der lange Marsch durch die rechtsstaatlichen Institutionen des Landes unvermeidlich. Selbst der Europäische Gerichtshof – so meinen namhafte holländische Juristen – könnte eines Tages in dieser so schwierigen Sache gefordert sein.

Meinoud Rost van Tonningen war Abgeordneter der Niederländischen Nationalsozialisten. Nach dem Krieg beging er Selbstmord

„King of Service“, ein Rezept auch für Europa

Wer den Schaden hat, soll sich nicht noch zusätzlich ärgern. Autofirmen starten eine Offensive für besseren und kundenfreundlicheren Service. Ein Modell, mit dem z.B. Daimler-Benz in den USA große Erfolge feiert.

Von HEINZ HORRMANN

Im heißen Wüstensand unter der erbarmungslosen Sahara-Sonne hatte der Rolls-Royce Silver Spur nördlich von Quazazate seinen Dienst eingestellt. Ein vornehmes Hüsteln der noblen Maschine, dann verglühte der letzte Zündfunke. Nur einen Tag, nachdem der Notruf des Kunden in der Londoner Zentrale des Herstellers eingetroffen war, landete bereits ein Sportflugzeug mit Mechanikern und Ersatzteilen auf der schmalen Wüstenpiste. Weitab aller Zivilisation wurde der Rolls repariert.

Vielleicht war der Zwischenfall und die weltweit veröffentlichte Hilfsaktion nur ein geglückter PR-Gag, um die Legende vom erdumspannenden Hilfsdienst zu beleben. In jedem Fall paßt die Aktion in das Servicebild der kommenden Jahre. Neben dem reinen Produkt und dem technischen Kundendienst wird allgemein verstärkt die Betreuung des Kunden angekündigt.

Vorreiter dieses Konzepts ist das deutsche Nobelunternehmen Daimler-Benz. Auf dem amerikanischen Markt wurde der Tag- und Nacht-Notdienst bereits eingeführt und ungewöhnliche Kulanz außerhalb der Garantiezeit (zum Beispiel bei Getriebeschäden) gewährt. Dafür wurde das Unternehmen, das in der Produktrangliste nur auf Platz zwei hinter Honda gesetzt wurde (wegen Fehler an der Klimaanlage im 190er), in der bedeutendsten unabhängigen US-Marktstudie („Power-Forschung“) mit Abstand an die Spitze der Service-Wertung gesetzt. Eine Auszeichnung, auf die man in Stuttgart stolz ist. Der klangvolle Titel „King of Service“ wird in der Werbung gezielt eingesetzt.

Hans-Jürgen Hinrichs (53), das Vorstandsmitglied in Stuttgart, das neben dem Verkauf die perfekte Betreuung weltweit organisieren soll, hat Dienstleistungsperfektion in harten Amerika-Jahren erlernt – als Vertriebsspezialist für Volkswagen und Vice President Mercedes-Benz of North America.



Das Ziel heißt Service: Hans-Jürgen Hinrichs, Vorstandsmitglied bei Daimler-Benz FOTO: DIE WELT

Aus den Erfahrungen entwickelte Hinrichs eine eigene Service-Philosophie: „Wer ein Produkt der obersten Preiskategorie kauft, wie das bei unseren Fahrzeugen der Fall ist, verbindet das zu Recht mit bestimmten Anforderungen und höchsten Erwartungen. Sie beschränken sich nicht nur auf das Auto, sondern schließen auch die eigene Betreuung ein. Darauf müssen wir uns einstellen.“ Das Problem dabei sei nicht der große finanzielle Aufwand für das Unternehmen, sondern die Service-Bereitschaft von weltweit 150 000 Menschen der Organisation. Das gilt für Mercedes ebenso wie für alle Mitbewerber. Eine internationale Mannschaft, in der es zwangsläufig auch menschliche Schwachstellen gibt, muß die Aufgabe übernehmen. Obwohl jeder einzelne den Begriff „dienen“ nahegebracht bekommt, können Fehler passieren. Diese weitgehend auszumerzen ist eine wesentliche Aufgabe und trotz Automatik, Computer und elektronischen Diagnose-Zentren eine persönliche und angenehme Atmosphäre in den Werkstätten zu schaffen eine andere.

Wie kann das in der Praxis aussehen, dem Autofahrer Ärger abzunehmen und seinen Alltag nach einer Panne zu erleichtern? Hinrichs nennt ein paar Beispiele. „Das Transportproblem: Der Wagen ist in der Werkstatt, wie kommt der Kunde zurück in die Stadt, zur Arbeit, nach Hause, und was macht er den Tag über ohne Fahrzeug? Wir müssen organisieren, daß er entweder gefahren wird oder ein Auto zur Verfügung gestellt bekommt. Reparatur und Inspektionen dürfen nicht mit zusätzlichen Unannehmlichkeiten verbunden sein.“ Oft fangen diese schon mit dem Telefonieren in der Werkstatt an. Leider passiert es immer wieder, daß Kunden bei der Bitte um ein Gespräch angeraunzt und zum Münzautomaten geschickt werden.

„Warum richten wir nicht einen Raum ein, wo unsere Kunden ungestört telefonieren, Arbeitsvorgänge abwickeln und, wenn möglich, in der Wartezeit aufs Auto auch andere berufliche Dinge regeln können?“ fragt Hinrichs.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist ein gutfunktionierendes Notrufsystem, das dem liegengebliebenen Autofahrer bei Tag und bei Nacht umgehende Hilfe und eine Reparatur seines Fahrzeugs garantiert, ein bedeutender Baustein zum USA-Erfolg. Mercedes richtet dieses System in der nächsten Zeit auch in Deutschland ein.

Die perfekte Betreuung der Zukunft beginnt nach dem Daimler-Konzept allerdings schon viel früher als bisher: beim Kauf eines Autos nämlich. Der Angestellte im Autohaus soll nicht mehr nur verkaufen, schon gar nicht überreden, sondern Hilfe bei Kaufüberlegungen geben. Er wird zum sachkundigen Berater. Das ist nun leichter gesagt als in die Praxis umgesetzt. Mit Lehrgängen und gezielten Programmen kommt man, so Hinrichs, dem Ziel näher. Dabei ist die ganz individuelle Ansprache ein wichtiges Fach. Verkaufsberater, Meister, der Mann in der Werkstatt, sie alle sollen auch dem heutigen Trend zur Anonymität, zur Kundennummer nicht nur auf dem Autodach entgegenarbeiten.

Zurück zur Technik. Daß Autos immer noch gewartet werden müssen, daß Pannen durch technische Fehler passieren, sind Nachteile, die erst durch den Werkstatt-Service korrigiert werden. Eine Frage, die sich dabei aufdrängt: Ist der Kundendienst eigentlich das schlechte Gewissen der Konstrukteure? Nein, so möchte das der Mercedes-Vorstand nicht sehen. Bei jedem technischen Produkt könne es natürlich Störfälle geben. Daran werde mit einer späteren Reparaturfreundlichkeit bei der Konstruktion gedacht. Und die Werkstatt-Mitarbeiter würden mit den kleinsten Details der Vehikel vertraut gemacht. Doch Zweifel an der Qualität der Autos gebe es nicht.

Kundendienst in Vollendung ist kein Privileg für Nobelfahrzeuge in der oberen Preisklasse. Auch der Großserien-Hersteller Opel schult jedes Jahr mehr als 10 000 Werkstatt-Techniker, speziell für den Omega wurden in kurzer Zeit 3000 Kundendienst-Mitarbeiter in 130 Seminaren trainiert.

Omega-Fahrer profitieren auch dann vom vorsorglichen Kundendienst in der Entstehungsphase des Fahrzeugtyps, wenn sie noch gar nicht an die Werkstatt denken. Ein wesentlicher Teil der Bemühungen bei der zwei Milliarden Mark aufwendigen Entwicklung war, preisgünstige Reparaturmöglichkeiten bei Unfallschäden zu finden. Der Erfolg dieser Schadensbegrenzungsstrategie zeigte sich in der Typenklasseneinstufung für die Voll- und Teilkaskoversicherung.

Für die Service-Strategen aller Hersteller gilt es zukünftig auch, die Beherrschung einer neuen Disziplin zu trainieren: des große Angebot an Elektronik im Auto. Opel hat für das Abfragen und Ausmachen etwaiger Fehlfunktionen erstmalig in Deutschland eine einheitliche „Sprache“ für alle elektronischen Bauteile entwickelt. BMW bemüht sich mit gewaltigem Aufwand, ihre Service-Stationen zu trimmen. Die in der Elektronik extrem störanfälligen 7er Modelle machen viel Arbeit.

Eine völlig andere Service-Gewichtung haben die japanischen Automobilhersteller. Der Kunde bleibt hier zwar eine anonyme Nummer, doch geködert wird mit verlängerten Garantiezeiten. So werben Nissan und Mitsubishi mit drei Jahren ohne Kilometer-Begrenzung. Doch anders als in den 70er Jahren, als Ford die Garantiespanne erstmals von sechs Monaten auf ein Jahr anhob und die Konkurrenz in Panik geriet, sehen die deutschen Anbieter derzeit keinen Anlaß, ihre Garantiefristen zu ändern. Das Kundenverhalten gibt ihnen recht. Mit diesem Angebot wurde kein Auto dieser Marken mehr als bisher verkauft.

Das Bemühen um das Wohl des Kunden scheint dagegen der erfolgversprechende Weg. Marktforscher haben festgestellt, daß für das Gefühl, einen guten Autokauf getätigt zu haben, nicht allein der Kaufpreis und das technische Produkt entscheidend sind, sondern ebenso Kundendienst, Serviceleistung in der Unternehmensorganisation der Marke und die Bereitschaft zur Kulanz, wenn nach der Garantiezeit einmal Probleme auftreten.

Wer eine Tante in Bottrop hat, spielt in der Lotterie mit

Es gibt kein neues Abkommen, es gibt keine Ankündigung, dennoch hat sich etwas geändert: Die Zahl der Besucher aus der „DDR“ die nicht im Rentenalter sind, ist stark gestiegen. Wer Verwandte im Westen hat, hat eine Chance; doch die Auswahl ähnelt einer Lotterie.

Von DIETER DOSE und HANS-R. KARUTZ

Der D-Zug 434 von Leipzig nach Hamburg trifft täglich fahrplanmäßig um 14.32 Uhr in Büchen ein. Grenzkontrollpunkt. Für Reisende aus der „DDR“ ist es die erste Station in der Bundesrepublik. Seit Anfang des Jahres sind nicht mehr allein Rentner die Fahrgäste; immer mehr jüngere Leute kommen über Büchen oder über die anderen Grenzübergänge in die Bundesrepublik.

„Reisen in dringenden Familienangelegenheiten“ machen es möglich. Runde Geburtstage, ab 70 jeder, Hochzeiten, Konfirmationen, Taufen, Familienfeiern aller Art. Es ist etwas leichter geworden, in den Westen zu reisen. Ohne jede offizielle Ankündigung gibt es großzügiger Reisegenehmigungen.

„Ich bin 19 Jahre und kann es noch nicht fassen, auf der Fahrt zu meiner Oma nach Bremen zu sein“, sagt ein junges Mädchen aus Karl-Marx-Stadt (Chemnitz) in Büchen vor der Kamera eines Fernsehteams. „Bis vor wenigen Tagen hatte ich noch geglaubt, 60 Jahre und Rentnerin werden zu müssen, um mal in den Westen zu kommen.“ Großmutters 70. Geburtstag ist der Anlaß.

„Die Reise in den Westen ist für den DDR-Bürger wie ein großes Weihnachten im Kinderland“, sagte kürzlich der evangelische Pfarrer Gerhard von Essen auf der Regionalsynode in West-Berlin. Der Geistliche aus Ost-Berlin nannte aber auch das Verhalten der „DDR“-Bürger, die von solchen Reisen nicht zurückkehren, „unverantwortlich und schmerzlich“, weil andere Antragsteller darunter leiden.

Etwa 200 000 „DDR“-Bewohner unterhalb des Rentenalters kommen in diesem Jahr in die Bundesrepublik. Bis Ende September waren es nach Erkenntnissen des Ministeriums für Innerdeutsche Beziehungen bereits 160 000. Aber ganz exakte Statistiken gibt es nicht. Möglich, daß es sogar mehr als 200 000 sein werden. 1985 waren es nur 66 000.

Bei den Berliner Bezirksämtern, die das Begrüßungsgeld von 30 Mark pro Kopf ausgeben, sind seit Frühjahr die Zahlen der jüngeren „DDR“-Bürger von Monat zu Monat gestiegen. Beispiel aus Charlottenburg: im Januar 104, im Oktober 651.

Aus Ost-Berlin erfuhr die WELT, daß 0,4 Prozent der Westreisenden in Familienangelegenheiten nicht zurückkehren. Gerechnet hatte man im SED-Politbüro, so heißt es, jedoch mit drei Prozent. Dennoch sind Lokkerungen schon wieder rückgängig gemacht worden: Seit Anfang Juli erhalten keine Ehepaare mehr die Genehmigung, reisen darf nur einer.

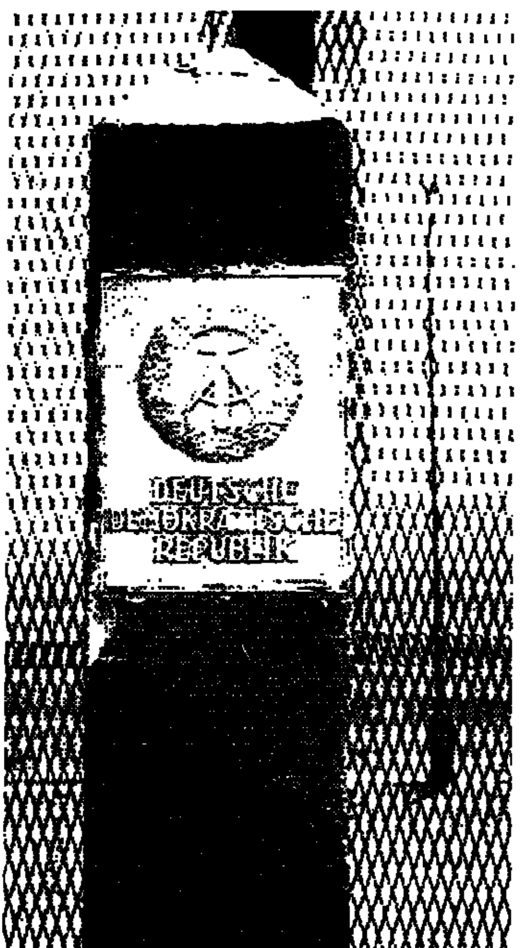
Für die SED sind die Züge in den Westen ein Ventil, um Dampf abzulassen und Unzufriedenheit abzubauen. „Bei aller Dankbarkeit für die Erweiterung der Reisemöglichkeiten gibt es auch weiter Spannungen und Belastungen“, stellte kürzlich die Synode der Evangelischen Kirchenprovinz Sachsen unter Hinweis auf die hohe Zahl der ohne Begründung abgelehnten Reiseanträge fest. Besonders die Kirche kritisiert, daß die „sozialistische Gesellschaft“ durch die gegenwärtige Praxis in zwei Klassen gespalten werde. Der „DDR“-Bürger ohne Tante in Bottrop, Oma in Mainz oder Vetter in Kassel hat keine Chance zu einer Reise in den Westen.

„Als ich meine Genehmigung erhielt, hatte ich fast ein schlechtes Gewissen es meinen Kollegen zu sagen“, berichtet eine Frau aus dem mecklenburgischen Güstrow. „Denn von vielen sind die Anträge abgelehnt worden.“ Ihr erster auch. Aber sie war hartnäckig und schrieb an SED-Chef Erich Honecker. Einige Wochen später, der 60. Geburtstag des Bruders in West-Berlin war längst vorüber, erhielt sie eine Vorladung zum Volkspolizei-Kreisamt. „Warum müssen Sie denn gleich dem Genossen Honecker schreiben“, wurde sie angefaucht, aber sie erhielt die Genehmigung. Ein Einzelfall, denn nützte es generell etwas, „an Erich“ zu schreiben – Hunderttausende würden es tun. Denn bei 16,5 Millionen Einwohnern sind die 2,5 Millionen Rentner und die 200 000 Jüngeren, die reisen durften, nur ein Bruchteil von denen, die reisen wollen.

Der Andrang der Antragsteller bei der Vopo ist riesig. „Beängstigend steigt die Zahl der Anträge“, berichtet ein „DDR“-Bürger. Der Staatsapparat sei schon fast überfordert. Das räumte auch Erich Honecker ein, als er Anfang des Jahres mit einer Wochenzeitung der Bundesrepublik darauf hinwies, daß es in einem Staatswesen auch Hemmnisse gebe. Der Mann kennt seine Bürokratie. Die Mundpropaganda zwischen Ostseeküste und Erzgebirge hat dazu geführt, daß die Schlangen bei der Vopo ständig länger werden. Wer darf und wer nicht – das ist fast wie ein Hauptgewinn im volkseigenen Lotto.

Ohne Zustimmung des Betriebes oder der Dienststelle läuft nichts. „Schämen Sie sich nicht, Sie als Erzieherin unserer Jugend wollen in den Westen reisen“, wurde eine Lehrerin aus Magdeburg von ihrem Schulleiter abgefertigt. Abgelehnt. Keine Chance auch für den 35jährigen Bäckermeister aus Potsdam, ehemals Unteroffizier auf Zeit bei der Nationalen Volksarmee, weil erst acht von zehn Jahren „Karenz“ nach dem Ausscheiden aus der Armee vergangen sind. Aber der 28jährige Ingenieur aus Salzwedel durfte zur Silberhochzeit des Onkels, ersten Grades, nach Essen. Die Sperrfrist von fünf Jahren seit seinem Ausscheiden aus der Armee war seit zwei Monaten vorbei. Er war eben nur ein einfacher Soldat und kein Längerdienender wie der oben erwähnte Unteroffizier.

Die Raumpflegerin in einem Ministerium ist genauso von der Westreise ausgeschlossen wie der Parteisekretär einer Wohngruppe, selbst wenn es sich um einen Besuch bei den Eltern handelt. Dennoch bleibt undurchsichtig, nach welchen Gesichtspunkten Genehmigungen erteilt werden. Immerhin, die SED-Mitgliedschaft ist kein Hinderungsgrund. Es gibt sogar Beispiele, in denen „DDR“-Bewohner aufgefordert werden, den Antrag zu stellen. „Herr Chefarzt, wollen Sie nicht mal für zehn Tage in die Bundesrepublik reisen“, wurde ein Arzt aus dem Bezirk Halle aufgefordert – natürlich ohne Frau und Kinder.



Grenzzaun und Gitter: West-Reisen bleiben für viele unerreichbar FOTO: J. VOLKMANN

Ohnedies entscheidet in allen Fällen der Zentral-Computer im Ministerium für Staatssicherheit darüber, wer fahren darf oder nicht. Anhand der Einwohnerkennziffer ist dort jeder „DDR“-Bürger registriert. Kein Betrieb und kein Vopo-Kreisamt stellt den „Persilschein“ für die Reise in die Bundesrepublik ohne die Zustimmung des Stasi aus. Meist erfahren dann die Antragsteller erst zwei Tage vor dem beantragten Reisetermin, ob sie fahren dürfen oder nicht.

Am Arbeitsplatz, an der Theke oder beim Hausfrauen-Plausch in der Kaufhalle, es gibt meist nur ein Hauptthema (sehr zum Ärger der SED-Obrigkeit): Wie komme ich zu einer Westreise. Selbst in SED-Versammlungen ist die undurchsichtige Genehmigungspraxis ein Dauerthema, denn auch SED-Genossen, Aktivisten und dekorierte Funktionäre möchten gern mal in den Westen.

Denn trotz der großzügigeren Reisemöglichkeiten ist die Zahl der Ausreiseanträge, also die Anträge jener, die die „DDR“ für immer verlassen wollen, nicht zurückgegangen. 120 000 Ausreisegesuche, Familienmitglieder nicht mitgerechnet, sollen derzeit vorliegen.

So kursiert in der „DDR“ derzeit folgender Witz: Ein „DDR“-Bürger kommt zur Vopo und stellt einen Ausreiseantrag. Er wird gefragt, in welches Land er denn ausreisen will. Seine Antwort: in die „DDR“. Sie spinnen ja wohl, antwortet ihm der Volkspolizist. Sie wollen doch in die BRD. Der Antragsteller beharrt darauf, in die „DDR“ ausreisen zu wollen. Seine Erklärung: „Ich will in die DDR – so wie sie täglich im ‚Neuen Deutschland‘ geschildert wird.“

Abtreibung als Folge besserer Frühdiagnose?

epd, **Hamburg**

Einen Anstieg der Schwangerschaftsabbrüche als Folge einer verbesserten Diagnose von Erbschäden oder -krankheiten befürchtet die Vorsitzende der Kommission für Wissenschaft, Technik und Ethik beim CDU-Präsidium, die Bundestagsabgeordnete Hanna Neumeister.

Auf einer Tagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Hamburg sagte Frau Neumeister am Wochenende, die frühzeitige Kenntnis etwa von Mißbildungen werde den Druck auf die Eltern verstärken, ein fehlentwickeltes Kind abtreiben zu lassen.

Das könne zu einer bedenklichen neuen Diskussion über das Lebensrecht von Behinderten führen, warnte die CDU-Politikerin. Frau Neumeister, die auch Mitglied der Enquetekommission Gentechnologie des Bundestages ist, sprach sich dafür aus, rechtzeitig festzulegen, welche „Abweichungen von der Norm" den Eltern mitgeteilt werden sollten.

Auf keinen Fall dürfe es zu einer Entwicklung kommen, bei der bereits das „falsche Geschlecht" des ungeborenen Kindes zu einer Abtreibung führe. Angesichts der neuen Möglichkeiten der Gentechnologie und der Genmanipulation sprach sich die Vorsitzende für eine verstärkte „Risikoforschung" aus.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster, send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

FDP schießt sich auf Rau und Biedenkopf ein

Wahlkampferöffnung mit Graf Lambsdorff in NRW

DIETHART GOOS, **Essen**

Den bisher schärfsten Angriff der Liberalen auf SPD-Kanzlerkandidat *Johannes Rau und die Grünen hat am* Wochenende in Essen FDP-Präsidiumsmitglied Otto Graf Lambsdorff zum Wahlkampfauftakt in NRW gestartet. Zugleich attackierte er beim FDP-Wahlkampfauftakt auch Kurt Biedenkopf, den CDU-Vorsitzenden von Nordrhein-Westfalen.

Lambsdorff verwies auf den „fundamentalen Gegensatz" der FDP-Wirtschaftspolitik zu den Vorstellungen der SPD und der Grünen und folgerte: „Diese unüberbrückbaren Meinungsverschiedenheiten sind es, die zur Koalitionsaussage der FDP einerseits und zur Absage an jegliche Koalition mit Sozialdemokraten andererseits zwingen. Daran ändern die verwaschenen Formulierungen, mit denen der sozialdemokratische Spitzenkandidat den Rückfall seiner Partei in den Staat von Steuern, Abgaben, Schulden und Umverteilung verdecken will, nichts. Mit konturenloser Harmlosigkeit, mit freundlichen Drumherumreden kann Johannes Rau nicht überzeugen."

Mit Sarkasmus und bitterer Ironie fügte Lambsdorff hinzu: „Der Mann kann einem leid tun – ehrlich! Das hat der Mann doch nicht verdient. Auch nicht das mit der Neuen Heimat. Es ist ein klassischer Fall sozialistischer Mißwirtschaft. Aber so ein richtiger Sozialist ist der Bruder Johannes doch gar nicht."

In Nordrhein-Westfalen gehe es um die Entscheidung, wie Graf Lambsdorff seinen Zuhörern im Essener Saalbau immer wieder von Beifall und Gelächter unterbrochen versicherte. „Hier muß Johannes Rau gestellt werden, und das muß die FDP tun." Warum dies Aufgabe seiner Partei sei, fügte der ehemalige Wirtschaftsminister sofort hinzu: „Die nordrhein-westfälische CDU hat offenbar aus der Landtagswahl von 1985 nichts gelernt. Zwar ist sie jetzt auch im Angriff, aber aufeinander. Biedenkopf bezichtigt *Pützhofen* wahlschädigendes Verhalten, Worms eiert im Landtag."

Lambsdorff ließ auch nicht die umstrittenen Äußerungen des nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden über die Grünen aus. „Der Professor Biedenkopf bestätigt den Grünen, sie hätten nicht nur den Umweltschutz angestoßen – das mag ja noch sein – sondern auch die Friedenspolitik vorangebracht. Mit ‚Raus aus der NATO' und einseitiger Abrüstung? Wie kommt das Präsidiumsmitglied Kurt Biedenkopf dazu, acht Wochen vor der Wahl in der ‚Frankfurter Rundschau' ein Loblied auf die Grünen zu singen?" Mit ätzender Schärfe setzte Lambsdorff nach: „Jedes Gespräch mit dem famosen Turnschuh-Minister aus dem Gruselkabinett des Herrn Börner sei für ihn, Biedenkopf, ein Gewinn gewesen. Gewinn! Was muß das für ein armer Kerl sein, der Biedenkopf."

Mindestens acht Prozent der Stimmen will die FDP bei der Bundestagswahl gewinnen. So versicherte der nordrhein-westfälische FDP-Landesvorsitzende Jürgen Möllemann bei der Auftaktkundgebung in Essen.

Saar-FDP für den Ausstieg

DW. **Saarbrücken**

Die Freien Demokraten im Saarland sprachen sich gestern auf ihrem Landesparteitag dafür aus, umgehend mit dem schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie in der Bundesrepublik Deutschland zu beginnen. Die anderen Staaten, die Kernkraftwerke betreiben, sollten aufgefordert werden, ebenfalls auf die Nutzung der Atomkraft zu verzichten.

Ein entsprechender Antrag wurde von den knapp 400 Parteitagsdelegierten der saarländischen FDP nach längerer und kontroverser Diskussion überraschend mit deutlicher Mehrheit angenommen.

Kirchner für Wochenend-Arbeit

DW. **Bonn**

Zu der Ankündigung der IG Metall, für die 35-Stunden-Woche und das freie Wochenende werde notfalls gestreikt, sagt Metall-Hauptgeschäftsführer Kirchner in einem Interview der „Bild"-Zeitung: „Unsere schärfsten Konkurrenten auf dem Weltmarkt haben längst die Wochenend-Arbeit eingeführt. Wir werden sie deshalb in die Tarifverhandlungen einbringen. Wer gegen flexiblere Arbeitszeiten, gleichzeitig aber für die 35-Stunden-Woche ist, verhindert nicht nur zehntausende Arbeitsplätze von morgen, sondern gefährdet auch tausende von heute."

Ausschuß mahnt die Herausgabe wichtiger BGAG-Protokolle an

Hüsch droht mit Beschlagnahmebeschluß / Kritik auch am Verhalten des Frankfurter Amtsrichters

DIETHART GOOS, **Hamburg**

Noch immer ist der Untersuchungsausschuß Neue Heimat nicht *im Besitz aller für seine Arbeit not*wendigen Aufsichtsrats-Protokolle der gewerkschaftseigenen Finanzholding BGAG. Dies berichtete der Ausschußvorsitzende, Hans Günther Hüsch (CDU), in einem Gespräch mit der WELT. Am Freitag hatte der Frankfurter Amtsrichter Claus-Michael Ullrich im Auftrag des Bundesverfassungsgerichts an Hüsch und seinen Stellvertreter Gernot Fischer (SPD) elf Aktenordner mit geheim eingestuften BGAG-Aufsichtsratsprotokollen aus den Jahren 1974–1986 übergeben.

„Dürftige Ausbeute"

Dazu erklärte Hüsch der WELT: „Die Ausbeute der ersten Jahrgänge ist für uns sehr dürftig. Doch bei den Unterlagen dieses Jahres, die dem Ausschuß besonders wichtig sind und im Zusammenhang mit Vorbereitung und Abwicklung des Verkaufs der Neuen Heimat an Schiesser, fehlen ausgerechnet die Aufsichtsratsprotokolle der drei entscheidenden Sitzungen von Juni, Juli und September. In dem Material, das wir bekommen haben, ist nichts vom Schiesser-Vorgang enthalten." Hüsch äußerte die Vermutung, entweder würden die fehlenden Protokolle neue, bisher unbekannte Einzelheiten der Transaktion enthalten oder es werde sich zeigen, wie unvollständig das BGAG-Management den zuständigen Aufsichtsrat mit DGB-Chef Breit an der Spitze und den wichtigsten Führern der Einzelgewerkschaften informiert habe.

In Frankfurt hat Hüsch BGAG-Vorstandsmitglied Freyberg bei Übergabe der Protokolle zur Rede gestellt. Freyberg habe geantwortet, die Protokolle von Juni und Juli seien bisher nicht ins Reine übertragen und noch nicht vom Aufsichtsrat genehmigt worden. Das September-Protokoll sei überhaupt noch nicht geschrieben worden. Auf seine überraschte *Reaktion habe Freyberg ge*antwortet, dies sei so üblich. Hüsch reagierte sehr verärgert und erklärte, in seiner dreißigjährigen Anwaltstätigkeit habe er eine solche Praxis wie bei der BGAG noch nicht erlebt.

Hüsch teilte der WELT mit, er nehme *dieses Verhalten der BGAG nicht* hin und habe Freyberg aufgefordert, für die Erstellung der Protokolle bis Anfang dieser Woche zu sorgen. „Wenn sich die Herausgabe weiter verzögert, beabsichtige ich, morgen durch unseren Ausschuß einen *Durchsuchungs- und Beschlagnahmebeschluß* gegen die BGAG fassen zu lassen."

Hüsch berichtete auch von weiteren Schwierigkeiten bei Übergabe der Geheimakten. So enthielten die Aufsichtsrats-Protokolle Hinweise auf Sitzungen des Aufsichtsratspräsidiums. Doch seien diese wichtigen Unterlagen dem Ausschuß nicht mit übergeben worden. Freyberg habe schriftlich zugesichert, diese Angelegenheit nochmals zu prüfen. Ursprünglich hätten dem Ausschuß 25 Aktenordner übergeben werden sollen. Es sei noch zu klären, warum *letztlich nur elf ausgehändigt* wurden.

Stoltenberg geladen

Nicht nur mit Freyberg, sondern auch mit Ulrich ergaben sich nach *Darstellung von Hüsch* Probleme. So habe der Amtsrichter die vom Ausschuß gewünschten Aufsichtsrats-Listen nicht herausgegeben und erklärt, diese könne sich der Untersuchungsausschuß auch auf andere Weise beschaffen. Hüsch sagte dazu, es sei kein Geheimmaterial und dem Richter obliege keine strafprozessuale Würdigung der Beweismittel. Er werde notfalls gegen dieses Verhalten des Amtsrichters Beschwerde beim Bundesverfassungsgericht einlegen.

Morgen hört der Untersuchungsausschuß *Bundesfinanzminister* Gerhard Stoltenberg als sachverständigen Zeugen. BGAG-Manager Freyberg ist für Donnerstag zur zweiten Zeugenvernehmung geladen.

Der DGB scheut die Nabelschau

D.G., **Hamburg**

Der Deutsche Gewerkschafts-Bund wird aller Voraussicht nach keinen außerordentlichen Bundeskongreß zum Thema Neue Heimat und zur Lage der anderen gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen einberufen und auch keinen eigenen Untersuchungsausschuß bilden. Ausschlaggebend ist die IG Metall als größte Einzelgewerkschaft, deren Vorstand sich am Wochenende dagegen ausgesprochen hat. Auch die ÖTV, die IG Chemie, die Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten sowie die Post- und Bahngewerkschaften lehnen einen Sonderkongreß ab.

Nach Meinung von IGM-Chef Franz Steinkühler können weder ein DGB-Kongreß noch ein Untersuchungsausschuß die drängenden Probleme der Gemeinwirtschaft lösen. Es sei vielmehr schädlich, wenn über noch zu verkaufende Unternehmen permanent in der Öffentlichkeit geredet werde und so der Preis gedrückt werde. Für einen Sonderkongreß, wie es die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) gefordert hatte, sieht Steinkühler auch deswegen keinen „vernünftigen Grund", weil es zu dem jetzt eingeschlagenen Weg bei Abwicklung der Neuen Heimat keine Alternative gebe.

Scharf wandte sich NGG-Chef Günther Döding gegen die Forderung der GEW. In einem der WELT vorliegenden Brief an den GEW-Vorsitzenden Dieter Wunder heißt es, man sei über diese Forderung verwundert, „weil wir uns beim besten Willen nicht vorstellen können wie ein solcher Kongreß zur Lösung der schwierigen Probleme der Gemeinwirtschaft beitragen kann". Er würde lediglich neue Emotionen entfachen. Es helfe keine aufgeregte Nabelschau. „Was jetzt not tut ist kühles, emotionsloses und arbeitszielbewußtes Handeln." Abschließend schreibt Döding an Wunder: „Es steht uns nicht zu, euren Beschluß zu interpretieren, aber es bleibt ein Unbehagen in die Richtung, ob nicht politisch etwas ganz anderes gewollt ist."

Kritisch zur Lage der Neuen Heimat äußerte sich auch der ÖTV-Hauptvorstand. In einer Entschließung vom Wochenende heißt es: „Wirtschaftliche Fehleinschätzungen, Informationsdefizite, Brüskierung der Öffentlichkeit und des Parlaments, Streben einiger nach persönlicher Bereicherung – all das hat die Gemeinwirtschaft und die Gewerkschaften über materielle Schäden hinaus schwer getroffen."

„Grünen-Gelder für elitäre Aussteiger"

D.G. **Bonn**

Eine unzulässige Vermischung privater und öffentlicher Gelder bei der Finanzierung ihrer Partei hat der CDU-Bundestagsabgeordnete Manfred *Langner den Grünen* vorgeworfen. Unter dem Titel „Grüne und Geld" legte der Jurist jetzt eine Broschüre vor, die sich überwiegend auf grüne Quellen stützt.

Langner forderte die Grünen auf, ihre Parteifinanzen umfassend offenzulegen. Andernfalls bestehe der Verdacht der Wählerbeeinflussung, des Stimmenkaufs und der Handhabung einer Spendenwaschanlage. Die Grünen, so Langner, verwenden ihre überwiegenden Einkünfte aus der staatlichen Wahlkampfkostenerstattung (von 1979 bis 1985 60,6 Millionen Mark) nicht für die eigentliche Parteiarbeit, sondern leiten sie an zentrale und regionale Fonds weiter. Der größte Anteil gehe an die von den Landesverbänden der Grünen verwalteten „Ökofonds". Daraus würden Zuschüsse und Darlehen für sogenannte Alternativprojekte finanziert.

Bundesweit gibt es nach CDU-Angaben 4000 solcher Betriebe mit 30 000 Mitarbeitern. Langner sprach von einer „elitären Aussteigerschicht", deren Stimmen sich die Grünen durch die Finanzierung sicherten. Es stelle sich der Verdacht der Wählerbestechung nach Paragraph 108b des Strafgesetzbuchs.

Auch die Spendenpraxis der Grünen ist aus der Sicht des CDU-Juristen Langner fragwürdig. Entsprechend eigener Rechenschaftsberichte steigerten sie ihr Spendenaufkommen von 2,24 Millionen Mark im Jahre 1983 auf 8,65 Milionen im vergangenen Jahr. Auch hatten sie 1984 mit etwa 25 Prozent den höchsten Anteil von Spenden über 20 000 Mark. (Zum Vergleich: CDU 4,3 Prozent; CSU 1,2 Prozent; FDP 7,5 Prozent; SPD 2,6 Prozent.) Bei den Großspendern handelt es sich nach Erläuterung der Grünen um ihre Mandatsträger auf Bundes- und Landesebene, die wesentliche Anteile ihrer Diäten der Partei zur Verfügung stellen.

Dieses Spendenaufkommen wird, so Langner, an die Landes-Ökofonds weitergeleitet. „Die grüne Partei gibt (steuerbegünstigte) Parteispenden an Alternativbetriebe sowie sonstige Gegenkultur-Initiativen ab, die ihrerseits nicht gemeinnützig sind, an die also nicht steuerbegünstigt gespendet werden kann. Werden die Grünen damit nicht zur Spendenwaschanlage im großen Stil, zur Spendenwaschanlage der Alternativen?"

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Horst-Alexander Siebert; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Gerd Brüggemann

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 330 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 65 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Ankara setzt EG-Antrag als politische Waffe ein

Die Forderung nach einer Vollmitgliedschaft wird lauter

E. ANTONAROS, Rom

Am Vorabend des wichtigen Stichtages vom 1. Dezember 1986 war noch keine Einigung im Streit über die Freizügigkeit für türkische Arbeitnehmer in der EG in Sicht. Türkische Regierungsvertreter weisen darauf hin, daß bei allem Verständnis für die „besonderen Probleme innerhalb der Gemeinschaft" die EG die im Assoziierungsvertrag enthaltenen Regelungen respektieren müsse. Schließlich sei die Türkei das einzige noch mit der Gemeinschaft assoziierte Land, dem eine Vollmitgliedschaft in Aussicht gestellt werde. Ab 1. Dezember kann ein Antrag darauf gestellt werden.

Die Türken sind empört, weil – so *hört man im Außenministerium in* Ankara – „einzelne EG-Mitglieder" die Türkei unter keinen Umständen als gleichberechtigten Partner akzeptieren wollen. Gedacht wird in erster Linie zwar dabei an den verfeindeten *Nachbarn Griechenland, denn Athen* hat bereits mehrfach öffentlich gesagt, daß es die Aufnahme der Türkei in den EG-Kreis blockieren will. Diese Haltung wird einerseits mit den „politisch bedenklichen Zuständen" in der Türkei begründet; andererseits wollen die Griechen allerdings den Türken keine Freizügigkeit einräumen, weil sie eine Ausbreitung der in Thrazien lebenden Moslems türkischer Abstammung befürchten.

In diesem Punkt ist die Einstellung nahezu identisch mit der der Bundesrepublik, die neuerdings immer offener von den Türken kritisiert wird. Nicht nur hinter vorgehaltener Hand wirft Ankara Bonn vor, sich an die Spitze derjenigen EG-Länder gesetzt zu haben, die die Türkei unter keinen Umständen, auch nicht nach 20 oder 25 Jahren, in der EG haben wollen.

Özal unter Druck

Diese Erkenntnis ist für die Türken äußerst schmerzhaft, weil Deutschland seit Jahrzehnten als der aktivste und eifrigste Verbündete der Türkei im westeuropäischen Raum gegolten hat. Zur Zeit ist man in Ankara so frustriert, daß mittlerweile nicht nur die traditionell EG-freundlichen Kreise, sondern auch bisher eher skeptisch gegenüber der Gemeinschaft *eingestellte Stimmen* Regierungschef Turgut Özal fast täglich unter Druck setzen, den Antrag auf Vollmitgliedschaft zu stellen. „Es ist besser zumindest den Fuß drin zu haben und jahrelang auf Einlassung zu warten, als ganz draußen zu sein", kommentierte Istanbuls linksgerichtete Tageszeitung „Cumhuriyet".

Dennoch zögert Özal, selbst kein begeisterter EG-Anhänger, noch, den folgenschweren Schritt zu unternehmen. Er weiß nämlich, daß er dadurch auch zahlreiche Sympathien verspielen würde, weil er die Europäer zu einer Entscheidung zwingen würde.

Verzicht gegen Hilfe?

Den Türken geht es allerdings nicht darum, so schnell wie möglich Vollmitglied zu werden. Sie wissen selbst, daß dies, nicht zuletzt wegen des sozialen und wirtschaftlichen Gefälles zwischen ihnen und der EG, unmöglich ist. Vielmehr wollen sie ihren Anspruch auf einen späteren Beitritt, selbst wenn es nach 30 Jahren der *Fall* sein sollte, und eine besondere Behandlung, vor allem im Wirtschaftsbereich, unterstreichen.

Daß die Türken möglicherweise bereit wären, für eine großzügige Wirtschafts- und Militärhilfe auf die Freizügigkeit ganz oder teilweise zu verzichten, ist nur eine Seite der Medaille. Die Özal-Regierung, die sich bisher andere außenpolitische Prioritäten gesetzt hatte, wendet sich der EG intensiver denn je zuvor zu, weil die Orientierung an den islamisch-arabischen Raum nicht mehr so attraktiv ist. Der Außenhandel mit diesen Ländern floriert nicht mehr, weil sie weniger Geld haben. Von einem Export-Boom kann nicht mehr die Rede sein. Das Leistungsbilanzdefizit liegt bereits bei über 1,5 Milliarden Dollar.

1987 wird für die Türken ein kritisches Jahr sein, weil die Rückzahlung der vor allem in den Jahren 1979 bis 1983 auf knapp 23 Milliarden Dollar angewachsenen Auslandsschulden beginnt. Wenig erfolgreich sind die Türken bisher mit ihren bisherigen Bemühungen gewesen, Zugeständnisse für Textilexporte in die USA zu erkämpfen. Daher ist die Gemeinschaft, wo die Restriktionen und die Quotenregelungen immer schärfer werden, ihre letzte Chance geworden. Deshalb ist es völlig unwahrscheinlich, daß Ankara das Nein der Gemeinschaft tatenlos schlucken wird. (SAD)

Ex-Geheimdienstler bringt britische Regierung in Bedrängnis



Kontrahenten in Sydney: Sir Robert Armstrong und Peter Wright (von links). Eine undurchsichtige Rolle spielt *Lord Victor Rothschild (rechts)*

FOTOS: CAMERA PRESS (2)/AP

Muß sich London vorzeitig aus Prozeß in Sydney zurückziehen?

REINER GATERMANN, London

Die britische Regierung hat sich selbst in eine peinliche und pikante Situation versetzt, als sie ein australisches Gericht anrief, um mit seiner Hilfe die Veröffentlichung eines Buches des pensionierten britischen Geheimdienstlers Peter Wright zu verhindern. Die Regierung könnte sich gezwungen sehen, sich vorzeitig aus dem Prozeß zurückzuziehen.

Voraussichtlich schon heute wird sie vor dieser Entscheidung stehen, falls der Richter in Sydney beschlie*ßen entscheiden sollte, die ihm von* London nur äußerst widerwillig überlassenen Geheimpapiere der Gegenseite zugänglich zu machen. In diesem Fall, so verlautet aus Regierungskreisen, würde man erst Einspruch erheben. *Habe man damit* keinen Erfolg, käme es wahrscheinlich zum Rückzug. Auf jeden Fall sollen die Geheimpapiere geschützt werden.

Wie immer der Prozeß ausgehen wird, für die Regierung Thatcher ist er blamabel. Im Frühjahr 1981 veröffentlichte in London Chapman Pincher sein Buch „Their Trade is Treachery" – unter aktiver Mitarbeit des früheren MI-5-Geheimdienstlers Peter Wright.

Nun will der auf Tasmanien, zwischen Australien und Neuseeland, lebende Ex-Agentenjäger selbst seine Erinnerungen veröffentlichen und darin auch seinen Verdacht wiederholen, daß der ehemalige MI-5-Chef Sir Roger Hollis (1956 bis 1965) für die Sowjetunion spioniert habe und der Geheimdienst Anfang der siebziger Jahre Labour-Premierminister Harold Wilson unter gleichem Verdacht überwacht habe.

Die Regierung kämpft mit zwei Argumenten gegen die Wright-Veröffentlichung: Einmal unterlägen Ge*heimdienstmitarbeiter* ihr Leben lang der Schweigepflicht, zum anderen sei ein derartiges Buch eine Gefahr für die nationale Sicherheit Großbritanniens. Keine schlüssige Antwort konnte die Regierung bis*her geben, warum sie einerseits nicht* gegen das Pincher-Buch einschritt, jetzt jedoch vehement Wright stoppen will.

Eine mögliche Erklärung brachte gestern die Sonntagszeitung „The Oberserver". Demnach habe sich der MI 5 schon im Dezember 1980 auf illegalem Weg eine Kopie des Pincher-Buches besorgt. Als Sir Robert Armstrong, Kabinettssekretär, höchster britischer Beamter und jetzt Vertreter der Krone vor dem Gericht in Sydney, vom Verlag eine Kopie anforderte, bekam er sie nur unter der schriftlichen Zusicherung, nicht gerichtlich gegen die Veröffentlichung vorzugehen.

Vor dem australischen Gericht macht Sir Robert Armstrong keine gute Figur. Erst mußte er im Kreuzverhör zugeben, daß seine Regierung *hin und wieder „ökonomisch" mit* der Wahrheit umgehe, sie also manipuliert, und am vergangenen Freitag mußte sich Sir Robert sogar entschuldigen, das Gericht irregeführt zu haben. Er mußte seine Erklärung zurücknehmen. Kronanwalt Sir Michael Havers habe 1981 verfügt, keine gerichtlichen Schritte gegen Pincher einzuleiten.

Im Prozeßverlauf tauchte auch zur *allgemeinen Überraschung der Na*me von Lord Victor Rothschild auf, selbst ehemaliger MI-5-Mann und lange enger Berater der Premierministerin. Er hatte 1980 Peter Wright ein Erster-Klasse-Flugticket geschickt und ihn in seinem Privathaus in London mit Chapman Pincher zusammengebracht. Wright hatte den Eindruck, er handle mit der Zustimmung Frau Thatchers. Bis heute ist allerdings nicht klar, wann die Regierungschefin von dieser Affäre erfuhr und wieviel.

„Ideal wäre ein Europa mit Deutschland als Ganzem"

WELT-Gespräch mit dem Pariser Abgeordneten Jean de Gaulle

Jean de Gaulle, der 35jährige Enkel des früheren Staatspräsidenten, gehört zu einer französischen Parlamentariergruppe, die auf Einladung der Konrad-Adenauer-Stiftung die deutsche Teilung vor Ort studieren will. Fünf Tage lang werden sich Abgeordnete aller Fraktionen und Ausschüsse in dieser Woche ein Bild von der Zonengrenze und Berlin machen. Mit Jean de Gaulle sprach der Pariser WELT-Korrespondent Peter Ruge.

Was erwarten Sie von dieser Reise?

de Gaulle: Einblicke in die deutsche Lebensart – in Politik, Wirtschaft und Traditionen –, vor allem aber beschäftigt mich ihr Hauptanliegen: die Teilung. Die Mauer wird mir das Problem der Wiedervereinigung bewußt machen, durch den Besuch in West- und Ost-Berlin.

Als jetzt in der Nationalversammlung über die „europäische Akte" abgestimmt wurde, fiel auf, daß sie sich von dem Alt-Gaullisten, dem ehemaligen Premierminister Michel Debré distanzierten und sich zu Jacques Chirac, dem heutigen Regierungs- und Parteichef der Gaullisten bekannten. Stehen Sie nicht mehr zu dem Erbe Ihres Großvaters, der von einem „Europa der Vaterländer" ausging?

de Gaulle: Doch, ich bleibe auf der Linie meines Großvaters – nur, der Gaullismus hat sich den Entwicklungen angepaßt, er ist moderner und pragmatischer geworden. Wir wollen Europa bauen. De Gaulle hat gesagt: Es genügt nicht, von Europa zu reden, es muß der Wille deutlich werden, dieses Europa in die Tat umzusetzen.

Ein Europa, in welchen Grenzen?

de Gaulle: Ideal wäre ein Europa, welches Deutschland als Ganzes einschließt.

Die Bundesrepublik Deutschland ist eng mit Frankreich verbunden. Ist nicht Ihre Nation, als eine der vier Siegermächte, zur Überwindung der Teilung Europas aufgerufen?

de Gaulle: Frankreich ist wirklich der Partner der Deutschen, aber wir können nicht alleine dieses Problem angehen – das ist eine Ost-West-Angelegenheit. Die Frage muß an die beiden Blöcke gerichtet werden.

Wer aber sollte die entscheidende Frage stellen?

de Gaulle: Es sind vor allem die Deutschen selbst, die die Initiative ergreifen müssen. Sie haben die Frage zu stellen.

Sie werden in Berlin auch die Stelle im französischen Sektor aufsuchen, an der vor wenigen Tagen an der Mauer wieder ein Mord durch „DDR"-Bewaffnete verübt wurde. Wie lange soll das noch so weitergehen?

de Gaulle: Ich reise nach Berlin, um mir ein Bild zu machen. Ich kann mir nicht anmaßen, eine Lösung zu finden, ich bin nur ein bescheidener Abgeordneter. Ich bin bereit, viele Eindrücke mitzunehmen von dieser geteilten Stadt, die ich bisher nicht kennengelernt habe.

Nixon-Akten freigegeben

rtr, Washington

In Washington wird heute ein Teil der Akten Richard Nixons zur Einsicht freigegeben, für deren Geheimhaltung der ehemalige republikanische Präsident zwölf Jahre lang vor den Gerichten gekämpft hatte. Der zuständige Chefarchivar des Nationalen Archivdienstes, James Hastings, teilte mit, etwa zwei Millionen von insgesamt 40 Millionen Seiten des Nixon-Materials könnten jetzt eingesehen werden. Neue Erkenntnisse über den Watergate-Skandal von 1974 seien allerdings nicht zu erwarten. Angeblich hatte Nixon die Papiere vor 15 Jahren vernichten wollen.

Peking hält Kirche auf Staatskurs

dpa, Peking

Die „Patriotische Vereinigung" chinesischer Katholiken, die 1957 nach dem Bruch Pekings mit dem Vatikan gegründet worden war, hat in ihrer neuen Verfassung den Grundsatz der Unabhängigkeit festgeschrieben. Neu aufgenommen wurden ein Bekenntnis zum Sozialismus und die Forderung nach Wiedervereinigung mit Taiwan. Zuvor hatte Politbüromitglied Xi Zhongxun erklärt, Peking werde die Entwicklung neuer Abhängigkeiten vom Ausland nicht dulden. Den Vatikan forderte er auf, seine diplomatischen Beziehungen zur Taiwan abzubrechen.

Iraks Schlag gegen Larak zwingt Iran zum Handeln

Teheran muß jetzt eine Entscheidung im Landkrieg suchen

C. GRAF BROCKDORFF, Khasab

Hier an der Nordspitze der omanischen Halbinsel Musandam hat man 24 Stunden lang die schwarze Rauchfahne beobachten können, die ein brennender Tanker bei der iranischen Insel Larak hinterließ. Ungewöhnlich war nicht der Brand auf dem Tanker, ausgelöst durch die Exocet-Rakete eines irakischen Mirage-Jagdbombers: In diesem Jahr sind schon 70 Schiffe, die meisten davon Tanker, im Persischen Golf angegriffen worden.

Ungewöhnlich war der Ort. Larak ist der südlichste Punkt, auf den Iran *noch zurückweichen konnte, um Öl* verladen zu können, mit dem es seinen Krieg gegen Irak finanziert. Bisher galt Larak im Nordosten der Seestraße von Hormuz, vorgelagert dem iranischen Hafen Bandar Abbas, als sicher. Am 12. August hatten in der Luft betankte irakische Jagdbomber Mirage F-1EQ5 (die mit Exocet-Antischiffsraketen bestückte Version der Maschine) die Insel Sirri 200 Kilometer westlich im Golf angegriffen.

Die Masse des iranischen Ölexports wurde danach nach Larak verlagert, weil die Versicherungsraten für ausländische Tanker in Sirri den Preis in astronomische Höhe trieben. Iran ließ im rollenden Verkehr mit eigenen Tankern von der oft angegriffenen Insel Kharg Öl nach Larak bringen, wo es umgeladen wurde. Ein Tanker, der den omanischen Hafen Mina Kaboos im Indischen Ozean anläuft, um Öl zu laden, zahlt 800 Prozent weniger Versicherung als ein nach Sirri gehendes Schiff.

Dann trat ein, was für unmöglich gehalten wurde: Irakische Mirage flo*gen eine Rundstrecke* von 2200 Kilometern und griffen Tanker auf dem Ankergrund nordöstlich von Larak an, der im Winter wegen der fehlenden Dünung vom Indischen Ozean ideal ist. Sie wurden mehrfach in der *Luft von umgebauten Antonow* AN-12 (NATO-Name „Cub") aus sowjetischer Produktion aufgetankt.

Das ist eine erstaunliche Leistung für eine Luftwaffe der Dritten Welt. Luftbetankungsoperationen gehören *zur hohen Schule moderner Luft*streitkräfte. Die Frage ist, ob Irak – es besitzt 20 Mirage F-1EQ5 – sich imstande sieht, den Druck auf Larak durch ständige Luftangriffe aufrechtzuerhalten. Salopp formuliert: Wird die Seestraße von Hormuz zur „Exocet-Allee"? Würde das der Fall sein, könnte Iran sein Öl nicht mehr auf dem Weltmarkt verkaufen. Es läge im Würgegriff Iraks.

Jetzt steht Iran unter dem Zwang, in einer *Offensive seiner Landstreit*kräfte einen Befreiungsschlag gegen Irak führen zu müssen. Am Golf spricht man von 100 000 gut ausgebildeten iranischen Soldaten, die sich auf dem Weg an die Front befänden.

Schon jetzt, so die omanische Marine, ist die Seestraße tagsüber wie leergefegt aus Angst vor Luftangriffen. Nachts aber passieren noch immer 50 Schiffe die Straße auf dem Weg in den Golf. (SAD)

Neuer Plan für Polens Bauern

J. G. G. Bonn

Nachdem die Warschauer Führung den westlichen Hilfsfonds für die polnische Landwirtschaft des Landes zum Scheitern gebracht hat, bereitet das polnische Episkopat jetzt einen Alternativplan vor. Dies berichtet die polnische Zeitschrift „Kontakt".

Geplant ist die Schaffung eines Ausbildungszentrums für Handwerker. Dort sollen Lehrlinge geschult werden, *die sich verpflichten*, für gewisse Zeit nach der Lehre auf dem Lande zu arbeiten. Ferner sollen Erwachsene zu Handwerkern umgeschult werden, heißt es aus anderer Quelle.

Die Kirche will sich vor allem um solche Mittel- und Kleinbauernbetriebe bemühen, in denen der Mann in der Industrie arbeitet und die Frau den Hof führt.

Papst beklagt den Hunger in der Welt

rtr, Perth

Papst Johannes Paul II. hat gestern während seiner letzten Messe in Australien vor Gläubigen in Adelaide erklärt, es sei einer der größten Skandale unserer Zeit, daß vorhandene Nahrungsmittel *Millionen* von Hungernde nicht erreichten. Das drastische Ungleichgewicht bei der Versorgung mit Nahrungsmitteln fordere spürbare Veränderungen der internationalen Wirtschaftsordnung und größere weltweite Zusammenarbeit bei der Produktion und Verteilung von Lebensmitteln. Die katholische Kirche sei an den Bemühungen von Agrarnationen wie Australien sehr interessiert, *die auf eine Bekämpfung* von Wirtschaftshemmnissen und Handelsbarrieren abzielten.

Der Papst fliegt heute über die Seychellen zurück nach Rom.

SDI als Mittel gegen den Japan-Schock?

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Auf neue oder konkretere Gesichtspunkte der amerikanischen SDI-Forschung für die europäische Sicherheit und Wirtschaft haben die Planungsstäbe des Bonner Verteidigungsministeriums und des Auswärtigen Amtes auf einer sicherheitspolitischen Tagung in Bonn hingewiesen.

Brigadegeneral Schönbohm, stellvertretender Leiter des Planungsstabes der Hardthöhe, machte auf einen militärstrategischen Zusammenhang in der sowjetischen Politik aufmerksam, der im Westen große Besorgnisse auslösen müsse. In Moskaus Militärdoktrin ist nach seinen Worten die Abwehrfähigkeit ein Teil der Offensivstrategie. Die Sowjetunion will für den Fall eines Krieges in der Lage sein, das eigene Territorium vor Angriffen des Gegners zu schützen. Das gelte auch für den Schutz vor strategischen Waffen ballistischer Art. Deshalb sei von Moskau schon vor fast zwanzig Jahren die Forschung an entsprechenden technischen Möglichkeiten aufgenommen worden. Moskau arbeite heute „sehr intensiv" an einem Pendant zum amerikanischen SDI-Programm. Dieser Aspekt sei aus der Sicht der deutschen Politik ganz wesentlich für die Unterstützung der US-Forschung, da die amerikanische und die europäische Sicherheit weiterhin als Einheit betrachtet werden müßten.

Außerdem verwies Schönbohm darauf, daß die NATO ihre friedenssichernde Strategie der Abschreckung glaubwürdig erhalten müsse. Eine sowjetische Abwehrfähigkeit gegen ballistische Waffen würde die westlichen Möglichkeiten der „selektiven Eskalationsinstrumente" reduzieren, wichtige militärische Ziele auf sowjetischem Boden unter ein Zerstö*rungsrisiko zu setzen.*

Der Planungschef des Auswärtigen Amtes, Seitz, machte auf mögliche Einflüsse auf die Verbesserung der amerikanischen Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt durch SDI aufmerksam. Er nannte es ein „gigantisches einmaliges Forschungsprogramm", das die US-Wirtschaft auf eine völlig neue Basis stellen werde. Nicht zuletzt hätten die Amerikaner SDI begonnen, um auf den „Japan-Schock" zu reagieren, der ihnen die Einsicht verschafft habe, daß sie die technologische Führung auf dem Weltmarkt für zivile Produkte auf zahlreichen Feldern an die Japaner verloren hätten. SDI werde die Amerikaner in die Lage versetzen, mit regelrechten „Technologie-Sprüngen" einen Teil des an Japan verlorenen Terrains zurückzuerobern.

„Katastrophale Lage für junge Wissenschaftler"

Rektoren-Präsident Berchem: Hochschulen zehren von Substanz

Am Bundeshaushalt 1987 hat der Präsident der Westdeutschen Rektoren-Konferenz, Theodor Berchem, erhebliche Bedenken angemeldet. Mit ihm sprach Peter Philipps.

Nur der Bildungsetat ist gekürzt werden, um rund 2,5 Prozent. Ein Indiz, daß die Bildungspolitik an den Rand gedrängt ist?

Berchem: Ich fürchte: ja, zumindest was das Bewußtsein der Politiker betrifft. In den Aussagen der Parteien zur Wahl ist so gut wie nichts zur Hochschulpolitik zu finden. Der Rückgang im Bildungsetat ist umso schlimmer, als die Einsparungen vor allem die Hochschulen treffen, die nach wie vor unter Überlast stehen. Noch gravierender wird das Ganze durch die vom Haushaltsausschuß gleichzeitig vorgeschlagene sechsprozentige Sperre für die Zuwendungsempfänger von Bundesmitteln. Das trifft vor allem die Forschung, insbesondere die Deutsche Forschungs-Gemeinschaft, die 50 Millionen Mark weniger erhielte, und über sie die Hochschulen. Dies paßt nicht zusammen mit den Bekenntnissen zur Forschungs- und Nachwuchs-Förderung.

Nun wird ja auch überall von Kultusministern Entwarnung gegeben, seitdem die Studienanfängerzahlen kontinuierlich zurückgehen.

Berchem: Sicherlich geht die Ausbauphase der Hochschulen ihrem Ende entgegen. Aber seit zehn Jahren zehren wir im wesentlichen von der Substanz. Die räumliche und personelle Überlast erreicht Größenordnungen von 60 Prozent.

Aber die Hochschulen haben der Öffnung für die geburtenstarken Jahrgänge zugestimmt.

Berchem: Wir haben den Öffnungsbeschluß der Regierungschefs von Bund und Ländern 1977 in dem damals gemeinten Sinn akzeptiert, daß es sich um eine vorübergehende Regelung handelt. Aber es gibt jetzt Anzeichen, daß die Überlast auf Dauer festgeschrieben werden soll. Dies würde bedeuten, daß angesichts zurückgehender Studentenzahlen der gewonnene Freiraum nicht für Verbesserungen bei Forschung und Lehre genutzt, sondern zum Anlaß für großangelegte Sparprogramme des Staates genommen wird.

Aber mit zeitlich befristeten Planstellen haben doch die Länder Bereitschaft zur Entlastung gezeigt?

Berchem: Die Lage unseres wissenschaftlichen Nachwuchses ist katastrophal, sie ist von einer gewollten Qualitätsauswahl zum ruinösen Wettbewerb verkommen. Nur jeder sechste oder siebte Habilitierte hat noch eine Chance, auf eine Professoren-Dauerstelle berufen zu werden. Die Folge ist, daß gerade die besten Nachwuchskräfte den Hochschulen verlorengehen. Die realisierten Maßnahmen unter dem Stichwort Fiebiger-Programm gehen zwar in die richtige Richtung, bleiben aber weit hinter dem erforderlichen Minimum zurück.

Warum die Sorgen? Grundlagenforschung wird auch außerhalb der Hochschulen betrieben.

Berchem: Die Hochschulen sind die eigentlichen Träger der Grundlagenforschung und sie bilden den wissenschaftlichen Nachwuchs aus, auf den auch die Großforschung und die Industrie angewiesen sind. Deshalb sollte kein weiteres hochschulexternes Institut vom Bund oder den Ländern gegründet werden, wenn nicht eindeutig nachgewiesen ist, daß die Aufgaben nicht im Rahmen der Hochschulforschung gelöst werden können. Und der Bund müßte zugunsten der Hochschulforschung einen gezielten Finanzausgleich an die Hochschulen leisten.

Inwieweit können Privatinitiativen den Hochschulen helfen?

Berchem: Es hat zwar Verbesserungen beim Stiftungsrecht gegeben. Aber die Schäden durch die Körperschaftssteuerreform des Jahres 1977 sind bis heute nicht wiedergutzumachen gewesen. Das Thema muß wieder auf die Tagesordnung. Dadurch sollte es – wie in den USA – möglich werden, echte Stiftungslehrstühle zu schaffen, die dauerhaft aus dem gestifteten Kapital finanziert werden. Und: Wenn Bundesvermögen privatisiert wird, dann sollte ein Teil des Erlöses zur Kapitalaufstockung bestehender Stiftungen genutzt werden.

Sie haben jetzt viele Forderungen gestellt. Warum sollte der Staat angesichts vielfältiger aktueller Probleme auch diese noch erfüllen?

Berchem: Weil die Gesellschaft Institutionen braucht, die langfristig denken, die tradieren und antizipieren. Mit einem Wort: Losgelöst vom kurzfristigen Renditekalkül braucht eine Kulturgesellschaft eine Art institutionalisiertes Gedächtnis und den Zweifel, der die selbstgefällige Erstarrung verhindert, und Orientierungen, die Neues und Überkommenes zu einem sinnvollen Ganzen ordnen.

SPD erwägt Ausschuß in U-Boot-Affäre

dpa/AP, **Kiel/Bonn**

Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg hat am Wochenende unterstrichen, die Landesregierung in Kiel als Anteilseigner der Howaldswerke-Deutsche Werft AG (HDW) sei nicht über die Ermittlungen wegen des angeblichen illegalen Verkaufs der U-Bootpläne an Südafrika informiert worden. Am Rande des Kieler Landesparteitages der CDU Schleswig-Holstein sagte er, auf den Vorgang habe „nicht der Schatten eines Verdachts der politischen Einwirkung" fallen sollen. Außerdem sei nicht erkennbar gewesen, ob HDW oder das Ingenieurkontor Lübeck (IKL) für die Weiterleitung von Pläne verantwortlich gewesen sei.

Eine unverzügliche und restlose Aufklärung des Falles hat SPD-Kanzlerkandidat Johannes Rau gefordert. Auf einer Wahlkundgebung in Bad Salzuflen verlangte er zugleich Aufschluß darüber, inwieweit außer dem CSU-Vorsitzenden Strauß auch Bundeskanzler Kohl oder andere Mitglieder der Bundesregierung in dieses „skandalöse und offenkundig illegale Waffengeschäft" mit Südafrika verwickelt seien.

Rau bezeichnete es als „bestürzend", daß Kohl das Ansinnen auf Genehmigung des U-Boot-Geschäftes nicht sofort zurückgewiesen, sondern – folge man der Darstellung von Strauß – sogar positiv aufgenommen habe. „Vom Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland muß man erwarten dürfen, daß er auf Anhieb erkennt und jedem Gesprächspartner klar sagt, daß ein Waffengeschäft mit einem Regime nicht in Frage kommt, das die Menschenrechte außer Kraft gesetzt hat." Die „U-Boot-Affäre" habe dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik erneut schweren Schaden zugefügt. Es sei eine Schande, „daß unser Land jetzt vor aller Welt als einer der letzten Unterstützer des Apartheid-Regimes dasteht".

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Würtz sagte der „Bild am Sonntag", der „Skandal um die U-Boot-Lieferung an das rassistische Regime" sei „vollkommen undurchsichtig". Während Strauß öffentlich erklärt habe, mit Kohl über die Sache gesprochen zu haben, tue die Regierung so, als wisse sie von nichts. Die SPD werde einen Untersuchungsausschuß beantragen, wenn Kohl das Parlament nicht „restlos aufklären" sollte.

Die Führer in Moskau unterschätzen die Selbstachtung der Deutschen

Von RAINER BARZEL

Was die Sowjetunion uns an Vertagung fälliger Unterzeichnungen, an Ausladungen Verantwortlicher, an Besuchs-Absagen und Propaganda-Breitseiten zumutet, übersteigt die Grenze des als Politik der kalten Schuler und zeitweiliger Nadelstiche Hinnehmbaren. Es genügt nicht, hoffnungsvoll und taktisch auf das nächste Jahr zu verweisen. Würde ist wichtig. Wer sich alles gefallen läßt, wird tief fallen.

Nach der sommerlichen deutschen Unterschrift unter den Vertrag über wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und dem Besuch des deutschen Außenministers in Moskau wurde als störende Cassandra angesehen, wer da aus Erfahrung und Einsicht auch nur noch Fragen stellte.

Verstoben sind die, die soeben noch „genau wußten", daß auch die Moskauer fest mit dem Wahlsieg Kohls rechneten, sich auf ihn für lange Zeit einstellten und deshalb behutsam mit ihm umgehen würden.

Man sieht: Nicht nur „Kreml-Astrologen" irren – vor allem die haben es schwer, die Sowjets zu verstehen, die glauben, den Marathonlauf, den die Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses bedeutet, in Etappen kurzatmiger Sprints und wechselnder Aussagen zerlegen, so Gewißheit vermitteln wie Sieg erreichen zu können.

Fehler über Fehler werden gemacht:

Zunächst der Fehler, vorwiegend auf die Abrüstung zu starren und zu setzen. Das ist bestenfalls ein kleiner Teil des Ganzen der Entspannung. Wer Waffen abbaut, handelt vernünftig. Wer Grenzen öffnet, bewirkt mehr. Nur wer die politischen Ursachen der Spannung entschärft, mildert, beseitigt, schafft Entspannung. Wer in Moskau schon auf das Wort „Menschenrechte" allergisch reagiert, offenbart, daß Spannung und politischer Kampf ungemindert anhalten.

Das darf uns nicht abhalten, Unrecht beim Namen zu nennen und konkret vorzuschlagen, wie man es Schritt um Schritt bei Leistung und Gegenleistung überwinden kann.

Auch ist es ein Fehler zu unterstellen, daß die Sowjetunion prinzipiell zum Rüstungs-Wettlauf zu schwach und aus innenpolitischen Gründen gezwungen sei (oder schon bald sein werde), militär- und außenpolitisch nachzugeben. Diese Ansicht wird als Nachricht verbreitet und unreflektiert weitergereicht. Das machtsie nicht richtig. Moskau mit westlichen Augen betrachtet, – das gibt weder ein russisches noch ein kommunistisches, bestimmt kein zutreffendes Bild.

Dann der Fehler der Moskauer, hinter dem Vorwand eines unglücklichen, zurückgenommenen Wortes abzusagen, aufzukündigen, zu zensieren, herabzusetzen. Sie unterschätzen die Selbstachtung der Deutschen, unsere Ablehnung äußerer Einmischung in unsere Entscheidungen wie den Willen aller Verantwortlichen in der Bundesrepublik Deutschland, mit der Sowjetunion fair und im beiderseitigen Interesse zusammenzuarbeiten. Das setzt Klima voraus. Auch erinnern wir uns, daß die Union früher beherztere Wahlprogramme zur Deutschland-Politik vorlegte...



Rainer Barzel
FOTO: JUPP DARCHINGER

Weiter der Fehler zu glauben, die Moskauer (wie die Ost-Berliner) hätten aufgehört, Kommunisten zu sein. Weil sie das sind, mischen sie sich seit jeher in unsere Innenpolitik wie in unsere Wahlkämpfe ein. Nie war das anders.

Sie wissen doch, was eine rot-grüne Mehrheit für das Bündnis bedeutete. Sie kennen die Programme wie die Handelnden gut. Wer will da annehmen, sie sähen diese Chance für sich nicht? Wenn nicht für heute dann für morgen? Natürlich tun sie alles das zu fördern.

Die DKP beschloß, zum Bundestag nicht „eigenständig" zu kandidieren. Sie rief auf, SPD und Grüne zu unterstützen. Wer da hoffte, aus Moskau anderes zu hören, kennt sich nicht aus. Der empörte Ruf „die mischen sich in unseren Wahlkampf ein!" offenbart lauthalses Unvermögen zur richtigen Antwort. Und der Satz „laßt sie soch ausbleiben, diese Besuchsabsager!" übersieht, daß jeder den Nachbarn braucht.

Nicht alles, was da aus Moskau herübertönt, muß man hier an die große Glocke hängen (gar hier noch mit unseren Lautsprechern verstärken). Versuchsballons sind dabei. Verbalismen, Desinformationen, – auch Pflichtübungen wegen dortiger Klienten.

„Wer nicht handelt, wird behandelt." Mit diesem Satz stellte ich mich am 7. August 1986 in dieser Zeitung gegen die geschilderte Euphorie im Sommer, weil ich keine „Wende" in der sowjetischen Westpolitik sah. Auch heute ist sie weder zu sehen noch zu erwarten.

Bewegung kommt nicht von selbst. Wir können viel tun, auf sie hinzuwirken. Wer etwas bewegen will, darf es nicht mit den Überschriften bewenden lassen, muß konkret werden: So gilt es, nicht einfach Menschenrechte zu fördern, sondern konkret zu bezeichnen, welche und wo und wann. Es genügt nicht, Selbstbestimmung zu verlangen; man muß schon präzise sagen wie, in welchen Etappen und in welchem Rahmen. Vorschläge sind nötig die so bestimmt sind, daß man darüber reden kann und – muß.

Wer so in Vorhand gerät, braucht den verbalen Krieg der Überschriften und Gemeinplätze nicht zu führen, sich auch nicht zu verteidigen, da er selbst agiert. Die Trümpfe liegen auf dem Tisch. Man muß sie nur greifen.

Anläßlich des Breschnew-Besuches in Bonn wurden Dokumente förmlich verabredet und später vom Deutschen Bundestag bestätigt, die eine langjährige Zusammenarbeit beider Staaten auf allen zivilen Gebieten vorsahen. Ich kenne keinen in Bonn, der das einengen oder in Frage stellen will. Moskau ist zu fragen, wie es sich damit nun dort verhält.

Zusammenarbeit gedeiht nur, wo Verabredungen eingehalten werden. Hinnehmen und abwarten genügt nicht. Weil ich für gute Beziehungen zur Sowjetunion bin – bewiesen bei den Ostverträgen und den erwähnten Verabredungen mit Breschnew –, rate ich, die Sowjetunion zur Mäßigung anzuhalten.

Ehemalige ‚DDR'-Häftlinge klagen an

-lf, Lippstadt

„Die Bundesregierung wird nicht schweigen, wenn in Deutschland Menschenrechte verletzt werden. Sie wird nicht schweigen, so lange bis das ganze deutsche Volk seine Einheit in Freiheit finden kann." Dies sagte der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), vor 200 ehemaligen politischen Häftlingen aus der „DDR" auf dem Bundestreffen der Organisation „Hilferufe von drüben" im westfälischen Lippstadt.

Der Vorsitzende der Menschenrechts-Vereinigung, Claus P. Clausen, überreichte Minister Windelen das erste Exemplar einer „Dokumentation über die Verletzung der Menschenrechte in der DDR". Sie enthält unter anderem Namen von Personen im Strafvollzug der „DDR", die der Mißhandlungen beschuldigt werden.

„Hilferufe von drüben" hat bis November dieses Jahres 530 Mitteldeutsche, überwiegend ehemalige politische Häftlinge, betreut. Von den 52 in diesem Jahr in der Zeitung des Vereins veröffentlichten Schicksalen wurden 15 durch Freikauf oder Übersiedlung gelöst, heißt es im Jahresbericht. Damit erhöht sich die Zahl der seit Bestehen der Organisation veröffentlichten Schicksale auf 359, von denen 312 erfolgreich gelöst wurden. „Das ist eine Erfolgsquote von 87 Prozent", betonte Holtkamp. Die Lippstädter haben in diesem Jahr Neubürger in Notfällen bisher mit 60 000 Mark unterstützt. Clausen beklagte dabei Mängel in der Nachbetreuung der Übersiedler an ihrem neuen Wohnort in der Bundesrepublik Deutschland.

In der Diskussion mit den ehemaligen „DDR"-Einwohnern wurde Minister Windelen immer wieder mit der Sorge konfrontiert, westdeutsche Politiker könnten Ost-Berlin bei der Anerkennung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft und der Erfassungsstelle in Salzgitter entgegenkommen. Windelen betonte, es werde weder eine Anerkennung noch eine Respektierung einer „DDR"-Staatsbürgerschaft in dem Sinne geben, wie es Ost-Berlin wünsche.

Die Auflösung von Salzgitter liege bei Ost-Berlin selbst. „Wenn die Menschenrechte in der DDR nicht mehr verletzt werden, brauchen wir Salzgitter nicht mehr."

Kurz nach dem Tode unseres Vaters starb unsere geliebte Mutter, Großmutter, Schwester und Schwägerin

Marie Luise Seeberg

geb. Stach von Goltzheim
* 15. 10. 1902 in Düsseldorf
† 26. 11. 1986 in Kellinghusen

Ilse Deike geb. Seeberg
mit Dorette, Martin und Daniel
Harald Seeberg und Frau Barbara geb. Urban
mit Axel, Konrad und Franziska
Otto Seeberg und Frau Tamara geb. Dutz
mit Bettina, Ulrich und Jonas
Peter Pretschner und Frau Sabine geb. Seeberg
mit Katharina, Alexander und Julia
Margarete Möller geb. Stach von Goltzheim
mit Kindern
Doris Oberländer geb. Seeberg
Grete Becker

Die Trauerfeier findet am Sonnabend, 6. Dezember 1986, um 11 Uhr in der St.-Cyriacus-Kirche in Kellinghusen statt

Wir bitten darum, von Kränzen abzusehen und statt dessen eine Spende auf das Konto des Vereins für Gemeindepflege Kellinghusen zu überweisen. Sparkasse Kellinghusen, BLZ 222 512 60, Kto.-Nr. 24 929.
Familie Seeberg, Breitenberger Str. 12, 2217 Kellinghusen.

Am 25. 11. 1986 verstarb unser früherer Mitarbeiter Herr

Franz Lüdtke

geboren am 26. 5. 1904

Herr Lüdtke war 16 Jahre in unserem Hause tätig und lebte seit 1969 im Ruhestand. Wir schätzten ihn als gewissenhaften und zuverlässigen Mitarbeiter und werden sein Andenken in Ehren halten.

Vorstand, Betriebsrat und Mitarbeiter
der
Hamburger Sparkasse

Die Trauerfeier findet am Dienstag, dem 2. 12. 1986, um 15.00 Uhr in der Kapelle des Neuen Friedhofes in Hamburg-Niendorf statt.

Wie sicher ist unser Geld? Ist das Bankensystem der Vereinigten Staaten gesund, oder besteht die Gefahr, daß es doch kollabieren könnte? Gibt es eine Möglichkeit, der Schuldenkrise der Dritten Welt Herr zu werden? Diese und andere dringende Fragen stellte die WELT dem „Zins-Guru" der Wall Street, auf dessen Rat selbst Fachleute setzen: Henry Kaufman, Chefökonom bei Salomon Brothers. Kaufman stammt aus Deutschland und hieß früher Heinz. Horst-Alexander Siebert sprach mit ihm.



Geldbewegungen und Zinsentwicklungen sind sein Metier: Henry Kaufman

FOTOS: BOB STRINGALI

Ein Welt-Finanzinfarkt ist hundertmal näher als 1960

Wie disziplinieren wir die neue Finanzwelt?

WELT: Herr Dr. Kaufman, wenn Sie reden, dann spitzt man an den Finanzmärkten die Ohren und die Preise für Dollar, Aktien, Anleihen und Schuldscheine können sich ändern. Dies ist recht oft geschehen. Worin besteht Ihr Geheimnis, das Ihnen Ehrennamen wie „Hexenmeister" oder „Zins-Guru der Wall Street" eingebracht hat?

Kaufman: Da gibt es keine Geheimnisse. Ich bin schon lange Zeit in diesem Geschäft und ich habe eine ganze Menge finanziellen Wandels erlebt. Aber Geheimnisse gibt es nicht.

WELT: Wie schwer ist es in diesen unruhigen Tagen, Investoren zu gesunden Anlagen zu verhelfen?

Kaufman: Es ist schwerer als früher, weil die Ereignisse sich sehr schnell ändern; die Märkte sind überaus unbeständig. Deshalb ist es sehr wichtig, zu erfassen, was die fundamentalen Probleme sind, die dem zugrundeliegen. Und wenn die Märkte unbeständig sind, wird dies umso schwerer.

WELT: Auf welche hauptsächlichen Werkzeuge oder Indikatoren verlassen Sie sich?

Kaufman: Es gibt keinen einzelnen Indikator, der für mich am wichtigsten wäre. Ich blicke die Welt freilich mit Finanz-Augen an und versuche, die Finanzmärkte eng mit wirtschaftlichen Aktivitäten zu verbinden. Ich erbringe einen erheblichen Arbeitsaufwand in der Analyse der Kreditströme und der Analyse der Geldbewegungen. Ich beobachte weiterhin sehr aufmerksam das Verhältnis der Zinssätze zueinander. Und ich betrachte sehr aufmerksam die Wirkung von monetärer und fiskalischer Politik auf die wirtschaftliche Aktivität.

WELT: Sie sehen so viele Gefahren voraus, alle aufgeführt in Ihrem ersten, kürzlich veröffentlichten Buch „Interest Rates, The Markets, and The New Financial World". Nachdem man es gelesen hat, fragt man sich: Wie sicher ist unser Geld?

Kaufman: Ich meine, es ist sehr schwer, als Analytiker extreme Risiken zu erkennen. Wir haben in diesem Bereich keine analytischen Fähigkeiten, und glücklicherweise kommen extreme Situationen sehr selten vor. Wenn Sie mich fragen, wie ernst*haft die Gefahr eines größeren wirt*schaftlichen und finanziellen Einbruchs ist: Ich habe immer dazu geneigt, dies folgendermaßen zu klassifizieren:

Hätten Sie mich das 1960 gefragt, so hätte ich die Wahrscheinlichkeit tausend zu eins dagegen eingeschätzt.

1970 hätte ich gesagt: hundert zu eins dagegen.

Heute halte ich es immer noch für unwahrscheinlich, aber die Chancen sind auf zehn zu eins dagegen zurückgegangen.

Die „Wett-Quote" ist also geringer und die Risiken sind größer geworden, aber ich glaube immer noch nicht, daß ein größerer wirtschaftlicher Einbruch zustandekommt, wie wir ihn in den dreißiger Jahren gehabt haben.

WELT: Ihrer Meinung nach ist der Abbau staatlicher Vorschriften im Finanzwesen, die in den USA begann, viel zu weit gegangen. Um wieviel zu weit?

Kaufman: Dies ist eine komplexe *Frage und ich will versuchen, Ihnen* eine einfache Antwort zu geben. Erstens, wenn wir die Vorschriften im Finanzwesen lockern und damit so, wie das hier gemacht wurde, nicht nur in den Vereinigten Staaten fortfahren, sondern auch in der übrigen Welt, dann ist das kritische – das sehr kritische – Problem: wie disziplinieren wir diese neue, hoch-innovative, unternehmerische Finanzwelt? Meine Antwort darauf ist, daß wir dies entweder durch neue Vorschriften tun oder daß wir den Kräften des Marktes gestatten, sich auszuwirken.

WELT: Sie kritisieren diese substantiellen Strukturveränderungen ...

Kaufman: Ja.

WELT: *... in den Märkten, die die* Schaffung vieler neuer Finanzinstrumente bewirkt haben.

Kaufman: Richtig.

Auf Termine und Optionen ein waches Auge werfen

WELT: Welche sind die gefährlichsten, die mit der größten Sorgfalt beobachtet werden sollten?

Kaufman: Nun, ich glaube, daß unter den Finanzinstrumenten, die Aufmerksamkeit verdienen, solche sind wie

- die „junk bonds" – Anleihen mit hohem Ertrag, das heißt, Anleihen von Unternehmen, die eine schwere Schuldenlast tragen und kaum über Sachwerte verfügen.
- Zweitens meine ich, daß die Zunahme von Termingeschäften und Optionen scharfe Beobachtung erfordert.
- Drittens gibt es viele Positionen, die außerhalb der Bilanz angesiedelt werden wie Zins- und Währungs-Swaps, die sehr sorgfältig verfolgt und bewertet werden müssen.
- Viertens, wenn Sie darüber hinausgehen wollen, so scheint es mir, daß es nicht nur um Instrumente per se geht, sondern um den rapiden Zuwachs an Passiva und Aktiva von Finanzinstituten im allgemeinen, in Relation zu ihrer Kapital-Position.

WELT: Herr Kaufman, wie gesund ist das amerikanische Bankensystem?

Kaufman: Das amerikanische Geschäftsbankensystem ist sehr groß, wie in jedem industrialisierten Land. Es ist überdies sehr verschiedenartig. Wir sind ein Land mit mehr als 14 000 Geschäftsbanken, wobei die Großbanken dominieren. Wie sicher ist nun dies Bankensystem? Wir haben viele lokale und regionale Banken und einige sehr große Banken, die noch sehr konservativ strukturiert sind. Dennoch, es gibt viele Geschäftsbanken mit knapper Kapitalausstattung und natürlich auch mit faulen Krediten.

WELT: Können die Banken die Schuldenkrise der Dritten Welt managen?

Kaufman: Die Schuldenkrise der Dritten Welt kann gemeistert werden, wenn die folgenden Kriterien erfüllt werden: Erstens, daß wir nicht bald in eine Wirtschaftsrezession hineingeraten, weder in den Vereinigten Staaten noch in der übrigen industrialisierten Welt. Zweitens, daß Zeit vergeht, noch vier bis fünf Jahre, während der wir keine Rezession haben und während der die Banken Reserven ansammeln und dadurch imstande sind, einiges von dieser Verschuldung abzuschreiben. Ferner einen Zeitraum von vier oder fünf Jahren, in dem einige von diesen Schuldnern die Fähigkeit gewinnen, ihre Kreditwürdigkeit wiederherzustellen.

Ich glaube, daß es dafür eine vernünftige Chance gibt, aber nachdem ich das gesagt habe, möchte ich sagen, daß die gegenwärtige Schuldenstruktur eines Tages erleichtert werden muß. Erleichtert dadurch, daß die Zinskosten einiger dieser Schuldner gesenkt werden, daß die Laufzeiten gestreckt werden nach einem viel längerfristigeren Rückzahlungsprogramm. Und schließlich werden die Banken noch einige Konzessionen machen müssen.

WELT: Sie rechnen also nicht mit weiteren Fällen nach Art des Zusammenbruchs der Continental Illinois?

Kaufman: Nein, das habe ich nicht gesagt. Vereinzelte Continental Illinois Fälle kann das System meistern. Einen Fall Continental Illinois in einem Jahr, und einen anderen zwei Jahre später – darauf kann das System sich einstellen. Aber vier oder fünf Continental-Fälle auf einmal, das wäre sehr schwierig. Ja, ich rechne mit einigen weiteren Fällen nach Art der Continental Illinois. Es bedrückt mich, mir das Zusammentreffen von fünf oder sechs solcher *Fälle auf einmal vorzustellen.* Das wäre ein Gefahrenpunkt.

WELT: Sehen Sie in den USA einen Trend zur Universalbank?

Kaufman: Das ist eine sehr gute Frage. Ich muß Ihnen sagen, daß es eine Bewegung in dieser Richtung gibt. Aber das hat nicht die Fundierung wie in Kontinental-Europa. Wie Sie wissen, haben wir immer noch strikte Bankengesetze auf Bundes- und Einzelstaaten-Ebene. Wir bewegen uns in Richtung auf zwischenstaatliche Banken, bundesweite Banken, in den Vereinigten Staaten. Einige der Handelsbanken errichten Tochtergesellschaften, denen die Charakteristika des Universal-Banking eigen sind. Das große Problem, mit dem wir in den Vereinigten Staaten fertigwerden müssen, ist die Frage, die wir das Glass-Steagel-Gesetz nennen.

WELT: Verzeihen Sie, es gibt eine Differenzierung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken.

Kaufman: Eine Differenzierung zwischen Geschäfts- und Investmentbanken, genau. Hier gehen wir in zwei Richtungen. Richtung eins ist, daß die Banken-Industrie einen Wandel sehen möchte; bisher wird dieser Wandel an den Rändern durch die Regulierungs-Instanzen vorgenommen. Die Regulierungs-Instanzen, speziell das Federal Reserve Board, hätten es lieber, wenn die Politik sich mit dieser Sache befaßte. Und die *Politik rührt sich in dieser Frage* nicht. Der Trend in dieser Richtung ist also sehr allmählich.

WELT: Offensichtlich ist eine Rückkehr zu den alten Regulierungs-Vorschriften unmöglich.

Kaufman: Richtig.

WELT: Was schlagen Sie vor, eine Neudefinition der Rolle des amerikanischen Finanzsystems?

Kaufman: Richtig. Ich schlage weiterhin vor, daß wir uns vor allem an die Abschaffung der Vielfalt von Aufsichtsbehörden in den Vereinigten Staaten machen. Wir haben das Federal Reserve Board, wir haben die Federal Home Loan Bank, eine Federal Deposit Insurance Corporation; einen Comptroller of the Currency, Regulatoren in den Einzelstaaten usw. In einer Welt, in der finanzielle Aktiva und Kredit handelbar sind, sind diese Vielfach-Regulatoren wirklich sehr unwirtschaftlich.

Zweitens schlage ich vor, daß ein Bundesaufsichtsrat für Finanzinstitute gegründet wird. Mitglieder dieses Rats sollten hauptsächlich Leute vom Federal Reserve Board sein und andere Mitglieder der Geschäfts- und Finanzwelt. Diese Bundesaufsichtsbehörde sollte einheitliche Maßstäbe festlegen für die Buchführung, für die Berichterstattung und für die Kapitalausstattung aller größeren Institute in den Vereinigten Staaten.

Ich glaube auch, daß in einer „Welt *der Sekuritisierung", in der mehr und* mehr Finanzwerte vermarktet werden können, die Finanzinstitute genötigt sein sollten, ihre Aktiva zum Selbstkostenpreis oder zum Marktpreis bekanntzugeben, welcher auch immer der niedrigere ist. Das würde die Institute früher zur Erkenntnis möglicher Verluste führen, und dann würden sie etwas konservativer in ihrer Ausleihe- und Investitionspraxis werden. Ich habe auch das sehr starke Gefühl, daß unser Steuersystem immer noch sehr stark das Schuldenmachen fördert statt die Schaffung von Sachkapital. Das sollte reformiert werden.

WELT: Besonders besorgniserregend ist das riesige amerikanische Haushaltsdefizit.

Kaufman: Stimmt.

WELT: Glauben Sie, daß das Gramm-Rudman-Gesetz greift?

Kaufman: Ich glaube, daß das Gramm-Rudman-Gesetz nicht so wirksam sein wird, wie manche meinen. Wir werden kein Haushaltsdefizit von 144 Milliarden Dollar im Fiskaljahr 1987 haben, das am 1. Oktober begann. Wir beenden dies Fiskaljahr mit einem Haushaltsdefizit zwischen 220 und 230 Milliarden Dollar. Es gibt keine Möglichkeit, das Haushaltsdefizit in den 140- oder 150-Milliarden-Bereich zu drücken. Das würde zu einem ernsten wirtschaftlichen Rückschlag führen. Und das ist nicht machbar. *Es wird bewiesen werden,* daß wir die Verteidigungsausgaben und andere Ausgaben nicht ausreichend kürzen können, und wir wollen die Steuern nicht erhöhen. Dies ist gegen den Standpunkt der Administration. Aus dieser Perspektive erwarte ich 1987 den Beweis, daß das Gramm-Rudman-Gesetz sich nicht so bewähren wird, wie man ursprünglich unterstellt hat.

WELT: Wie kann der rapide Schuldenzuwachs in den USA, der achttausend Milliarden Dollar erreicht hat, etwa das Doppelte des Bruttosozialprodukts, verlangsamt werden?

Kaufman: Ich glaube, daß das neue Grundsätze erfordert, auf die ich schon hingewiesen habe: Aufsichtsbehörden, eine konservativere Bewertung finanzieller Positionen, Konsolidierung der Regulierungsbehörden, mehr Steueranreize zur Schaffung von Sachvermögen statt Schulden. Das alles erfordert strukturelle Veränderungen in den Vereinigten Staaten und kann nicht gemeistert werden durch eine kleine Regulierungsvorschrift. Es erfordert vielmehr eine Neudefinition dessen, was wir von unserem Finanzsystem erwarten.

WELT: Welche Zinssätze sehen Sie für Amerika voraus?

Kaufman: Ich glaube, um die amerikanische Wirtschaft in Gang zu bringen, brauchen wir einen so niedrigen Zinssatz, daß, falls die Zinsen wieder um einen Prozentpunkt steigen, oder um anderthalb Prozentpunkte, dies nicht von den wirtschaftlich und finanziell Beteiligten als negativ empfunden wird. Ich glaube, daß beim gegenwärtigen Stand der Zinssätze, wenn langfristige Regierungsanleihen ungefähr 7 3/8 Prozent bringen, ein Anstieg um einen Prozentpunkt sehr negative wirtschaftliche und finanzielle Auswirkungen haben würde. Er würde deshalb bald jede Wiederbelebung der amerikanischen Wirtschaft verlangsamen. Wir sind also noch nicht auf jener Zinssatz-Höhe, die das Wirtschaftssystem sich freier fühlen ließe, unbelastet von Zwang.

Der Zins kehrt nicht in zyklische Höhen zurück

WELT: Sie haben, natürlich, einen Langzeit-Blick auf die Zinssätze.

Kaufman: Ja. Mein Langzeit-Blick auf die Zinssätze ergibt, daß ich vor allem nicht glaube, daß wir zu zyklischen Höhen zurückkehren, wie sie 1980 und 1981 erreicht wurden, als die prime rate 21,5 Prozent erreichte; Schatzanweisungen auf drei Monate erreichten 17,25 Prozent und langfristige Anleihen kamen auf 15,25 Prozent. Ich meine, daß wir dem nicht nahekommen werden, wenn die Zinssätze das nächstemal steigen. Ich *sehe nicht, daß wir einen zugrunde*liegenden Inflationsschub hätten, und ich meine, daß es Zwänge im Finanzsystem gibt, eine Riesenmasse Schulden usw., die den Beteiligten Zügel anlegen werden, ehe wir solche Hemmungs-Höhen der Zinssätze erreichen.

WELT: Wie stehen Sie zur Inflation?

Kaufman: Nun, die Inflationsfrage ist eine sehr gute Frage, weil wir zur Zeit, wie Sie wissen, einige Symptome sehen – oder was die Leute Symptome nennen. Goldpreise steigen, Platinpreise steigen, Ölpreise sind ein wenig gestiegen. Aber wenn Sie diese Bereiche abziehen und alle anderen Rohstoffe betrachten, so fin*den Sie, daß in den Preisbereichen* aller anderen Rohstoffe nichts geschieht. Darüber hinaus, glaube ich, ist die kritische Frage die Höhe der Arbeitskosten. Wenn Sie die Arbeitskosten heute in den Vereinigten Staaten betrachten und in einer Vielzahl anderer Länder in der ganzen Welt, so finden Sie bescheidene Forderungen der Gewerkschaften. Bis Sie also auf Arbeitskräftemangel stoßen, ist die Inflation, glaube ich, recht gut unter Kontrolle.

WELT: Den sprunghaften Anstieg des Goldpreises in jüngster Zeit halten Sie also nicht für wichtig?

Kaufman: Ich glaube, der Goldpreissprung ist nur ein spekulativer Sprung. Er ist etwas, was sehr schnell und sehr substantiell mit nur bescheidenen Geldsummen angetrieben werden kann.

WELT: Welche realen Auswirkungen wird das neue Steuerrecht für die amerikanische Wirtschaft haben? Sie sagten schon, daß Sie mit *einem Rückgang der Investitionen* rechnen wegen der Erhöhung der Kapitalertragssteuer.

Kaufman: Nun, da gibt es mehrere Probleme; eines ist die Erhöhung der Kapitalertragssteuer. Zweitens senkt die Änderung in der Steuerstruktur die Steuerzahlungen pro Einzelperson pro Haushalt, aber sie erhöht tatsächlich die effektive Steuersumme, die die Wirtschaft zahlen muß. Das ist bis zu einem gewissen Grade ein Bremsfaktor. Es ist vor allem dann ein Bremsfaktor, wenn Sie die Verstöße und Verzögerungen betrachten, mit denen diese Struktur eingeführt wird. Es ist ein Bremsfaktor für 1987. Ich glaube, daß nach 1987, alles in allem, diese neue Steuerreform wahrscheinlich die Wirtschaft anregen wird. Aber für 1987 ist sie ein Problem.

WELT: Wohin geht Ihrer Meinung nach der Dollar?

Kaufman: Unter den gegenwärtigen Umständen, einem sehr bescheidenen Wachstum hier und einem sehr bescheidenen Wachstum in der übrigen industrialisierten und Dritten Welt, glaube ich, daß wir noch nicht den Tiefpunkt des Dollarkurses gesehen haben.

Die Kursgewinne werden im nächsten Jahr steigen

WELT: Sollten Ausländer immer noch amerikanische Aktien kaufen?

Kaufman: Ich glaube, daß jetzt immer noch die Zeit für Ausländer ist, amerikanische Aktien zu kaufen, weil ich unter anderem annehme, daß die Gewinne im nächsten Jahr wieder steigen. Aber da gibt es einen anderen Gesichtspunkt, nämlich den, daß es hier eine sehr gute Chance für ausländische Firmen gibt, insbesondere deutsche und japanische und andere Unternehmen in Industrienationen, sich unmittelbar in den Vereinigten Staaten zu engagieren, und zwar in Form von Direktinvestitionen. Denn *der Dollar-Verfall* und die Aufwertung – nennen wir es so – der D-Mark und des Yen gibt deutschen und japanischen Firmen eine außerordentlich gewinnträchtige Möglichkeit, hier zu investieren.

WELT: Wie sieht es für Ausländer bei Anleihen aus?

Kaufman: Nun, hier ist die Sache so: wenn der Dollar weiterhin um einiges sinkt, was ich erwarten würde, dann könnte es sein, daß der Wertverlust des Dollar zu einem erheblichen Teil das Zinseinkommen ausgleicht, das Ausländer hier kurzfristig erwerben können. In diesem Sinne meine ich, daß hinsichtlich des festen Einkommens die Aussichten in den Nicht-Dollar-Währungen liegen. In einigen der Nicht-Dollar-Währungen statt in US-Dollar-Obligationen – auf kurze Sicht.

WELT: Kehren wir zurück zu den Börsen: Angesichts des Programmhandels in Optionen und Futures: wie kann der kleine Mann sich schützen?

Kaufman: Nun, vor allem, wie Sie wissen, hat der Handel mit Optionen und Futures zwar zeitweilige Einflüsse auf die Preise, aber keinen dauernden Einfluß. Und es kann Tage geben, in denen die Preisbewegungen spunghaft sind infolge Fälligkeit der Verträge. An solchen Tagen ist es sehr schwierig für den einzelnen Investor. Der einzelne Investor kann sich bis zu einem gewissen Grade schützen, indem er Kommunalanleihen kauft. Dort, wo die Fonds professionell genug sind, richtig und umfangreich in den Markt einzusteigen und Aktien zu kaufen, und wo sie fähig sind, Optionen zu nutzen, und vielleicht Futures, was der Einzelne mit kleinen Geldmengen nicht leisten kann.

***WELT:** Herr Dr. Kaufman,* wer ist Nummer eins der Finanzmärkte, New York, London oder Tokio?

Kaufman: Ich meine, es ist weiterhin New York.

WELT: Die Londoner würden das bestreiten.

Kaufman: Ja, natürlich, das kann ich verstehen. Aber es bleibt bei New York, aus den folgenden Gründen: Die USA sind immer noch die größten Anleihe-Nehmer als Land. Die Vereinigten Staaten haben immer noch den größten Aktienmarkt. Die offenstehenden Schuldensummen betragen in den Vereinigten Staaten wahrscheinlich zweieinhalbtausend Milliarden Dollar des Sachvermögens. Dieses überschattet die Aktienmärkte in Europa und ist noch größer als der japanische. Und die ausstehenden Schulden werden hier mehr und mehr gehandelt. Zudem haben wir nicht, in Europa und Japan, so viele handelbare Papiere wie in den USA. In diesem Sinne glaube ich, daß der große Markt in New York liegt.

Der Asket im 41. Stock

Es ist eine der besten Adressen inmitten des bedeutendsten Finanzzentrums der Welt: 1 New York Plaza, Hauptsitz des großen amerikanischen Investmenthauses Salomon Brothers, Inc. Der anthrazitfarbene Wolkenkratzer aus Glas und Stahl ragt gleich neben der Fähre nach Staten Island empor, und vom 41. Stock streicht der Blick über die Südspitze Manhattan, die *Freiheitsstatue und die* ausrangierte Einwanderungsschleuse Ellis Island. Henry Kaufman, dem man Beinamen wie „Hexenmeister der Wall Street" oder „Zinsguru" umgehängt hat, empfängt selten Journalisten und meistens hochkarätige Geldmacher aus Industrie und Handel, *denen er schon* beim Frühstück darlegt, wann und wo Anleihen am günstigsten zu plazieren sind. In seinem Edelbüro, das er mit teuren Skulpturen und moderner Malerei („meinem schönsten Hobby") gefüllt hat, wird mit einem Schlag klar, warum der eher asketische Mann von gedrungener Statur und mit rundem Gesicht unter Bankern, Wirtschaftlern und Politikern einen so ausgezeichneten Ruf besitzt: Seine Analysen sind knapp und klar, mit wenigen Strichen umreißt er das Problem. Hinzu kommt, daß seine Konjunktureinschätzungen, die Basis aller Zinsprognosen, eine hohe Trefferquote aufweisen.



Weltkorrespondent Horst-Alexander Siebert (links) unterhält sich mit Henry Kaufman nach dem Interview in dessen Arbeitszimmer.

Niemand in den USA hat so laut vor der Disziplinlosigkeit im Geldgeschäft, der Übernahmemanie und den Gefahren der Junk-Bond-Finanzierung gewarnt wie Henry Kaufman. Die Insider-Skandale, die mit dem Sturz von Ivan Boesky einen ersten Höhepunkt erreicht haben, erschrecken ihn zutiefst. Insgesamt ist für ihn die Entbürokratisierung, die sogenannte Deregulierung der Finanzinstitutionen zu weit gegangen. Das Ergebnis sind tiefgreifende, auf Dauer kaum zu verkraftende strukturelle Veränderungen der Märkte, die möglichst schnell gestoppt oder sogar zurückgedreht werden müssen. Im Gespräch mit der WELT erläuterte der besorgte Zinspapst, der bei Salomon Brothers als Chefökonom, geschäftsführender Direktor und Mitglied des Exekutivkomitees drei Forschungsabteilungen – Bond Market Research, Stock Research und Bond Portfolio Analysis – leitet, eigene Vorschläge zur Stabilisierung des Systems.

Kaufman hat mit Henry Kissinger zwei Dinge gemeinsam: Beide stammen aus Deutschland und hießen früher mit Vornamen Heinz. Kaufman wurde 1927 in Wenings bei Büdingen in Hessen geboren, 1936 flüchtete er mit seinen Eltern nach Amerika. Nach dem Volkswirt-Diplom promovierte er 1958 an der New York Universität, die ihm 1982 auch die Ehrendoktorwürde verlieh.

„Wo liegt auf Erden jene Wüste, die sie nicht in blühendes Land zu verwandeln wüßten?"

Rußlanddeutsche erzählen ihr Schicksal

Die russische Zarin Katharina II. (1762–1796) aus dem deutschen Fürstenhaus Anhalt-Zerbst hatte sie im 18. Jahrhundert ins Land gerufen. Dem Manifest vom 22. Juli 1763, mit dem zur Einwanderung und Bewirtschaftung von Brachland geworben wurde, waren in den fünf Jahren bis 1768 rund 29 000 deutsche Landsleute gefolgt, die im menschenleeren Wolgagebiet angesiedelt wurden. Die „Rußlanddeutschen", wie die Kolonisten aus Hessen und dem Rheinland, aus Württemberg und Baden, aus der Pfalz und dem Elsaß später genannt wurden, wollten der Willkürherrschaft weltlicher und kirchlicher Obrigkeit in den deutschen Kleinstaaten entfliehen; was sie im Zarenreich zu finden hofften und was ihnen Katharina auch vertraglich zusicherte, waren volle Religionsfreiheit für alle Konfessionen, Steuerfreiheit und die Befreiung von Fron- und Militärdienst „auf ewige Zeit".

Was sie mitbrachten, waren nicht nur Fleiß, Tüchtigkeit und in Jahrhunderten gewonnene Erfahrung als Bauern und Handwerker, sondern auch Pferde und Zuchtvieh, Saatgut und Arbeitsgerät wie Äxte, Sägen, Spinnräder, Webrahmen und eiserne Pflugscharen, die damals in Rußland noch unbekannt waren. Sie kamen auf dem Landweg nach Lübeck, von dort zu Schiff nach Riga oder Petersburg, weiter auf dem Landweg nach Twer oder Rybinsk und schließlich auf Wolgakähnen flußabwärts bis in die Gegend von Saratow, wo sie auf der „Wiesenseite" und auf der „Bergseite" zahlreiche Dörfer gründeten.

Die zweite Einwanderungswelle unter dem deutschfreundlichen Zaren Alexander I. (1801–1825) folgte im 19. Jahrhundert ins Schwarzmeergebiet, daneben ließen sich kleinere

Wir sind aus Sibiriens Weiten – ARD, 21.15 Uhr

Gruppen in Wolhynien, Transkaukasien und Sibirien nieder. Aber alle deutschen Einwanderer zeichnete in gleicher Weise aus, daß sie sich so stark vermehrten, daß in den Mutterkolonien das Land nicht mehr ausreichte, daß Wälder gerodet und Steppen urbar gemacht oder in entfernten Gegenden Tochterkolonien gegründet werden mußten.

Die Kopfzahl der Rußlanddeutschen stieg von einst 100 000 bis zum Ersten Weltkrieg auf 1,7 Millionen und liegt heute bei über zwei Millionen. Mit der Bevölkerungszahl und dem Wohlstand wuchs aber auch der Neid der russischen Nachbarn, was die Russifizierungspolitik nach 1871 stark begünstigte.

Alexander Solschenizyn fand freilich noch nach dem Zweiten Weltkrieg lobende Worte über den Fleiß der Deutschen in seinem Vaterland: „Wo liegt auf Erden jene Wüste, die die Deutschen nicht in blühendes Land zu verwandeln verstünden? Der Deutsche ist wie ein Weidenbaum, wo du ihn hinsteckst, schlägt er Wurzeln. Schon in den fünfziger Jahren hatten die Deutschen die besten, geräumigsten und saubersten Häuser, die größten Schweine, die milchreichsten Kühe."

Der Haß auf die deutsche Minderheit setzte am 22. Juni 1941, dem Beginn des „Großen Vaterländischen Krieges", schlagartig ein. Die 1924 gegründete „Wolgadeutsche Republik" wurde liquidiert, die Wolga- und Schwarzmeerdeutschen, alle der „Kollaboration" verdächtigt, wurden zu Hunderttausenden nach Mittelasien verschleppt.

Fünf von ihnen, Maria Kraft und ihre vier Söhne, die 1985 ausreisen durften, berichten heute abend über ihr Schicksal.

JÖRG BERNHARD BILKE

KRITIK

Verworrene Zustände

Jetzt wissen wir endlich, warum aus der Verfilmung von Stefan Heyms Roman Lenz oder Die Freiheit nichts Rechtes wurde. Peter Schulze-Rohr fand die treffende Erklärung dafür: „Ein Film besteht aus Gefühlen". Da weiß man gar nicht, warum der Südwestfunk in seinem 3. Programm Dieter Berners mißglücktes Opus wiederholte – es sei denn, um zu nächtlicher Stunde ein Gespräch unter Geschichtsprofessoren, vermehrt um einen Literatur- und Medienwissenschaftler auszustrahlen. Denen nahm Schulze-Rohr natürlich ganz schön den Wind aus den Segeln; sie traten ja an, über den Vormärz 1848 und die Badische Revolution, über Revolutionen ganz allgemein und entfernt auch über den Film mit wachem Verstand und also nicht gefühlsbenebelt zu diskutieren.

Wir wissen zu wenig davon, da herrschte Einigkeit. Deswegen klagten die Forscher so, und zu Recht, daß Heyms Roman die Sache zwar umschreibt, aber kaum klärt – die Verhältnisse, sie war'n halt nicht so; sie waren verworren –, daß aber der Film noch weniger zu Wissen und Klärung beigetragen hat. Er liefere „verworrene Bilder von verworrenen Zuständen", hieß es. Und die anfangs so richtig mit wissenschaftlich trockenem Gesicht dasaßen und nicht gerade zum Zuhören animierten, gingen richtig aus sich heraus: Der Film sei ein Melodram und insoweit „Revolutions-Kitsch".

Da bedauerte man doch, daß Stefan Heym nur als Aufzeichnung und nicht live an der Diskussion teilnahm. Was sollen wir nun anfangen mit der von den Historikern gelieferten Zusatz-Information, daß nicht weniger als vier Krisen nötig waren, damit es zum Aufstand in Baden kam? Was nutzt uns Heyms Hinweis, daß auch die Armee rebellierte und daß man die „Konterrevolutionäre" nicht umbrachte? Daß man die Macht, einmal in Händen, nicht wieder abgeben dürfe, steht schon in Friedrich Wolfs „Matrosen von Cattaro". Und wie gut Krisen sind, hat Brecht in der (von den Erben mit Aufführungsverbot belegten) „Maßnahme" geschildert.

KATHRIN BERGMANN



9.45 **Ratgeber: Fernsehgarten**
10.00 **heute**
10.05 **Kir Royal**
1. Wer reinkommt, ist drin

15.50 **Tagesschau**
16.00 **Die Sklavin Isaura (5)**
16.25 **Allerhand Leute**
Deutsche Urlauber auf der Kanaren-Insel Gomera
17.15 **Schlupp vom grünen Stern (2)**
17.45 **Tagesschau**
17.55 **Regionalprogramme**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Ausgestoßen (5)**
21.15 **„Wir sind aus Sibiriens Weiten"**
Rußlanddeutsche erzählen
Film von Elisabeth Montet und Uwe Pohlig
26. 10. 1985, Lager Friedland. Maria Kraft und ihre vier Söhne sind soeben aus der Sowjetunion gekommen. Seit 1970 hätten sich die Lebensbedingungen für die Deutschen in der UdSSR gebessert, erzählt Frau Kraft – jedoch nur für diejenigen, die sich ruhig verhalten.
22.00 **Sketchup**
Iris Berben und Diether Krebs
22.30 **Tagesthemen**
23.00 **In einer langen, kalten Nacht**
Finnischer Fernsehfilm von Matti-Juhani Karila
Buch: Arvi Auvinen
0.00 **Tagesschau**
0.05 **Nachtgedanken**
Erich Kästner: Wiegenlied für sich selber



11.05 **Das Traumschiff**
12.35 **Umschau**
12.55 **Presseschau**
13.00 **heute**

16.00 **heute**
16.04 **Mietrecht (13)**
Anschl.: heute-Schlagzeilen
16.35 **Großstadtrummel im Fernen Osten**
Beginn einer sechsteiligen Serie über Großstädte in Asien:
1. Seoul – Supergirl schlägt zu
17.00 **heute / Aus den Ländern**
17.15 **Tele-Illustrierte**
Gäste: Tommy Steiner, Musica Bohemica Prag
17.45 **Agentin mit Herz**
Der Mafia-Pate
19.00 **heute**
19.30 **Die Sterne schwindeln nicht**
Fernsehfilm von Günter Kunert
Mit Hartmut Reck, Johanna v. Koczian
Regie: Helmut Knissel
21.00 **Programmvorschau**
21.15 **WISO**
Ärger mit den Heizkosten. Türkische Arbeitnehmer auf dem EG-Markt
21.45 **heute-journal**
Anschließend: Polit-Barometer
22.10 **Ronald Reagan – der Zauberer im Weißen Haus**
Beobachtungen von Gerd Helbig
22.55 **It's Countrytime mit Freddy Quinn**
23.40 **Tennis-World-Top-5-Series**
Steffi Graf – Hana Mandlikova
Aufzeichnung aus München
0.10 **heute**

SAT 1

15.35 **Indian River**
16.00 **Drei Mädchen, drei Jungen**
16.25 **Die Waltons**
17.10 **Mondbasis Alpha 1**
18.00 **Cowboys, Sheriffs, Banditen**
Anschließend: Goldies
18.30 **blick**
18.45 **Extrablatt**
Themen: Bericht von den Dreharbeiten zum neuesten James-Bond-Film „The Living Daylights" in Wien.
Portrait der Ingrid-Bergmann-Tochter und Schauspielerin Isabella Rosselini
19.45 **Liebe nach Noten**
Deutscher Musikfilm (1944/45)
21.20 **Spielcasino: Glückswirbel**
21.30 **blick**
22.15 **WM – Wirtschaftsmagazin**
Wahlkampf – SPD gegen Grüne. Thema der Woche – Energiepreise. Firmenportrait – Pfaff
22.45 **Mannix**
23.30 **blick**



19.00 **Hobbythek**
Flohmarkt
19.45 **Nähkurs für Anfänger (10)**
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Fußball-WM 1986 in Mexiko**
22.00 **Drei vor Mitternacht**
Thema: Gen-Technologie – Fortschritt oder Horrortrip?



18.00 **Mini-ZIB**
18.10 **Bilder aus der Schweiz**
19.00 **heute**
19.20 **3SAT-Studio**
19.30 **Tennis-World-Top-5-Series**
Live aus München: Steffi Graf – Hana Mandlikova
21.15 **Zeit im Bild 2**
21.35 **Kulturjournal**
21.45 **Flammender Stern**
Amerikanischer Spielfilm (1960)
Mit Elvis Presley
23.15 **Kennwort: Kino**
„Macaroni" von Ettore Scola
23.25 **Nachrichten**



18.15 **Augenclip/Regional 7**
18.35 **Hallo RTL**
18.53 **7 vor 7**
19.22 **Karlchen**
19.30 **Das Tal der Pappeln**
Robertas Mutter
20.15 **RTL-Spiel**
20.20 **Filmvorschau**
20.30 **Schwarz, gelb, Tod**
Französischer Spielfilm (1984)
Regie: Dominique Toussant
22.05 **RTL-Spiel**
22.10 **Nachrichten**
22.20 **Popeye: Das Tal der Gnome**
22.25 **Wie geht's?**
Gesundheitstips: Asthma
22.45 **Wetter/Horoskop/Betthupferl**
23.30 **Wall Street Final**

III.

WEST
19.00 **Aktuelle Stunde**
Bürgertelefon: 02 21/23 64 33
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Lindenstraße**
20.45 **Auslandsshow**
Stadtgespräche in Jerusalem
22.15 **Der Maler August Macke**
22.45 **Thema des Monats**
Entmündigung

NORD
18.30 **Textiles Gestalten (6)**
Makramee
19.00 **Rund um das Zwiebelmuster**
19.15 **Naturwissenschaftliches Feature**
Forschung gegen den Hunger
20.00 **Tagesschau**
20.15 **Das Montagsthema**
Umweltkatastrophe und die Chemie
21.00 **Hobbythek**
21.45 **Internationales TV-Kochbuch**
22.00 **Das unheimliche Fenster**
Amerikanischer Spielfilm (1949)
Regie: Ted Tetzlaff
Niemand glaubt dem Jungen Tommy, der an seinem Fenster Zeuge eines Mordes wird
23.10 **Der Pianist Conrad Hansen**
0.10 **Nachrichten**

HESSEN
18.00 **Sesamstraße**
18.33 **Auf Achse nach Kathmandu (2)**
19.20 **Hessenschau**
19.55 **Drei aktuell**
20.00 **40 Jahre hessische Verfassung**
21.30 **Drei aktuell**
21.45 **Magnum**
22.30 **Going Bananas**
23.15 **Vor vierzig Jahren**
Indonesia Calling

SÜDWEST
18.00 **Sesamstraße**
18.30 **Schwarzes Theater**
18.32 **Null ist Spitze**
18.58 **Schlagzeilen**
19.00 **Abendschau/Blick ins Land**
19.26 **Sandmännchen**
19.30 **Formel Eins**
20.15 **Umweltkatastrophe und die Chemie**
21.00 **Aktuell/Neues**
21.15 **Markt**
23.00 **Pop-Souvenirs (9)**
23.45 **Nachrichten**

BAYERN
18.15 **Kulturzeit**
18.45 **Rundschau**
19.00 **Live aus dem Alabama**
21.00 **40 Jahre Bayerische Verfassung**
21.30 **Rundschau**
21.45 **Blickpunkt Sport**
22.45 **Z. E. N.**
Religiöse Motive in der bayerischen Volkskunst: Backmodeln
22.50 **Magnum**
23.10 **Der Pianist Conrad Hansen**
0.10 **Rundschau**

Action gegen „Zapping": die neueste Masche in der Fernsehwerbung

Kampf der Ausschaltquote angesagt

Manch ein flüchtiger Kenner von Alternativ-Ideologien mag unter dem amerikanischen „Zapping" die Bezeichnung für den Musikstil verstehen, den der berüchtigte Frank Zappa zu spielen pflegt.

Aber weit gefehlt. Angesagt ist eine Unsitte – wenn wir mit dem Munde eines Werbestrategen sprechen. Zapp nämlich macht die Fernbedienung von TV-Geräten, wenn sie von einem Kanal auf den anderen umgeschaltet wird. Und Zapping ist die gefürchtete Gewohnheit von Fernsehkonsumenten, immer dann einen anderen Sender anzuzapfen, wenn im bislang Geschauten Werbung ausgestrahlt wird.

Wo immer man da hingeraten mag, offensichtlich ist es angenehmer, als sich das seidenweiße Frischwärts-Gebrabbel anzuhören und die flockenleichte, knackige Bildsequenz zu verfolgen, die da für irgendein Produkt werbend über den Schirm flattert.

Gefürchtet nun werden die Zapping-Fans, weil sie den Reklamefritzen alle Illusionen von Einschaltquoten und Erfolgsbewußtsein rauben. Wie kriegt man das Wild Zuschauer zur Strecke, wenn es sich einfach aus dem Staube macht. Ohne aufzustehen natürlich, einfach mit einem: Zwitsch. Den Werbeagenturen, die sich in den USA und nun auch in Europa diesem Phänomen gegenübersehen, ist indes noch kein Reklamesüppchen zu heiß gekocht, als daß es nicht gegessen werden könnte.

Weg von der schlichten Formel des Anpreisens und Vorzeigens, hin zum Superfilmchen, der mit eigens von Erfolgskomponisten fabrizierten Pop-Songs untermalt, eine geckige, bunte Flimmerszene aufbaut, in der erst ganz zum Schluß – oder mal kurz zwischendrin – das Produkt gezeigt wird, dem es Treue zu schwören gilt. Das ist die Devise.

Oder, noch moderner, es gibt keinen Werbefilm mehr, sondern gekaufte Zeiten, Sekunden nur, in knalligen Actionstreifen, die in jedem Kino und irgendwann auch mal im Fernsehen gezeigt werden.

Da trägt der Held halt eine Uhr von Cartier, auffällig modisch bewußt, rattert mit einem Mercedes, dessen Stern weithin leuchtet, über die Kulissen, oder legt gefällig und betont unauffällig eine Schachtel Marlboro auf den Requisitentisch.

Werbung ist halt auch nicht mehr das, was es noch gestern war. Dank den Zapping-Gepflogenheiten der Zuschauer dürfen sich die verantwortlichen Vordenker der Werbung künftig noch gerissener in unser Unterbewußtsein wühlen.

Wie also sich dagegen wehren? Vielleicht mit einem allgemeinen Blackout?

HADAYATULLAH HÜBSCH

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Alle 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

Schicksal und Statistik

„WELT-Serie: Allensbach-Studie zur Arbeitslosigkeit"

Sehr geehrter Herr Gillies,

als Leser der WELT war mir die Studie natürlich bekannt. Ich kann dabei nicht verhehlen, daß sie mich unangenehm berührt hat.

Nun ist es ja nicht das erste Mal, daß das Allensbacher Institut mit recht eigenwilligen Überraschungen aufwartet. Angesichts der nun schon seit einigen Jahren anhaltenden Massenarbeitslosigkeit oberhalb der Zwei-Millionen-Grenze ist es schon recht eigenartig, wenn nicht die Überwindung der Arbeitslosigkeit zum Ziel einer Untersuchung gemacht wird, sondern ihre Rechtfertigung. Es zeugt schon von einer gewissen Kälte, wenn man das Opfer gewissermaßen zum Schuldigen umzufunktionieren versucht.

Demoskopie und Statistiken taugen nur etwas – so sagt man –, wenn man sie selbst beeinflußt hat. Jedenfalls sagen sie nichts über die Beweggründe oder die Schicksale, die sich hinter ihnen verbergen, aus.

Ganze 7000 Personen (von denen ein Großteil gar nicht selbst betroffene Arbeitslose waren) im Verhältnis zu 2,2 Millionen Arbeitslosen und einer vermutlich weiteren Million von verdeckt Arbeitslosen, wurden befragt.

Das Zahlenverhältnis läßt schon nicht auf eine überzeugende Repräsentanz schließen. So ist die provokativ-suggestiv angelegte Frage: „Muß die Arbeit Spaß machen?" schon vollends nicht dazu angetan, Vertrauen zu erwecken. Wer wünscht sich schon nicht Spaß bei der Arbeit, wenn man weiß, wie Hektik, Streß, Monotonie und Unterordnung das Arbeitsleben beherrschen? Entsprechend ist dann auch das Fazit dieser Studie, das verkürzt und plakativ als „jeder fünfte ist freiwillig arbeitslos" transportiert wird.

Nichts erfährt man darüber, wie einem Menschen zumute ist, der etliche Dutzend von Bewerbungen vergeblich verschickt hat und immer wieder dieselben stereotypen, vorgefertigten Antworten – wenn überhaupt – bekommt. Oder einem Jugendlichen, der von einem Vorstellungsgespräch und Psychotest zum anderen läuft, und dann doch direkt von der Schulbank auf die Wartebank im Arbeitsamt überwechselt.

Nichts erfahren wir von den 45jährigen und älteren Arbeitnehmern, die wissen, daß sie keinerlei Vermittlungschancen mehr haben, weil man sie längst aus dem Arbeitsprozeß als „nicht mehr verwertbar" ausrangiert hat.

Ich bin der Bundesregierung diesmal ausdrücklich dankbar, daß sie sich postwendend von dieser Studie distanziert hat und – wie Sie sicherlich wissen – dem erstaunten Zeitgenossen ein Demoskopie-Ergebnis des



Günter Döding

Sinus-Instituts präsentiert hat, aus dem hervorgeht, daß 86 % der Arbeitslosen sich wiederholt selbst um Arbeit bemüht haben, und 60 % der wiederbeschäftigten Arbeitslosen dies nur aufgrund eigener Initiative sind.

Günter Döding,
Gewerkschaft
Nahrung-Genuß-Gaststätten,
Hamburg 1

Zahl der Toten

„Genscher geht auf Distanz zu Kohl": WELT vom 25. November

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie erwähnen die Rede, die der Außenminister Genscher auf dem FDP-Parteitag gehalten hat. Er sprach von 20 Millionen Toten, die der „Überfall Hitlers" in der Sowjetunion gefordert hat. Warum müssen wir immer Symbolzahlen schaffen und diese noch oben schrauben?

Am 14. März 1946 hat Stalin der sowjetischen Zeitung „Prawda", auf deutsch „Wahrheit", auf der Titelseite ein Interview gegeben. Darin heißt es:

„Als Ergebnis der deutschen Invasion verlor die Sowjetunion in den Kämpfen mit den Deutschen, durch die deutsche Okkupation und das Verschleppen von Sowjetbürgern in deutsche Sklaverei ungefähr sieben Millionen Menschen. Anders ausgedrückt, die Sowjetunion verlor ein Vielfaches mehr an Menschen als England und die Vereinigten Staaten zusammen. Möglicherweise sind manche Leute geneigt, die kolossalen Opfer der sowjetischen Nation zu vergessen, die die Freiheit Europas vor dem hitlerischen Joch bewahrten. Doch die Sowjetunion kann sie nicht vergessen."

Herr Genscher sollte in seinen Reden etwas vorsichtiger sein und bei der Prawda, Verzeihung, bei der Wahrheit bleiben.

Mit freundlichen Grüßen
Erich Leiber,
Solingen

*

Sehr geehrte Herren,

in tiefem Mitgefühl wollen wir wahrlich die Millionen Toten nicht vergessen, die ein sinnloser Krieg forderte, den der Vertrag zweier grausamer Diktatoren heraufbeschwor.

Nicht nur die Menschen in der Sowjetunion; auch die Menschen in Polen, im Baltikum, in Finnland, im zweigeteilten Deutschland und in aller Welt erwarten von ihren Politikern, daß Kriege endgültig der Vergangenheit angehören.

Herr Genscher sollte nicht vergessen: auch Mütter und Ehefrauen in Afghanistan vergießen Tränen, tagtäglich firsche Tränen ...

Mit freundlicher Empfehlung
Dieter Schildbach,
Cadaqués/Spanien

Konsequenz

Sehr geehrte Damen und Herren,

wer nicht in Kauf nehmen will, daß durch die Kronzeugenregelung unter Umständen ein Mörder straffrei ausgeht, nimmt in Kauf, daß ziemlich sicher Dutzende von Mördern straffrei ausgehen – weil man sie nämlich gar nicht zu fassen kriegt. Außerdem nimmt er in Kauf, daß sich die Zahl der Opfer erhöht.

Wahrhaftig, eine liberale Gesinnung!

Mit freundlichen Grüßen
Jürgen Buchberger,
Metten

Primärenergie

„Kohle für die Kohle": WELT vom 21. November

Sehr geehrte Redaktion,

obwohl die Kohle in der Weltwirtschaft unvermindert einen führenden Platz einnimmt, befindet sich zur Zeit unser Kohlenbergbau unverschuldet in einer Krise. Jetzt kommt es meines Erachtens darauf an, diesem Wirtschaftszweig, der entscheidend zur Industrialisierung wie zum Wiederaufbau nach 1945 beigetragen hat, die Treue zu halten.

Es grenzt geradezu an Böswilligkeit, wenn der Kohlenbergbau in energiepolitischen Diskussionen nicht mehr als Lieferant von Rohstoff und Primärenergie, sondern vorwiegend als Subventionsempfänger und Zerstörer der Umwelt dargestellt wird. Das ins rechte Licht zu rücken, muß Aufgabe verantwortungsvoller Energiepolitiker sein.

Die Kohle ist der Sicherheitspfeiler unserer Energiewirtschaft. Ohne jederzeit nutzbare Steinkohlereserven gibt es hierzulande kein plausibles Energiekonzept. Schon gar nicht, seit das Vertrauen in die Kernenergie nachhaltig gestört ist.

Mit freundlichen Grüßen
Paul Heim,
München 21

Anziehung

„Ora et labora – das Motto der Mönche fasziniert die Jungen": WELT vom 17. November

Sehr geehrte Redaktion,

der Bericht über den Andrang junger Menschen zum Dienst im Benediktinerorden in der Königsmünster-Abtei im sauerländischen Meschede zwingt im Zeichen unseres an allen Ecken und Enden zu beobachtenden abendländischen Kulturzerfalls zum Aufhorchen. Ist es wirklich nur ein Faszinosum, was heute junge Menschen von noch seelisch-geistiger Qualität zum Klosterleben zieht, und gründet deren positive Reaktion auf die Anziehung zu einem solchen Leben nicht tiefer? Der Bericht läßt es vermuten.

Man erinnert sich hier an eine der Aufzeichnungen, die uns Oswald Spengler aus seinem nicht vollendeten zweiten Band der „Jahre der Entscheidung" (1936) hinterließ. Dort heißt es: „Das Kloster ist noch nicht wieder eine notwendige Entscheidung in dieser (abendländischen) Kultur. Es hat noch immer ein unbedeutendes Menschenmaterial, obgleich man das leicht unterschätzt ... Aber ehe das zwanzigste Jahrhundert zu Ende geht, wird das Kloster die Stätte feinster Geister sein." Das läßt jeden, der im Massendenken noch Qualität vor Quantität setzt, hoffen.

Mit freundlichem Gruß
Wolfgang Beurlen,
Hamburg 50

Wort des Tages

„Überhaupt ist die Meinung weit verbreitet, man sei, da die Diktatur zu allem fähig gewesen ist, verpflichtet, die Demokratie zu allem unfähig zu machen."

Manfred Rommel, deutscher Politiker (geboren 1928)

Personen

BUCHPREMIERE

Jetzt tritt Außenminister **Hans-Dietrich Genscher** auch in die illustre Reihe der Herausgeber ein. Der Außenminister präsentiert persönlich am 18. Dezember im Auswärtigen Amt das Buch „Nach vorn gedacht – Perspektiven deutscher Außenpolitik". Das Buch erscheint im Verlag Bonn Aktuell, Landsberg am Lech. In einer Vorankündigung heißt es dazu, da in der Außenpolitik möglichst weit nach vorn gedacht „werden muß", habe Genscher namhafte Publizisten und Wissenschaftler eingeladen, zu den wichtigsten Aspekten der deutschen Außenpolitik Stellung zu nehmen. Zu den Autoren gehören unter anderem **Walther Stützle**, Direktor des Stockholmer Instituts für Friedensforschung, der französische Publizist **Alfred Grosser**, der frühere deutsche Botschafter und ehemalige Staatssekretär **Berndt von Staden**, der Generaldirektor der Europäischen Weltraumbehörde „ESA" **Reimar Lüst**, der Leiter des Planungsstabes im Auswärtigen Amt **Konrad Seitz**, der Kölner Industrielle und Vorsitzende des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft **Otto Wolff von Amerongen** und der Vorstandssprecher der Deutschen Bank **Alfred Herrhausen**.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat den 63jährigen **Vladas Michelevicius** zum Weihbischof von Kaunas in dem von der Sowjetunion besetzten Litauen ernannt. Michelevicius ist der dritte Weihbischof, der dem 76jährigen Apostolischen Administrator des Erzbistums, **Liudas Povilonis**, zur Seite gestellt wird. Dies wird als Absicht des Papstes bewertet, die katholische Kirchenhierarchie in Litauen, wo es erhebliche Spannungen mit den staatlichen Behörden gibt, weiter zu stärken. Einer der beiden bisherigen Weihbischöfe von Kaunas ist „in der Amtsausübung behindert". Dies bedeutet nach vatikanischem Sprachgebrauch, daß er staatlichen Repressalien ausgesetzt ist.

GEBURTSTAGE

Schon zu Lebzeiten ist er eine Legende im Fußballsport: **Franz „Bimbo" Binder** feiert heute in Wien seinen 75. Geburtstag. Nicht weniger als 1006 Tore hat er in den 756 Pflichtspielen für Rapid Wien, wohin er 1930 aus St. Pölten kam und wo er auch bis 1949 spielte, erzielt. Sein Name steht für spektakuläre Tore. Am 30. April 1939 passierte im Münchner Dante-Stadion das, von dem ganze Fußball-Generationen träumten: Im Pokalspiel gegen 1860 München zerriß nach einem Schuß von Binder buchstäblich das Tornetz! Legendär in Deutschland sind auch jene drei Tore, die Franz Binder 1941 im deutschen Endspiel gegen den FC Schalke 04 schoß und die aus einem 0:3 der Wiener im Berliner Olympiastadion noch einen 4:3-Sieg machten. Später wurde Binder ein begehrter Trainer. Zusammen mit seinem Freund **Hans Pesser** baute er Rapid Wien zu einem der besten Teams in Europa auf.

*

Der Zeitungsverleger **Klaus F. Wagner** sen. in Usingen (Hochtaunuskreis), Vorsitzender des Aufsichtsrates der Standortpresse GmbH in Bonn und zugleich Vorsitzender des Vereins „pro lokalzeitung" in der Bundeshauptstadt vollendet morgen sein 65. Lebensjahr. Der Jubilar ist Herausgeber und



Klaus F. Wagner

Chefredakteur der im 120. Jahrgang erscheinenden Heimatzeitung „Usinger Anzeiger". Der gelernte Bankkaufmann trat nach 1945 in das väterliche Verlags- und Druckereiunternehmen ein. Von 1949 an baute er zusammen mit seinem Bruder Reinhold das Familienunternehmen wieder auf und aus. 1963 wurde der „Camberger Anzeiger" und 1969 die „Kronberger Zeitung" gegründet. Nach dem Tode seines Bruders führte Wagner die Firma allein, bis seine Söhne Hans und Klaus in die Geschäftsleitung eintraten. Der Hessische Verlegerverband schätzt in Wagner einen Mann, der sich stets um die Belange der Presse, vor allem der Heimatpresse gekümmert hat.

STIFTUNG

Den ersten „Energielehrstuhl" an einer deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät übernimmt der Kölner Wissenschaftler **Dr. Dieter Schmitt**. Der langjährige Geschäftsführer des Energiewirtschaftlichen Instituts an der Universität Köln hat einen Ruf auf die Professur für „Energiebetriebswirtschaftslehre" an der Universität Essen angenommen. Die von der Alfried Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung 1983 gestiftete Professur ist auf fünf Jahre befristet, soll jedoch laut Absprache mit dem Wissenschaftsministerium anschließend in eine Dauerstelle umgewandelt werden.

EHRUNG

Der mit 30 000 Mark dotierte „Internationale Preis des Landes Baden-Württemberg für Bildende Kunst" 1986 geht an den Amerikaner **Walter De Maria**. Der durch Plastiken bekannt gewordene Künstler zählt zu den Begründern der Minimal Art, der Conceptual Art sowie der Land Art der 60er Jahre. De Maria, 1935 in San Francisco geboren, unterhält in New York zwei ständige Ausstellungen, den „Broken Kilometer" und den „New York Earth Room". In Deutschland trat er durch sein Projekt „Erdskulptur" für die Münchner Olympischen Spiele von 1972 hervor. Der 1984 von der Landesregierung zur Fertigstellung der Neuen Staatsgalerie in Stuttgart gestiftete Preis war vor zwei Jahren erstmals dem Maler **Cy Twombly**, ebenfalls ein Amerikaner, verliehen worden. Die beiden je mit 15 000 Mark verbundenen Förderpreise wurden in diesem Jahr dem in Schweinhausen bei Biberach lebenden **Wolfgang Laib** sowie **Thomas Schütte** aus Düsseldorf zugesprochen.

BERUFUNG

Der frühere Bundeskanzler **Helmut Schmidt** ist zum Ehrenvorsitzenden eines privaten Wirtschaftsforschungsinstituts, das zum bedeutenden japanischen Wertpapierhandelshaus Daiwa Securities Co. gehört, berufen worden. Schmidt nimmt zur Zeit an einem Finanzseminar in Tokio teil.

RUHESTAND

Der Chefarzt der Anästhesieabteilung am Krankenhaus Nordwest der Stiftung Hospital zum Heiligen Geist in Frankfurt am Main, Professor Dr. **Heinz Pflüger**, ist in den Ruhestand verabschiedet worden. Professor Pflüger war 23 Jahre lang Chefarzt am Krankenhaus Nordwest. Während der Verabschiedung für Professor Pflüger wurde gleichzeitig sein Nachfolger Professor Dr. **Rüdiger Dennhardt** in das neue Amt eingeführt.

Die neue Bahn

Wie Sie am besten nach Gran Canaria kommen.



Oder nach New York. Oder auf die Bahamas. In den Urlaub oder zu Ihren geschäftlichen Terminen starten Sie am besten mit dem Rail & Fly-Ticket der Bahn.

Denn damit kommen Sie besonders günstig zu einem der 10 größten deutschen Flughäfen und am Ende der Reise auch wieder zurück nach Hause. Ganz egal, wo Sie wohnen – Sie zahlen auf allen Strecken der DB nur den Pauschalpreis. Rail & Fly kostet Sie, wenn Sie alleine reisen, in der 2. Klasse 90 Mark, zu zweit 140 Mark, für bis zu drei weitere Erwachsene zusätzlich jeweils 50 Mark. Und Ihre Kinder unter 18 Jahren gehen für ganze 25 Mark pro Nase mit auf die Reise. Wobei IC- und TEE-Zuschläge extra gehen. S-Bahnen, Straßenbahnen und Flughafenbusse können Sie je nach den örtlichen Verhältnissen mit Rail & Fly ohne Mehrkosten mitbenutzen. Am Frankfurter Rhein-Main-Flughafen haben Sie sogar 30 mal am Tag die Möglichkeit, direkt vom Intercity in den Jet umzusteigen. Mehr über Rail & Fly erfahren Sie an allen Fahrkartenausgaben, in den DER-Reisebüros und bei den anderen Verkaufsagenturen der Bahn. Wir wünschen Ihnen einen guten Flug.

DB Die Bahn

Polnische Polizei beschlagnahmt Totengedenkstein

kad. **Bonn**

Die polnische Geheimpolizei hat die Errichtung eines Gedenksteins in der oberschlesischen Gemeinde Roschkau zu Ehren von im Zweiten Weltkrieg gefallenen Soldaten verhindert. Der Vorfall, der sich bereits Mitte Oktober ereignet hatte, wurde jetzt durch einen Brief eines Roschkauer Einwohners an den Bundestagsabgeordneten Herbert Hupka bekannt.

„Auf dem Friedhof in Roschkau, einem Ort an der Eisenbahnstrecke Ratibor-Oderberg, befindet sich ein Massengrab deutscher Soldaten, die 1945 gefallen waren. Mehrere Einwohner sammelten von insgesamt 52 Familien, die vermißte oder gefallene Angehörige zu beklagen haben, rund 80 000 Zloty. Sie beauftragten einen Steinmetz, eine steinerne Einfassung für das Grab sowie einen kleinen Gedenkstein mit der Aufschrift – wohlgemerkt in polnischer Sprache – ‚Die Gemeinde Roschkau ihren gefallenen und vermißten Angehörigen sowie den hier beerdigten Opfern des Zweiten Weltkrieges' herzustellen.

Als drei Wochen vor Allerheiligen der Wagen mit den Steinen anrollte, warteten vier Geheimpolizisten an der Friedhofseinfahrt. Sie nahmen den Steinmetz und mehrere Gemeindemitglieder für mehrere Stunden fest. Auch der Pfarrer wurde verhört, weil er den Grabstein einsegnen sollte. Die Steine für die Grabeinfassung, der Gedenkstein und die 80 000 Zloty wurden beschlagnahmt."

Ehmke fordert Druck auf Pretoria

DW. **Bonn**

Rund 5000 Apartheid-Gegner haben am Samstag in Bonn gegen die Südafrika-Politik der Bundesregierung demonstriert. Auf der Kundgebung, zu der neben zahlreichen Friedens- und Menschenrechtsgruppen auch die SPD aufgerufen hatten, forderte das SPD-Vorstandsmitglied Horst Ehmke die Bundesregierung zu massivem Druck gegen Pretoria auf. Zugleich warf er Bundeskanzler Kohl und dem CSU-Vorsitzenden Strauß vor, gemeinsam mit der britischen Regierung zu verhindern, „daß Europa sein wirtschaftliches und politisches Gewicht in die Waagschale wirft, um der schwarzen Mehrheit zu ihrem Recht zu verhelfen".

Nordelbische Kirche streitet über Atomkraft

Sonder-Synode für Ausstieg: Kernenergie „schöpfungsfeindlich"

idea/epd. **Kiel**

Für einen Ausstieg aus der Kernenergie nach einer möglichst kurzen Übergangszeit hat sich die Synode der Nordelbischen Evangelisch-Lutherischen Kirche auf einer überraschend einberufenen Sondertagung am Samstag in Kiel ausgesprochen.

Zur Begründung hieß es in der Beschlußvorlage, man müsse sich auf Dauer von Techniken trennen, die dem Auftrag Gottes widersprächen, die Schöpfung zu bewahren. Die Entwicklung der Kernenergie aber sei durch einen „schöpfungsfeindlichen Lebensstil unserer Gesellschaft" verursacht worden.

Mit diesem Votum unterlagen nach mehrstündigen, heftigen Debatten sowohl die Kirchenleitung als auch der Umweltausschuß der Synode, der die Vorlage für eine frühere Tagung im September selbst erarbeitete. Beide hatten vorgeschlagen, darüber noch nicht zu beschließen, sondern die Vorlage zunächst zur weiteren Diskussion an die Gemeinden und Kirchenkreise zu verweisen.

Der Vorsitzende der Nordelbischen Kirchenleitung, Bischof Ulrich Wilckens (Lübeck), warnte vor der Gefahr, daß eine Synodenerklärung zur Kernkraft in der jetzigen heißen Phase des Bundestagswahlkampfes in die parteipolitische Auseinandersetzung hineingezogen werden könnte.

Wilckens hatte dafür plädiert, den Beschlußentwurf nicht als Synodalerklärung zu verabschieden. Das Papier des Umweltausschusses solle stattdessen als Arbeitsgrundlage in die Gemeinden weitergegeben werden, um einen „umfassenden Beratungsprozeß" in Gang zu setzen. Der Vorschlag von Wilckens stieß auf breiten Protest.

Der Synodale Ortwin Löwa (Hamburg) sagte, er wolle sich von niemandem vorschreiben lassen, „ob ich meine Stimme als Christ erheben darf oder nicht". Die Kirchenleitung habe offensichtlich mehr Angst vor einem GAU (Größter anzunehmender Unfall) in der Kirche als vor einem GAU in einem Atomkraftwerk. Pastor Reinhard Miether (Grundhof) sagte, die Vorlage des Umweltausschusses sei ohnehin so ausgewogen, daß „uns niemand einen Vorwurf machen kann".

Wie Wilckens erklärte, hatte die Kirchenleitung erhebliche Vorbehalte gegen die Sondersynode. Nach der Verfassung der rund 2,7 Millionen Mitglieder umfassenden Nordelbischen Kirche mußte sie jedoch einberufen werden, nachdem 40 Synodale dies gefordert hatten.

Ursprünglich sollte das Thema Kernkraft auf der nächsten regulären Synode Ende Januar, also nach dem Wahlkampf, behandelt werden. Bereits im Vorfeld war die Synodaltagung auf Widerspruch gestoßen. Ein Sprecher der konservativen Bekennenden Gemeinschaft in Nordelbien, Otto Graf zu Rantzau (Breitenburg bei Itzehoe), hatte sie als unnötige Belastung der Kirche bezeichnet.

„Strauß soll ins nächste Kabinett"

DW. **Hamburg**

Bundesinnenminister Zimmermann (CSU) hat sich dafür ausgesprochen, daß der CSU-Vorsitzende Franz Josef Strauß nach der Bundestagswahl ein Ministeramt in Bonn übernimmt. Im „Spiegel" ließ er durchblicken, daß er für Strauß das Außen-, aber auch das Verteidigungsministerium für angemessen hält.

Die CSU meine, es gebe keine Erbhöfe. Nach einer vollen Legislaturperiode sollte zu den normalen Spielregeln ohne Besitzstandsgarantie zurückgekehrt werden, „ganz gleich, wie das Wahlergebnis aussieht".

Schewardnadse besucht Ost-Berlin

hrk. **Berlin**

Als ranghöchster sowjetischer Gast nach Generalsekretär Gorbatschow, der den SED-Parteitag besucht hatte, wird Außenminister Schewardnadse in der zweiten Dezemberwoche erstmals nach Ost-Berlin reisen und dort mit der „DDR"-Führung konferieren. Das verlautete jetzt aus diplomatischen Kreisen in Ost-Berlin.

Schewardnadse dürfte bei seinen Gesprächen mit Honecker und Außenminister Fischer auch ausführlich über die innerdeutschen Beziehungen und ihre mögliche Entwicklung nach den Bundestagswahlen reden.

Polens staatliche Gewerkschaften sichern Monopol

DW. **Warschau**

Der zweite Kongreß der „Gesamtpolnischen Verständigung der Gewerkschaften" (OPZZ), wie der Dachverband der staatlichen Gewerkschaften offiziell heißt, hat gezeigt, daß das Regime die Gewerkschaftsbewegung fest im Griff hat.

In den Statuten, die mit großer Mehrheit verabschiedet wurden, wird festgehalten, daß der Dachverband der „einzige Vertreter der wiedergeborenen Gewerkschaften" ist. Schon am zweiten Tag der Konferenz hatte Jaruzelski am Donnerstag auf die verbotene Gewerkschaft „Solidarität" angespielt und erklärt, eine „Rückkehr zum politischen Abenteurertum unter gewerkschaftlichem Deckmantel" werde es nicht geben.

Führer der neuen Gewerkschaften lehnen den 1980 zugestandenen gewerkschaftlichen Puralismus mit der Begründung ab, die „gesamtpolnische Verständigung" sei kein gewerkschaftlicher Zentralrat wie der frühere Dachverband, sondern jede einzelne der rund 26 000 Gewerkschaftsorganisationen in den Betrieben arbeite selbstverwaltend.

Der bisherige Vorsitzende Alfred Miodowicz wurde mit nur knapp 60 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Das Ergebnis spiegelt die Unzufriedenheit darüber wieder, daß er als „Transmissionsriemen" der Partei fungiert, da er seit Juni auch Vollmitglied des Politbüros ist. Seine Rede, in der er „bürokratische Arroganz", Wohnungsmangel, Umweltverschmutzung und Senkung des Lebensstandards kritisierte, wirkte deshalb von vornherein unglaubwürdig.

Die Tagung der 1480 Delegierten fand nicht wie das Gründungstreffen vor zwei Jahren in einem Industriebetrieb statt – es war damals das Bergwerk von Beuthen –, sondern im Warschauer Kulturpalast.

Von den rund 12 Millionen Werktätigen sind offiziell 6,5 Millionen Mitglieder der neuen Gewerkschaften. Davon sind etwa eine Million Pensionäre und sonstige „stille" Mitglieder. Es ist offiziell nicht bekannt, wie viele dieser Mitglieder früher in der „Solidarität" waren. Ihre Zahl wird auf 3,5 Milllionen geschätzt. Die „Solidarität" hatte 10 Millionen Mitglieder. Die Mitgliedschaft in den neuen Gewerkschaften ist nicht zwingend, wirkt sich aber vor allem bei der Verteilung von Ferienplätzen und Werkswohnungen aus.

Gorbatschow forciert Kampf gegen Religion

Über eine Papst-Einladung will der Kreml entscheiden

AFP/fac. **Moskau/Bonn**

Der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow hat einen „entschlossenen und erbarmungslosen Kampf" gegen die Religionsausübung angekündigt. In diesem Bereich sei selbst das geringste „Auseinanderklaffen zwischen Worten und Taten unerträglich", sagte Gorbatschow vor Parteifunktionären in Taschkent, der Hauptstadt der usbekischen Sowjetrepublik. Die Bevölkerung Usbekistans besteht überwiegend aus sunnitischen Moslems.

Gorbatschow hielt diese Rede bereits am 24. November, als er auf dem Weg nach Indien in Taschkent Station machte. Daß seine Ausführungen erst jetzt von der Parteipresse veröffentlicht wurden, deutet nach Auffassung von Fachleuten auf eine neue Etappe im Kampf der KPdSU gegen die Religion generell hin. Die Attacke des Kreml-Chefs fällt in einer Zeit, zu der Spekulationen über eine mögliche Reise des Papstes in die UdSSR angestellt werden. Ende vergangener Woche hatte die sowjetische Botschaft in Bonn einen Kommentar verbreitet, in dem zwischen den Zeilen deutlich gemacht wurde, daß sich die Partei- und Staatsspitze die Entscheidung über eine Einladung vorbehalte und daß dies keineswegs eine autonome Angelegenheit der russisch-orthodoxen Kirche sein könne. In dem Kommentar wird zum Wunsch des Papstes, Litauen und Lettland zu besuchen, der „katholische Dekan Albert Budze, Preili" mit der Bemerkung zitiert, Johannes Paul II. sei nicht nur das Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche, sondern auch des Vatikanstaates. Resümee der Sowjet-Kommentatoren: „Über die Möglichkeit eines solchen Besuchs wird auf Staatsebene entschieden."

Diese Passage gewinnt vor dem Hintergrund an Bedeutung, daß es den Wunsch gibt, der Papst möge im Herbst 1987 zum ersten Katholikentag in der „DDR" nach Dresden kommen. Dekan Budze war Teilnehmer an Tagungen der „Berliner Konferenz katholischer Christen", die im Fahrwasser der Sowjet-Propaganda segelt. Es wird vermutet, daß gerade im Zusammenhang mit dem Reyjavik-Gipfel der Kreml, unter Einschaltung der russisch-orthodoxen Kirche und ihres „Außenministers" Filaret (Metropolit von Minsk und Weißrußland), Christen in aller Welt für den „Friedenskampf" eingespannt werden sollen. Die Mitarbeiter der von der UdSSR-Botschaft in Bonn verbreiteten Zeitschrift „Sowjetunion heute", Andrej Prawow und Igor Trojanowski, machten sich zu Interpreten entsprechender Forderungen. Sie zitierten den Metropoliten David vom georgischen Patriarchat mit Äußerungen über das kürzliche Friedensgebet der Religionen in Assisi: „Heute reicht es nicht mehr aus, um den Frieden zu beten. Es bedarf konkreter friedensstiftender Handlungen. Besonders wichtig ist es nach dem Treffen von Reykjavik."

Polizei dringt in Sikh-Heiligtum ein

rtr. **Chandigarh**

In Indien sind gestern 300 Polizisten in den Goldenen Tempel von Amritsar eingedrungen, um die Wahl eines Sikh-Gremiums, das die Sikh-Schreine im Bundesstaat Punjab verwaltet, zu überwachen. Etwa 12 000 Jugendliche sollen vor der Abstimmung Parolen für einen unabhängigen Sikh-Staat gerufen haben.

Wegen der Stürmung des höchsten Heiligtums der Sikhs im Juni 1984, bei der rund 1500 Menschen getötet wurden, hatten radikale Sikhs am 31. Oktober 1984 Ministerpräsidentin Indira Gandhi ermordet.

SPD greift Zinsverluste auf

AP, **Bonn**

Nach dem Institut für angewandte Verbraucherforschung hat auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Spöri den Banken vorgeworfen, in jedem Jahr beim Zahlungsverkehr von ihren Kunden heimlich Milliarden Mark an Zinsgewinnen zu kassieren. Spöri verwies darauf, daß zwischen einem Überweisungseingang oder einer Bareinzahlung und der valutamäßigen Gutschrift auf dem Kundenkonto bei den Banken immer noch ein oder zwei Zinstage vergingen. Spöri schlägt den Banken vor, eine taggleiche Wertstellung einführen.

SED warnt vor „Einmischung" beim Schießbefehl

hrk. **Berlin**

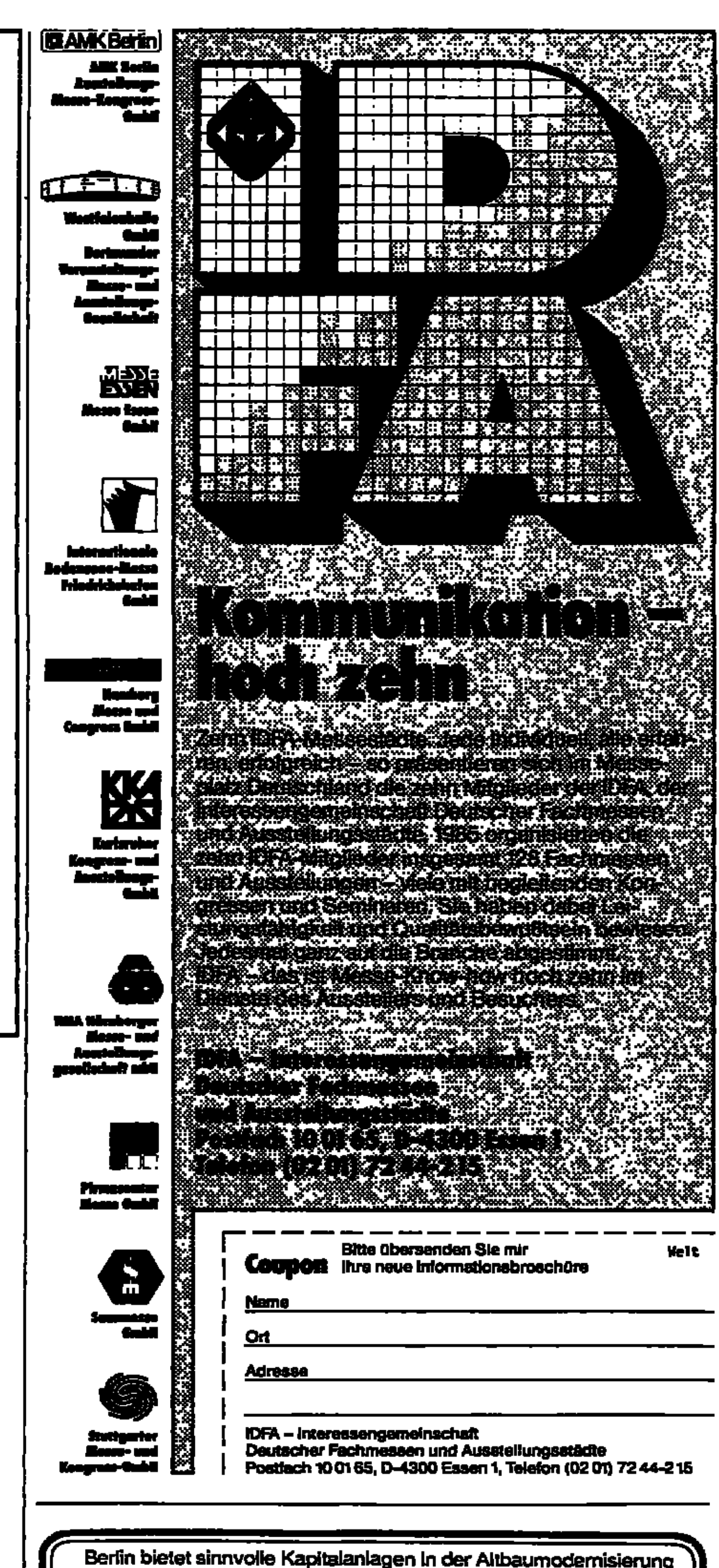
Die Bundesregierung hält trotz der jüngsten Mauer-Morde durch die von Erich Honecker mit höchsten Ehren gewürdigten „DDR"-Grenztruppen an ihrer innerdeutschen Dialog-Politik fest. Gleichzeitig unterstrich Honeckers Sendbote in Bonn, Ewald Moldt, gegenüber der Bundesregierung, daß Ost-Berlin aber keinerlei Änderungen am Grenzregime (Schießbefehl) vornehmen werde und sich „Einmischungen in innere Angelegenheiten" verbitte.

Der Tenor der unveränderten Bonner Verständigungsbereitschaft gegenüber der „DDR" findet sich in einem Wochenend-Interview von Kanzleramtsminister Wolfgang Schäuble. Darin bekräftigt der enge Mitarbeiter von Bundeskanzler Helmut Kohl: „Wir wollen nicht in erster Linie die DDR an den Pranger stellen, sondern wichtiger ist uns, darauf hinzuwirken, daß sich derartiges nicht wiederholt." Darauf habe die Bonner Reaktion auf der Wiener KSZE-Konferenz abgezielt.

Indirekt machte Schäuble in dem Gespräch zugleich deutlich, daß Ost-Berlin in dieser Beziehung keinerlei Bereitschaft signalisiert hat: „Herr Moldt (Ost-Berlins Ständiger Vertreter in Bonn, d. Red.) hat mir erklärt, daß die DDR die Regelungen an ihrer Grenze in eigener Zuständigkeit treffe und daß wir uns nicht in ihre inneren Angelegenheiten einmischen dürften."

Gleichwohl führte Schäuble dem ins Kanzleramt zitierten Diplomaten offenbar vor Augen, daß die „DDR" die weitere Entwicklung einkalkulieren müsse: „Die Schüsse an der Mauer belasten natürlich die Beziehungen", sagte Schäuble in der „Morgenpost". Bonn denkt jedoch nicht an Vergeltungsschritte: „Wir sind sowohl in den deutsch-deutschen wie in unseren Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten und insbesondere zur UdSSR nicht dafür, daß wir gegenseitig möglichst viel Druck ausüben."

Aus Berliner Sicht bekommt die gemeinsame Entschließung aller vier Parlamentsfraktionen Gewicht, die im Abgeordnetenhaus die „DDR"-Führung förmlich aufforderten, den Schießbefehl aufzuheben und „alle die Entspannung hindernden Gewaltakte an ihren Grenzen einzustellen". Eine derartige Proklamation des Hauses gab es seit Jahren nicht mehr.









Nach Jahren der Umsatzstagnation bewegt sich die deutsche Spielwarenbranche jetzt „im ersten Gang bergauf". Wie Industrie, Groß- und Einzelhandel mitteilen, haben die allgemeine Konsumbelebung und die Kaufkraftverbesserung den Spielwarenmarkt erreicht. Verbandsvertreter sprechen von den höchsten Zuwachsraten seit zehn Jahren. Besondere Hoffnung setzt man auf das Weihnachtsgeschäft, das traditionell rund 22 Prozent des Jahresumsatzes bringt. (S. 13) FOTO: DIE WELT

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Informationstechnik: Ein Volumen von 10 Mrd. DM repräsentiert derzeit der „Teilmarkt der Software". Die jährliche Wachstumserwartung liegt bei 20 Prozent, bei Anwendungssoftware sogar bei 30 Prozent. (S. 13)

Kolbenschmidt: Trotz der aus der D-Mark-Aufwertung resultierenden Abschwächung des ausländischen Geschäfts wurde der Umsatz der AG um 4,2 Prozent auf gut 813 (780) Mill. DM gesteigert. (S. 13)

Kraftwerk Union: Das Unternehmen will nach einer Bauzeit von nur 20 Monaten noch in diesem Jahr ein neues Gasturbinen-Kraftwerk schlüsselfertig an Pakistan übergeben. (S. 13)

Deutsche Babcock: Für die 20 000 Aktionäre des Unternehmens bedeutet die positive Ertragsentwicklung des laufenden Jahres vermutlich eine Aufstockung der mageren Vorjahresdividende von drei bzw. 3,50 DM. (S. 13)

Storopack: Zum führenden Unternehmen auch auf dem US-Markt avancierte im laufenden Geschäftsjahr der Hersteller von Schaumstoffverpackungen durch den Zukauf von zwei amerikanischen Firmen für 8,5 Mill. Dollar. (S. 12)

Black + Decker: Im Laufe des Jahres 1987 werden die beiden Fertigungsstätten in Frankreich geschlossen. Die Herstellung dieser Produktgruppen wird nach Limburg verlagert.

Hüls: Durch den Verfall der Rohstoffpreise ging der Umsatz des Chemieunternehmens in den ersten neun Monaten um rund 15 Prozent von 3,8 auf 3,3 Mrd. DM zurück. Die weitere Entwicklung wird grundsätzlich positiv beurteilt.

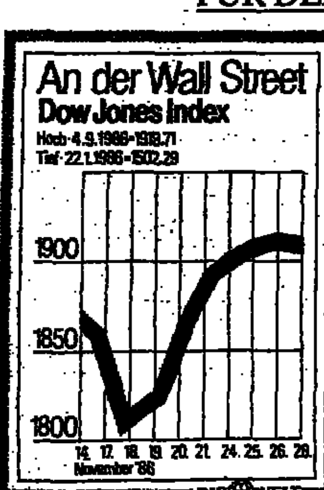
Müller Dachziegelwerke: Rund 70 Prozent der Produktion wurden auch in diesem Jahr wieder für Altdachsanierungen, besonders auch im Rahmen der Denkmalpflege erarbeitet. Insgesamt soll 1986 ein Umsatz von gut 27 Mill. DM erreicht werden.

ADAC-Reisen: Der Autoreise-Spezialveranstalter setzte im Reisejahr 1985/86 (31. 10.) mit 234 000 Teilnehmern (plus 1,5 Prozent) 143 Mill. DM um. In diesem Jahr wird ein Zuwachs um rund drei Prozent erwartet.

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	28. 11. 86	27. 11. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	149,00	150,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	73,25	70,50	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	121,50	116,50	104,00	226,00	84,00

FÜR DEN ANLEGER



Renten: Gegenüber dem Höhepunkt des Zinsbuckels in der *letzten Woche des Monats Oktober* haben sich die Renditen im Schnitt um 0,20 Prozentpunkte zurückgebildet. (S. 12)

Kapitalmarkt: Gleichzeitig mit der Preisreglementierung werden in Frankreich zum Jahresende die *quantitativen Kreditbeschränkungen* (encadrement du crédit) und die Mindestreserven auf Ausleihungen der Banken abgeschafft. (S. 12)

Spanien: Die Freigabe der Kreditzinsen hat die Nachfrage der Wirtschaft nicht angeregt. (S. 12)

MÄRKTE & POLITIK

USA: Auf einem gemäßigten, aber stabilen Expansionspfad befindet sich die amerikanische Wirtschaft. Diesen Schluß zieht der Verband *der Einkaufsmanager des Landes* in seinem jüngsten Lagebericht.

Umweltschutz: Modellrechnungen *des Deutschen Gießereiverbands* haben ergeben, daß die Kosten der Luftreinhaltung nach der neuen TA Luft über sechs Prozent vom Umsatz der überwiegend mittelständischen Betriebe ausmachen werden. (S. 13)

„DDR": Die Produktion des begehrten „Wartburg" soll bis 1990 auf 100 000 Stück steigen. Derzeit laufen in Eisenach jährlich etwa 74 000 Pkw vom Band. Außerdem wird der „Wartburg" 1988 erstmals mit dem Viertaktmotor von VW, der in Lizenz gebaut wird, *ausgeliefert* werden. Durch die vorgesehenen Produktionssteigerungen sollen die Wartezeiten beim Pkw-Kauf zurückgehen.

Italien: Die Inflation lag im November bei 4,7 Prozent. Dies ist die niedrigste Rate seit 15 Jahren. Im Oktober hatte die Preissteigerungsrate 5,1 Prozent betragen.

Mineralöl: Krach mit den Golfstaaten droht die Entscheidung des EG-Ministerrates heraufzubeschwören, die zollbegünstigte Einfuhr von einer Reihe von Mineralölerzeugnissen aus Entwicklungsländern zu kontingentieren. (S. 12)

Argentinien: *Präsident Alfonsin* will zunächst 13 defizitäre Staatsbetriebe unter dem Dach einer Holding zusammenfassen. Dazu *gehören die Ölgesellschaft Ypf,* das Telefonmonopol, die nationale Fluggesellschaft, Erdgas- und Kohlegesellschaften sowie Eisenbahn und Post.

Umschuldung: Ägypten hat erneut Umschuldungsverhandlungen mit dem „Pariser Club", der Vereinigung der großen westlichen Gläubigerstaaten, abgelehnt. Das Land ist mit rund 80 Mrd. DM im Ausland verschuldet.

Ausbildung: Bayerns Wirtschaftsminister Anton Jaumann forderte bei der Eröffnung der neunten „Heim und Handwerk" in München eine attraktive Ausbildung im Handwerk, angesichts der deutlichen „Nachwuchslücken" in vielen Handwerksberufen.

Frankfurt: Mit dem neuen Namen Bundesamt für Wirtschaft, Eschborn, will das Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft von Januar an dafür sorgen, daß es nicht mehr mit der *Gewerbeaufsicht* oder ähnlichen Institutionen verwechselt wird.

WER SAGT'S DENN?

Ein Gramm Unternehmergeist wiegt mehr als ein Kilogramm Bürokratie.

Arno Sölter

Der erwartete Paukenschlag am langen Samstag ist ausgeblieben

Zum Auftakt des Weihnachtsgeschäfts konzentrierte sich das Interesse auf Luxusartikel

J. GEHLHOFF, **Düsseldorf**

Ohne den vielerorts erwarteten Paukenschlag *im Umsatzplus* ist der erste lange Samstag des diesjährigen Weihnachtsgeschäft im deutschen Einzelhandel abgelaufen. Kaufkraft, *Käuferinteresse und Konsumklima* stimmten zwar, die Kundschaft überfüllte anders als in früheren Jahren sogar schon in den ersten Vormittags*stunden die Restaurants der Waren*häuser. Aber das Wetter blieb, wie den ganzen November hindurch, für den Absatz von Winterware im Oberbekleidungsbereich *zu milde.*

Es wurde „mehr Technik als Bekleidung" verkauft, resümiert die Hauptgemeinschaft des Deutschen *Einzelhandels (HDE) ihre Trendum*frage zu diesem Tag. Nur rund 35 Prozent der befragten Unternehmer glauben nach dieser Umfrage, bereits *ihr bestes Samstagergebnis* erzielt zu haben. Der große Rest erwartet das vom nächsten Samstag, wie denn auch traditionell der erste Dezember-Samstag den Umsatz-Höhepunkt des Jahres bringt.

Laut HDE-Umfrage blieben immerhin 20 Prozent der Geschäfte mit ihrem Umsatz um bis zu 15 Prozent unter dem Vorjahresergebnis; 48 Prozent der Geschäfte erreichten wieder den Vorjahresumsatz oder überschritten ihn bis zu 3 Prozent; die restlichen 32 Prozent der Befragten meldeten Plusraten von mindestens 3 und in der Spitze bis zu 14 Prozent.

Im Einklang mit dieser Trendumfrage liegen auch die Warenhauskonzerne. *Beim Kaufhof heißt* es lediglich „Vorjahresumsatz gut erreicht". Bei Karstadt dürfte es eine kleine Minusrate gewesen sein. Horten blieb *um 5,5 Prozent hinter dem* Vorjahresstand zurück, meldet aber für den ganzen November anders als das Gros der Konkurrenz ein sehr befriedigendes Umsatzplus von 13 Prozent. Ausreißer nach oben ist der im Strukturwandel steckende Hertie-Konzern mit einem auf vergleichbarer Fläche um 14 Prozent über das Vorjahresniveau gestiegenen Samstagumsatz.

Herties Riesenhaus, das Berliner KaDeWe, kam sogar auf 31 Prozent Mehrumsatz und meldet neue Superlative aus dem Luxusgüterbereich wie den Verkauf von hochwertigem Kaffeeservice à 20 000 DM (dreimal), Zobelmänteln à 70 000 DM (viermal) oder 50 China-Seidenteppichen à 9000 DM.

Generell konzentrierte sich das Käuferinteresse zum Auftakt des Weihnachtsgeschäfts stark auf hochwertige Geschenke. Im Rundfunkhandel nebst Fachabteilungen der Warenhäuser lief das Geschäft mit Fernsehgeräten flau, gut bis sehr gut dagegen der Absatz von HiFi- und Audio-Artikeln, CD-Platten und -Geräten sowie Video-Rekordern und -Kameras. Durchgängig sehr gute Umsätze erzielte der Spielwaren-Einzelhandel mit starkem Akzent bei Plüschtieren (bis hinauf zum Elefanten für 2500 DM) und technischem Spielzeug.

Auf „sehr realistischem Boden" sieht die HDE weiterhin ihre Prognose, daß das diesjährige Weihnachtsgeschäft dem Einzelhandel einen Zusatzumsatz von 19 (nach 18,4) Mrd. DM bringen wird. Diese Einschätzung wäre im Handel nun auch durch die Beobachtung gestützt, daß der erste lange Samstag in großer Zahl „Informationskunden" in die Stadtzentren brachte.

Anleger von Krisen nicht beeindruckt

Die New Yorker Börse setzte in der vergangenen Woche zu einem neuen Höhenflug an

G. BRÜGGEMANN, **New York**

An der Wall Street hat sich in vergangenen Woche die alte Börsenwahrheit bestätigt, daß nichts schwerer vorherzusehen sei als die Entwicklung der Kurse. Während nach der Aufdeckung des Insider-Skandals vor zweieinhalb Wochen allgemein mit einer anhaltend schwachen Börsentendenz gerechnet wurde, steckte der Markt den Schock nach einer kurzen Phase der Aufgeregtheit weg und setzte schon in der vorvergangenen Woche zu einem Höhenflug an, der sich in der abgelaufenen Woche verstärkt fortsetzte und die Rekordmarke des Septembers vielleicht nur deswegen knapp verfehlte, weil die Woche wegen des Thanksgiving-Feiertages nur vier Börsentage hatte und am Freitag Gewinnmitnahmen bei schwachem Geschäft den Dow-Jones-Industrieindex wieder leicht abfallen ließen.

Über die Woche aber stieg dieser vielbeachtete Index doch um 20,67 auf 1914,23 Punkte. Auch der Nyse-Index legte um 1,36 auf 142,57 Punkte und Standard and Poor's um 3,36 auf 249,22 Punkte zu. Auffallend ist, daß sich neben den Blue chips nun auch die vom Boesky-Skandal zunächst stark betroffenen spekulativen Übernahmewerte deutlich erhöhen konnten.

Stark beachtet wurde in Wirtschaftskreisen, daß die schwere innenpolitische Krise, die sich aus den geheimen Waffenlieferungen der USA an Iran entwickelte, den Aktienmarkt offensichtlich ebensowenig beeindruckte wie die Insider-Geschichte. Aber die Anleger sind offenbar der Ansicht, daß – bisher jedenfalls – nichts geschehen sei, was die Position des Präsidenten so erschüttern könnte, daß er seine Wirtschafts- und Finanzpolitik ändern müßte.

Es gab in der abgelaufenen Woche allerdings auch ökonomische Nachrichten, die dem Aktienmarkt zusätzlichen Auftrieb verschafften. Das waren vor allem die Zahlen über das Defizit in der Handelsbilanz, das nun schon drei Monate nacheinander nicht mehr größer geworden ist, im Oktober erstmals dadurch, daß die US-Exporte deutlich stärker stiegen als die Importe. Obwohl dies nichts daran ändern kann, daß die Handelsbilanz am Jahresende ein Rekorddefizit in einer Größenordnung von 165 bis 170 Mrd. Dollar aufweisen wird, verstärkt sich im Lande doch die Überzeugung, daß das Defizit sich 1987 erkennbar verringern wird. Diese Entwicklung dürfte vor allem dazu führen, daß die protektionistische Stimmung im Kongreß erheblich an Kraft verlieren wird.

Bei alledem darf freilich nicht übersehen werden, daß sich in der Kursentwicklung immer nur kurzfristige Entwicklungen spiegeln. Sollten in der nächsten Zeit neue Tatsachen bekannt werden, die die gegenwärtige Lagebeurteilung in einem anderen Licht erscheinen lassen, kann sich die Tendenz an Wall Street auch schnell wieder umkehren.

Kommt es zum Kompromiß über Investitionsrücklage?

Wartenberg: Nachhaltige Steuersenkung hat Vorrang

HEINZ HECK, **Bonn**

Die innerhalb der Bonner Koalitionsparteien umstrittene Forderung nach einer steuerstundenden Investitionsrücklage verliert offenbar an Bedeutung. Der finanzpolitische Sprecher der Unionsfraktionen, Ludolf von Wartenberg, sieht sich jedenfalls durch das kürzlich veröffentlichte Sachverständigen-Gutachten in seiner ablehnenden Haltung bestärkt und ist zuversichtlich, daß sich die Koalitionspartner auf einer Linie finden, die der nachhaltigen Senkung des Lohn- und Einkommensteuertarifs Priorität gibt, wie es die Fünf Weisen in ihrem Jahresgutachten ebenfalls tun.

Heute stellt sich die Beschlußlage so dar: Die CDU-Finanzpolitiker und die FDP insgesamt lehnen die Investitionsrücklage strikt ab, während die gesamte CSU und einige Mittelstandspolitiker der CDU sie befürworten. Innerhalb der mittelständi*schen Wirtschaft ist es vor allem der* Zentralverband des Deutschen Handwerks, der die Rücklage fordert. Das Sachverständigen-Gutachten kommt *unter anderem zu dem Ergebnis,* daß die Investitionsrücklage in der Tendenz die Unternehmenskonzentration fördert, den Wettbewerb verzerrt und deshalb ordnungspolitisch bedenklich sei.

Von Wartenberg sieht die Investitionsrücklage, wie er gegenüber der WELT erklärte, eher als ein „Symbol" für steuerpolitische Aktivitäten zugunsten des Mittelstands. Diesem sei aber mehr mit einer kräftigen und nachhaltigen Tarifsenkung für Bezieher mittlerer Einkommen geholfen.

Ergänzend zur Tarifkorrektur empfiehlt der Finanzpolitiker den Abbau „echter Benachteiligungen" der mittelständischen Wirtschaft. Beispielhaft nennt er die steuerliche Behandlung der Aufwendungen für die Altersvorsorge. Hier geht es ihm um die Gleichstellung mit den Nichtselbständigen. Auch müsse der Unternehmerlohn in der Gewerbesteuer besser berücksichtigt werden. Denn der Freibetrag für Personengesellschaften von *jährlich 36 000 Mark* sei „längst überholt". Ein selbständiger Einzelhändler sei zum Beispiel im Vergleich zu einem angestellten Ge*schäftsführer einer GmbH mit ent*sprechender Tätigkeit „deutlich benachteiligt". Für den Geschäftsführer könnten Pensionsrückstellungen gebildet werden. *Auch erhalte er – im* Gegensatz zum Selbständigen – den Arbeitgeberanteil zur Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung.

AUF EIN WORT

„Wir befürchten, daß der ‚Schadstoff des Monats' immer wieder dazu führt. daß das gerade passende Gesetz umge*hend novelliert wird.* An Gesetzgebungshektik herrscht aber ohnehin schon kein Mangel."

Dr. Wolfgang Munde, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), Frankfurt. FOTO: DIE WELT

Deutschland im Export vor USA

Gatt berechnet Plus von 30 Prozent – Auf D-Mark-Basis allerdings nur Stagnation

HANS-J. MAHNKE, **Bonn**

Die Bundesrepublik hat in diesem Jahr die Vereinigten Staaten vom ersten Platz in der Hitliste der Welt-Exporteure verdrängt. Das hat das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (Gatt) berechnet. Allerdings gilt das nur, wenn die Exporte in Dollar angegeben werden.

Dann kommt die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr auf eine Steigerungsrate von rund 30, die der USA auf drei Prozent bei den Ausfuhren. Wird *in D-Mark* gerechnet, *so ergibt* sich bei den deutschen Exporten übers Jahr gerechnet möglicherweise nur eine Stagnation. Und werden die Wechselkurseffekte *eliminiert,* dann bleibt es bei der bekannten Reihenfolge: die USA vor Deutschland und Japan. Ohnehin bleiben die USA im Welthandel die Nummer eins, wenn Aus- und Einfuhren zusammen berücksichtigt werden.

Es gibt bei solchen Anteilsberechnungen nicht nur erhebliche statistische und Abgrenzungsprobleme, so daß die Angaben von Institution zu Institution durchaus schwanken, eine solche Hitliste sage auch wenig über die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes aus, meint Johannes von Thadden vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) in Bonn. Er mißt die Wettbewerbsfähigkeit über Marktanteile an den Importen einzelner Staaten. Danach lag die Bundesrepublik 1985 erheblich abgeschlagen hinter den Vereinigten Staaten und Japan auf Platz drei.

Nach dem jetzt veröffentlichten Gatt-Jahresbericht über den internationalen Handel hat es zwischen 1973, dem Jahr der ersten Ölkrise, und 1985 auf der Hitliste des Welthandels doch einige bemerkenswerte Verschiebungen gegeben. Gemessen am Export lagen die USA 1985 mit einem Anteil von 10,7 Prozent vorn, allerdings waren das 1,8 Punkte weniger als zwölf Jahre zuvor. Die Bundesrepublik büßte während dieser Zeit sogar 2,3 Punkte ein, hielt aber mit einem Anteil von 9,6 Prozent noch den zweiten Rang. Dicht gefolgt von Japan mit 9,1 Prozent, das 2,7 Punkte zulegen konnte.

Während Südkorea, Hongkong, Taiwan und Spanien in den Klub der 20 größten Exporteure eintraten, mußten Australien, Dänemark, Iran und Polen ihn verlassen. Wenn die Ausfuhren auf die Bevölkerung um*gerechnet* werden, dann lagen 1985 beim Pro-Kopf-Export die Vereinigten Arabischen Emirate weit an der Spitze. Die Bundesrepublik rangiert *auf Platz zwölf.*

Bei den Importen haben die USA ihren ersten Platz um 4,9 Punkte auf 17,3 Prozent ausgebaut. Die Bundesrepublik – mit 7,9 Prozent auf Rang zwei – büßte 1,2 Punkte ein. Japan hielt sich mit unveränderten 6,4 Prozent dahinter.

Hypothekenzinsen werden nicht weiter zurückgehen

Fachleute warnen vor Spekulation auf weiteren Rückgang

cd. **Frankfurt**

Eine freudige Nachricht für die Häuslebauer. Nach einem monatelangen Anstieg sinken die Hypothekenzinsen wieder. Bei der zum Commerzbankkonzern gehörenden Rheinischen Hypo zum Beispiel von 6,75 auf 6,55 Prozent bei fünfjähriger Festschreibung und von 7,60 auf 7,35 Prozent, jeweils bei hundertprozentiger Darlehnsauszahlung.

Dadurch ermäßigt sich der nach der Preisangabenverordnung berechnete anfängliche effektive Jahreszins von 6,99 auf 6,78 Prozent beziehungsweise von 7,91 auf 7,64 Prozent. Den Vorreitern, die schon Ende voriger Woche Zinssenkungen mitgeteilt haben, werden jetzt die anderen Hypothekenbanken folgen. Sie geben damit die Verbilligung der Kapitaleinstandskosten an ihre Kunden weiter, die mit dem Zinsrückgang am Rentenmarkt während der letzten Wochen verbunden war.

Auch nach dieser Verbilligung sind die Finanzierungskosten für Immobilien noch um 0,75 bis einen Prozentpunkt höher als zum Tiefstpunkt Mitte April dieses Jahres. Auf dieses Niveau werden sie auch nicht wieder sinken, prophezeihen die Fachleute der Branche mit Blick auf den Rentenmarkt. Sie raten daher den Häuslebauern, bei Bedarf zu den augenblicklichen Sätzen zuzugreifen und warnen vor der Spekulation auf einen weiteren Zinsrückgang, die in diesem Jahr schon einiges Geld gekostet hat. Allgemein wird empfohlen, Hypotheken mit zehnjähriger Zinsfestschreibung aufzunehmen, die eine langfristige Absicherung gegen einen möglichen Zinsanstieg bieten.

Boykott-Debakel

J. Sch. (Paris) – Diesmal hat der sonst so erfolgreiche französische Wirtschaftsminister Balladur gleich zwei Schlappen auf einmal erlitten: Sein neues 10-Franc-Stück wird von den Franzosen zurückgewiesen – mit Recht: Denn es gleicht der alten 10-Centimes-Münze jedenfalls in den Dimensionen wie ein Ei dem anderen. So wird man wohl die Münze wieder einstampfen. Kostenpunkt: 100 Mill. Franc.

Um wesentlich höhere Beträge geht es bei dem Scheck-Boykott, zu dem die Verbraucherverbände aufgerufen haben, weil die staatlichen Banken für die Scheckbearbeitung Gebühren erheben wollen. Danach sollen die Franzosen nicht nur die EDV-Marke zerstören und so die elektronische Scheckbearbeitung unmöglich machen. Sie könnten der Bank noch mehr Kosten verursachen, wenn sie das Scheckformular durch ein Blatt Papier ersetzen. Nach dem französischen Scheckgesetz wäre das durchaus legal.

Zu einem solchen „Papierkrieg" will es Balladur aber möglichst nicht kommen lassen. So hat er jetzt die Banken bekniet, für die neuen Gebühren Gegenleistungen zu erbringen, etwa eine kleine Verzinsung. Aber die Banken berufen sich auf die neuen Freiheiten, die ihnen der Minister zum Jahresende versprochen hat. Danach bliebe es dem Wettbewerb überlassen, wie teuer die Scheckbearbeitung ist.

Doch wer wird sich schon die Mühe machen, die Scheckformulare zu kopieren? Und außerdem sind diese (kostenlosen) Formulare Eigentum der Bank. So drängt sich ein Kompromiß auf, in den der Rückzug der 10-Franc-Münze eingebracht werden könnte.

Wachsamkeit tut not

Von CLAUS DERTINGER

Welche Richtung werden die Zinsen im nächsten Jahr einschlagen? Das hängt von vielen nationalen und vor allem internationalen Einflüssen auf die Finanzmärkte ab, aber nicht zuletzt auch von der Geldpolitik der Bundesbank. Deswegen wartet man mit Spannung auf Signale, die am 18. Dezember vom Zentralbankrat der Bundesbank mit der Formulierung des Geldmengenziels für 1987 gesetzt werden. Bereits jetzt werden den Frankfurter Währungshütern vielerlei Ratschläge gegeben. Vom Sachverständigenrat gerade erst in dieser Woche, von den Sparerschützern, von Bankiers und *Politikern.*

Die meisten Diskussionsbeiträge kreisen immer wieder um ein Thema: Was soll mit dem in diesem Jahr entstandenen „Geld-*Überhang*" geschehen? Immerhin ist ja die Zentralbankgeldmen*ge um gut* 7,5 Prozent gestiegen, obwohl die Bundesbank für 1986 eine *Zunahme* um nur 3,5 bis 5,5 Prozent für angemessen hielt, damit sich ein optimales Wirtschaftswachstum bei stabilen Preisen einstellt.

Die Entwicklung der Zinsen hängt nicht zuletzt von der Geldmengenpolitik der Bundesbank ab. Die Frankfurter Währungshüter erhalten dazu Ratschläge von allen Seiten.

Die weit über das Ziel hinausgeschossene Geldmengenausweitung ruft die Mahner auf den Plan. Sie raten der Bundesbank, den Geldmantel im nächsten Jahr etwas enger zu schneidern. Denn in den hohen Geldbeständen lauere Inflationspotential. Die aus dem Ruder gelaufene Geldmenge müsse wieder eingefangen werden, fordern ganz dezidiert die Sparerschützer, und der Sachverständigenrat empfiehlt der Bundesbank bei Abwägung der Risiken aus wechselkursbedingten Rezessionsgefahren und Inflationstendenzen eine etwas straffere Geldpolitik.

Derartige Ratschläge sind nicht unproblematisch. Sie fallen zwar Dogmatikern leicht, die reichliche Geldversorgung mit einer Nachfrage an den Märkten für Güter und Dienstleistungen gleichsetzen, die schließlich nach einiger Zeit das Angebotspotential der Wirtschaft überschreitet und damit die Preise nach oben in Bewegung bringt. Aber droht jetzt in der Bundesrepublik wirklich eine Konjunkturüberhitzung nach diesem alten Muster? Wohl kaum. Auch sieht es nicht so aus, als würden Konsumenten und Wirtschaft in eine Art Kaufrausch *verfallen, um möglichen* Preissteigerungen zuvorzukommen, was Ausdruck einer wiederaufkeimenden Inflationsmentalität wäre.

Etwas anderes kommt hinzu. Die Geldmengenexpansion erscheint überzeichnet, weil niedrige Zinsen und das hohe Maß an Geldwertstabilität in der Bundesrepublik dazu animieren, Geldbestände verstärkt gerade in liquiden Formen zu halten. Oder anders ausgedrückt: Nicht alles, was unter den Geldmengenbegriffen subsumiert wird, ist, vom endgültigen Verwendungszweck der Geldbesitzer her betrachtet, echtes Nachfragepotential. Darauf wird man sich freilich nur verlassen können, solange das Vertrauen in die Stabilität der Mark intakt bleibt.

Das ist ein ganz entscheidender Punkt in der Geldmengendiskussion; und hier setzen diejenigen an, die, weil sie *in einer zu starken* und zu lange anhaltenden Geldmengenexpansion den Keim für Mißtrauen in die Geldpolitik und damit für ein Wiederaufleben von *Inflation sehen,* der Bundesbank vorsichtige Bremsmanöver *empfehlen.*

Das ist freilich leichter gesagt als getan. Denn die Bundesbank kann die Geldmengenexpansion nur mit einer Politik der Geldverknappung und Zinssteigerung drosseln, deren unerwünschte Folge aus heutiger Sicht eine weitere Aufwertung der D-Mark ist, die über eine Dämpfung des Exports die Konjunktur lähmt. Der Sachverständigenrat legt der Bundesbank nahe, dieses Risiko einzugehen.

Aber ist das nicht ein gefährlicher Ratschlag? Natürlich müßte die Bundesbank so handeln, wenn eine Überhitzung der Konjunktur drohte. Aber das ist glücklicherweise bislang nicht der Fall. Auf längere Sicht dürfte wohl eher eine Verlangsamung des wirtschaftlichen Wachstums zu erwarten sein.

Zugegeben, zu den Hauptaufgaben der Bundesbank gehört nicht die Konjunktursteuerung. Aber ebensowenig ist das Ansteuern von Geldmengenzielen Selbstzweck. Gefordert ist Wachsamkeit und Entschlossenheit, Preissteigerungen nicht zu finanzieren. Dazu bedarf es nur vorsichtiger Signale.

Die Währungshüter müssen ihre geldpolitische Instrumente freilich immer griffbereit halten und der Öffentlichkeit klarmachen, daß sie es, wenn nötig, auch einsetzen. Dies sollte auch bei der Verkündung des Geldmengenziels für 1987 in aller Deutlichkeit geschehen, und zwar besonders im Hin*blick auf die kommende Lohntarif*runde. Denn ihr Ausgang hat einen entscheidenden Einfluß auf das Preisklima. Wer die Warnsignale überhört, manövriert die Bundesbank schließlich in einen Handlungszwang hinein.

Storopack erobert US-Markt

Zwei nordamerikanische Unternehmen aufgekauft

nl. Stuttgart

Zum führenden Unternehmen auch auf dem US-Markt avancierte die Storopack-Reichenecker-Firmengruppe, Metzingen, führender Hersteller von Schaumstoff-Verpackungen (Styropor) auf dem Gebiete schüttbarer („loose fill") Packmaterialien. Bewerkstelligt wurde dies vor allem durch die Übernahme der beiden nordamerikanischen Unternehmen Foampak/Industrial Paper Distributors Inc., Long Beach/Kalifornien, und der Coronet Paper, Carlstadt/New Jersey.

Für den Kauf dieser Firmen seien nach Angaben von Hans Reichenecker, geschäftsführender Gesellschafter der Storopack Hans Reichenecker GmbH + Co., 7 Mill. Dollar beziehungsweise 1,5 Mill. Dollar aufgewendet worden.

Die Unternehmensgruppe setze nach Worten des Firmenchefs weiterhin auf Wachstum, Diversifikation und Internationalisierung. Für das laufende Geschäftsjahr 1986 erwartet das innovationsfreudige Unternehmen einen Umsatz von über 215 Mill. DM, nachdem im Jahr zuvor der Umsatz um 5,1 Prozent auf 184,4 (1984: 175,5) Mill. DM gestiegen war.

Den größten Umsatzanteil (36 Prozent) stellt inzwischen der Sektor schüttbarer Materialien, auf Formteile entfallen 33 Prozent, 26 Prozent auf das Handelsprogramm und fünf Prozent auf den Maschinenbau. Strategie von Reichenecker ist, immer mehr komplette Full-service-Programme und Verpackungskonzepte anzubieten.

Großen Wert legt man bei Storopack auf das Recycling. In allen Werken werden nichtverschmutzte Formteile wieder zurückgenommen, zermahlen und wiederaufbereitet. Rund die Hälfte des Umsatzes wird im Auslandsgeschäft hereingeholt. Im „loose fill"-Sektor hat Storopack 30 Lizenzen.

Brüssel will Zollpolitik ändern

Bevorzugung der Schwellenländer wird abgebaut

Ha. Brüssel

Krach mit den Golfstaaten droht die Entscheidung des EG-Ministerrates heraufzubeschwören, die zollbegünstigte Einfuhr von einer Reihe von Mineralölerzeugnissen aus Entwicklungsländern zu kontingentieren. Allerdings könnte dieser Beschluß auch dazu beitragen, die seit einiger Zeit festgefahrenen Verhandlungen über ein Kooperationsabkommen der Gemeinschaft mit der Golfregion wieder in Gang zu bringen.

Die Kontingents-Regelung wurde im Rahmen des Systems Allgemeiner Zollpräferenzen der Gemeinschaft vereinbart, das jedes Jahr vom Rat angepaßt wird. Um den wirklich bedürftigen Ländern bei der Entwicklung einer eigenen Industrie zu helfen, verfolgt die EG-Kommission das Ziel, zu deren Gunsten gewisse Vorzugszölle für die „Schwellenländer" einzuschränken.

Die EG-Regierungen sind ihr dabei bisher nur teilweise gefolgt. Immerhin einigten sich die Außenminister darauf, an die Stelle der bisherigen Einfuhrplafonds für sensible Raffinerieerzeugnisse vom 1. Januar an feste Kontingente zu setzen. Bislang wurden die zollbegünstigten Importe erst dann (durch die Einführung des „normalen" Außenzolls) gestoppt, wenn sich die Kommission mit Rücksicht auf den EG-Markt zu dieser Maßnahme entschloß. Künftig tritt die Zollerhöhung automatisch ein, doch wird in Brüssel versichert, daß die Kontingente so großzügig bemessen sind, daß es de facto zu keiner Beschränkung der bisherigen Importe kommen dürfte.

Im Gegenzug zu Einfuhrerleichterungen für Erzeugnisse aus anderen Ländern hat die EG für elf Produkte Hongkongs und Südkoreas die Zollfreiheit aufgehoben.

Geld- und Kapitalmärkte im Umbruch

Frankreich: Mit den Preis-Bindungen werden auch quantitative Kreditlimits abgeschafft

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Gleichzeitig mit der Preisreglementierung werden in Frankreich zum Jahresende die quantitativen Kreditbeschränkungen (encadrement du crédit) und die Mindestreserven auf Ausleihungen der Banken abgeschafft. An ihre Stelle treten neue „Sorgfaltsregeln". Sie sollen – wie bei den Preisen die geänderten Wettbewerbsregeln – verhindern, daß die neuen Freiheiten mißbraucht und das Anti-Inflationsziel der Regierung (höchstens zwei Prozent für 1987) in Frage gestellt werden.

Nähere Einzelheiten dazu hat jetzt Notenbankgouverneur Michel Camdessus bekanntgegeben. Danach sollen die Sätze für die (unverzinslichen) Pflichtreserven der Banken auf die von ihnen verwalteten Sichteinlagen von 4,25 auf fünf Prozent und auf Termineinlagen von 0,75 auf ein Prozent erhöht werden. Dazu kommen Regeln über die Verwendung der permanenten Mittel der Banken und über einen Liquiditätskoeffizienten, die noch mit den Banken auszuhandeln sind.

Im übrigen soll der Zins die Geld- und Kreditentwicklung bestimmen. Die Notenbank wird deshalb weniger von ihrem zinspolitischen Instrumentarium (Interventionssatz am Geldmarkt usw.) Gebrauch und dafür stärker auf die Offenmarktpolitik zurückgreifen. Zu diesem Zweck werden die maximalen Laufzeiten für direkt handelbare Geldmarkttitel des Staates, der Banken und der Unternehmen von 10 Tagen bis auf 7 Jahre ausgeweitet. Andererseits wird die Geldschöpfung des Staates zugunsten des Schatzamtes von 60 Mrd. Franc 1985 und 20 Mrd. Franc 1986 (ursprünglich waren 40 Mrd. Franc vorgesehen) 1987 auf 0 reduziert.

Das Wachstum der Geldmenge M 3 wird 1987 auf drei bis fünf Prozent festgesetzt, was dem diesjährigen Ziel entspricht. Dieses wird aber nicht ganz eingehalten werden können. Nach Schätzung des Notenbankgouverneurs dürfte die Expansionsrate 5,2 Prozent erreichen und damit den Anstieg des nominellen Bruttosozialprodukts von voraussichtlich 4,9 Prozent überschreiten. Für die Geldmenge M 2 beträgt das Limit vier bis sechs Prozent.

Um den bisher durch die behördliche Kreditkontingentierung stark eingeengten Wettbewerb zwischen den Bank zu fördern, werden diese außerdem ermächtigt, nach eigenem Ermessen Zweigstellen zu errichten oder zu schließen und für die Führung von Kontokorrentkonten sowie für die Scheckbearbeitung (erstmals) Kommissionen zu berechnen. Dafür sollen aber „Gegenleistungen" erbracht werden. Als Beispiel nannte Camdessus eine längere Öffnung der Bankschalter. Jedoch sprach er sich gegen die Verzinsung von Sichteinlagen aus.

Die geld- und kreditpolitischen Liberalisierungsvorhaben der französischen Regierung übertreffen nach Camdessus teilweise sogar die deutschen Verhältnisse. Im Devisen- und Kapitalverkehr werden allerdings auch über das Jahresende hinaus noch wesentliche Kontrollen fortbestehen. Auf jeden Fall ist nicht daran gedacht, die gesetzliche Generalermächtigung zu solchen Kontrollen aus dem Jahre 1945 – im Unterschied zu der für Preiskontrollen – aufzuheben.

Der Griff nach dem Weihnachtsgeld

HANNO WIEDENHAUS, Bonn

Alle Jahre wieder Weihnachten. Alle Jahre wieder Weihnachtsgeld – und – alle Jahre wieder Entsetzen über die Höhe der Abzüge. Denn am „Geschenk", das helfen soll, den weihnachtlichen Bedarf der Angehörigen und Freunde zu decken, partizipieren auch Finanzamt und Sozialversicherungsträger.

Und darüber ärgern sich alle, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität. Die erhöhten Lohn- und Einkommensteuerabzüge treffen jeden Steuerpflichtigen – wenn auch die Besserverdienenden mehr als andere –, die Beiträge zur Sozialversicherung aber belasten die Beitragspflichtigen voll, teilweise oder gar nicht. Kriterium ist die jeweilige Beitragsbemessungsgrenze. Sie liegt für die Krankenversicherung bei 4200 DM, für Renten- und Arbeitslosenversicherung bei 5600 DM monatlich.

Jeder, der mehr als 5600 DM pro Monat verdient, ist demnach aus dem Schneider. Er kann das Weihnachtsgeld – bis auf Lohn- und Kirchensteuer – für sich behalten. Hätte er weniger verdient – zwischen 4200 und 5600 DM –, dann ergäbe sich für das „dreizehnte" zwar keine zusätzliche Belastung aus der Krankenversicherung, die Träger der Renten- und Arbeitslosenversicherung aber würden ihren Obulus verlangen. In welcher Höhe, hängt vom jeweiligen Einkommen ab. Zur Berechnung ist das anteilige Jahreseinkommen heranzuziehen. Wird das zusätzliche Gehalt im November gezahlt, dann ist fogendermaßen zu rechnen: Die monatliche Bemessungsgrenze auf elf Monate hochgerechnet ergibt 61 600 DM. Dies ist die Grenze, von der an das in elf Monaten erzielte Einkommen nicht zusätzlich von Beiträgen zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung belastet wird.

Oder: Die Differenz aus 61 600 DM und dem in elf Monaten erzielten Einkommen bestimmt den Einbeziehungsanteil des „dreizehnten" in die Bemessungsgrundlage. Bei einem monatlichen Gehalt von beispielsweise 5200 DM errechnet sich ein in elf Monaten (bis November) erzieltes Einkommen von 57 200 DM. Die Differenz zu 61 600 beträgt 4400 DM. Und das ist der Anteil am zusätzlichen Gehalt, der beitragspflichtig wird.

Schon bei 5 130 DM Monatsgehalt wird demnach das Weihnachtsgeld voll beitragspflichtig.

Immerhin: Solange es monatlich mehr als 4 200 DM gibt, muß wenigstens noch kein zusätzlicher Kankenversicherungsbeitrag abgeführt zu werden. Wer aber weniger als das verdient, dessen „Weihnachtsgeschenk" ist – zumindest teilweise – auch ein Geschenk an die Krankenversicherer. In welcher Höhe errechnet sich analog zu oben. Anstatt 61 600 DM ist die Grenze dann 46 200 DM.

Nun sind die erhöhten Rentenversicherungsbeiträge allerdings nicht verloren. Sie erhöhen das Altersruhegeld. Von den zusätzlichen Ausgaben für die Kranken- und Arbeitslosenversicherung aber hat der Beitragspflichtige direkt nichts. Wer arbeitslos wurde, bekommt nicht nur kein Weihnachtsgeld; seine Arbeitslosenbezüge errechnen sich außerdem auf der Basis des Einkommens der letzten drei „Arbeitsmonate" ohne Berücksichtigung des in dieser Zeit bezogenen Weihnachtgeldes, für das obendrein Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abgeführt wurden.

Drängen um Liberalisierung

Spanien hat Probleme bei Anpassung an EG-Standard

ROLF GÖRTZ, Madrid

Trotz der Bemühungen der offiziellen Finanzpolitik um eine rasche Liberalisierung stößt die Adaption Spaniens an die Usancen des Marktes der Europäischen Gemeinschaft immer wieder auf Schwierigkeiten, auch struktureller Natur. So hat sich die Regierung schon vor Monaten zur Freigabe der Kundenzinsen der Banken entschlossen. Die Banken aber möchten den Termin aus Furcht vor der Einengung ihrer Gewinnmargen jedoch möglichst weit hinausschieben. Und diesem Bestreben kam der Inflationsschatten eines „schwarzen Septembers" durchaus entgegen.

Stark angezogene Konsumpreise drohten die Inflationsberechnung für 1986 über den Haufen zu werfen. Statt acht fürchtete man zehn Prozent. Der Preisindex vom Oktober schwächte jedoch die inflationistische Spannung wieder ab. Man rechnet jetzt mit 9 Prozent. Die Börsen jedenfalls quittierte die Stabilisierung der Preise im Oktober mit erheblichen Kursverbesserungen. Dennoch meinen die Banker es sei besser, das Jahresende und den kommenden Januar abzuwarten.

Da der Preisindex für Januar 1987 und damit die Inflationserwartung aber erst Ende Februar errechnet sein wird, kann sich die Freigabe der Habenzinsen bis zum März verzögern – wenn sich die Regierung der Argumentation der Banker anschließt.

In der Praxis läuft die Entwicklung allerdings nicht nach den Vorstellungen der sieben großen Banken. Die sozialistische Regierung und die Bank von Spanien drängen zu einer Liberalisierung auf fast allen Fronten. So werden immer mehr Aktien von Staatsunternehmen an den Börsen angeboten, um diese Unternehmen zu privatisieren und damit wettbewerbsfähig zu machen.

Eben weil es auf ihrer Linie liegt, läßt die Finanzpolitik zu, daß zum Beispiel Barclays Bank in Spanien schon jetzt Kundenzinsen von 8 Prozent anbietet. Den bisher festgelegten Satz von nur 0,1 Prozent umgeht Barclays dadurch, daß sie mit den Konten auf Tagesbasis Wertpapiere der Staatsverschuldung aufkauft und somit die Kundengelder vorübergehend in Aktien umwandelt, für die dann der sonst nicht zugelassene Zins gezahlt wird. Eine mittlere spanische Bank ist diesem Beispiel bereits mit 6 Prozent gefolgt. Weitere werden folgen und den Druck der Regierung auf die Großbanken unterstützen.

Aufgelockerter Rentenmarkt

Korrekturphase möglicherweise bald abgeschlossen

Der Rentenmarkt präsentiert sich weiterhin in einer aufgelockerten Verfassung. Das Abflauen der Kapitalaufnahmen durch die öffentliche Hand wirkt entlastend, und der leichte Zinsrückgang in den USA beflügelte die Stimmung. Gegenüber dem Höhepunkt des Zinsbuckels in der letzten Woche des Monats Oktober haben sich die Renditen im Schnitt um 0,20 Prozentpunkte zurückgebildet. Mit Prognosen einer Fortsetzung des Zinsrückgangs sind die Experten allerdings sehr vorsichtig, weil sie dafür keinen konkreten Anlaß sehen. Das, was in den letzten Wochen geschah, war ihrer Ansicht nach in erster Linie eine technische Korrektur, die möglicherweise schon bald abgeschlossen sein wird. (cd.)

Emissionen	28.11. 86	21.11. 86	30.12. 85	28.12. 84	30.12. 83
Anleihen von Bund, Bahn und Post	5,56	5,64	5,91	6,58	7,88
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	5,94	5,99	6,24	6,72	7,72
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	5,61	5,72	5,99	6,56	7,83
Schuldverschreibungen der Industrie	5,92	6,12	6,31	6,94	8,29
Schuldverschreibungen öfftl.-rechtl. Kreditanstalten u. Körperschaften	5,68	5,75	6,04	6,65	7,90
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	5,28	5,35	5,64	6,34	7,64
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,32	6,42	6,73	7,14	7,30
Inländische Emittenten insgesamt	5,67	5,75	6,03	6,64	7,89
DM-Auslandsanleihen	6,42	6,47	6,82	7,20	8,08

Rundum rosige Aussichten

Deutsche Babcock mit weiter verbesserter Ertragslage

J. G. **Düsseldorf**

Nach langen Hungerjahren habe sich der Inlandsmarkt für konventionelle Kraftwerke wieder belebt und dem Unternehmen bei Großdampferzeugern einen „bemerkenswerten" Zugang im Auftragseingang gebracht. Anhaltend positiv verlaufe das Umwelttechnik-Geschäft und ebenfalls der Maschinenbau mit auch hier „bemerkenswerten" Plusraten. Dieses Fazit zieht Vorstandsvorsitzender Helmut Wiehn für die von der Deutschen Babcock AG, Oberhausen, geführte Anlagen/Maschinenbaugruppe im ersten Rückblick auf 1985/86 (30. 9.) und dem Ausblick auf das besonders in der Umwelttechnik weiterhin „zuversichtlich" beurteilte Geschäft.

Aus 1985/86 sei die Gruppe mit „weiter verbesserter" Ertragslage und höherem Jahresüberschuß herausgekommen. Für die 20 000 Aktionäre bedeutet dieses Fazit vermutlich eine Aufstockung der im Vorjahr für 3 DM für Stamm- und 3,50 DM für Vorzugsaktien bescheiden gebliebenen Dividende, für die nur die Hälfte des verbesserten Gruppen-Jahresüberschusses gebraucht wurde.

In 1985/86 kam die Gruppe auf abermals 5,1 Mrd. DM Außenumsatz mit einer nur durch Rückzug aus den früheren Verlustbereichen Hochbau und Handel um 3,7 Prozent auf 21 591 reduzierten Belegschaftszahl. Gleichfalls mit diesem Rückzug (daneben auch mit gesunkenem Dollarkurs) wird der Rückgang im Auftragseingang um 5,2 Prozent auf 4,8 Mrd. DM erklärt; in den „technischen Bereichen" sei er um 7,3 Prozent gestiegen. Der Auftragsbestand blieb mit 7,4 *(7,9) Mrd. DM auf hohem Niveau.* Im besonders expansiven Umwelttechnik-Bereich sieht Babcock neue Schwerpunkte in der Rauchgas-Entstickung *sowie* in neuen Techniken für Entseuchung des Bodens.

Der Spielwarenzug steht unter Dampf

„Höchste Zuwachsraten seit zehn Jahren" – Keine Preiserhöhungen vorgenommen

DW./dpa/VWD, **Nürnberg**

Nach Jahren der Umsatzstagnation *bewegt sich die deutsche Spielwaren*branche jetzt „im ersten Gang bergauf". Wie Industrie, Groß- und Einzelhandel mitteilen, hat die allgemeine *Konsumbelebung* und die Kaufkraftverbesserung den Spielwarenmarkt erreicht. Im Spielwaren-Facheinzelhandel sei in den ersten neun Monaten 1986 ein nominales Umsatzplus von fünf (Vorjahr zwei) Prozent erreicht worden, der Spielwaren-Großhandel konnte im ersten Halbjahr 1986 ein Plus von elf Prozent erzielen und die Spielwaren-Industrie ein Plus von zehn Prozent.

„Die höchsten Zuwachsraten bei der Spielwaren-Industrie seit fast zehn Jahren", kommentierte Benno Korbmacher, Geschäftsführer des Verbandes der Deutschen Spielwaren-Industrie, nachdem im Vorjahreshalbjahr *noch* ein *Rückgang* um 2,5 Prozent verzeichnet wurde. In der mit dem ersten langen Samstag eingeläuteten „hektischen Zeit" vor Weihnachten *werden nochmals* kräftige Zuwachsraten erwartet, zumal weder Industrie noch Handel Preiserhöhungen vorgenommen haben.

Der *Gesamtumsatz* der deutschen Spielwarenindustrie belief sich 1985 bei einer Steigerung von 5,2 Prozent auf 1,6 Mrd. DM. Kunststoffspielwaren als größte Warengruppe bauten ihren Anteil aus, im ersten Halbjahr 1986 um 15 Prozent auf 34 Prozent der Gesamtproduktion. Mit 23 Prozent Anteil folgen Blech- und Metallspielwaren. Deutliche Zuwachsraten verzeichneten auch Papier- und Pappespielwaren mit plus 24 Prozent auf elf Prozent Anteil sowie Puppen- und Puppenzubehör mit plus 23 Prozent auf jetzt vier Prozent Anteil an der gesamten Spielwarenproduktion. Insgesamt gibt es rund 1000 produzierende *Unternehmen in der Branche* mit über 20 000 Beschäftigten.

Durch Marktverschiebungen konnte der Spielwaren-Großhandel 1985 *seinen Umsatz um acht Prozent stei*gern, im ersten Halbjahr 1986 um elf Prozent. 1985 wurden mit 1,45 Mrd. DM rund 40 Prozent des gesamten Spielwaren*umsatzes* über *Großhänd*ler abgewickelt. Bei den rund 400 Großhandelsfirmen mit insgesamt etwa 5000 Beschäftigten mache sich jedoch ein zunehmender Konzentrationsprozeß bemerkbar.

Der Spielwaren-Facheinzelhandel verzeichnete nach Hochrechnungen des Verbandes 1986 bis einschließlich September ein Umsatzplus von fünf Prozent. Ein Süd-Nord-Gefälle sei dabei nicht so ausgeprägt wie in den letzten Jahren. Der Wettbewerb der 5000 ganzjährigen Spielwaren-Vertriebsstellen werde härter. Ursache seien etwa neue preisaggressive, großflächige Unternehmen. In das *Weihnachtsgeschäft geht* der Facheinzelhandel optimistisch.

Junge Kolbenschmidt-Aktien

Position als Zulieferer für Automobilindustrie gestärkt

adh. **Neckarsulm**

Zum Kurs von 200 DM je junger Aktie erhöht *die Kolbenschmidt AG* (KS), Neckarsulm, das Kapital um 15 Mill. DM auf 110 Mill. DM. Die Zeichnungsfrist läuft vom 15. bis zum 29. *Dezember (Bezugsverhältnis 19:3).* Die Kolbenschmidt-Aktie notierte am Freitag in Frankfurt mit 320 DM. Die angekündigte Kapitalerhöhung aus *genehmigtem Kapital dient*, wie der Vorstand dazu betont, der Sicherung eines weiteren Wachstums.

Kolbenschmidt hat im vergangenen *Geschäftsjahr 1985/86 (30. 9.)* ihre Position als Zulieferer für die Automobilindustrie und im Maschinen- und Apparatebau weiter gestärkt. *Das geht aus dem jetzt vorgelegten* Aktionärsbrief hervor. Trotz der aus der D-Mark-Aufwertung resultierenden Abschwächung des ausländischen Geschäfts wurde der Umsatz der AG um 4,2 Prozent auf gut 813 (i. V. 780) Mill. DM gesteigert. Beim Gruppenumsatz hat sich die Währungsentwicklung dagegen in einer umrechnungsbedingten Stagnation bei 1,1 Mrd. DM niedergeschlagen.

Das noch nicht genannte Ergebnis wird eine der „guten Geschäftsentwicklung" entsprechende Dividende und eine angemessene Rücklagendotierung erlauben. Für das Vorjahr hatte Kolbenschmidt 8 DM Dividende ausgeschüttet. *Bereits im zurückliegenden* Jahr wurden die Sachinvestitionen in der AG auf 83 Mill. DM kräftig aufgestockt, das Entwicklungsbudget ebenso wie die Zahl der Mitarbeiter (plus 4,3 Prozent auf 6400 Beschäftigte im Inland) erhöht.

Gießereien droht Kostenschub

Kündigung des Stromrabatts in Nordrhein-Westfalen

Wb. **Wiesbaden**

Mit einiger Sorge blicken die deutschen Eisen-, Stahl- und Tempergießereien auf den Kostenschub, der ihnen vor allem aus zwei Richtungen droht: von Umweltschutz und Energiepreisen. Modellrechnungen des Deutschen Gießereiverbands haben ergeben, daß die Kosten der Luftreinhaltung nach der *neuen TA Luft* über sechs Prozent vom Umsatz der überwiegend mittelständischen Betriebe ausmachen werden. Und die Kosten der zunehmend erschwerten Entsorgung der Filterstäube und Formsände sind noch nicht einmal einkalkuliert.

Zum Vergleich: Die Umsatzrenditen vor Steuern liegen in der 76 000-Mitarbeiter-Branche derzeit bei „null bis zwei Prozent", so Verbandspräsident Eberhard Möllmann. Und man scheint schon froh darüber, daß die 350 Unternehmen (davon 41 Prozent mit weniger als 50 Mitarbeitern) augenblicklich „überwiegend keine ro*ten Zahlen" schreiben.*

So treffen auch die Kündigungen der Wärmestromrabatte im Schwerpunktland Nordrhein-Westfalen und die Umwälzung der Umweltschutzkosten durch die Stromversorger die Betriebe, die rund ein Viertel ihrer Produktion in Elektroöfen erschmelzen, schwer. Man werde darum „alles daran setzen müssen, diese Kosten an unsere Kunden weiterzugeben".

Optimismus beziehen die Gießer wenigstens aus der Marktentwick*lung. Die wesentlichsten Abnehmer*gruppen Autoindustrie und Maschinenbau haben sich für 1987 auf Wachstumsraten um die drei Prozent eingestellt, und selbst das Sorgenkind Bauwirtschaft signalisiert Erholung. Nur die Stahlindustrie sieht sich vor einem dreiprozentigen Produktionsrückgang.

Insgesamt sollten diese Erwartungen ausreichen, um die Gießereiproduktion 1987 auf dem diesjährigen Niveau zu halten, meint der Verband. Vorerst deutet die Nachfragekurve freilich eher abwärts. Die recht günstige Entwicklung der ersten Jahreshälfte, die ein Produktionsplus von *zwei Prozent gebracht hatte*, wurde durch die ungewöhnlich schlechten Zahlen des August und September „praktisch aufgezehrt".

PERSONALIEN

Albert Specht, seit 1979 Vorstandsvorsitzender der Küppersbusch AG, wurde am 29. November 60 Jahre alt.

Dr. **Siegfried Lorenz** und Dr. **Armin Hermann,** Vorstandsmitglieder der Bayerischen Volksbanken AG, sind zu Mitgliedern des Vorstands der DG Bank, Frankfurt, bestellt worden.

Dipl.-Ing. **Heinz Berthold,** Vorstandsmitglied der Kölner PHB-We*serhütte AG, wurde nach dem Aus*scheiden des Vorstandsvorsitzenden **Peter Jungen** zum Sprecher des Vorstands bei dieser zum Otto-Wolff-Konzern gehörenden Anlagenbaufirma ernannt. Er übernimmt neben der Führung der deutschen Unternehmensbereiche das kaufmännische Ressort.

Dr. **Manfred Lorch,** Mitglied der Vorstände der Alten Leipziger Gruppe und Heinz Lowski, bisheriger Generalbevollmächtigter der Hamburger *Phönix AG*, wurden zu ordentlichen Vorstandsmitgliedern der Hamburger Phönix Versicherungs AG bestellt.

Dr. **Dietmar Gerstein,** bisher geschäftsführender Gesellschafter der MPS GmbH, hat mit Wirkung vom 1. Dezember bei der Colonia Management & Personal-Beratung GmbH als Partner seine Tätigkeit aufgenommen.

Werner Michael Waldeck, zur Zeit noch im Bundesfinanzministerium tätig, wird weiterer Geschäftsführer der Frankfurter Wertpapierbörse.

Kritik an der Flächennutzung

Berliner Wirtschaft vermißt die Zukunftsperspektiven

ot. **Berlin**

Am neuen Flächennutzungsplan in Berlin erhitzen sich die Gemüter. ADAC, Bauwirtschaft, Handwerk und Industrie laufen Sturm gegen den Entwurf der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz, der 1988 in Kraft treten soll und bei dem sie die Perspektive für *die Wirtschaft und damit für die Zu*kunft der Stadt vermissen.

Die Industrie- und Handelskammer wertete den Entwurf als eindeu*tig kopflastig in Richtung Freizeit*, Erholung, Natur und Umweltschutz. Besonders unzufrieden ist die IHK mit der drastischen Beschneidung des Gewerbeflächenangebots. Damit werde die Entwicklungsfähigkeit der Berliner Wirtschaft empfindlich geschwächt. Der Flächennutzungsplan von 1965 habe Gewerbeflächen von 3540 Hektar vorgesehen. Dieses Angebot sei im neuen Plan noch um 540 Hektar gekürzt worden. Von den ver*bleibenden 3000 Hektar seien 2700* Hektar bereits gewerblich genutzt, so daß als Reserve für die nächsten 20 Jahre gerade noch 300 Hektar blieben, die zudem noch zu 90 Prozent anderweitig genutzt seien.

Die IHK mahnt den Senat, daß Berlin mit diesem Flächennutzungsplan *nicht im Wettbewerb der Regionen* bestehen kann. In einem Wettbewerb der Naturräume hätte Berlin als isoliertes Ballungszentrum sowieso keine Chancen. Das sollte bei der Abwägung zwischen Natur und Wirtschaft nicht vergessen werden.

Software-Markt bleibt expansiv

ADV/Orga mit erfolgreicher Geschäftsentwicklung

dos. **Wilhelmshaven**

Unverändert gute Wachstumschancen im Bereich der Informationstechnik sieht das Wilhelmshavener *Software-Unternehmen* ADV/Orga F. A. Meyer AG. Vorstandschef Friedrich A. Meyer bezieht sich mit dieser Aussage in besonderem Maße auf den „Teilmarkt der Software". Er repräsentiere derzeit ein Volumen von 10 Mrd. DM. Die jährliche Wachstumserwartung liege bei 20 Prozent, bei Anwendungssoftware sogar bei 30 Prozent. Auf diesem Gebiet liege das Schwergewicht der eigenen Tätigkeit.

Vor diesem Hintergrund erkläre *sich die günstige Entwicklung* des Unternehmens im Geschäftsjahr 1985/86 (30. 6.). ADV/Orga erzielte einen Umsatzzuwachs von 12,8 Prozent auf 78 (69) Mill. DM. Davon entfielen auf Beratungsleistungen 39 (36,2) Mill. DM, auf Software 35,6 (30,3) Mill. DM und auf sonstige Leistungen 3,3 (2,6) Mill. DM. Meyer weist darauf hin, daß die Eigenentwicklungen mit einem Plus von 55 Prozent den stärksten Zuwachs verzeichneten. Dagegen reduzierten sich die Erlöse aus dem Vertrieb von Lizenzprodukten auf 11,9 (14,1) Mill. DM. Die Gründe liegen in der von IBM forcierten Entwicklung im Datenbankbereich und der im Frühjahr bekanntgegebenen Aufhebung des Lizenzvertrags mit Cullinet zum April 1987.

Aus dem Jahresüberschuß von 2,6 (1,99) Mill. DM wird eine unveränderte Dividende von 6,50 DM je Vorzugsaktie und 6 DM je Stammaktie ausgeschüttet. *Der Rest (0,44 Mill. DM)* wird auf neue Rechnung vorgetragen. Das Ergebnis pro Aktie habe sich auf 14,50 (10,50) DM verbessert. Die Eigenkapitalquote *wird* mit 43,8 (39,5) Prozent angegeben. Die Zahl der Mitarbeiter stieg um 150 auf 599.

KWU in Pakistan erfolgreich

Gasturbinen-Kraftwerk kurz vor der Fertigstellung

ANATOL JOHANSEN, **Islamabad**

Die Kraftwerk Union AG (KWU), Mühlheim, will nach einer Bauzeit von nur 20 Monaten noch in diesem Jahr ein neues Gasturbinen-Kraftwerk schlüsselfertig an Pakistan übergeben. Die Anlage, die in Kot Addu, rund *1000* Kilometer nordöstlich von Karatschi entstanden ist, wird mit Diesel- oder Rohöl gefeuert und soll eine Höchstleistung von 193 Megawatt haben. Eine Erweiterung des Kraftwerks zu einem kombinierten Gas- und Dampfturbinen-Prozeß ist jederzeit möglich.

Die beiden jetzt gelieferten Gasturbinen stammen aus Berlin. Die Finanzierung der Anlage in Kot Addu wurde von der Kreditanstalt für Wiederaufbau übernommen, die dafür mehr als 150 Mill. DM bereitstellte. Pakistan plant inzwischen am gleichen Standort die Installierung von vier weiteren Gasturbinen von je 432 Megawatt. *Hier macht sich die KWU be*gründete Hoffnung, wieder zu den Lieferfirmen zu gehören.

Inzwischen will die KWU allerdings auch am größten Erddamm der Welt die Arbeit aufnehmen. In Tarbella haben die Pakistani den Indus mit einem 180 Meter hohen, unbefestigten Damm aufgestaut. Dort hat man (neben der Wasserversorgung) zehn Turbinen installiert, die zusammen eine Leistung von 1750 Megawatt haben, also erheblich mehr als ein großes Kernkraftwerk. Islamabad *will* nun die Anlage um vier weitere Turbinen verstärken, die zusammen die gleiche Leistung haben sollen wie die zuvor installierten zehn Turbinen.

Hermann Schanzmann von der KWU-Muttergesellschaft Siemens erklärte jetzt in Karatschi, daß sich die Kraftwerk Union große Hoffnungen macht, hier zu den Lieferfirmen zu gehören. Schanzmann berichtete, daß die KWU hier sogar zum erstenmal mit ihrem Konkurrenten, der BBC Mannheim, in einem Konsortium zusammenarbeiten will.

Schließlich rechnet sich die Kraftwerk Union auch auf dem Bereich der Kernkraft eine Chance aus. Denn in Karatschi läuft seit nunmehr einem Vierteljahrhundert ein 137-Megawatt-Kernkraftwerk, das mit Schwerwasser arbeitet. Diese von *den Kanadiern gelieferte Anlage* braucht inzwischen ein neues Regelsystem. Hier will Islamabad jetzt den günstigsten Lieferanten ermitteln.

Bei Siemens Pakistan macht man sich keine Illusionen darüber, daß insbesondere die Finanzierungsbedingungen für die Vergabe der verschiedenen Projekte entscheidend sein werden. Wer das günstigste Angebot unterbreitet – und praktisch das zinsgünstigste Geld mitbringt – hat die größten Aussichten, jeweils den Zuschlag zu bekommen. Hier sei man auf zinsgünstige Hilfe der Bundesregierung angewiesen. Sollten die Deutschen die notwendigen Gelder *auf dem freien Kapitalmarkt beschaf*fen müssen, wären von vornherein aus dem Rennen.

Mehr Arbeit für Frankreichs Jugend

J. Sch. **Paris**

Die von der französischen Regierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ergriffenen Maßnahmen zeigen allmählich Wirkung. Allein im Oktober wurden 198 119 bis zu 25jährige von den Unternehmen gegen eine 25–100prozentige Befreiung von ihren entsprechenden Sozialabgaben eingestellt. Seit Inkrafttreten des Planes am 1. Mai kommt man auf insgesamt 586 312 Einstellungen. Dabei handelt es sich jedoch haupt*sächlich um Ausbildungsplätze.*

Gegenüber September gingen bei einem Einstellungszuwachs von zwölf Prozent die Stellengesuche der *Jugendlichen um 3,6 Prozent zurück*, während die übrigen Gesuche um 1,6 Prozent zunahmen, was auf eine gewisse Substituierung älterer durch jüngere Arbeitskräfte hindeutet. Per Saldo verminderten sich die Stellengesuche um 0,2 Prozent auf saisonbereinigt 2 543 600. Die Stellenangebote gingen um 1,9 Prozent auf 52 700 zurück. Die Arbeitslosenquote blieb mit 10,6 Prozent unverändert. Daran haben auch kleinere Retuschen an der Arbeitslosenstatistik nichts geändert. *Im Unterschied zur Bundesrepublik* verbucht Frankreich immer noch keinen Beschäftigungszuwachs.

Wochenschlußkurse

New York

	28.11.	21.11.
Adv. Micro Dev	15,625	15,675
Aetna Life	57,75	56
Alcan Aluminium	30,675	31,375
Alcoa	34,625	36,125
Allied Signal	41,5	40,375
AMR Corp	58,375	56,625
Amax	13,375	12
Am. Cyanamid	81,375	79,375
Am. Express	57,5	57,5
Am. Motors	3,125	3,125
Am. Tel. & Telegr.	27,125	26,75
Amoco Corp	67,875	68,75
Asarco	15,25	15,125
Atlantic Richfield	60	60,25
Avon Products	30	28,875
Bally	22,375	21,25
Bk. of America	15,75	15,5
Bethlehem Steel	5,125	5,25
Black & Decker	17	16,875
Boeing	51,125	50,375
Brunswick	31,875	31,375
Campbell Soup	60,375	-
Caterpillar	39,625	39,375
CBS	134,5	132
Celanese	241	242,125
Chase Manhattan	36,5	35,875
Chrysler	37,25	37,875
Citicorp	52	50,5
Clorox	50,125	49,875
Coca Cola	36,5	36,125
Colgate	44,25	40
Commodore	8,75	8,675
Comwth. Edison	35,25	34
Comm. Satellite	29,125	29,5
Control Data	25,875	25,5
CPC Intl.	79,75	77,125
Curtiss Wright	52,625	52,875
Deere	23,125	23,875
Delta Airlines	48,625	48,875
Digital Equipm.	105,875	105
Dow Chemical	59	59
Du Pont	89,375	89,875
Eastern Gas-Fuel	30,625	30,375
Eastman Kodak	67,875	67
Eaton	41,25	40,5
Exxon	69,25	70,125
Firestone	27,875	27
Fluor	12,375	12,25
Ford	58,5	58,875
Foster Wheeler	13	12,375
Fruehauf	45,375	-
GAF Corp.	40,375	40
General Dynamics	74	72,875
General Electric	85	79,25

	28.11.	21.11.
General Instr.	18,375	17,5
General Motors	73,125	73,375
Gen T & E	61,5	59,875
Global Nat. Res.	4,25	4,5
Goodrich	44,625	44,375
Goodyear Tire	43,125	42,75
Grace	52,75	52,125
Halliburton	24,875	25
Heinz	40,875	41,375
Hewlett Packard	45,75	43
Homestake	26,25	25,25
Honeywell	72,125	68,125
IBM	127,125	123,625
Int. Tel. & Tel.	54,5	54,375
Int. Paper	76,5	75
Jim Walter	48	48
Litton Industries	82,125	80,625
Lockheed Corp.	55	51,25
Loew's Corp.	63,75	61,25
Lone Star	36,25	31,375
Louisiana Land	27,5	28,375
LTV Corp.	1,75	1,75
McDermott A	21,75	20,75
McDonnell Doug.	79,875	79,75
Merck & Co.	118,5	110,25
Merrill Lynch	39,5	38
Mesa Petroleum	3,625	3,625
Minnesota M.	112	110,25
Mobil Oil	39,375	40
Monsanto	81,375	76,75
Morgan J P	85,375	85,875
Nat. Semiconductor	11,375	11
Navistar Int. Corp.	5,875	5,875
NCR	48,375	46
Newmont	60,375	57,75
Owens Ill.	46,5	45,25
PanAm World	5,625	5,625
Pfizer	61	61,5
Philip Morris	74,25	70,5
Phillips Petroleum	11	10,75
Pittston	12,25	11,75
Polaroid	70,875	69,375
Prime Computer	17,875	17,125
Procter & Gamble	78,125	76,875
Revlon	12,625	12,125
Reynolds Ind.	51,875	49,625
Rockwell Int.	43,375	43,75
Rorer Group	42,625	41,125
Salomon	42,75	41,625
Schlumberger	35	32,625
Sears, Roebuck	44	43,375
Singer	39,875	40,375
Stand. Oil Calif	47,375	47
Storage Techn	3,5	2,625
Tandy	43,5	41,875
Teledyne	320,5	315,375
Telex Corp.	67,125	64,25
Tesoro		,11

	28.11.	21.11.
Texaco	34,25	34,875
Texas Instrum.	119,5	117,5
Tosco	2,125	2,375
Trans World Corp.	38,375	38,125
Transamerica	34,75	35,125
Travelers	44,5	44,5
Turner Broadcast.	13,375	14
UAL	58,875	57,5
Ucal Corp.	25,375	23,625
Union Carbide	23,375	23,625
Union Oil of Calif.	26	26,125
US Gypsum	43,625	42
USX Corp.	21	21,5
United Technologies	44,625	44,875
Walt Disney	43,375	44,25
Warner Comm.	21,875	22,5
Westinghouse El.	59,625	58,625
Weyerhaeuser	39,375	39,5
Whittaker	30,625	31
Woolworth	44	42,75
Wrigley	49,375	49
Xerox	60,5	58,875
Zenith Radio	20,5	21
Dow Jones Index	1914,23	1895,56
Stand. & Poor's	249,22	245,85

Toronto

	28.11.	21.11.
Abitibi-Price	27,875	27,75
Alcan Alu	42,25	43,25
Bk. of Montreal	32,75	33,25
Bk. of Nova Scotia	16,875	16,375
Bell Cda Enterprises	36,875	37
Bow Valley Ind.	13,125	12,875
Brenda Mines	-	8,5
Brunswick M & Sm.	12,75	12,5
Cdn. Imperial Bk.	20	20
Cdn. Pacific Ltd.	16,375	15,625
Cominco	13,625	13,5
Coseka Res.	0,7	0,72
Denison Mines	6,5	6,625
Dome Petroleum	0,89	0,98
Domtar	34	34,5
Falconbridge Ltd.	17,75	17,25
Great Lakes Forest	30,75	29
Gulf Canada	13,5	13,375
Gulfstream Res	0,57	-
Hudson Bay Mng Sp		6,375
Husky Oil	9,625	10
Imperial Oil -A-	46,75	47,375
Inco	17,375	17,125
Inter City Gas Ltd	14,5	14,75

	28.11.	21.11.
Interprov. Pipeline	39,5	39,25
Kerr Addison	-	16
Lac Minerals	28,875	25,75
Marco Resources	-	1,2
Moore Corp	29	-
Noranda Mines	20,875	20,5
Norcen Energy Res.	14,5	14,25
Northgate Expl.	6,12	5,75
Northern Telecom.	44	44,375
Nova An Alberta 'A'	6,12	6
Nu West Group	0,34	0,34
Oakwood Petrol	2,15	-
Placer Development	31,25	29,625
Provigo Inc.	18	17,875
Ranger Oil	6,5	6,5
Revenue Properties	3	3
Rio Algom	19,25	20,375
Royal Bk. of Can.	33	32,875
Seagram	87,375	87,125
Shell Canada	26	25,625
Sherritt Gordon	6	6,25
Stelco -A-	19,75	19,5
TransCdn. PipeLines	16,75	16,75
Verity Corp.	2,9	2,7
Westcoast Transm.	13	13
Index: TSE 300	3046,80	3021,30

Tokio

	29.11.	21.11
Alps	2040	2040
Bank of Tokyo	900	827
Banyu Pharma	994	975
Bridgestone Tire	739	679
Canon	1060	1050
Daikin Kogyo	703	707
Daiwa House	1860	1790
Daiwa Sec.	1720	1520
Eisai	2000	1880
Fuji Bank	1720	1700
Fuji Photo	3230	3230
Fuji Radio	2900	2910
Hitachi	990	975
Honda	1260	1230
Ikegai Iron	307	303
Isetan	1170	1230
Ito Yokado	4200	4040
Japan Air	9510	9340
Japan Met.	335	326
Japan Syn. Rubber	372	372
Jujo Paper	422	397
Kajima	1240	1180
Kansai Elec.P	3370	3200

	29.11.	21.11.
Kao Soap	1670	1600
Kawasaki H	188	185
Kawasaki S	175	163
Kirin Brewery	1520	1470
Komatsu	502	469
Kubota Iron	368	359
Kyocera	4180	4380
Makita El.	1210	1190
Marui	2930	2730
Matsushita El. Ind.	1910	1780
Matsushita El. Wks.	1710	1720
Minolta Camera	715	717
Mitsubishi Corp.	1020	984
Mitsubishi El.	420	407
Mitsubishi Estate	2340	2220
Mitsubishi Heavy I.	439	471
Mitsui Co. Ltd	670	525
Mitsukoshi	1230	1170
Mitsumi El	1300	1340
Nihon Cement	599	590
Nikko Sec.	1490	1360
Nippon Kokan	231	209
Nippon Oil	1170	1120
Nippon St.	166	159
Nippon Yusen	439	407
Nissan Motor	548	545
Nomura Sec.	2910	2700
Olympus	1110	1140
Penta-Ocean	710	655
Pioneer	2370	2190
Renown	886	840
Ricoh	919	925
Sankyo	1600	1440
Seiyu Stores	1380	1340
Sekisui Pref	1680	1630
Sharp	1080	980
Shiseido	2040	2050
Sony	3530	3600
Sumitomo Bank	2190	1880
Taisei Corp.	848	829
Taisho Marine	960	870
Takeda Chem.	2400	2320
Teijin	725	661
Tokyo Elec.	1350	1250
Tokyo Gas	988	978
Tokio Marine	1750	1560
Tokyo El. Power	7580	7360
Toray Ind.	588	600
Toshiba Elec.	610	607
Toto	2020	1850
Toyo Kogyo	380	372
Toyota Motor	1980	1920
Yamaichi	1470	-
Yamanouchi	3330	3340
Yamaha	643	640
Yamazaki	1650	1600
Index	1507,51	1448,87

FUSSBALL / Böser Ausrutscher von Bayer Leverkusen, Bayern München wieder an der Spitze. Krach um Rudi Assauer

Bremen – Düsseldorf	5:2	(3:0)
Bochum – Dortmund	0:0	:
K'lautern – Nürnberg	2:1	(1:1)
Mannheim – Homburg	5:1	(1:1)
Leverkusen – Uerdingen	1:4	(1:1)
München – Stuttgart	1:0	(1:0)
Frankfurt – Schalke	0:1	(0:0)
M'gladbach – Köln	3:1	(3:0)
Berlin – Hamburg	1:3	(0:2)

Bremen – Düsseldorf 5:2 (3:0)

Bremen: Burdenski – Kutzop – Schaaf, Ruländer – Wolter, Votava, Meier (59. Hermann), Otten – Völler, Burgsmüller, Ordenewitz. – **Düsseldorf:** Kargus – Blättel – Bockenfeld, Kaiser, Wojtowicz – Weikl, Fach, Dusend, Thomas – Jensen, Demandt (59. Krümpelmann). – **Schiedsrichter:** Reinstädtler (Neuweiler). – **Tore:** 1:0 Völler (3.), 2:0 Burgsmüller (23.), 3:0 Völler (43.), 4:0 Schaaf (52.), 4:1 Thomas (62.), 5:1 Kutzop (86., Foulelfmeter), 5:2 Krümpelmann (90.). – **Zuschauer:** 18 040. – **Gelbe Karten:** Blättel (3), Krümpelmann.

Bochum – Dortmund 0:0

Bochum: Zumdick – Kempe – Oswald, Kree – Heinemann, Woelk, Benatelli, Lameck, Nehl – Möller-Nielsen (66. Schulz), Leifeld (55. Wegmann). – **Dortmund:** de Beer – Pagelsdorf – Storck, Hupe – Lusch, Zorc, Raducanu, Helmer, Kutowski – Dickel, Mill. – **Schiedsrichter:** Witke (Mönchzell). – **Zuschauer:** 36 000. – **Gelbe Karten:** Oswald (3), Heinemann, Kutowski (4/1).

K'lautern – Nürnberg 2:1 (1:1)

K'lautern: Ehrmann – Dusek – Moser, Groh, Wolf – Metz (46. Schupp), Roos, Wuttke, Allievi – Trunk, Kohr. – **Nürnberg:** Köpke – H.-J. Brunner – Giske, Wagner – T. Brunner, Philipkowski, Reuter, Schwabl (61. Lieberwirth), Geyer – Andersen, Eckstein (34. Stenzel). – **Schiedsrichter:** Umbach (Rottorf). – **Tore:** 0:1 Eckstein (16.), 1:1 Kohr (43.), 2:1 Kohr (52.). – **Zuschauer:** 33 284. – **Gelbe Karten:** Roos (2), Giske (2).

Mannheim – Homburg 5:1 (3:0)

Mannheim: Zimmermann – Sebert – Kohler, Dickgießer – Quaisser (86. Tsionanis), Borchers, Gaudino, Neun – Bührer, Jörgensen (77. Eichenauer), Walter. – **Homburg:** Scherer – Wojcicki (80. Hartwig) – Dooley, Geschlecht, Beck – Knoll (80. Müller), Jambo, Buncol, Frenken – Schäfer, Freiler. – **Schiedsrichter:** Kruse (Beckum). – **Tore:** 1:0 Walter (7.), 2:0 Sebert (15.), 3:0 Walter (31.), 3:1 Freiler (47.), 4:1 Eichenauer (83.), 5:1 Walter (86.). – **Zuschauer:** 9000. – **Gelbe Karten:** Sebert (4), Frenken (3), Wojcicki (3), Buncol (2), Beck (2).

Leverkusen – Uerdingen 1:4 (1:1)

Leverkusen: Vollack – Reinhardt – Zanter, de Keyser – Götz, Schreier, Rolff, Hausmann, Zechel (78. Drews) – Waas (46. Kohn), Tscha. – **Uerdingen:** Vollack – F. Funkel – Dämgen (85. van de Loo), Wöhrlin – Kirchhoff, Klinger, Edvaldsson, W. Funkel, Buttgereit (87. Chmielewski) – Witeczek, Kuntz. – **Schiedsrichter:** Dellwing (Osburg). – **Tore:** 0:1 W. Funkel (27.), 1:1 Schreier (44.), 1:2 Hausmann (49., Eigentor), 1:3 Witeczek (67.), 1:4 W. Funkel (70.). – **Zuschauer:** 12 500. – **Gelbe Karte:** Wöhrlin (2).

München – Stuttgart 1:0 (1:0)

München: Pfaff – Augenthaler – Eder, Pflügler – Nachtweih, Flick (46. Willmer), Matthäus, Dorfner, Brehme – Hoeneß, Lunde (85. Kögl). – **Stuttgart:** Immel – Schröder – Hartmann, Buchwald – Strehmel, Perfetto (78. Bunk), Schäfer, Müller (68. Pasic), Zietsch – Merkle, Allgöwer. – **Schiedsrichter:** Kautschor (Eschweiler). – **Tor:** 1:0 Flick (13.). – **Zuschauer:** 45 000. – **Gelbe Karten:** Eder, Dorfner (2), Schröder (4).

Frankfurt – Schalke 0:1 (0:0)

Frankfurt: Gundelach – Berthold – Körbel, Kraaz – Binz (65. Krämer), Sievers, Kraus, Falkenmayer, Münn (65. Möller) – Mitchell, Smolarek. – **Schalke:** Macak – Hannes – Kruse, Jakobs – Kleppinger, Roth, Patzke, Thon – Bistram, Wegmann (46. Opitz), Täuber. – **Schiedsrichter:** Heitmann (Drentwede). – **Tor:** 0:1 Thon (87.). – **Zuschauer:** 14 000. – **Gelbe Karten:** Kraus (4), Sievers (3), Kleppinger.

M'gladbach – Köln 3:1 (3:0)

M'gladbach: Kamps – Bruns – Drehsen, Borowka – Winkhold, Hochstätter, Bakalorz (76. Krips), Lienen, Frontzeck – Rahn (82. Thiele), Criens. – **Köln:** Schumacher – Steiner – Prestin (15. Hönerbach), Wollitz – Lehnhoff, Geilenkirchen, Olsen, Janßen, Geils (46. Häßler) – Woodcock, K. Allofs. – **Schiedsrichter:** Schmidhuber (Ottobrunn). – **Tore:** 1:0 Bakalorz (12.), 2:0 Hochstätter (21.), 3:0 Hochstätter (30.), 3:1 Lehnhoff (90.). – **Zuschauer:** 31 000. – **Gelbe Karte:** Geils (2).

Berlin – Hamburg 1:3 (0:2)

Berlin: Mager – Haller – Brefort (46. Dinauer), Schmidt – Hellmann, Stark, Vandereycken, Feilzer, Brefort, Flad – Riedle, Gaedke. – **Hamburg:** Hain – Plessers – Kaltz, Hinz – Gründel, Jusufi, von Heesen, Beiersdorfer, Kroth – Okonski, Schmöller (79. Lux). – **Schiedsrichter:** Brehm (Kemmern). – **Tore:** 0:1 von Heesen (7.), 0:2 Jusufi (29.), 1:2 Dinauer (55.), 1:3 Kaltz (90., Foulelfmeter). – **Zuschauer:** 21 752. – **Gelbe Karten:** Haller (2), Hinz (2), von Heesen (2), Jusufi (2).

Freitag, 5. 12., 20 Uhr:

Köln – Bremen	(3:3)
Dortmund – Frankfurt	(4:2)

Samstag, 6. 12., 14 Uhr:

Homburg – Berlin	(–:–)

Samstag, 6. 12., 15.30 Uhr:

Nürnberg – M'gladbach	(2:4)
Düsseldorf – Bochum	(2:1)
Schalke – München	(0:1)
Stuttgart – Leverkusen	(2:2)
Uerdingen – Mannheim	(1:0)
Hamburg – K'lautern	(4:1)

In Klammern die Ergebnisse der letzten Saison.

● Der Rückschlag kam einen Spieltag vor der Halbzeit der Saison, ausgerechnet im Spiel gegen den kleineren Werksbruder aus Uerdingen. Bayer Leverkusen mußte Bayern München wieder vorbeiziehen lassen. Und Trainer Erich Ribbeck sagt: „Vielleicht hört jetzt das blöde Geschwafel auf, daß Leverkusen Meister wird. Unter die ersten Fünf zu kommen, ist unser Ziel. Titelfavorit bleibt der FC Bayern." Und in München antwortet Manager Uli Hoeneß: „Wir dürfen uns nicht am ersten Tabellenplatz ergötzen, sondern müssen ihn behalten." Die spannende Situation sorgt für höhere Zuschauerzahlen. Im Zuwachs von rund 200 000 Besuchern im Vergleich zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres liegt die Hoffnung der Vereine. Fast sensationell ist der Anstieg der Zuschauerzahlen in Kaiserslautern und Hamburg – rund 9000 pro Spiel.

● Rudi Völler steht wieder an der Spitze der Torschützenliste. Mit seinen beiden Treffern beim 5:2 von Werder Bremen über Fortuna Düsseldorf hat er den Leverkusener Herbert Waas eingeholt (beide zehn Treffer). Ein Tor zurück liegen drei Spieler: Norbert Dickel, Frank Mill (beide Dortmund) und der Gladbacher Uwe Rahn. Die Gladbacher haben wohl endgültig den Schock ihres Fehlstarts (3:11 Punkte) überwunden. Seit neun Spielen sind sie unbesiegt (14:4 Punkte). Für die zur Zeit erstaunlichste Serie aber sorgt Werder Bremen. Es ist nun schon in 42 Heimspielen hintereinander ungeschlagen, die letzte Niederlage gab es im Mai 1984 gegen den späteren Meister VfB Stuttgart. Bayern München ist die erste Mannschaft, die in der Bundesliga 400 Siege erreichte, dabei stieg der Meister erst 1963 auf (Köln hat als Zweiter 364 Siege).



Der Ball und die Torwart-Beine

Da sah der Nationaltorwart Harald Schumacher vom 1. FC Köln aber gar nicht gut aus, als ihm der Ball durch die Beine gespielt wurde. Auf dem Foto links deutet sich das Unheil schon an. Schumacher bekommt die Beine nicht mehr schnell genug zusammen. Der Ball kullert hindurch (Foto unten) und findet den Weg ins Tor. Was die Sache für Schumacher besonders peinlich machte: Torschütze Christian Hochstätter hatte den Ball geköpft. *Dann kam es für ihn* noch schlimmer: Bevor Hochstätter das 3:0 für Borussia Mönchengladbach erzielte, konnte Schumacher den Ball nach einen Freistoß von Bakalorz nur abklatschen lassen. Nach solchen Fehlern ist der Nationaltorwart kaum ansprechbar. Weil er wußte, daß er in diesem Spiel gleich zweimal schlecht ausgesehen hatte, wollte er zunächst aus Verärgerung seine Teilnahme am Kölner Sportpressefest absagen. Dann änderte er plötzlich wieder seine Meinung. Er kam, wurde Zweiter im Sechskampf und bekam dafür eine Pelzjacke. Da hat er wieder gestrahlt. FOTOS: RZEPKA



Bayer 04 gegen Bayer 05. Die Eigenständigkeit der kleinen, stolzen Filiale

U. SCHRÖDER, **Leverkusen**

Erich Ribbeck bemühte sich, die umtriebene Affäre aufs wesentliche zurückzuführen: „Uerdingen und Leverkusen, das sind zwei völlig normale Vereine. Wie jeder andere Klub in der Bundesliga auch." Natürlich war das so ganz richtig nicht. Jeder konnte dies im Vorfeld und an den Begleitumständen des Bayer-gegen-Bayer-Spiels erkennen.

Da sitzt auf der Tribüne ein Herr namens Becker. Günter W. Becker, einer der fünf Mächtigen des Konzers. Er ist sozusagen Bayer-Sportminister, zuständig für die Finanzen. Und für die Generallinie in den Vereinen. Herr Becker sagt denn auch nach dem Spiel, nach dem sensationellen 4:1-Sieg Uerdingens, nun müsse er mit einem Auge weinen und mit dem anderen lachen. Und in genau jener Doppeldeutigkeit, die dieses Spiel besitzt, fügt er hinzu, immerhin beweise das Resultat, daß bei Bayer die Filialen eine gewisse Eigenständigkeit besäßen.

Direktoren auf der Tribüne

Normale Klubs? Ein Spiel wie jedes andere? Wieso schicken denn das Zweite Deutsche Fernsehen, der Westdeutsche Rundfunk, der Südwestfunk und SAT 1 ihre Kamerateams? Warum sind dann rund 150 Medienvertreter kaum unterzubringen? Warum sitzen denn auf der Tribüne so viele Direktoren und leitende Angestellte, die tunlichst bemüht sind, für den Fußball so viel Engagement wie möglich zu zeigen, aber sich sehr bedeckt halten, was die Sympathie für diese oder jene Mannschaft betrifft? Erich Ribbeck, Leverkusens Trainer, wird vor dem Spiel gefragt, wie sich die Umweltkatastrophen auf die Psyche der Mannschaft auswirkten. Und er wird gefragt, wie das wohl zu erklären sei, daß ehemalige DFB-Trainer immer zu den Bayer-Klubs gingen. Zuerst er selber zu Leverkusen und nun Horst Köppel zu Uerdingen.

Dumme Fragen, meint Ribbeck. Und bezogen auf die Kenner der Branche mag er wohl recht haben. Doch genau so würde der Bürger im Lande fragen, der Fußball nur am Rande, als Unterhaltung in den Medien genießt. Und für einen solchen Bundesligakunden mag es durch aus eine Überrlegung wert sein, ob einen jungen Profi wohl der Umstand berührt, daß er die Embleme des Konzerns breit auf der Brust trägt.

Und bei den Trainern besteht sicherlich ein gewisser Zusammenhang zwischen den Fußball-Institutionen DFB und Bayer. Denn hier wie dort ist die Sicherheit des Arbeitsplatzes nahezu garantiert. Und bei Bayer ist diese Sicherheit, an die man sich auch als Fußballtrainer gewöhnen kann, mit einem erheblich höheren Gehalt verbunden.

Es gibt keinen Zweifel: das Spiel in Leverkusen war von all diesen Gedanken und Empfindungen berührt, durchdrungen, gekennzeichnet. Deshalb befand sich Bayer Leverkusen, die Mannschaft des Stammhauses, in einer denkbar schlechten psychischen Situation. Sie, der Stolz des Konzerns, der Spitzenreiter der Bundesliga, war der Favorit. Sie hatte hier und jetzt alles zu rechtfertigen, was ihr an Gutem angetan worden war.

Und die kleinen Underdogs aus der Filiale brachten außer ihrem Grimm und ihrem gutgenährten Minderwertigkeitskomplex auch die finstere Entschlossenheit mit, sich für die jüngste Blamage, für dieses 0:2 gegen Barcelona, am Lieblingskind der Bayer-Filiale zu rächen.

Alles lief, wie es unter solchen Voraussetzungen nur laufen konnte: Leverkusen bibberte vor lauter Bammel, war gelähmt vor lauter Vorischt und stolperte in dem Bemühen, sich bloß nicht zu blamieren, über die eigenen Beine. Deshalb konnten die Uerdinger so kühl aufspielen, durften so tun, als strengten sie sich gar nicht an. Und deshalb mußte den Leverkusenern dieses Unglück mit dem Selbsstor passieren: Hausmann schießt den Ball zu Vollborn, aber der Torwart ist gar nicht da.

An Hausmann freilich vollzogen sich die nicht nur hier sondern überall gültigen Fußballgesetze. In elf Bundesligaspielen, den ersten seiner gerade begonnenen Karriere, war dieser Hausmann zum jungen Bayer-Helden hinaufgestiegen. Aber weil er nun nur ein bißchen besser war als die anderen, kriegt er von der Lokalpresse Zunder und schlechte Noten. Erich Ribbeck war darum bemüht, den jungen Berliner aus der Schußlinie zu nehmen. Beim Kölner Sportpressefest am selben Abend durfte Hausmann nicht in einer Elf der Stars mitspielen.

Die große Werbung für einen Konzern

Womit wir zum Ausgangspunkt zurückkehren können, zu den Gedanken des Bundesliga-Normalverbrauchers. Und der sah, daß Bayer an diesem Wochenende in allen Medien eine Werbung hatte, die mit Geld nicht zu bezahlen ist. Und er erkannte außerdem, daß wohl doch nicht irgendwo im grauen Dunst des Konzerns der große Macher sitzt, der auch befiehlt, wer im Fußball zu gewinnen hat. Denn dieser Bayer-Pate hätte gewiß nicht erlaubt, daß die Filiale das Stammhaus von der Tabellenspitze schießt.

Und so reagiert denn auch Trainer Erich Ribbeck empfindlich darauf, wenn er danach gefragt wird: „Auf diese Dinge bin ich in der letzten Woche mehrfach angesprochen worden. Aber sie sind doch tendenziös. Ich will damit nicht zu tun haben. Wir arbeiten für den Fußball, haben ein eigenes Stadiongelände, eine Geschäftsstelle und sind ein autonom geführter Verein. Wir werden zwar vom Bayer-Werk gesponsert, anders als andere Klubs, aber das ist auch alles."

Kaiserslautern schon auf Platz vier

							Heim		Auswärts	
1.	München	16	8	7	1	29:16	23:9	18:9	13:3	11:7	10:6
2.	Leverkusen	16	10	2	4	32:15	22:10	19:7	13:3	13:8	9:7
3.	Hamburg	16	9	4	3	31:17	22:10	18:5	15:1	13:12	7:9
4.	K'lautern	16	7	6	3	30:19	20:12	20:8	14:2	10:11	6:10
5.	Bremen	16	8	4	4	32:26	20:12	21:9	13:3	11:17	7:9
6.	Stuttgart	16	7	5	4	29:17	19:13	22:4	13:3	7:13	6:10
7.	Dortmund	16	6	5	5	33:22	17:15	21:6	12:4	12:16	5:11
8.	M'gladbach	16	5	7	4	28:22	17:15	18:10	10:6	10:12	7:9
9.	Uerdingen	16	6	5	5	24:22	17:15	14:10	11:5	10:12	6:10
10.	Schalke	16	6	4	6	24:29	16:16	14:10	10:6	10:19	6:10
11.	Mannheim	16	4	7	5	26:26	15:17	19:11	13:5	7:15	2:12
12.	Frankfurt	16	4	7	5	18:20	15:17	13:6	11:5	5:14	4:12
13.	Bochum	16	3	9	4	16:18	15:17	9:5	10:6	7:13	5:11
14.	Köln	16	5	4	7	23:25	14:18	12:8	10:6	11:17	4:12
15.	Nürnberg	16	3	6	7	28:32	12:20	19:13	9:5	9:19	3:15
16.	Homburg	16	2	4	10	11:35	8:24	9:9	7:9	2:26	1:15
17.	Berlin	16	1	6	9	16:42	8:24	9:17	5:11	7:25	3:13
18.	Düsseldorf	16	3	2	11	21:48	8:24	13:16	8:8	8:32	0:16

Stein schweigt verbittert und Lunde tönt mit großer Klappe

Von ULRICH DOST

Es ist ruhig geworden um den sechsmaligen Nationaltorwart **Uli Stein** (32) vom Hamburger SV – vor allem: Er ist ruhig geworden. Nicht wenige (er selbstverständlich eingeschlossen) halten ihn für den besten deutschen Torwart. Doch derzeit spielt der Hamburger eine Rolle, die für einen Mann mit seinem Selbstverständnis sehr schmerzlich ist. Uli Stein ist nur noch der Ersatztorwart in Hamburg. Und wie es aussieht, wird er dieses harte Los noch einige Zeit ertragen müssen.

Er tut dies schweigend, weil er genau weiß, daß jede unbedachte Äußerung seine Lage noch mehr verschlimmern würde. Auch ein noch so forscher und draufgängerischer Typ wie Uli Stein beißt sich an Trainer **Ernst Happel** (61) die Zähne aus. Der Trainer hat es seinem Torwart noch nicht verziehen, daß durch Steins Platzverweis (Schiedsrichterbeleidigung) um ein Haar das Pokalspiel in Augsburg verloren gegangen wäre. Stein hat seine Strafe bekommen. 2000 Mark behielt der Verein vom Gehalt ein, das Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) sperrte ihn für vier Pflichtspiele. Am 22. November gegen Nürnberg hätte Stein wieder spielen können. Und er selbst war davon ausgegangen, daß er wie selbstverständlich wieder in die Mannschaft kommen würde. Doch da hatte er die Rechnung ohne den Trainer gemacht.

Ernst Happel ließ aber, dies tut er heute immer noch, zu Steins Überraschung den Ersatztorwart **Uwe Hain** (31) weiterspielen. Hain, seit 1982 in Hamburg, der vor der Saison gerade 39 Bundesligaspiele hinter sich hatte, nutzte seine Chance. Warum, so fragte sich Happel, soll er Hain bestrafen, indem er ihn wieder zum zweiten Mann macht, denn er hatte seine Sache recht ordentlich gemacht. Seitdem läuft Uli Stein mit einem bedröppelten Gesichtsausdruck herum, seitdem sind ihm die Späße vergangen, seitdem redet er nicht mehr. Schweigend sitzt er auf der Bank und kann nur auf die Fehler von Hain hoffen. Doch der tat ihm den Gefallen bislang nicht. Den Gegentreffer beim 3:1-Auswärtssieg in Berlin kreidete Happel nicht seinem Torwart an.

So sitzt der Mann, der sich für den Besten seines Fachs ansieht, eben auf der Bank. Unterstützung darf und wird er wohl auch von keiner Seite erhoffen. Manager **Felix Magath** (33) hält sich aus der Sache heraus. Er mischt sich nicht in die Angelegenheiten des Trainers. Und Happel ändert nichts, solange der HSV so gut steht. Auf die Kollegen kann Stein auch nicht zählen. Für einen wie ihn, der gerne das große Wort führt, macht sich keiner stark. Und selbst seine Freunde wie Mannschaftsführer **Ditmar Jacobs** (33) rühren keinen Finger für ihn. Jacobs: „Das wäre zwecklos. Mit Ernst Happel kann man darüber nicht reden. Der läßt sich nicht beeinflußen." Erst wenn sich die Fehler bei Hain häufen sollten, so Jacobs, sei ein Gespräch mit dem Trainer angebracht. So lange aber bleibt Uli Stein auf dem Abstellgleis und muß die ganz persönliche Strafe des Trainers erdulden.

*

Der FC Bayern München steht wieder dort, wo sich der Verein am liebsten sieht – an der Tabellenspitze. Doch froh sind die Bayern keineswegs. Die Selbstkritik scheint ihnen gottlob nicht abhanden gekommen zu sein. Mannschaftsführer



Klaus Augenthaler (29) sagte in einem Interview mit dem Sport-Informationsdienst (sid): „Fest steht, wir spielen unter unseren Möglichkeiten. Aber die Konkurrenten haben offensichtlich nicht mehr zuzusetzen. Allerdings hat bei uns in noch keinem Spiel die ganze Mannschaft überzeugt."

Nach dem 1:0-Erfolg über den VfB Stuttgart machte Augenthaler dann auch ganz deutlich, wen er damit meinte: den Dänen **Lars Lunde** (21). Über den jungen Mann, der erst im Oktober nach München gekommen war, meinte Augenthaler: „Er hätte heute **Diego Maradona** vergessen machen können, doch so bleibt er doch nur einer mit einer großen Klappe." Der Däne hatte die besten Torgelegenheiten gleich reihenweise ungenutzt gelassen. Vor dem Spiel hatte er großspurig getönt, gegen Stuttgart werde er sein erstes Bundesligator machen. Lunde wehrte sich dann auch prompt, er habe keine große Klappe und außerdem: „So lange ich die Chancen habe, ist doch alles gut." Wenn ihm endlich das erste Tor gelänge, dann hätte er bestimmt seine Ruhe. Ob ihn das Trikot mit der Nummer elf belaste, wurde er gefragt, denn schließlich wurde mit diesem Trikot **Karl-Heinz Rummenigge** (30) beim FC Bayern zum Weltstar. Lunde: „Das nächste Mal nehme ich das Trikot mit der Nummer eins, dann erwartet niemand von mir ein Tor."

Noch findet der Däne bei seinem Trainer **Udo Lattek** (51) Rückendekkung. Lattek: „Lunde hätte der König von München werden können. Ich habe noch Geduld mit ihm. Solange, wie ich es auch bei **Sören Lerby** gemacht habe. Aber meine Geduld ist nicht unendlich".

Überhaupt nicht zufrieden mit der Leistung der Mannschaft war der Manager **Uli Hoeneß** (35): „Wir dürfen uns nur am Tabellenstand ergötzen. Bis jetzt haben wir uns doch nur durchgemogelt, das allerdings besser als erwartet." Hoeneß sagt, er sehe die Dinge sehr kritisch, doch mit seiner Kritik müsse er sich derzeit noch zurückhalten. Hoeneß: „Erster zu sein, ist nicht immer das allein Seligmachende." Bis auf Augenthaler und Torwart **Jean-Marie Pfaff** (32), die Hoeneß extra ausnahm, bringe kein Bayern-Spieler die hundertprozentige Leistung. Noch läßt Hoeneß den WM-Streß als Argument gelten. Doch mit dem Beginn der Rückrunde gibt es keine Ausreden mehr. Dann wird Hoeneß die Leistung fordern, die die Bayern bringen können, damit sie wieder Meister werden.

*

Erst jetzt wird so richtig deutlich, was **Horst Köppel** (37) eigentlich als Trainer der Nationalmannschaft unter dem Teamchef **Franz Beckenbauer** (41) für einen undankbaren Job ausgeübt hat. Oder anders herum: Die Einführung eines Teamchefs, der einen Trainer braucht, weil er selbst keine Lizenz besitzt, erweist sich jetzt als unselige Konstruktion. Seitdem klar ist, daß Köppel den DFB verläßt, um mit Beginn der nächsten Saison Trainer bei Bayer 05 Uerdingen zu werden, holte sich Franz Beckenbauer bislang nur Körbe bei möglichen Köppel-Nachfolgern.

Am deutlichsten wurde noch **Berti Vogts** (35), verantwortlich für die Jugend beim DFB. Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) zitierte ihn so: „Ich sehe keine Basis der Zusammenarbeit, wenn der Teamchef sich in erster Linie durchsetzen will. Ich brauche und beanspruche mehr Kompetenz als mein bisheriger Kollege Horst Köppel gehabt hat." In einem persönlichen Gespräch hat Vogts dem Teamchef inzwischen mitgeteilt, daß er sich so hart nicht ausgedrückt habe. Dennoch: Er kommt für diesen Job nicht in Frage. Auch Vogts weiß, daß der Assistent längst nicht mehr automatisch aufrückt. Wenn er Bundestrainer werden will, darf er nicht Beckenbauers Trainer werden.

Ebensowenig kommt auch **Jupp Heynckes** (41), Trainer von Borussia Mönchengladbach, in Frage. Auch er kann sich eine Arbeit unter dem Teamchef Franz Beckenbauer nicht vorstellen: „Das wäre so, als wenn in einem Meisterbetrieb der Meister unter dem Lehrling arbeiten würde." Deutlicher kann nicht ausgedrückt werden, was Heynckes über Beckenbauer denkt.

Der einzige, der sich nicht dazu äußern wollte, war **Hannes Löhr** (44), der Trainer der Olympia-Mannschaft. Löhr: „Ich war überrascht, daß der Horst uns verläßt. Ich bedauere dies. Ich bin seit dem 1. September Olympia-Trainer. Mehr interessiert mich nicht. Wie sagt der Teamchef immer so schön: Schaun mer mal." Und der Teamchef hat sich offenbar schon umgeschaut. Er soll **Sigi Held** (36) vorgeschlagen haben, der Islands Nationalmannschaft betreut.

Schafstall ging in die Offensive

BERND WEBER, **Gelsenkirchen**

Wenn es überhaupt noch eines Beweises dafür bedurft hatte, daß im Fußball-Profi-Geschäft zuweilen nur Zentimeter über Schicksale entscheiden, am Samstag im Frankfurter Waldstadion wurde er wieder einmal erbracht. In der 83. Minute schaffte es der eingewechselte Eintracht-Stürmer Harald Krämer nicht, den Ball aus kürzester Entfernung an Schalkes Torhüter Pavel Macak vorbei über die Linie zu bringen. Vier Minuten später hatte Nationalspieler Olaf Thon auf der anderen Seite mehr Glück. Eine Flanke vom Kollegen Patzke nahm er geschickt an, umspielte die auf ihn zustürzenden Falkenmayer und Kraaz. Und hatte die Nerven, den Ball seelenruhig und haarscharf über Schlußmann Heinz Gundelach hinweg ins Netz zu lupfen. Das war das 1:0, Schalkes erster Sieg bei Eintracht Frankfurt nach 21 Jahren.

Rolf Schafstall, der Trainer von Schalke 04, meinte später in der Pressekonferenz: „Jetzt können wir nächsten Samstag gegen Bayern München befreiter spielen." Unterkühlter hätte sich Schafstall nicht ausdrücken können, denn die Wahrheit ist, und das weiß er auch ganz genau: Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit hat Thons Treffer dem Trainer den Job gerettet. Mehr noch, vielleicht hat er auf lange Zeit die Schalker Vereinspolitik bestimmt. Die Schalker haben nämlich eine Woche hinter sich, die gezeichnet war von gewaltigen internen Turbulenzen. Morgen abend wird höchstwahrscheinlich der dramatische Schlußpunkt beim „Schalker Kreisel" erfolgen.

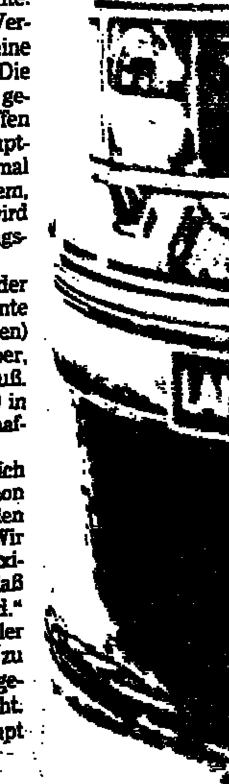
Der Reihe nach. Am letzten Dienstag und Mittwoch tagten Vorstand und Verwaltungsrat, jedesmal mit der Zielsetzung, Schafstall zu entlassen. Dem Trainer wurden massive „Verständigungsschwierigkeiten" zu seinen Spielern vorgeworfen. Zur Trennung kam es nur deshalb nicht, weil Präsident Hans-Joachim Fenne (der Schafstall im Alleingang geholt hatte) für den Fall der vorzeitigen Vertragsauflösung mit dem eigenen Rücktritt gedroht hatte. Am Donnerstag ging der arg in die Bedrängnis geratene Trainer selbst voll in die Offensive. Er suchte Fenne auf und holte sich von dem die Rückendeckung für eine Maßnahme, die am Freitag bekannt wurde und die in Schalke wie eine Bombe einschlug: Schafstall pochte auf sein Recht der ihn vertraglich zugesicherten alleinigen Entscheidungsgewalt im sportlichen Bereich. Er verbot Manager Rudi Assauer ab sofort weiter mit ins Trainingslager zu fahren. Schafstall stellte zudem klar, daß er Assauer bei den Spielen nicht mehr neben sich auf der Bank dulden werde. Als der Trainer nach dem Sieg in Frankfurt von den Journalisten bestürmt wurde, seine Entscheidung zu begründen, verweigerte er dazu jeden Kommentar. Auch der Manager, der im Privatwagen angereist war und der die Begegnung von der Tribüne aus verfolgte, wollte sich nicht äußern.

Dennoch wissen Insider längst, daß Schafstall in Assauer seinen großen Kontrahenten sieht. Schon oft hatte er sich im kleinen Kreis darüber beklagt, daß es ihm unmöglich gemacht würde, die Mannschaft hart anzufassen. Weil der Manager sich anschließend immer wieder mit den Spielern verbünden würde.

Zur WELT sagte Schafstall: „Ich weiß, daß ich ein verdammt hohes Risiko eingegangen bin. Aber es gibt Momente, in denen man einfach nicht mehr kompromißbereit sein darf – wenn man nicht sein Gesicht verlieren will." Und offenbar hat Schafstall mit seinem Mut Weichen gestellt. Viez-Präsident Herbert Schmitz, der die Mannschaft anstelle des geschäftlich verhinderten Fenne nach Frankfurt begleitet hat, fordert ein schnelles und ebenfalls kompromißloses Ende der seit Monaten andauernden Führungskrise. Schmitz meinte: „Morgen tagt der Vorstand und Verwaltungsrat erneut, da wird uns eine klare Entscheidung abverlangt. Die Probleme sind zu vielschichtig geworden, als das man darauf hoffen dürfte, die derzeit handelnden Hauptdarsteller würden sich noch einmal arrangieren können. Und außerdem, wenn wir jetzt nicht handeln, wird man uns – völlig zu recht – Führungsschwäche vorwerfen."

Im Klartext: Morgen abend (der Termin ist nicht sicher und könnte sich um ein, zwei Tage verschieben) fällt wohl die Entscheidung darüber, wer bleiben darf, wer gehen muß. Nach dem völlig unerwarteten 1:0 in Frankfurt hat das Duo Fenne/Schafstall die besseren Karten.

Die Schalker Mannschaft hält sich aus dem Ärger völlig raus. Olaf Thon erklärte: „Wir spielen weder für den Trainer noch für den Manager. Wir spielen ausschließlich für unsere Existenz. Aber natürlich wollen wir, daß der Streit endlich beendet wird." Schalkes früherer Nationalspieler Klaus Fischer meldete sich so zu Wort: „Assauer hat in den vergangenen Jahren Fehler an Fehler gereiht. Ich kapiere nicht, daß er überhaupt noch im Amt ist."



2. Liga

Wattenscheid: Streit um Koitka

DW. Bonn

Trotz des 1:0-Sieges über Eintracht Braunschweig ist die Atmosphäre bei der SG Wattenscheid 09 gestört. Torwart Jupp Koitka gab sein Amt als Kapitän mit sofortiger Wirkung ab. Koitka war davon überzeugt, innerhalb der Mannschaft nicht mehr genügend Einfluß zu haben. Dagegen warf der Mäzen und frühere Vorsitzende Klaus Steilmann dem Torwart destruktive Beeinflussung der Mannschaft vor. Koitka dagegen sagt, er habe nur rechtzeitig vor einer Krise gewarnt. Nach überraschend gutem Saisonstart, der wochenlang Plazierungen an der Tabellenspitze garantiert hatte, rangiert Wattenscheid jetzt mit ausgeglichenem Punktestand im Mittelfeld. Nachfolger Koitkas als Kapitän wurde der von Trainer Hans-Werner Moors ernannte Thomas Siewert.

DIE ERGEBNISSE

Kassel – Aachen	1:1	(1:1)
Ulm – Bielefeld	1:2	(0:0)
Stuttgart – Darmstadt	0:1	(0:0)
Wattensch. – Braunschw.	1:0	(1:0)
Köln – Freiburg	1:1	(0:1)
Oberhausen – Aschaffenb.	0:0	
Salmrohr – Solingen	2:0	(1:0)
St. Pauli – Karlsruhe	2:0	(1:0)
Saarbrücken – Hannover	1:2	(1:1)
Osnabrück – Essen	2:2	(0:1)

DIE TABELLE

1.Hannover	18	16	0	2	49:18	32:4
2.Aachen	18	11	3	4	27:13	25:11
3.Darmstadt	18	10	4	4	36:19	24:12
4.Osnabrück	18	10	4	4	33:30	24:12
5.Stuttgart	18	10	1	7	38:29	21:15
6.St. Pauli	18	8	4	6	31:27	20:16
7.Saarbrücken	18	7	5	6	31:27	19:17
8.Freiburg	18	7	5	6	23:24	19:17
9.Wattenscheid	18	5	8	5	27:26	18:18
10.Oberhausen	18	8	2	8	28:29	18:18
11.Karlsruhe	18	7	4	7	30:34	18:18
12.Ulm	18	6	5	7	24:25	17:19
13.Braunschweig	18	5	5	8	25:21	15:21
14.Essen	18	5	5	8	32:36	15:21
15.Solingen	18	7	1	10	30:38	15:21
16.Bielefeld	18	3	7	8	21:27	13:23
17.Aschaffenb.	18	4	5	9	25:36	13:23
18.Köln	18	3	7	8	24:36	13:23
19.Kassel	18	4	5	9	20:34	13:23
20.Salmrohr	18	2	4	12	20:43	8:28

DIE VORSCHAU

Freitag, 5. 12., 20 Uhr: Hannover – Salmrohr. – **Samstag, 6. 12., 14 Uhr:** Aschaffenburg – Ulm, Freiburg – Wattenscheid; **Samstag, 6. 12., 15.30 Uhr:** Karlsruhe – Saabrücken, Darmstadt – Oberhausen, Bielefeld – Kassel, Braunschweig – St. Pauli. – **Sonntag, 7. 12., 15 Uhr:** Solingen – Osnabrück, Essen – Stuttgart, Aachen – Köln.

HANDBALL / Deutsche Mannschaft im Karparten-Turnier unbesiegt

Bundestrainer Schobel fürchtet sich vor dem Virus der Überheblichkeit

JOSEF SIMON, Craiova

„Gigantomanie", so philosophierte der Bundestrainer, „ist eine große Gefahr – ganz besonders für den deutschen Handball." Dieser Hang zum Größenwahn war es auch, der den Weltmeister von 1978 langsam aber sicher an den Bettelstab brachte. Und wer wie Simon Schobel mit dieser Manie selbst nur die erdenklich schlechtesten Erfahrungen gemacht hat, ist mehr als vorsichtig, wenn der Boden wieder einmal vom Virus der Überheblichkeit verseucht ist.

Zumindest aber steht die deutsche Handball-Nationalmannschaft nach ihrem sensationellen Abschneiden beim Karpaten-Turnier im rumänischen Craiova wieder glänzend da. Der 27:22-Erfolg über die B-Vertretung von Rumänien war gestern eigentlich nur noch eine Formsache zum Abschluß (je acht Tore von Uli Roth und Rainer Bauert). Nach Siegen über Polen (32:23), Bulgarien (22:21), dem 27:22 über die UdSSR und dem gleichfalls eindrucksvollen 20:20 gegen Rekord-Weltmeister Rumänien gilt die Mannschaft sogar als ein Favorit für die B-Weltmeisterschaft Ende Februar in Südtirol. „Diese Mannschaft wird in Italien im Finale stehen", sagte Ion Kunst-Ghermanescu, langjähriger Verbandspräsident in Rumänien.

Simon Schobel, *der 36 Jahre* alte Bundestrainer, traut dagegen dem Braten nicht so recht. „Eigentlich lief es für diese Phase der Vorbereitung schon fast zu gut", sagte er. Aber schließlich stellte Schobel seiner jungen Mannschaft doch noch ein Zeugnis der Reife aus: „Vor einem Jahr mußte man den Spielern aus psychologischen Gründen die Euphorie nach einem Sieg lassen. Heute relativieren sie Erfolge ganz von selbst, können Siege und Niederlagen richtig einschätzen." *Ein stichhaltiges Argument:* Wann in der Geschichte des deutschen Handballs hat eine Nationalmannschaft einem Triumph wie vor fünf Wochen beim Vierländer-Turnier einen weiteren Höhepunkt mit zusätzlicher Steigerung folgen lassen?

1982 bei der Weltmeisterschaft im eigenen Land stolperte der damals amtierende Titelträger mit einem 16:16 über den Handball-Zwerg Schweiz in die Zweitklassigkeit, zwölf Monate später bei der B-WM in Holland waren es wiederum die sogenannten Kleinen wie Spanien (18:18) und erneut die Schweiz (16:16), die den vermeintlichen Ausrutscher manifestierten. Und bei der letzten WM gestaltete sich der Sturz aus eben den gleichen Motiven. Schobel: „Wenn nach dem 18:17 in Basel über die Schweiz ein Wunderlich nur noch die Farbe des Edelmetalls offen läßt und Uli Roth als Kapitän großspurig verkündet, jetzt schlagen wir alles', dann braucht man sich am Ende nicht zu wundern, wenn Null dabei herauskommt."

Zweieinhalb Monate vor der B-Weltmeisterschaft, die darüber entscheidet, ob die deutsche Mannschaft an den olympischen Sommerspielen in Seoul teilnehmen darf, und die deshalb auch ein Meilenstein in Schobels Karriere bedeutet, ist die Angst vor dem tiefen Fall beim Bundestrainer erneut riesengroß. *Immerhin folgt* auch in seiner Amtsperiode den Hochs bei freundschaftlichen Turnieren meist der tiefe Fall bei den anschließenden Weltmeisterschaften. Dazu kommt erschwerend hinzu, daß auch seine persönlichen Prognosen nur sehr selten der Realität standhielten. Seine „Glücksgeneration", mit der er 1983 in Finnland zweiter der Junioren-Weltmeisterschaft wurde und die er 1988 in Seoul zum Höhepunkt für den deutschen Handball führen wollte, wird erst jetzt langsam den eigenen Ansprüchen gerecht.

In Craiova, besonders nach der Energieleistung beim 20:20 gegen Rumänien und dem 27:22 über die UdSSR, lassen sich bei aller Vorsicht die positiven Trends nicht so ohne weiteres unter den Teppich kehren. Die Mannschaft ist taktisch schwer ausrechenbar geworden. Sie ist variabel im Spielsystem und nervenstark genug, selbst in brenzligen Situationen kühlen Kopf zu bewahren. „Sie steckt nie auf, kämpft bis zum Umfallen, und alle ergänzen sich optimal", *muß* der Bundestrainer eingestehen.

Mit dem Düsseldorfer Walter Schubert verfügt sein Team über einen guten Spielmacher, Martin Schwalb, bislang als Torjäger bekannt, der seine Mitspieler auch durch gutes Anspiel einsetzte, entpuppt sich darüber hinaus als brauchbarer Abwehrstratege. Hansi Müller reift zum echten Rechtsaußen heran. Jörg Löhr und Uli Roth ergänzen sich als Kreisläufer optimal. Rüdiger Neitzel kommt nach seiner Verletzung wieder lang*sam in Fahrt. Rückkehrer Thomas* Springel ist eine Bereicherung und Rainer Bauert kristallisiert sich als Alternative zum dynamischen Jochen Fraatz heraus. Das Torwartproblem stand ohnehin nie an, Andreas Thiel und Stefan Hecker dokumentierten auch in Craiova ihre Klasse.

„Diese Mannschaft ist für mich wertvoll. Sie ist eine echte Mannschaft." Deshalb nimmt Schobel sich im Falle Wunderlichs weiterhin viel Zeit, weil er endlich einmal in der glücklichen Lage ist, nicht mehr übers Knie brechen zu müssen. „An den ersten Zwölf plus dem dritten Torhüter Michael Krieter gibt es keine Diskussionen." Der Rest kommt irgendwann, ob erfahrene Recken *wie Frank Dammann (Gummers*bach), Michael Paul (Großwallstadt) oder zukunftsorientierte Spieler wie Stephan Henrich (Hofweier) oder Michael Lehnartz (Gummersbach). Wunderlich aber bleibt erst einmal außen vor.

Es muß schon mit dem Teufel zugehen, sollte ein erneuter Erdrutsch alle guten Ansätze begraben. Die größte Gefahr ist in der Tat die Gigantomanie.

Generalprobe ist geglückt

Die deutsche Nationalmannschaft der Frauen hat die *Generalprobe auf die A-Welt*meisterschaft in den Niederlanden (sie beginnt am Donnerstag) glänzend bestanden. Sie gewann drei Länderspiele gegen Polen mit 20:17, 16:14 und gestern 17:14. Beste Spielerin war wieder einmal Dagmar Stelberg vom VfL Engelskirchen, die am Samstag ihr 180. Länderspiel bestritt. Die 28 Jahre alte Linkshänderin warf 19 der 53 Tore.

SPORT-NACHRICHTEN

Spandaus Triumph

Berlin (sid) – Trotz einer 7:8-Niederlage bei Dynamo Moskau haben die Wasserballspieler von Spandau 04 Berlin ihren dritten Europapokal nach 1982 und 1985 gewonnen. Den Grundstein für diesen Triumph hatte der achtmalige deutsche Meister und Pokalsieger schon im Hinspiel mit einem klaren 10:5-Sieg gelegt.

Schweizer Erfolg

Zürich (dpa) – Die Schweizer Urs Freuler und Daniel Gisiger gewannen das Sechstagerennen von Zürich vor den rundengleichen Belgiern Stan Tourne und Etienne de Wilde. Dritte wurden die beiden Deutschen Dietrich Thurau/Joachim Schlaphoff mit einer Runde Rückstand.

Präsidium komplett

Bonn (dpa) – Drei Wochen nach dem Rücktritt von Vizepräsident Wilhelm Schmidt (Salzgitter) und Schwimmwart Jürgen Kozel (Warendorf) ist das Präsidium des Deut*schen Schwimm-Verbandes* (DSV) weder komplett. Auf einer Präsidiumssitzung in Bonn wurden Manfred Haas (Karlsruhe) und Arno Kaczmarek (Berlin) kommissarisch als Nachfolger der beiden zurückgetretenen Funktionäre bis zum nächsten Verbandstag 1989 berufen.

Landshut abgereist

Gerlingen (sid) – Mit einem Skandal endete in der Box-Bundesliga die Begegnung BC Leonberg – Bavaria Landshut. Aus Protest gegen ein angebliches Fehlurteil reiste die Landshuter Staffel vorzeitig ab. Die Leonberger Vereinsführung will Landshut auf 20 000 Mark Schadensersatz verklagen.

Titel an Bergisch Gladbach

Illertissen (sid) – Die KTZ Bergisch Gladbach wurde in Illertissen deutscher Mannschafts-Meister der Kunstturnerinnen. Das Team gewann mit 167,15 Punkten vor dem VfL Hannover (164,60) und dem VfL Wolfsburg, der auf 162,75 Punkte kam. Beste Einzelturnerin war Anja Wilhelm (Wolfsburg) mit 38.45 Punkten.

Rugby-Debakel

Madrid (sid) – Eine deklassierende 0:50-Niederlage gegen Spanien mußte die Rugby-Nationalmannschaft der Bundesrepublik Deutschland in einem Spiel der Europameisterschafts-Gruppe B in Madrid hinnehmen. Die Spanier bauten ihre Tabellenführung mit 6:2 Punkten aus. Das Team von *Bundestrainer Fritz Raupers fiel mit* 2:6 Punkten auf den letzten Platz zurück.

Geld für Schockemöhle

Pfaffenhofen (sid) – Genau 100 000 *der 125 000 Mark Preisgelder im* Kriterium der Zweijährigen auf der Trabrennbahn in Pfaffenhofen gingen an Alwin Schockemöhle und seine Teilhaber. Mit Heinz Wewering im Sulky gewann Toppino das letzte Zuchtrennen der Saison. Rang zwei belegte Master Clöving (Rolf Dautzenberg).

„DDR"-Meister zu stark

Berlin (dpa) – Der TSC Ost-Berlin *gewann in eigener Halle den* deutsch-deutschen Volleyball-Vergleich mit dem VBC 69 Paderborn nach 61 Minuten Spielzeit deutlich mit 3:0 (15:5, 15:7, 15:8).

Campomanes gewählt

Dubai (dpa) – Florencio Campomanes (Philippinen) ist auf dem Kongreß des Welt-Schachbundes (FIDE) in Dubai für weitere vier Jahr in seinem Amt als Präsident bestätigt worden. Mitbewerber Lincoln Lucena (Brasilien) zog vor der Wahl seine Kandidatur zurück. Bei der Mannschaftsweltmeisterschaft verloren die Männer der Bundesrepublik Deutschland gegen Brasilien (0,5:3,5) und besiegten die Schweiz (2,5:1,5).

Langer in Sun City

Johannesburg (sid) – Bernhard Langer geht beim mit einer Million Dollar dotierten Golf-Turnier in Sun City im südafrikanischen Homeland Bophuthatswana an den Start. Die Amerikaner Lee Trevino und Andy Bean haben aus politischen Gründen abgesagt. Langer hat wiederholt erklärt, daß für ihn rein professionelle Gründe für den Start in Sun City ausschlaggebend sind.

Im Viererbob Zweiter

Innsbruck (dpa) – Einen gelungenen Einstand in die neue Bob-Saison schaffte der Ohlstädter Viererbob mit Anton Fischer. Hinter dem Weltcup-Sieger Ekkehard Fasser aus der Schweiz belegte er Platz zwei. Fasser gewann nach drei Läufen (2:39,20 Minuten) mit einem Vorsprung von 28/100 Sekunden.

GALOPP

Perlenkette für Monika Hesse

KLAUS GÖNTZSCHE, Neuss

Alt-Bundespräsident Walter Scheel war gestern auf die Neusser Galopprennbahn geeilt, der Verbandspräsident sollte die Siegerin im Preis der Perlenkette ehren. Aber er kam nicht dazu, denn die 18jährige Monika Hesse aus Dreieich bei Frankfurt ritt in Frankfurt, gewann aber trotzdem den begehrtesten Ehrenpreis für die rennreitenden Damen auf Deutschlands Galopprennbahnen. Bei den drei Rennen am Samstag in Köln gewann die Tochter des Trainers Heinz Hesse ein Rennen mit Tantino und wurde einmal Zweite mit Archipolis, das reichte für den Gesamtsieg. Die Perlenkette blieb gestern in der Neusser Vitrine, sie soll der Siegerin am Silvester-Renntag überreicht werden. Scheel mußte sich mit der Ehrung der Europameisterin Anna Maria Garcia aus Spanien begnügen, die im Perlenketten-Wettbewerb aber keine Rolle spielte.

Beim Finale gestern in Neuss kam es zu den grotesken Situation, das die drei in der Zwischenwertung führenden Damen keinen Ritt hatten. In Köln gewannen Monika Hesse, Britta Werning und Ute Tobien je ein Rennen, sie mußten in Neuss tatenlos zusehen. Das Finalrennen gewann Martina Roeseler aus Köln mit dem Hengst Akt, dessen Besitzer Peter Dick zum gleichen Zeitpunkt als Fußballspieler von Ford Niehl um die Tabellenführung der ersten Kreisklasse kickte. Die Perlenketten-Favoritin Monika Blasczyk aus Verl in Ostwestfalen war von besonderem Pech verfolgt. Sie sollte drei Favoriten reiten, die dann am Morgen der Rennen von ihren Trainern abgemeldet uurden. Monika Blaszcyk: „Ich war völlig überrascht."

Beim Samstagrenntag in Köln erzielte der Neusser Rennverein einen Wettumsatz von fast 750 000 Mark. Diese Summe hätte man auf der eigenen Anlage am Neusser Obertor wohl nie geschafft.



EISSCHNELLAUF

Shelesowski lief der Konkurrenz auf und davon

dpa, Berlin

Beim Weltcup-Auftakt der Eissprinter im Eisstadion Wilmersdorf in Berlin lief Igor Shelesowski (UdSSR) seinen Konkurrenten auf und davon. Der 23jährige Sportlehrer aus Minsk gewann beim 13. Internationalen Sprinter-Meeting alle vier Rennen über 500 und 1000 Meter, lief in 1:14,96 Minuten über 1000 Meter Weltjahresbestzeit, verbesserte über 500 Meter in 37,56 Sekunden den Bahnrekord und führt die Weltcup-Wertung nach der ersten von sieben Veranstaltungen souverän an.

Für eine Überraschung sorgte die Amerikanerin Bonnie Blair. Zweimal gab sie der favorisierten Karin Kania *aus der „DDR“ im Sprint das Nachsehen.* Nach einer Weltjahresbestleistung in 40,74 Sekunden und knapp sieben Zehntel Vorsprung macht sich Bonnie Blair jetzt sogar „Hoffnungen, auch bei der Weltmeisterschaft in zwei Monaten erstmals Gold zu holen“. Über 1000 Meter drehte die 25jährige Dresdnerin Karin Kania den Spieß um und verwies Bonnie Blair in beiden Durchgängen auf Platz zwei.

Das als kleiner Vierkampf gewertete Sprinter-Meeting gewann bei den Herren wie im Vorjahr Igor Shelesowski mit 150,795 Punkten vor dem Amerikaner Dan Jansen (152,550). Das Kopf-an-Kopf-Rennen der Damen entschied Karin Kania (165,030 Punkte) knapp zu ihren Gunsten gegen Bonnie Blair (165,710).

Für die Eisläufer aus der Bundesrepublik Deutschland war ein zehnter Rang von Uwe Streb aus Landshut über 1000 Meter die beste Plazierung. Bei den Damen war die Berlinerin Anja Mischke einzige Vertreterin der Bundesrepublik. Die 19jährige Mehrkampfspezialistin belegte in der Abschlußwertung mit 176,805 Punkten Rang 15.

SKI ALPIN / Ein großer deutscher Erfolg zum Auftakt der Weltcup-Saison

● Im nordamerikanischen Park City begann Michaela Gerg aus Lenggries die neue Weltcup-Saison mit einem überraschenden Sieg im Riesenslalom. Nach dem ersten Durchgang hatte noch die Abfahrts-Olympiasiegerin Michaela Figini (Schweiz) geführt, die am Ende nur den vierten Platz hinter Gerg, Mateja Svet (Jugoslawien) und Vreni Schneider (Schweiz) belegte. Eine positive Überraschung gelang einer Läuferin aus dem B-Kader des Deutschen Ski-Verbandes. Angelika Hurler, mit 1,54 m Größe und 44 kg Gewicht die Kleinste und Leichteste im Weltcup, erreichte Platz neun. Weltcup-Titelverteidigerin Maria Walliser (Schweiz) stürzte im ersten Durchgang, nachdem für sie die viertbeste Zwischenzeit gestoppt worden war.



Ein erhobener rechter Daumen und ein fröhliches Lachen – Michaela Gerg feiert den ersten Sieg der alpinen Weltcup-Saison. FOTO: AP

● Enttäuschend endete für Riesenslalom-Weltmeister Markus Wasmeier (Schliersee) der Weltcup-Auftakt in seiner Spezialdisziplin. Nach seinem neunten Platz am Samstag im Slalom gab er gestern im zweiten Lauf des Riesenslaloms auf. Nach dem ersten Lauf hatte er auf Platz 17 gelegen. Überraschend hatte Hans Stuffer (Samerberg) nach dem ersten Durchgang auf dem dritten Platz gelegen, riskierte aber im zweiten Lauf zuviel und rutschte auf den elften Platz zurück. Sieger wurde der Italiener Richard Pramotton vor Hubert Strolz (Österreich). Pramotton war schon im Slalom Dritter geworden. Hinter dem Sieger Ingemar Stenmark (Schweden) und dessen Landsmann Jonas Nilsson. Stenmark feierte damit seinen 84. Weltcup-Sieg.

Michaela Gerg: Zielstrebig und sehr selbstbewußt

Ihr Lieblingsspielzeug in Kindertagen war ein Affe. Ein Affe mit Skiern an den Beinen. Denn etwas anderes als Skifahren hat Michaela Gerg in ihrer Freizeit nie gekannt. Schon als Vierjährige fuhr sie erstes Rennen. Im Ski-Club Lenggries, in ihrer Heimat.

Mit 15 Jahren wurde sie gleich in ihrem ersten Weltcup-Rennen in Val d'Isère mit der Startnummer 60 Elfte, mit 17 wurde sie erstmals Junioren-Weltmeisterin, mit 18 deutsche Meisterin. Im letzten Winter gewann sie zum Saisonauftakt im ersten Abfahrtsrennen – und jetzt, mit 21 Jahren, steht sie wieder da, wo sie schon zu Beginn der Saison 1985/86 stand: Am Anfang eines verheißungsvollen Winters.

Von 10 000 Zuschauern in Park City im amerikanischen Bundesstaat Utah gefeiert, trat Michaela Gerg nach dem Rennen genauso selbstbewußt auf, wie während des Wettkampfes: „Ich habe dieses Rennen gewonnen, weil ich wußte, daß ich Erste werden konnte.“

Bei ausgezeichneten Wetter- und Kunst-Schneeverhältnissen machte Michaela Gerg vor allem wegen ihrer tadellosen technischen Leistung auf sich aufmerksam. „Es ist sicher schwieriger darauf zu fahren, als auf Naturschnee, aber das macht mir nichts aus,“ sagte sie und machte damit deutlich, wie stark sie sich in dieser Saison fühlt.

Das erste Rennen hatte sie kaum erwarten können. „Auf den Saisonstart bin ganz heiß,“ hatte sie oft gesagt. „Denn wenn das erste Rennen vor der Tür steht, will ich gleich mein Bestes geben.“ Da ist scheinbar nichts zurückgeblieben von den Zweifeln, die aufgetaucht waren, nachdem die letzte Saison trotz des Sieges im ersten Rennen von Mißerfolgen durchsetzt war.

In Park City demonstrierte Michaela Gerg in Worten und Taten, daß sie das Vertrauen in sich und ihr Können nicht verloren hat. Sie fuhr in beiden Durchgängen ein sehr kontrolliertes Rennen, setzte ihre Kraft gezielt ein und und machte damit im zweiten Lauf einen Rückstand von sechs Hundertstelsekunden auf die führende Michaela Figini (Schweiz) wett.

Erst jetzt zahlt sich offenbar aus, was Trainer Willi Lesch bereits in der letzten Saison mit ihr erarbeitet hatte: Die Schwungaussteuerung. Gemeint ist der Einsatz der Kraft während der Kurvenfahrten. Wird der Ski zu früh entlastet, ist er nicht mehr optimal zu kontrollieren, die Schwünge werden ungenau. Offensichtlich ist der verfeinerte Bewegungsablauf jetzt so weit automatisiert, daß Michaela Gerg auch in der Streßsituation eines Wettkampfes nicht wieder in alte Fehler verfällt. In Park City jedenfalls fuhr sie ein technisch einwandfreies Rennen.

Was nicht nur ein Resultat ihrer natürlichen Begabung sondern auch ihres Willens ist. „Sie ist ungeheuer zielstrebig und vor allem sehr, sehr geduldig,“ sagt Trainer Willi Lesch, der Michaela Gerg nun schon im sechsten Jahr betreut. Willensstärke, Ausdauer und Talent sind die Eigenschaften, die Michaela Gerg schon im Kindesalter zu einer überdurchschnittlichen Skiläuferin machten.

Schon ihr Vereinstrainer Martin Haider, *vor mehr als 20 Jahren selbst* ein aktiver Rennläufer, war beeindruckt von dem zielstrebigen Verhalten der jungen Michaela Gerg: „Mir ist von Anfang an das tolle Bewegungsgefühl von dem Madl aufgefallen. Die ist immer schon ganz spielerisch und leichtfüßig Ski gefahren. Aber sie hat auch einen gewaltigen Willen und Trainingsfleiß. Die ist auch als kleines Madl noch bei Regen zum Training gegangen.“

Jetzt gilt es, die gute Frühform zu festigen. „Michaela hat zwar gewonnen, aber das muß nicht bedeuten, daß sie schon in Hochform ist,“ sagt Willi Lesch. Ein gut dosiertes Wett*kampfprogramm ist wichtig, um den* Leistungs-Höhepunkt erst bei den WM Anfang Februar in Crans Montana zu erreichen. Zum Slalom-Wettbewerb trat Michaela Gerg deshalb gestern nicht an. (sid/DW.)

Stenmark: König zwischen ungeliebten Kippstangen

Das Ende seiner Laufbahn hat der Schwede Ingemar Stenmark schon in Aussicht gestellt. „Wenn ich nicht zu den Olympischen Winterspielen 1988 zugelassen werde, und damit rechne ich“, sagt er, „dann ist in drei Monaten Schluß.“ In drei Monaten – das ist die Zeit nach den Weltmeisterschaften (25. Januar bis 8. Februar) in Crans Montana. Dort will Ingemar Stenmark noch einmal Weltmeister werden. Zum vierten Mal nach seinen Titelgewinnen 1978 (Slalom und Riesenslalom) und 1982 (Slalom). Daß dieses Ziel ein absolut realistisches *und Ingemar Stenmark* auch mit 30 Jahren noch immer einer der weltbesten Slalomläufer ist, hat er gleich zum Auftakt der WM-Saison untermauert.

„Ich bin motiviert wie lange nicht mehr“, sagte er vor dem Rennen und ließ den Worten Taten folgen. Sein Sieg beim ersten Weltcup-Slalom ist zugleich Ausdruck seines außergewöhnlichen Bewegungsgefühls und seiner daraus resultierenden Anpassungsfähigkeit an neue Umstände. Stenmark, der bei zuvor 38 Slalom-Weltcup-Siegen wegen seines ungewöhnlich eleganten Fahrstils auffiel, hat sein Fahrverhalten veränderten *Bedingungen anpassen müssen.*

Seit Einführung der Kippstangen sind die Ansprüche an das technische Können der Fahrer gesunken. Ihre Fahrweise erinnert jetzt an die draufgängerische Rücksichtslosigkeit der Abfahrer. „Unästhetisch“, sagt Ingemar Stenmark dazu und faßt seine Empörung so zusammen: „Der Slalom ist zu einer Schlacht degeneriert worden.“ Doch Stenmark hätte das Prädikat „Ausnahmeathlet“ nicht verdient, könnte er sich trotz Unbehagens nicht auf die neue Situation einstellen. Nicht umsonst schult er sommertags sein Bewegungsgefühl durch Seiltanzen und erreichte dabei ein Niveau, *das er selbst als „Zirkus-Klasse“* bezeichnet.

Die vielfältigen Bewegungserfahrungen und das Gefühl für das Gleichgewicht halfen ihm jetzt, auch unter veränderten Bedingungen, das Feld der weltbesten Fahrer zu besiegen. War er in der vergangenen Saison erstmals nach acht Jahren von dem Jugoslawen Rok Petrovic in seiner Vorrangstellung verdrängt worden, so vertauschte Stenmark in diesem Winter erstmals seine berühmt gewordene Bommel-Mütze mit einem Helm und stürzte sich mit Kampfeslust in den Wald der ungeliebten Kippstangen. An Eleganz hat er dabei kaum verloren.

Nach dem ersten Lauf noch Dritter hinter dem Jugoslawen Bojan Krizaj, verwirklichte Stenmark in einem bril*lanten zweiten Lauf, was* er am Vortag bei seinem zweiten Platz im Wettbewerb der World Series schon angedeutet hatte: Er ist technisch und mental bereits in jener Form, die er zum Gewinn eines Weltmeistertitels braucht.

Einen Kampf hat er allerdings schon verloren gegeben, bevor die Saison begonnen hat. In den Wettbewerben Abfahrt und Super-G wird Ingemar Stenmark nicht starten. „Das ist nichts für mich“, sagt er und verzichtet damit freiwillig auf den möglichen Gewinn in der Weltcup-Gesamtwertung. Dreimal hat er den Weltpokal gewonnen, fünfmal war er *Zweiter.*

Jetzt überläßt er den Titel kampflos einem Jüngeren und konzentriert sich ausschließlich auf die Weltmeisterschaften, die seiner Karriere ein glanzvolles Ende bereiten sollen. Eine oder zwei Goldmedaillen in Crans Montana wären nicht nur ein ideell wünschenswerter Abschluß, sie würden vermutlich auch die Werbegeschäfte noch einmal beleben. Und das ist wichtig für die Zeit nach seinem Rücktritt.

Denn Ingemar Stenmark, der im Alter von 16 Jahren auf Schulabschluß und Berufsausbildung verzichtet hatte, um der „beste Skiläufer der Welt“ zu werden, bestreitet seinen Lebensunterhalt allein aus seinem Beruf als Skifahrer. Davon muß er immerhin einen Wohnsitz in Monte Carlo und einen in Gstaad finanzieren. (sid/DW.)

EISHOCKEY / Karl Friesen kehrt zurück

Auf der Suche nach der richtigen Mannschaft

sid, Trail/Calgary

Mühsam kletterte der Mannschaftsbus über die Pässe der Rocky Mountains: Die neunstündige Fahrt der deutschen Eishockey-Nationalmannschaft vom letzten Spiel der zwölftägigen Kanada-Tour in Trail zurück nach Calgary hatte Symbolcharakter. Für Bundestrainer Xaver Unsinn steht bis zur WM im April in Wien noch eine anstrengende Berg- und Talfahrt an. Die sechs Niederlagen in sechs Spielen gegen die kanadische Olympia-Auswahl, das Spiel in Trail endete 5:9, waren geprägt von Höhen und Tiefen und der Erkenntnis, daß dem deutschen Eishockey nach wie vor Spielerpersönlichkeiten fehlen.

Dennoch zog sich die auf vielen Posten neuformierte Mannschaft nach den beiden Einbrüchen zum Auftakt letztlich recht gut aus der Affäre. In der nächsten Woche werden sich Unsinn und sein Assistent Peter Hejma mit Juniorentrainer Hans Rampf zusammensetzen, um die Kanadareise des A-Teams und die gleichzeitige Chinareise des B-Teams auszuwerten. Denn aus der ersten und zweiten Garnitur sollen sich die Spieler für die WM rekrutieren. Unsinn: „Ich will die sportliche Rivalität fördern. Nur mit einem gesunden Konkurrenzkampf läßt sich die Leistung steigern.“

Daneben will Unsinn künftig mehr denn je auf die charakterliche Qualifikation setzen: „Wir können nur mit Leuten arbeiten, bei denen auch das Umfeld stimmt, die sich in eine Mannschaft problemlos einfügen lassen“, sagte der 57jährige und spielte damit auf den Schwenninger George Fritz und den Düsseldorfer Mike Schmidt an, die die bisweilen lange Leine des Bundestrainers strapazierten. Der Enttäuschung über die mangelnde menschliche Stärke der beiden gebürtigen Kanadier standen die positiven Beispiele von Horst-Peter Kretschmer (Rosenheim) und Georg Holzmann (Mannheim) gegenüber, die lange Jahre mit Disziplinlosigkeiten für negative Schlagzeilen gesorgt hatten. „Mit den Jahren ist die Vernunft eingekehrt. Vor allem Kretschmer hat seine besten Leistungen in der Nationalmannschaft gezeigt“, sagte Unsinn.

Neben Leistungsträgern wie Udo Kießling, Harold Kreis oder Gerd Truntschka überzeugten auch der Kaufbeurer Jochen Mörz, die Mannheimer Peter Obresa und Peter Draisaitl und als einziger Neuling der Kölner Torhüter de Raaf. Bei Spielern wie dem Rosenheimer Tony Maidl und dem Mannheimer Michael Eggerbauer zeigte sich allerdings, daß der Sprung vom Klub in die Nationalmannschaft noch zu groß ist. Um so größerer Bedeutung mißt Unsinn der neuen B-Mannschaft bei: „Wer Konditormeister werden will, muß auch erst einmal in die Lehre gehen.“

Unmittelbar nach seiner Rückkehr will sich Unsinn auch mit seinem ehemaligen National-Torhüter Karl Friesen in Verbindung setzen, der nach einem zweijährigen Gastspiel in der nordamerikanischen Profiliga morgen wieder zum SB Rosenheim zurückkehrt und schon zum Rückrundenstart der Bundesliga am Freitag wieder für seine Mannschaft gegen Landshut spielen will.

Kämpfen wird Unsinn in Zukunft auch mit den Klubs, denn nach wie vor ist die Vorbereitung für die ohnehin dünn besetzte Nationalmannschaft zu gering. Während die führenden Nationen oft zwischen 30 und 40 Vorbereitungsspielen absolvieren, muß der Bundestrainer mit zwölf Begegnungen auskommen. Nach der Meisterschaft stehen vor Wien nur noch sechs Spiele gegen Finnland, eine UdSSR-Auswahl und Schweden an.

Parma vor „DDR“-Stars

dpa, Calgary

Die Skispringer aus der „DDR“ hinterließen auch beim zweiten internationalen Test der noch jungen vorolympischen Saison einen guten Eindruck. Beim ersten Wettbewerb auf der 90-m-Schanze im Canadian Olympia-Park von Calgary konnten sie zwar nicht den Erfolg von Jiri Parma (CSSR) verhindern, doch Jens Weißflog als Zweiter, Remo Lederer als Vierter. Ulf Findeisen als Fünfter und Vortagessieger Ingo Lesser als Zehnter plazierten sich im Feld der Aktiven aus zwölf Verbänden wiederum sehr gut und landeten alle unter den ersten Zehn.

Weltmeister Jens Weißflog setzte im zweiten Durchgang mit 114,5 m alles auf eine Karte, doch gaben letztlich die besseren Haltungsnoten und der weitere erste Sprung von Jiri Parma den Ausschlag. Ein Zeichen setzte der Klingenthaler Remo Lederer, ein Schützling von Henry Glass, mit seinem starken dritten Rang. Ingo Lesser schaffte mit 115,5 m Schanzenrekord.

Schettel auf Platz sechs

sid, Altenberg

Zum Auftakt der Drei-Bahnen-Tournee in Altenberg in der „DDR“ überraschten der deutsche Meister Johannes Schettel aus Berchtesgaden und die Gaißacherin Veronika Bilgeri jeweils mit Rang sechs. Dagegen muß der fünfte Rang des Doppelsitzers Thomas Schwab/Wolfgang Staudinger (beide Berchtesgaden) als Mißerfolg gewertet werden. Die Misere dieser Disziplin komplettierten die Weltcup-Dritten Stefan Ilsanker/ Georg Hackl (Berchtesgaden), die nur als 13. das Ziel erreichten.

Die Spitzenplätze blieben auf der erstmals befahrenen neuen Kunsteisbahn im Osterzgebirge eine Domäne der Gastgeber. Im Einsitzer setzte sich Thomas Jacob gegen Weltmeister Michael Walter und Vize-Europameister Jens Müller durch, bei den Damen gab Vize-Weltmeisterin Cerstin Schmidt der EM-Dritten Ute Oberhoffner das Nachsehen. Im Doppelsitzer siegten die Weltmeister Jörg Hoffmann/Jochen Pietsch.

TENNIS / Lendl besiegt, Boris Becker nun Favorit beim Masters-Turnier

„Ich spiele zur Zeit sehr gut. Ich bin es, den die anderen schlagen müssen“

dpa/sid, Atlanta

Nun ruht die Bürde der Favoritenrolle für das Masters-Turnier der acht weltbesten Tennisprofis auf den Schultern von Boris Becker. Erst sah der 19jährige mit Freundin Bennie von der Tribüne aus zu, wie ein vor Ehrgeiz sprühender John McEnroe (USA) den Weltranglisten-Ersten Ivan Lendl (CSSR) im Halbfinale des 500 000-Dollar-Turniers in Atlanta mit 6:4, 7:5 abfertigte. Dann zog Bekker selbst durch ein 6:4, 6:3 gegen den Franzosen Yannick Noah ins Endspiel ein. (Das Finale begann erst nach Redaktionsschluß.)

Bei seiner selbstgewählten Generralprobe vor dem am Mittwoch im New Yorker Madison Square Garden beginnenden Masters präsentierte sich der Wimbledonsieger nach einmonatiger Wettkampfpause wieder in Glanzform und strotzte vor Selbstbewußtsein: „Ich spiele zur Zeit sehr gut. Ich bin es, den die anderen schlagen müssen.“ Und fürchten muß Becker in New York keinen der sieben *Konkurrenten.*

Lendl, auf den er frühestens im Halbfinale treffen kann, fühlt sich nach Hüftproblemen noch nicht wieder in bester Verfassung. Er nannte seine aktuelle Form bei der Niederlage gegen McEnroe: „Lausig!“ Andres Gomez aus Ekuador gewann zwar am Wochenende in Brasilien das letzte Grand-Prix-Turnier der Saison mit 4:6, 6:4, 6:4 über den Franzosen Fleurian, doch Becker schlug ihn zuletzt beim Daviscup-Spiel in Essen sicher.

Den Schweden Mats Wilander, nach Nyström (Schweden) und Leconte (Frankreich) auch beim Masters sein dritter und letzter Vorrundengegner, schaltete Becker in Atlanta glatt mit 7:6, 6:3 aus. Und der Finalgegner und frühere Weltranglisten-Erste John McEnroe hat sich nach mehrmonatiger Turnierpause nicht mehr für das Masters qualifizieren können. Aber auch gegen ihn hatte der Deutsche im Gruppenspiel die Oberhand behalten.

„Es ist frustrierend gegen diesen Becker zu spielen“, sagte der 26 Jahre alte Weltranglisten-Fünfte Yannick Noah nach dem jederzeit packenden und technisch beiderseits brillant geführten Halbfinale von Atlanta. „Ich hatte heute nur dann eine Chance, wenn er mal einen Fehler machte, aber das passierte ja kaum einmal. Er ist zwar ein netter Kerl, aber diesen Aufschlag hasse ich regelrecht.“

Boris Becker freute sich derweil auf das Finale. „Ich finde es gut, nochmal gegen McEnroe zu spielen, gegen einen solchen Klassemann *macht es immer sehr viel Spaß*“, sagte er, „es läuft jetzt wieder ganz hervorragend, nachdem ich Anfang der Woche nach der langen Pause doch einige Probleme hatte.“ Becker hatte neben Siegen über McEnroe und Wilander in den Gruppenspielen gegen den Kalifornier Brad Gilbert in drei Sätzen verloren.

Auch Trainer Günther Bosch war zufrieden. „Nach seiner schweren Grippe und der langen Pause ging es erst einmal darum, Boris wieder in wettkampfmäßige Verfassung zu bringen“, sagte er, „danach ging es um Matchpraxis, und die hat er hier mit fünf Spielen in sechs Tagen reichlich gehabt. Boris geht bestens gerüstet nach New York, und es würde mich nicht wundern, wenn er das Masters sogar gewinnt.“

Bosch versucht unterdessen weiterhin, sich in ungewohnter Rolle in der Umgebung seines Schützlings zurechtzufinden. Denn seit Boris auf den meisten Turnieren von Freundin Benni begleitet wird, ist Bosch, bislang Trainer, Ersatzvater und Mädchen für alles in einer Person, auf sich selbst angewiesen. Eine neue Situation – auch wenn es für derartige natürliche Entwicklungen auch im Tennis Beispiele genug gibt.

Bosch, der Knöpfe annähte, nach Niederlagen tröstete, Trainingsmöglichkeiten organisierte oder seinem Schützling auch sonst die Zeit vertreiben half, findet sich plötzlich in der Reihe der Bergelin, Sjögren oder Palafox, die mit den Jahren die ganz persönliche Betreuung ihrer heranwachsenden Schüler Borg, Wilander und McEnroe in zartere Hände reichen mußten und auf ihren Turnierreisen auf einmal allein frühstücken.

Aber der Trainer, erfahren in der Arbeit mit Jugendlichen, hat dies, so sagt er, erwartet. „Für Boris ist Benni sehr wichtig, also ist sie auch gut für ihn. Wie gut, das haben die letzten Erfolge gezeigt.“ Und das, auch dafür gibt's Beispiele genug, kann nicht jeder Tennis-Trainer sagen.

Sport in Zahlen . . . Sport in Zahlen

BASKETBALL

Bundesliga, Herren, 13. Spieltag: Leverkusen – Charlottenburg 88:76, Bamberg – Gießen 109:78, Ludwigsburg – Osnabrück 96:75, Göttingen – Bayreuth 79:80, – **Damen,** 9. Spieltag: Düsseldorf – Barmen 76:74, München – Wolfenbüttel 90:75, Oberhausen – Köln 76:74.

EISHOCKEY

Freundschaftsspiel in Kimberley/Kanada: Kanada – Bundesrepublik Deutschland 6:3; in Trail: Kanada – Bundesrepublik Deutschland 9:5.

HANDBALL

Karparten-Turnier, Herren in Craiova: UdSSR – Bundesrepublik Deutschland 22:27, Rumänien B – Polen 28:34, Rumänien A – Bulgarien 30:11, Deutschland – Rumänien B 27:22. – **Länderspiel,** Frauen: Bundesrepublik Deutschland – Polen 20:17, Bundesrepublik Deutschland – Polen 16:14. – **Junioren-Länderspiele:** Bundesrepublik Deutschland – Ägypten 25:16, Bundesrepublik Deutschland – Ägypten 23:15.

HOCKEY

Bundesliga, Halle, Herren: Krefeld – RW Köln 4:7, Berlin – Leverkusen 9:7, Gladbach – Hamburg 13:10, SW Köln – Hannover 19:7, Berlin – RW Köln 9:9, SW Köln – Hamburg 10:7, Gladbach – Hannover 16:8, Krefeld – Leverkusen 7:7, Limburg – Frankenthal 13:7, Mülheim – München 12:7, Heidelberg – Stuttgart 9:4, Bad Dürkheim – Rüsselsheim 11:10, Leverkusen – Frankfurt 6:4, Raffelberg – Krefeld 6:4, BW Köln – Hanau 8:3, Frankenthal – Düsseldorf 8:5, Frankenthal – Krefeld 7:4, Leverkusen – Hanau 12:4, BW Köln – Frankfurt 7:8, Düsseldorf – Raffelberg 5:8. – **Damen,** Gruppe Nord: DHC Hannover – Bremen 2:2, Klipper Hamburg – Berlin 9:6, Braunschweig – HC Hannover 11:13, UHC Hamburg – Brandenburg 5:4, UHC Hamburg – Berlin 6:5, Bremen – Braunschweig 1:4, Klipper Hamburg – Brandenburg 5:10, HC Hannover – DHC Hannover 26:1. – Gruppe Süd: Leverkusen – Frankfurt 6:4, Raffelberg – Krefeld 6:4, BW Köln – Hanau 8:3, Frankenthal – Düsseldorf 8:5.

BOXEN

Bundesliga, 2. Wettkampftag: Leverkusen – Ahlen 15:11, Frankfurt – Berlin 14:13.

RINGEN

Endrunde DMM, Gruppe A: Witten – Reilingen 23,5:12,5, Aalen – Schifferstadt 20:16. – Gruppe B: Urloffen – Goldbach 10:27, Bonn-Duisdorf – Wiesental 18:20.

VOLLEYBALL

Bundesliga, Herren: Fort. Bonn – Paderborn 3:0, Gießen – Leverkusen 3:1, Hamburg – Moers 3:0. – **Damen:** Berlin – Lohhof 1:3, Hannover – Schwerte 0:3, *Rüsselsheim* – Feuerbach 0:3, Vilsbiburg – Darmstadt 3:0. – TSC Ost-Berlin – Paderborn 3:0.

FUSSBALL

Erste englische Division, 12. Spieltag: Aston – Arsenal 0:4, Leicester – Chelsea 2:2, Liverpool – Coventry 2:0, Luton – Charlton 1:0, Manchester City – Everton 1:3, Norwich – Oxford 2:1, Queens Park – Sheffield 2:2, Southampton – Watford 3:1, Tottenham – Nottingham 2:3, Wimbledon – Manchester United 1:0. – Tabellenspitze: 1. Arsenal 34 Punkte, 2. Nottingham 32, 3. Liverpool 31.

TENNIS

Einladungsturnier in Atlanta, rote Gruppe: Becker (Bundesrepublik Deutschland) – Wilander (Schweden) 7:6, 6:3, McEnroe – Gilbert (beide USA) 6:1, 6:2. – Blaue Gruppe: Noah (Frankreich) – Mecir (CSSR) 6:4, 6:2, Lendl (CSSR) – Pernfors (Schweden) 6:1, 6:1. – Halbfinale: McEnroe – Lendl 6:3, 7:5, Becker – Noah 6:4, 6:3. – **European Team Championships** der Damen, Gruppe I: Schweiz – Holland 2:1, Holland – Schweden 2:1. – Gruppe II: Frankreich – England 3:0. – Italien – Bulgarien 2:1. – Deutschland – Frankreich 2:1. – Betzner – Calleja 6:7, 4:6, Meier – Suire 6:4, 6:0, Betzner/Singer – Calleja/Suire 7:6, 6:4, Österreich – Italien 2:1, CSSR – Ungarn 2:0. – **Grand-Prix-Turnier** in Valkenswaard, Halbfinale, Doppel: Popp/Riglewski (Bundesrepublik Deutschland) – Oosting/van Boeckel (Holland) 7:6, 7:6. – Einzel, Halbfinale: Boeckel – Bloom (Israel) 6:3, 7:6, Popp – Connell (Kanada) 6:4, 4:6, 6:2.

SKI NORDISCH

Springen auf 90-m-Schanze in Calgary: 1. Parma (CSSR) 220,0, 2. Weißflog 218,3, 3. Lederer (beide „DDR“) 215,5, 4. Vacek (CSSR) 215,4, 5. Findeisen („DDR“) 213,2, 6. Ploc (CSSR) 212,2.

EISSCHNELLAUF

Internationales Meeting in Berlin, 2. Tag, Damen, 500 m: 1. Blair (USA) 40,74 Weltjahresbestzeit), 2. Enke-Kania („DDR“) 41,42, ... 17. Mischke (Bundesrepublik Deutschland) 44,46. – Herren, 500 m: 1. Shelesowski (UdSSR) 37,80, 2. Jansen (USA) 38,09, ... 11. Streb 38,67, ... 28. Gebauer (beide Bundesrepublik Deutschland) 39,57.

EISKUNSTLAUF

Internationaler Wettbewerb der Damen in Tokio: 1. Witt („DDR“) 1,4 Punkte, 2. Ito 2,8, 3. Ozawa (beide Japan) 5,2. – Paare: 1. Walowa/Wassiliew (UdSSR) 1,4, 2. Watson/Oppegard 2,8. – Eistanz: 1. Bestemianowa/Bukin (UdSSR) 1,4.

BOB

Viererbob-Qualifikation in Winterberg: 1. Schliwa, Manke-Reimers, Hampel, Brandes (Winterberg), 2. Lochner, Stockum, Zimmermann, Hörnig (Königssee) 2:48,37, 3. Kurbjuhn, Brattinger, Cruzyger, Gronwald (Unterhaching) 2:48,96. – **Zweierbob** in Königssee: 1. Lehmann/Hoyer („DDR“) 1:40,29, 2. Weder/Schöb (Schweiz) 1:40,32, 3. Falkenberg/Roch („DDR“) 1:40,90, ... 11. Hasenkopf/Steinecker 1:42,38, 12. M. Dostthaler/Eger (aller Bundesrepublik Deutschland) 1:42,60.

SKI ALPIN

Weltcup-Slalom, Herren, in Sestriere/Italien: 1. Stenmark 1:51,19, 2. Nilsson (beide Schweden) 1:51,21, 3. Pramotton (Italien) 1:51,49, 4. Krizaj (Jugoslawien) 1:51,51, 5. Gaspoz (Schweiz) 1:51,80, 6. Benedik (Jugoslawien) 1:51,85, ... 10. Wörndl 1:52,46, 11. Bittner 1:52,56, ... 20. Wasmeier 1:54,12, 21. Roth (alle Bundesrepublik Deutschland) 1:55,23. – **Riesenslalom:** 1. Pramotton 2:45,08, 2. Strolz (Österreich) 2:46,42, 3. Zurbriggen 2:46,46, 4. Gaspoz 2:48,19, 5. Knöri (alle Schweiz) 2:48,46, 6. Camozzi (Italien) 2:48,87, ... 11. Stuffer 2:51,10, ... 18. Namberger 2:52,72, 19. Renotz (alle Bundesrepublik Deutschland) 2:52,92. – Gesamt-Weltcup: 1. Zurbriggen 50 Punkte, 2. Müller (Schweiz) und Pramotton je 40, ... 12. Wasmeier 17, ... 20. Wildgruber 9, ... 26. Wörndl 6. – **Weltcup-Riesenslalom,** Damen, in Park Utah: 1. *Gerg* (Bundesrepublik Deutschland) 2:31,26, 2. Svet (Jugoslawien) 2:31,33, 3. Schneider 2:31,59, 4. Figini 2:31,83, 5. Hess (alle Schweiz) 2:31,96, 6. Quittet (Frankreich) 2:32,04, ... 9. Hurler 2:32,75, ... 14. Stotz 2:33,14, 15. Gersch (alle Bundesrepublik Deutschland) 2:33,20.

RODELN

Dreibahnentournee in Altenberg/„DDR“, Herren, Einsitzer: 1. Jacob 2:52,346, 2. Walter 2:52,925, 3. Müller (alle „DDR“) *2:53,670, ... 6. Schettel* 2:55,541, 7. Hackl 2:55,927, ... 10. J. Dostthaler 2:57,709, 11. Staudinger (alle Bundesrepublik Deutschland) 2:57,935.

SCHACH

Olympiade in Dubai, Herren: Bundesrepublik Deutschland – Schweiz 2,5:1,5. – Kindermann – Wirthenson 1:0, Lau – Zueger Remis, Bischoff – Paros Remis, Hickl – Ruefenacht Remis. – USA – Brasilien 2,5:1,5, UdSSR – Italien 3:1, England – CSSR 2,5:1,5, Island – Ungarn 2:2, Bulgarien – Rumänien 2:1, Frankreich – Spanien 2:2. – Damen: Bundesrepublik Deutschland – Bulgarien 1:1. – Hund – Voiska 1:0, Feustel – Angelowa 0:1, Trabert – Cotschewa Hängepartie. – UdSSR – Frankreich 3:0, Ungarn – USA 3:0, Spanien – Rumänien 1,5:1,5, Kuba – China 2:1, England – Polen 1:0, Jugoslawien – Schweiz 3:0.

TISCHTENNIS

Ranglistenturnier in Kassel, Endstand, Damen: 1. Nolten (Kaiserberg) 30:12 Sätze/10:1 Siege, 2. Wenzel 31:9/9:2, 3. Nemes (beide Saarbrücken) 31:13/9:2, 4. Dekein (Soest) 28:16/9:2, 5. Schreiber (Frankfurt) 24:18/6:5, 6. Freiberg (Kaiserberg) 21:19/5:6. – Herren: 1. Roßkopf (Düsseldorf) 33:11/11:0, 2. Jörg Böhm (Grenzau) 29:12/9:2, 3. Wosik (Düsseldorf) 27:16/8:3, 4. Rebel (Saarbrücken) 26:20/7:4, 5. Stellwag (Reutlingen) 24:18/7:4, 6. Josef Böhm (Grenzau) 26:20/6:5.

GEWINNZAHLEN

Lotto: 2, 5, 6, 18, 25, 29, Zusatzzahl: 35. – **Spiel 77:** 1 2 3 8 8 6 9. – **Glücksspirale,** Endziffern: 5, 73, 406, 1492, 549826. – Losnummer: 8142210, 8728526, 5354214. – Prämienziehung: 076414, 968431, 897718. (Ohne Gewähr).

TISCHTENNIS

Jugend vorn: Roßkopf und Katja Nolten

dpa, Kassel

Ein Generationswechsel wurde beim Deutschen Tischtennis-Bund (DTTB) vollzogen. *Mit Katja Nolten* (16) vom DSC Kaiserberg und Jörg Roßkopf (17) vom Mannschaftsmeister Borussia Düsseldorf gab es die jüngsten Bundesranglisten-Sieger seit 32 Jahren. Die beiden Teenager aus dem Duisburger Tischtennis-Zentrum beendeten das dreitägige Turnier in Kassel am Sonntag mit den stolzen Bilanzen von 11:0 Siegen (Roßkopf) und 10:1 (Nolten). Die deutschen Meister Georg Böhm (Grenzau/2.) und Olga Nemes (Saarbrücken/3.) hatten das Nachsehen.

„Die allgemeine Niveau-Steigerung ist vor allem auf die jungen Leute zurückzuführen. Der Durchbruch von Roßkopf kommt für uns nicht so überraschend wie für viele andere. Er bereitet die Bälle viel besser vor, verringert dadurch die Fehlerquote und besitzt die schnellste Rückhand, die ich kenne“, kommentierte der frühere Weltklassespieler und Sportwart Eberhard Schöler den Aufschwung. Auch DTTB-Präsident Hans-Wilhelm Gäb lobte die Arbeit im Duisburger Zentrum, wo Cheftrainer Charles Roesch besonderen Wert auf technische Schulung legt. „Roesch ist der beste Technik-Ausbilder der Welt“, sagt Gäb. Mit der 15 Jahre alten Cornelia Faltermaier (Klettham) zog sich eine weitere Internatsschülerin als jüngste der 24 Teilnehmer mit 4:7 Siegen achtbar aus der Affäre.

„Ich trainiere täglich sechs Stunden und konzentriere mich ganz auf das Tischtennis“, erklärte Turnier-Sieger Jörg Roßkopf, der inzwischen die Schule mit der Mittleren Reife beendete. Noch im Vorjahr spielte der gebürtige Hesse mit wechselndem Erfolg für FTG Frankfurt in der zweiten Liga. In der laufenden Bundesligasaison mußte der Linkshänder bisher erst eine Niederlage hinnehmen. In Kassel schoß der Jugend-Europameister im Doppel mit glanzvollen Topspin-Bällen Routiniers wie Ralf Wosik (Düsseldorf/3:2), Georg Böhm (3:1) und Engelbert Hüging (Grenzau/3:1) ab. Den Schlußpunkt seiner Galavorstellung bildete das abschließende 3:0 gegen den Saarbrükker Nationalspieler Jürgen Rebel. „Jörg muß nun seine Leistung auf internationaler Ebene stabilisieren“, sagte Roesch.

„Mein Lieblingsschlag ist der Vorhand-Schuß“, charakterisierte Katja Nolten ihre Stärke. Die Gymnasiastin in der elften Klasse sorgte mit dem 3:2 gegen die Weltranglisten-Fünfte Olga Nemes für eine Sensation. Lediglich beim 0:3 gegen Vorjahressiegerin Susanne Wenzel (Saarbrücken) war die 14malige Nationalspielerin chancenlos. Sie sicherte sich danach den Turniersieg durch Erfolge über Anke Schreiber (FTG Frankfurt/3:1) und Judith Stumper (Saarbrücken/3:0).

Die völlig indisponierte deutsche Meisterin Olga Nemes leistete sich auch noch einen *Ausrutscher gegen* Nicole Dekein (Soest) und landete mit 9:2 Siegen auf dem dritten Platz hinter Nolten und Wenzel (9:2). Dennoch bleibt die gebürtige Rumänin aufgrund ihrer internationalen Erfahrung die größte Hoffnung des DTTB für die Weltmeisterschaften im Februar 1987 in Neu Delhi.

LASSEN SIE SICH NICHT VERSCHAUKELN, ...



WEIL ANDERE GLAUBEN, SIE WÜSSTEN, WO ES LANGGEHT.

Warum wollen Sie sich das Recht vorenthalten, Südafrika kennenzulernen?

Sie können doch morgen schon dort sein – mit einem Dutzend oder mehr internationaler Fluglinien.

Lassen Sie sich vom Safari-Fieber anstecken und von Städten faszinieren, die auf Gold und Diamanten gegründet wurden. Die landschaftliche Schönheit und Vielfalt werden Sie bezaubern.

Sie werden von den positiven Veränderungen, die in Südafrika vor sich gehen, angenehm überrascht sein. Allein dies zu erleben ist schon eine Reise wert.

Und gerade jetzt ist Südafrika durch den günstigen Wechselkurs von ganz besonderem Reiz für Besucher.

Erfüllen Sie sich Ihren persönlichen Traum, dieses wunderschöne Land zu erleben, und lassen Sie sich von seinem Zauber gefangennehmen.

Ausführliche Informationen darüber, was Südafrika dem Besucher zu bieten hat, finden Sie in dem neuen SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen.



South African Tourism Board
SATOUR
An der Hauptwache 11
6000 Frankfurt/M. 1
Postfach 10 19 40

DW 1/12

Bitte schicken Sie mir kostenlos das SAAtours Handbuch für Südafrika-Reisen 1987.

Name ____________________

Adresse ____________________

SÜDAFRIKA.

VIELFALT, DIE EIN WIEDERSEHEN WERT IST.

Pankraz, Peter Handke und das Lehrgedicht

Eine uralte Literaturgattung kommt wieder: das philosophische Lehrgedicht. Botho Strauß machte voriges Jahr den Anfang mit seinem faszinierenden Poem „Diese Erinnerung an einen, der nur einen Tag zu Gast war", jetzt folgt Peter Handke mit dem „Gedicht an die Dauer", einer fünfundfünfzigseitigen Eloge in der Bibliothek Suhrkamp, deren Verse in weiten und engeren Bögen um eines der Grundthemen des abendländischen Denkens kreisen, um Zeit und Ewigkeit, Hinfälligkeit des Daseins und Rettung des Bleibenden im Wort, im Kunstwerk, in der Tiefe des gelebten Augenblicks.

Seit Hesiod und Parmenides streitet man um die „Berechtigung" dieser Gattung Lehrgedicht. „Der Dichter soll dem Denker nicht ins Handwerk pfuschen", sagen die einen, „der Dichter erniedrigt sich, wenn er das tut, denn sein Dichten ist wie Natur, es erklärt nichts, es will erklärt werden". Andere sehen die Dichtung ganz im Gegenteil als Vollendung der *Philosophie*, als das im Grunde einzig verläßliche Organon des Denkens, in dem das Sein nicht mit Begriffsmüll zugedeckt, *sondern wirklich „gelichtet" und* „entborgen" wird:

„Waren nicht die ersten Denker allesamt Dichter?", so fragen sie. „Gehört nicht Platon mit seiner Dialogkunst in die Reihe der allergrößten Stückeschreiber? Sind nicht die sublimen und strengen Hexameter des Lukrez dem Sprachgenius eines Vergil ebenbürtig? Und kehrt heute nicht in Gestalten wie Heidegger und Derrida die Philosophie, des eintönigen Rundtanzes in den Vorhöfen der Metaphysik müde geworden, zum wortstiftenden Handwerk des Dichters zurück, um die Dinge endlich selbst zum Tanzen zu bringen? Warum soll es also nicht von Seiten der originären *Dichter eine Gegenbewegung* hin zur Philosophie geben?"

Auf keinen Fall, so möchte Pankraz hier anfügen, würde es den Versefabrikanten unserer Tage schaden, wenn sie sich einmal eines gewissen philosophischen Tiefgangs befleißigten. Leider ist es statt dessen so, daß die meisten von ihnen ihre Weltanschauung vakuumverpackt aus dem Fernsehen, aus der Zeitung oder anderen Sphären des öffentlichen Gewäschs beziehen, ohne selber nachzudenken. Die moderne Sprache ist ja elastisch und reichhaltig genug, um Hohlköpfigkeit zumindest vor den Augen der professionellen Kritiker erfolgreich zu kaschieren. Ein bißchen Wortjonglierei, eine bißchen rhythmische Brechung gängiger Phrasen – schon rangiert man als „hoffnungsvoller junger Autor", als *lesebuchreifes* „lyrisches Talent", von dem „noch viel erwartet werden kann".

Aber müßte eine Hinwendung *zum Lehrgedicht die Sprache nicht* austrocknen? Schrecken nicht die vielen knüppeldürren Lehrgedichte des Humanismus und der Aufklärung, der Pope und Young, der Opitz und Haller? Schließlich ist auch Handkes „Gedicht an die Dauer" ein eher abschreckendes, weil überwiegend unpoetisches Gebilde. Da wird leider nichts gestiftet, dagegen viel verplempert.

„Diese Dauer, was war sie? / War sie ein Zeitraum? / Etwas Meßbares? Eine Gewißheit? / Nein, die Dauer war ein Gefühl, / das flüchtigste aller Gefühle, / oft rascher vorbei als ein Augenblick, / unvorhersehbar, unlenkbar, / ungreifbar, unmeßbar ..." Gäbe es hier nicht die Versbrechungen, keiner käme auf den Gedanken, daß es sich um ein Gedicht handelte. Man würde den Text eher für einen Matura-Aufsatz *zum Thema* „Henri Bergson und die durée reelle" halten. Oder, in seinen besten Passagen, für eine Prosaerzählung aus der Kindheit.

Botho Strauß ist da in seiner „Erinnerung an einen, der nur einen Tag zu Gast war", sehr viel überzeugender. Hält es Handke mit Haller, so Strauß mit Lukrez, d. h. seine Sprache verweigert sich dem Parlando der Alltagsrede, unterwirft sich der strengen Zucht poetischer Gesetze, ringt um Neubildungen, deduziert nicht, sondern postuliert, macht sich nicht zum Knecht des Gedankens, sondern zu dessen Körper. Und das scheint Pankraz das Geheimnis des gelungenen, des großen Lehrgedichts zu sein: Es erklärt eine Sache nicht, sondern verkörpert sie, so wie Hesiod in seinem Gedicht als erster die mythische Götterwelt der Griechen erzählend und sprachbildend verkörpert hat. Auch das neuzeitliche Lehrgedicht muß etwas von jener mythologischen Kraft seiner alten Vorgänger entfalten, wenn es nicht zur bloßen Illustration absinken will.

In Handkes Gedicht sind die mythologischen Momente *allzu selten*, und sie sind durch die Bank anämisch und unkräftig. Die Dauer wird beschworen im Erlebnis einer Mittelmeerfahrt, im plötzlichen Innehalten beim Wiedererkennen von Situationen und Wortfolgen, im Hochgefühl der Heimkehr zu geliebten Orten. Das ist alles fein ausgedacht und arrangiert, entspricht auch durchaus dem Erkenntnisstand über die Dauer des wahrhaft gelebten und liebenden Augenblicks bei Bergson oder Ernst Bloch. Doch sprachmächtig ist es nicht. Die entsprechenden Passagen in der philosophischen Prosa Blochs senken sich viel tiefer ins Gemüt, strahlen viel mehr Poesie *aus als die Verse Handkes*. Weshalb dann noch ein Gedicht?

Ein Lehrgedicht, das rhetorisch unter seinen Möglichkeiten bleibt, verfehlt auch die Höhe der Lehre selbst. Es steht ständig in der Gefahr verflachender Sprachspiele. So oftmals Handke, wenn er etwa dichtet: „Doch das bloße Zuhausehokken genügt nicht; / Ich muß der Dauer entgegengehen. / Dem entgegenzugehen, was mir lieb ist, / oder darauf zugehen, / das beatmet mich, / stärker und nachhaltiger als jeder Dauerlauf ..."

Die Suche nach Dauer als „nachhaltige" Beatmungsmaschine – was für ein banales Bild! Die nicht minder banale Assoziation zum kreislauffördernden Dauerlauf stellt sich fast unvermeidbar ein und zieht das gemeinte Mädchen vollends ins Lächerliche. So leicht darf man es sich nicht machen, wenn man zu den Wiedererweckern einer ehrwürdigen Literturform gezählt werden will.

Pankraz

Deutschland-Tournee der Ballets de Monte Carlo

Bitte viel Herz zeigen!

Adel verpflichtet! Zumal, wenn Prinzessin Caroline von Monaco, einem Wunsch ihrer verstorbenen Mutter folgend, die Tradition der Danse d'école wiederbelebt und in *ihrem Fürstentum* die Ballets de Monte Carlo etabliert. Da kann man nicht mit einer Kunst kokettieren, über die man im Grunde noch nicht verfügt. *Mit einem Wort:* Man muß sich Zeit lassen, bis ein Ensemble reif genug ist.

Seit einem Jahr gibt es die neue Kompanie unter der Leitung von Ghislaine Thesmar, einer ehemaligen „Etoile" der Pariser Opéra, und Pierre Lacotte, einem Choreographen, der sich vor allem als Restaurator der Vergangenheit einen Namen gemacht hat – und schon schickt man sich an, das Erreichte der internationalen Öffentlichkeit preiszugeben. Eine Frist, so lächerlich knapp bemessen, daß man nicht einmal eine Basis schaffen kann.

In der Tat kommt die Truppe gerade bei einem so aristokratischen Stück wie „Thema und Variationen" von George Balanchine immer wieder aus dem Tritt. Die Huldigung an die zaristische Ballettklassik eines Marius Petipa will nicht gelingen. Die Symmetrien der Choreographien wirken unscharf. Lediglich Yannick Stéphant hat das rechte Gardemaß und den hochentwickelten Sinn für Proportionen, während sich Guillaume Graffin mit den ausgezirkelten Äußerungen noch sichtlich schwertut.

Wie man eine noble Allüre mit Leben erfüllt, demonstrieren wenig später Ghislaine Thesmar und Paul Chalmer mit ihrer „Caprice Viennois", die John Clifford auf Salonmusik von Fritz Kreisler choreographiert hat. Ohne erkennbare Anstrengung ertanzen sie sich den Erfolg.

Das seichte Spiel mit dem Sentiment *verwandelt sich unter ihren Fü*ßen zu einem stupenden Stück voller Anmut und Tiefgang, das die alten Kavalierstugenden des klassischen *Balletts in einem neuen Licht erscheinen* läßt. Chalmer, schon in seiner Stuttgarter Zeit ein Solist der alten Schule, trägt zwar seine Partnerin auf Händen, aber er verliert deswegen noch lange nicht seine Haltung. Er bleibt ein Muster von Eleganz.

Auch eine Choreographie wie „Steps After Dawn" von Kevin Haigen nimmt auf die Eigenarten des jungen Ensembles Rücksicht. Ohne *sich wirklich festzulegen*, spielt sie mit Gesten und Gefühlen. Abstrakter Tanz wird hier auf einmal zu einem engagierten Beweis von Empfindungen. Aus einer rasanten Abfolge flüchtiger Begegnungen entwickelt sich immer wieder eine Möglichkeit, Herz zu zeigen.

Haigen hat seine Neumeier-Lektion gut gelernt. Und seine Erfahrungen mit Jiri Kylián geben seinem Beitrag eine Fülle von Facetten. Die Ballets de Monte Carlo, mit Yannick Stéphant und Fréderic Olivieri an der Spitze, fühlen sich im schnellen Stück wohl. Sie müssen sich nicht beweisen. Vielleicht sollte sich Kompaniechef Lacotte daran ein Beispiel nehmen. Sein „Te Deum" (Musik: Georges Bizet), gedacht als krönender Abschluß des ersten Deutschland-Gastspiels, ist eine einzige Peinlichkeit.

HARTMUT REGITZ

Reverenz an einen großen Maler – Florenz und Paris feiern den 500. Geburtstag von Andrea del Sarto

Im Banne der zärtlichen Madonnen

Andrea di Agnolo, nach dem Schneiderberuf seines Vaters genannt Andrea del Sarto (1486–1530), hat die größten Maler der Renaissance – Michelangelo, Leonardo und Raffael – *noch in seiner Vaterstadt* Florenz erlebt. Dann zogen sie nach Rom, und Florenz verlor das Privileg, Hauptstadt der italienischen Kunst zu sein. Der Einfluß ihrer Werke aber blieb dominierend am Arno und wurde das Vorbild für alle Künstler. Auch Andrea del Sarto hat sich Zeit seines kurzen Lebens nie von ihm lösen können oder wollen. Daher gilt er der Kunstkritik als Vorläufer der Manieristen, deren erste Vertreter – Vasari, Pontormo und Rosso Fiorentino – seine Schüler waren.

Vasari hat ausführlich über seinen Meister berichtet. Das Porträt, das er von Andrea malt, zeigt einen blassen, melancholischen Mann, der trotz vieler Aufträge und Erfolge, trotz Leonardos Nachfolge in der Gunst Franz I., dessen Einladungen an den französischen Königshof er nur einmal befolgt hat, von seiner tyrannischen Frau Lucrezia unterdrückt und ruiniert wurde. Aber nicht Vasari, sondern die Kritik der Romantik ist schuld daran, daß Andrea del Sartos Bedeutung seit dem 19. Jahrhundert unterschätzt wurde.

Jetzt hat Florenz, die diesjährige Kulturhauptstadt Europas, ihm zum 500. Geburtstag die größte Ausstellung bereitet, die ihm je gewidmet wurde. 32 seiner Gemälde und 101 *Zeichnungen, alle aus florentini*schem Besitz, sind bis zum 1. März in der Sala Bianca im Palazzo Pitti zu sehen. Erstmals erlauben sie, sein Gesamtwerk (bis auf die zur *Zeit in Paris* gezeigten Auftragswerke für Franz I.) zu überschauen.



Von Michelangelo, Leonardo und Raffael inspiriert: Andrea del Sartos „Johannes der Täufer" FOTO: KATALOG

Die für die Ausstellung restaurierten Gemälde beeindrucken vor allem mit ihrer leuchtenden Chromatik und den klaren Spuren ihrer Inspiration. Kein Zweifel, daß die Zärtlichkeit von Raffaels sublimen Madonnen Pate stand bei den Madonnen des Andrea del Sarto. Nur sind sie weicher in *ihren Konturen* und vibrieren in einem Helldunkel, das an Leonardos Lehren gemahnt.

Andrea del Sartos frühe Fresken können den Einfluß von Ghirlandaio nicht verleugnen. Aber der bewegte Rhythmus seiner Gruppenkompositionen, seine fast naturalistische Liebe zum Detail, zeigen die Handschrift eines Künstlers, der bewußt aus den Lehren seiner Zeit eine eigene Sprache aufbaut. Die fast bildhauerisch wirkende Plastizität seiner Figuren erklärt die Kunstgeschichte mit den Lehren, die er von seinem Freund *Jacopo Sansovino* erhielt. Den hat Andrea del Sarto neben dem Komponisten Aiolle und seinem Selbstbildnis im „Zug der Heiligen Drei Könige" *porträtiert, einem sei*ner interessantesten Gemälde, in dem seine übliche Suche nach formaler Perfektion nervöser Unruhe weicht. In den letzten Kompositionen vor der Pest, die ihn mit 44 Jahren sterben läßt, wird Andrea del Sartos Versuch, die Problematik Leonardos und Michelangelos zu koordinieren, immer deutlicher.

Die Rötel- und Pastellzeichnungen sind wohl der interessanteste Teil dieser schönen Ausstellung. Nicht nur, weil diese Vorstudien für die Gemälde so frisch und lebendig sind. Auch weil sie jetzt neben den Bildern den ganzen Weg ihrer Entstehung erklären. *Das ist, als dürfe man dem Maler* über die Schulter schauen, miterleben, wie er, Technik und Formen wechselnd, schließlich die letzte Vorzeichnung dem Auftraggeber zur Billigung vorlegt – und dann etwas ganz anderes malt.

Der Zeichner Andrea del Sarto, so lehrt die Ausstellung im Palazzo Pitti, war noch bedeutender als der Maler, dem Florenz nach fünf Jahrhunder*ten endlich die gebührende* Reverenz erweist.

MONIKA von ZITZEWITZ

Für den Louvre ist der 500. Geburtstag von Andrea del Sarto eine willkommene Gelegenheit mit einer Ausstellung auch die besondere Bedeutung des Malers für die französische Kunst zu dokumentieren. Andrea d'Agnolo Francesco Lanfranchi, 1486 in Florenz geborener Sohn eines Schneiders (del Sarto) verbrachte den größten Teil seines Lebens in seiner Geburtsstadt. 1530 soll er dort an der Pest gestorben sein.

In den Jahren 1518 und 1519 unternahm er eine seiner wenigen Reisen. Auf Einladung Franz I. von Frank*reich reist er mit seinem Schüler* A. S. Gnazella nach Fontainebleau. Für den König malte er während seines Aufenthalts die „Caritas", ohne Zweifel das einzige italienische Werk in den königlichen Sammlungen, das in Frankreich gemalt wurde.

Um dieses Hauptwerk und die beiden anderen Gemälde die sich im Louvre befinden (die „Jungfrau mit den Engeln", die wohl auch für den *König gemalt wurde sowie die „Heilige Familie"*, die vor der Frankreichreise entstand und 1636 Ludwig XIII. von Kardinal Richelieu zum Geschenk gemacht wurde) organisierte das Graphische Kabinett mit seinem hervorragenden Ensemble von eigenhändigen Handzeichnungen, Kopien und Stichen eine interessante Studienausstellung, in der das sehr eigenständige Genie des Florentiners, der sich nie in eine Schule einordnen ließ, und der Einfluß auf Schüler und Zeitgenossen sowie spätere Künstlergenerationen (Gros, Chasseriau, Redon und Manet) überzeugend dokumentiert wird.

Das Graphische Kabinett besitzt ei*ne Federzeichnung* mit einem Portrait des Florentiners von Bartolomeo Passarotti (1529–1592). Es handelt sich vermutlich um eine Kopie des *Selbstportraits, das del Sarto* 1528/29 malte (heute in den Uffizien). Es zeigt das Bild eines sensiblen, unsicheren, ja fast ängstlichen Mannes, wie ihn Vasari in seinen Viten (1550) schilderte. Ein Blatt der Notizen, die die Brüder Goncourt Mitte des 19. Jahrhunderts von ihrer Italienreise mitbrachten, zeigt das Portrait der Frau del Sartos, Lucrezia del Fede, eine Zuschreibung die allerdings heute sehr bezweifelt wird.

Siebenundfünfzig eigenhändige Arbeiten werden in der Ausstellung präsentiert. Darunter eine große Anzahl hervorragender Zeichnungen: Portraits, Akademien und Skizzenblätter. Zu den bedeutendsten Blättern gehören die Exemplare aus der Sammlung des Bankiers Jabach, die im zweiten Drittel des 17. Jahrhunderts in den Besitz Ludwig IV. gelangten.

Da sind zum Beispiel „Die Anbetung der heiligen drei Könige", eine fast autonome Zeichnung, dann die Skizzen für das Portrait eines Mannes, die wohl, ähnlich wie auch das Blatt mit den Skizzen für die Hunde, Entwürfe für das große Fresko in Poggio a Caiano waren. Neben früheren Zuschreibungen wird mit einigen Beispielen der Einfluß des Meisters auf seine Mitarbeiter und Schüler dokumentiert. Francabigio, Sansovino, Bacchiacca und Pontormo, der ihn um ein gutes Vierteljahrhundert überlebte.

*Alle Exponate stammen aus Pari*ser oder französischen Provinzsammlungen. Im Vergleich mit dem großen Florentiner Ereignis ist die Pariser Ausstellung relativ bescheiden. Doch dank der Schönheit der Exponate, der guten Dokumentation und der Qualität der wissenschaftlichen Bearbeitung vor allem auch des Katalogs ist sie eine empfehlenswerte Manifestation, die man über den großen Ausstellungsereignissen der kommenden Woche keinesfalls vergessen sollte. (Bis 26. Januar, Pavillon de Flore, geöffnet (außer dienstags) 9.45 Uhr bis 17.00 Uhr, Katalog 75 Francs).

ADELHEID DE BROÖNS

Berliner Tagung über „DDR"-Historiographie

Diesseits des Mondes

Seitdem die „DDR" die deutsche Geschichte wiederentdeckt hat und in wachsendem Maße für sich allein beansprucht, ist in der Bundesrepublik ein wachsendes Interesse an der Geschichtsschreibung jenseits *von Mauer und Stacheldraht zu beob*achten. Eine präzise und unvoreingenommene Analyse der „DDR"-Historiographie erscheint in der Tat dringend *erforderlich, um einer Legen*denbildung vorzubeugen: der insbesondere von engagierten Entspannungspolitikern kultivierten Legende, daß sich mit der *Rehabilitierung* von großen Persönlichkeiten der deutschen Geschichte, von Luther über Friedrich den Großen bis hin zu Bismarck, *ein grundsätzlicher Wan*del im Geschichtsbild der „DDR" vollzogen habe.

Daß dieser Befund einer kritischen und von wissenschaftlicher Akribie geprägten Analyse nicht standhält, kann als das Ergebnis einer von Fachhistorikern veranstalteten Tagung der „Gesellschaft für Deutschlandforschung" im Berliner Reichstagsgebäude angesehen werden. Allerdings wurde bei dem Versuch einer Bilanzierung der Historiographie in der „DDR" auch deutlich, daß die dortige Geschichtsschreibung und die ihr zugrunde liegenden Prinzipien in Bewegung geraten sind.

Günther Heydemann vom Deutschen Historischen Institut in Lon*don wies in einem einleitenden Refe*rat darauf hin, daß sich seit einiger Zeit ein Wandel von einem „selektiven" zu einem „integralen" Ansatz der Geschichtsbetrachtung vollziehe. Was war damit gemeint?

Nun, bis in die Mitte der siebziger Jahre, so Heydemann, habe die Historiographie in der „DDR" nur punktuell und ganz eng an der Leine jeweiliger politisher Aufträge gearbeitet. *Diese „ideologisch-doktrinären Sta*gnation" habe nichts als die Darstellung „der anderen Seite des Mondes" zugelassen, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen war, daß in zahlreichen historischen Instituten der „DDR" noch bürgerliche Geschichtswissenschaftler saßen, die nicht ohne weiteres zu ersetzen waren. Erst als eine neue Generation von ideologisch verläßlichen Historikern in die Institute der „DDR" einzog, wurde die massive Intervention der SED-Führung etwas gelockert.

Diese *Lockerung war für die SED*-Führung risikolos, da sie inzwischen mit bürgerlichen Elementen Tabula rasa gemacht hatte und mit „historischen *Revisionisten*" nicht mehr zu rechnen war. Unter strenger Wahrung des marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes auch im integralen Ansatz der gesamtdeutschen Geschichtsbetrachtung werde die Historiographie der „DDR" nun auch ganz offenbar von der Ostberliner Führung dafür eingespannt, das Legitimationsdefizit des SED-Regimes bei ihren Bürgern abzubauen.

Der Freiburger Historiker Klaus Deppermann wies in einem Referat über „Preußischen Absolutismus und Preußens Adel in der Interpretation der DDR-Historiographie" darauf hin, daß hier trotz der Rehabilitierung Friedrichs des Großen nach wie vor das marxistische Geschichtsbild die Beurteilung der preußischen Geschichte präge. Für die Geschichtsschreibung der „DDR" über den Ersten Weltkrieg treffe dies, wie der Historiker Günther Linke von der Bonner Universität hervorhob, in einem noch ausgeprägteren Maße zu.

Dem „deutschen Monopolkapital, *dem monolithischen Militarismus* und aggressiven Imperialismus des deutschen Kaiserreichs" wird nach wie vor allein die Schuld am Ausbruch des Krieges zugerechnet. Auch in Zukunft werde sich, so Linke, daran nichts ändern. Dafür sorge schon die strenge Aufsicht, unter der die „DDR"-Geschichtsschreiber nach wie vor seitens der Sowjetunion stünden.

Über mögliche Konsequenzen aus den gegeben Verhältnissen wurde in Berlin nur in der Kulisse geredet. Dabei wurde beispielsweise die Frage aufgeworfen, ob nicht die SED-Führung mit ihrer Berufung und ihrem Anspruch auf die ganze deutsche Geschichte in Argumentationsschwierigkeiten bei einer zunehmend kritischen Bevölkerung geraten könnte. Schließlich sei nicht einzusehen, warum es zwei deutsche Staaten geben müsse, wo es doch eine gemeinsame Geschichte der Deutschen bis zur erzwungenen Teilung nach 1945 gegeben habe.

AXEL SCHÜTZSACK

Bonns neue Kammerspiele: Calderon und Sobol

Die Welt, ein Jammertal

Was war denn nun das Wichtigste an diesem Theatertag in Bonn? Daß die Bundeshauptstadt ihre neuen Kammerspiele eröffnete? Daß Joshua Sobols „Palästinenserin" die deutschsprachige Erstaufführung erlebte? Daß Bonn überhaupt endlich die Spielzeit 1986/87 eröffnete?

Die neuen Kammerspiele sind eigentlich nur innerlich neu: Ein ehe*maliges Kino – im Bonner Diploma*tenstadtteil Bad Godesberg jahrelang auch als Theater mitbenutzt – wurde zu einem karg-funktionalen schwarzen Kasten umgestaltet und mit einer leistungsfähigen Bühne versehen. Besonders schön ist das nicht, aber praktisch (und eine Million billiger als geplant). Wie man heute so schön sagt: Der Zuschauerraum verhält sich neutral zur Bühne. Aber viel Atmosphäre entsteht dabei auch nicht. Immerhin: Bonn hat nun ein eigenes Schauspiel; die Trennung von Oper und Ballett ist vollzogen. Ob das gut und nötig war? Wer weiß das schon!

Originell wird man die Haus- und Spielzeit-Eröffnung nennen dürfen. Es gab eine Doppelpremiere: Um 16 Uhr begab man sich in den rechtsrheinischen Vorort Beuel, in eine zum Theater umgebaute Fabrikhalle, um dort Sobols „Palästinenserin" anzuschauen. Und vier Stunden später hatte man sich schon in Bad Godesberg einzufinden, wo Calderons „Großes Welttheater" eine Art Taufgabe *des Hausherrn Peter Eschberg* sein sollte. Was Calderon mit Sobol zu tun hat? Formal: Beides ist Spiel im Spiel. Inhaltlich: Die Welt ist halt doch ein rechtes Jammertal.

Um das zu erweisen, mußte Peter Eschberg Calderons barockes Fronleichnamsspiel aber kräftig säkularisieren. Gott sitzt (reisender Papst?) in einer Art Zugabteil und denkt sich mit der verhüllten Welt, der er ein *wenig an der Wäsche nestelt, das Le*bensspiel aus. Zur Verteilung der Rollen verwandelt sich der Herr (müde-elegisch: Manfred Schindler) in einen Zirkusdirektor. So tief ist die Metaphysik gesunken. Dem entspricht auch die Übersetzung des zentralen Spielgedankens. Bisher übersetzte man: „Tue recht – Gott über Euch", bei Eschberg übersetzt man: „Tue recht – Gott bleibt Gott." Das ändert die Perspektive. Für den Barockdichter galt das Leben als Vorspiel zur wirklichen Existenz, in der Bonner Inszenierung knöpft sich die Schönheit, statt Schmuck und Blumen zu erhalten, ein paar Knöpfe auf. So einfach ist das, aber auch so *schlimm. In Bonn* ist Calderons „Welttheater" ein bunt-garstiges Märchenspiel, in dem die Zukunft aus einer Art Schirm von Sonnenkollek*toren besteht. Nein, da ist der Peter* Eschberg hoch gesprungen und jäh und tief gefallen.

Das Wichtigste an dieses langen Bonner Tages Reise ins Theater war weder die Kammerspiel- noch die Spielzeit-Eröffnung. Solche Tiefsprünge erlebt man hier von Zeit zu Zeit. Das Wichtigste war ganz ohne Zweifel Joshua Sobols Stück „Die Palästinenserin", gleichfalls von Eschberg, aber weitaus kompetenter inszeniert. Der Autor, 1939 in Israel geboren, in Paris promovierter Philosoph, Verfasser von 17 Theaterstükken und in Deutschland vor allem durch „Ghetto" und „Weiningers Nacht" bekannt geworden, hat mit diesem Stück in Israel einen regelrechten Theaterskandal entfesselt.

Warum, das wird einem schnell deutlich. „Die Palästinenserin" ist ein vertracktes Stück: Es hat vier Wirklichkeitsebenen, die es ständig gegeneinander ausspielt. Ein Fernsehteam dreht einen Dokumentarfilm über das Verhältnis von Israelis und Palä*stinensern. Es gibt also die Ebene* des Spiels, der Fernseh-Wirklichkeit, der realen Beziehungen zueinander und der künstlerischen Überhöhung in einer Art Ausdruckstanz. Sobol erhellt damit das Grundproblem der Wahrheit: Sie ist so vielfach gebrochen, so sehr von zeitlichen, biographischen und situativen Voraussetzungen abhängig, daß sie fast verschwindet. Sobol ergreift keineswegs einseitig Partei für die Palästinenser, aber er bricht den moralischen Positionen der Kontrahenten die Spitze der Eindeutigkeit ab. Eine geschlagene, getretene Palästinenserin ist ein geschlagener Mensch. Er ist es aber auch nicht, weil er für jeden etwas anderes bedeutet. Dazwischen gehen Mensch und Menschlichkeit verloren. Für diese Vorstellung allein hat sich der Bonner Aufwand gelohnt.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLISCH

JOURNAL

Johannes Schaaf gibt „Rigoletto"-Regie auf

warn. **Hamburg**

Nach scharfen Differenzen mit dem italienischen Star-Bariton Leo Nucci hat der 53jährige Theater- und Film-Regisseur Johannes Schaaf die Regie der für den 20. Dezember geplanten „Rigoletto"-Premiere an der Hamburgischen Staatsoper aufgegeben. Nucci hatte es abgelehnt, in der Konzeption von Schaaf die Titelpartie von Verdis Oper zu singen, da er u. a. aus einem Käfig heraus agieren sollte. Da kurzfristig kein Ersatz für Nucci gefunden werden konnte, soll „Rigoletto" nun mit Nucci, Neil Shicoff und Lucia Aliberti in einer alten Nürnberger Einstudierung von Gilbert Deflo und Ezio Frigerio (Bühnenbild) herauskommen.

Königsmumien sollen wieder gezeigt werden

dpa. **Köln**

Die pharaonischen Königsmumien in Kairo, deren Zurschaustellung auf Erlaß des früheren Staatspräsidenten Sadat verboten worden war, sollen jetzt wieder gezeigt werden. Im Museum selbst werden nur sieben von insgesamt 27 der mumifizierten Könige präsentiert. Die übrigen Königsmumien werden in einem Mausoleum zur Ruhe gebettet, das in einem in Kairo geplanten *neuen Ausstellungshaus* für ägyptische Zivilisation errichtet wird.

Erstmals Asterix-Film in Deutschland produziert

dpa. **Berlin**

Erstmals hat jetzt eine deutsche *Produktionsfirma* die Rechte zur Herstellung eines „Asterix"-Filmes erworben. Die Berliner Firma Extrafilm, die diesen neuen Film in den kommenden zwei Jahren in Zusammenarbeit mit der französischen Produktionsfirma Gaumont herstellen will, gab bekannt, daß sich die Geschichte ihres Streifens voraussichtlich auf das Buch „Der Kampf der Häuptlinge" stützen wird.

Urs M. Fiechtner erhielt „Buxtehuder Bullen"

DW. **Buxtehude**

Der „Buxtehuder Bulle" für das beste Jugendbuch des Jahres ist an den Schriftsteller Urs M. Fiechtner gegangen. Der 31jährige Autor erhielt den mit achttausend Mark dotierten Jugendbuchpreis für seinen *Roman „Annas Geschichte"*.

Ein Figurengarten am Donaudamm

DW. **Wien**

Mit vier Plastiken am Donauufer hat die Stadt Wien jetzt im Rahmen ihrer städtebaulichen *Maßnahmen* begonnen, den Donauraum zu verschönern und künstlerisch auszugestalten. Für die Stadt ist das auch eine Möglichkeit, junge noch unbekannte Künstler zu Wort kommen zu lassen und einem breiten Publikum die Begegnung mit moderner Kunst zu vermitteln. Zwei weitere Arbeiten sollen bis zum kommenden Frühjahr aufgestellt werden. In absehbarer Zeit soll so der ganze Bereich des Donauufers zwischen der Reichsbrücke und dem Getreidespeicher in eine Art „Figurengarten am Donaudamm" umgewandelt werden.



Donausirenen FOTO. MIKES

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Daß man im Schatten von Justitia nicht nur Muffiges, sondern durchaus auch Lustiges finden kann, dafür liefert Helmut Köhler mit seinen vergnüglichen Berichten über die Rechtsfindung deutscher *Richter einen schlagenden Beweis.* Amüsant ist hier nicht nur zu lesen, wie die Richter den Liebeslohn einordnen, oder wann in ihren Augen die Kleidung vor Gericht unanständig ist, das ganze Leben, wie es sich vor den Gerichten abspielt, wird hier fachkundig auf Paragraphen und geschliffene Formulierungen gespießt. Es wird sich, um es mit dem wohl berühmtesten deutschen Rechtslehrer, Paul Schneider, zu sagen, bei demjenigen keine echte Weihnachtsfreude einstellen, wo dieses Büchlein nicht unter dem Christbaum liegt. Ho

Helmut Köhler: „Üb immer Treu und Redlichkeit". Verlag C. H. Beck, München. 180 S., 19.80 Mark.

Italiens Großoffensive gegen das Rauschgift

Spektakuläre Erfolge, doch noch längst kein Durchbruch

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Italien, aufgrund seiner geographischen Lage die vielleicht wichtigste europäische Verschiebestation im illegalen internationalen Rauschgifthandel, hat vor einigen Tagen mit der Beschlagnahme von 110 Kilogramm reinen Heroins in Mailand seinen bisher spektakulärsten Erfolg im Anti-Drogen-Kampf erzielt. Im römischen Innenministerium sieht man darin ein weiteres Signal dafür, daß die Intensivierung und Koordinierung der Rauschgiftfahndung auf nationalem und internationalem Gebiet allmählich Früchte tragen. Der entscheidende Einbruch in die Drogenfront scheint freilich selbst mit dem Mailänder Coup noch nicht gelungen zu sein.

„Der Handel mit Rauschgift und Psychodrogen", heißt es im letzten Lagebericht der Polizei, der die Entwicklung der ersten acht Monate dieses Jahres behandelt, „lastet weiterhin in beträchtlichem Außmaß auf unserem Land. Dies sowohl im Hinblick auf die Befriedigung der inneren Nachfrage als auch hinsichtlich der Verschiebung in andere Länder." Italien, so wird hervorgehoben, sei offenbar die Hauptzwischenstation auf der Drogenstraße von Zentralasien – vor allem Indien –, vom Mittleren und Nahen Osten nach Europa und Amerika. Dabei spielten kriminelle Organisationen wie die Mafia und die Camorra nach wie vor eine große Rolle.

Die Bedeutung des *Mailänder* Fahndungserfolges zeigt ein Vergleich mit den von Januar bis Ende August sichergestellten Heroinmengen: 118 Kilogramm in acht Monaten, also kaum mehr als jetzt in Mailand auf einen Schlag. Von dem bis August sichergestellten Heroin kamen 46 Prozent aus Zentralasien, 20 Prozent aus dem Mittleren und Nahen Osten – hauptsächlich aus der Türkei – und 17 Prozent aus Südostasien.

Während der Heroinverbrauch in letzter Zeit leicht zurückging, stieg der Konsum von Kokain, das zumeist von Schmugglern im Linienflugverkehr aus Südamerika ins Land gebracht wird. Diese Zunahme der Kokainsucht wird von der Polizei auf die weitverbreitete „irrige Überzeugung" zurückgeführt, daß diese Droge weniger gefährlich sei. Außerdem liegt der Kokainpreis niedriger als der Heroinpreis.

Daß die meisten der beschlagnahmten Drogen bisher auf Sizilien sichergestellt wurden, bestätigt einmal mehr die führende Rolle der Mafia in dem über Italien laufenden internationalen Drogengschäft. Im ersten Halbjahr 1986 wurden von dem im ganzen Land beschlagnahmten 6597 Kilogramm Rauschgift 5918 Kilogramm bei Fahndungsaktionen auf Sizilien gefunden. An zweiter Stelle dieser Rauschgiftskala liegt weit abgeschlagen die Region Latium mit der Hauptstadt Rom, wo 145 Kilogramm beschlagnahmt wurden.

Wegen Rauschgiftdelikten wurden im ersten Halbjahr 1986 insgesamt 8824 Personen unter Anklage gestellt. Davon befinden sich 7491 in Haft. Erstaunlicherweise zeigt die regionale Aufgliederung dieser Gesamtzahl ein krasses Mißverhältnis zu den beschlagnahmten Drogenmengen.

Bei den Verhaftungen und Anklageerhebungen steht allerdings nicht – wie bei der Beschlagnahme von Rauschgift – Sizilien, sondern die Lombardei mit 1451 Anklageerhebungen an erster Stelle. Auf Sizilien wurden demgegenüber nur 568 Personen angeklagt. Noch immer bewahrt im Kernland der Mafia offen*sichtlich* die „omertà", die mafiose Mauer des Schweigens, auch viele Rauschgifthändler vor der Enttarnung.

Ein durchschlagender Erfolg im Kampf gegen den Rauschgifthandel scheint unter diesen Umständen in Italien die erfolgreiche Bekämpfung der Mafia zur Hauptvoraussetzung zu haben. Solange die Mafia – trotz aller Nackenschläge der letzten Zeit – weiterlebt und weiterwirkt, sind selbst spektakuläre Fahndungscoups wie kürzlich in Mailand letztlich wohl nur Augenblickserfolge in der Anti-Rauschgift-Kampagne von Polizei und Justiz.

Cary Grant – Sein Name war ein Gütesiegel für „Träume nach Maß"

Der Filmschauspieler Cary Grant, einer der letzten Stars aus der Glanzzeit der Traumfabrik Hollywood, ist gestern im Alter von 82 Jahren in Davenport im US-Bundesstaat Iowa gestorben. Grant hatte nach Angaben des St.-Lukes-Hospitals offenbar einen schweren Schlaganfall erlitten. Am Samstag nachmittag mußte er die Proben zu seiner Ein-Mann-Show „Eine Unterhaltung mit Cary Grant" abbrechen. Er wurde unverzüglich mit einem Notarztwagen ins Krankenhaus gebracht, wo er um 7.22 Uhr (MEZ) starb.

Der als Alexander Archibald Leach am 18. Januar 1904 im englischen Bristol geborene Darsteller galt als Inbegriff traditioneller Kultiviertheit im Sinne Hollywoods. Den Namen Cary *Grant erhielt er 1932, kurz* nach seiner Ankunft aus England, bei der Paramount in Hollywood, wo er mit Marlene Dietrich in dem Film „Die blonde Venus" seinen ersten großen Erfolg feiern konnte. Dieser Name wurde schnell zum „Gütesiegel für Träume nach Maß, und zwar solche Träume, die nicht ganz und gar nach Träumen aussehen", schrieb Christian Ferber zum 80. Geburtstag des Gentleman-Darstellers in der WELT.

Seit 1937 war Grant dann so berühmt und als Schauspieler gefragt, daß er es sich leisten konnte, sich als Freischaffender bei den verschiedensten Filmgesellschaften seine Filmrollen auszusuchen. Grant gehörte jetzt zu den großen Stars wie Clark Gable und Gary Cooper. An seiner Seite spielten Mae West, Marilyn Monroe, Katherine Hepburn, Audrey Hepburn, Ingrid Bergmann, Doris Day und Sophia Loren.

Geliebt und verehrt wurde er vor allem in den fünfziger und sechziger Jahren: Das große Publikum amüsierte sich über den liebenswerten Filmhelden in Komödien wie „Hausboot", „Unternehmen Petticoat", „Vor Hausfreunden wird gewarnt", „Ein Hauch von Nerz" und „Charade". Und alle Hitchcock-Thriller-Freunde schätzten ihn als charmant-*doppeldeutigen Darsteller in* „Über den Dächern von Nizza" und „Der unsichtbare Dritte".

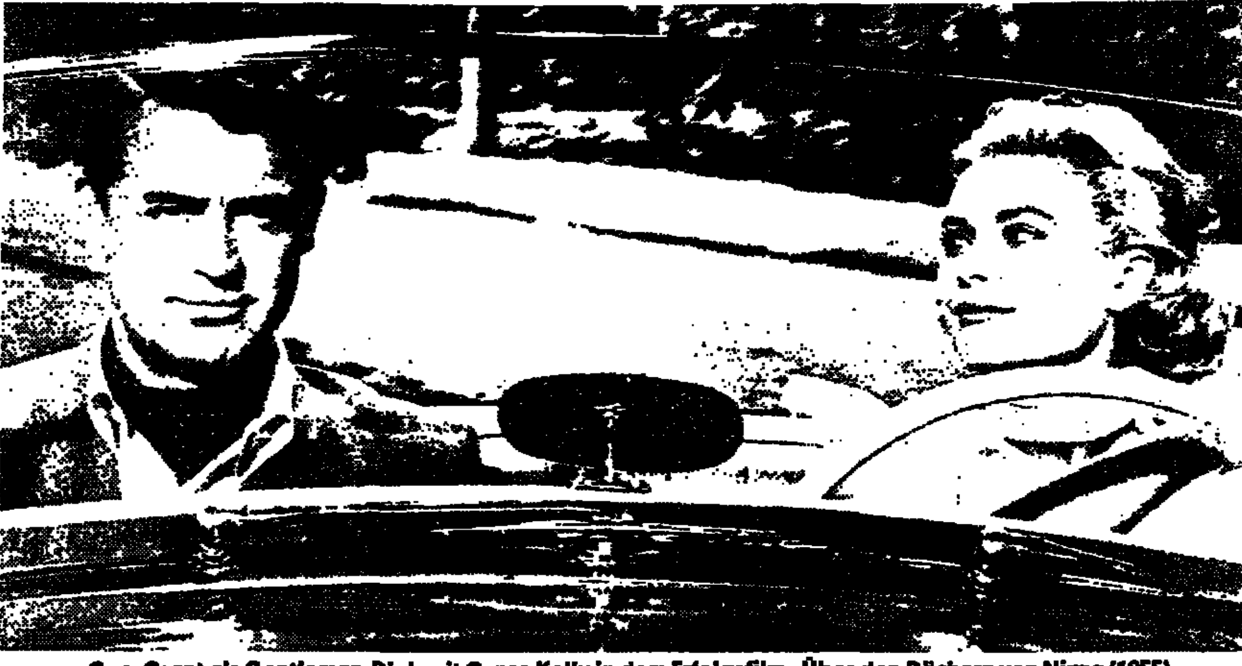
In älteren Schwarzweißfilmen glänzte er in der umwerfenden Komödie „Leoparden küßt man nicht" von Howard Hawks, in der skurrilen Parodie auf Horrorfilme „Arsen und Spitzenhäubchen" von Frank Capra oder in den zu den besten Filmen Hitchcocks gehörenden „Verdacht" und „Berüchtigt".

In mehr als siebzig Filmen spielte sich Cary Grant in die Gunst seines Publikums – bis zu jenem Jahr 1966, als er sich entschied, aufzuhören. Die *Motive* für seinen Rückzug interpretiert jedes Blatt anders. Die einen zitieren seine Ablehnung neuerer Hollywood-Filme, wenn er geklagt haben soll, daß die Eleganz von damals dahin sei: „Gefragt ist bloß Naturalismus." Andere wiederum halten seine Abstinenz für eine gekonnte Dramaturgie der eigenen Biographie: „Höre auf, *wenn sie noch* lachen und immer mehr haben wollen", soll er gesagt haben. Sein letzter Filmtitel lautete „Nicht so schnell, mein Junge". Für seine Verdienste um den amerikanischen Film zeichnete ihn Hollywood 1969 mit einem Spezial-„Oscar" aus.

Gary Grant vor zwei Jahren an seinem 80. Geburtstag FOTOS: AP/DEFD

Während Grant in seinen Filmen fast immer als lächelnder Sieger aus Kämpfen hervorging, gelang ihm das im Privatleben nicht. Fünf Mal war er verheiratet; zuletzt mit der 47 Jahre jüngeren Barbara Harris, die er 1981 heiratete. Aus seiner vierten Ehe stammt Grants einziges Kind, eine Tochter.

Aber *unbeschadet* dieser privaten „Wirren" blieb Grant für seine Anhänger und vor allem Anhängerinnen der große Charmeur, der bis ins hohe Alter frisch und gut aussah, was er nicht zuletzt seiner Vorliebe für frugale Mahlzeiten zu verdanken hatte. Der Schauspieler war in den letzten zwanzig Jahren als Verwaltungsratsmitglied mehrerer Großunternehmen tätig und widmete sich verschiedenen Wohlfahrtsorganisationen. gh.



Cary Grant als Gentleman-Dieb mit Grace Kelly in dem Erfolgsfilm „Über den Dächern von Nizza (1955)

Neue Fahrkarten der Bahn erinnern an Flugtickets

AP, Frankfurt

Die Deutsche Bundesbahn macht jetzt auch äußerlich ihren Anspruch deutlich, gleichberechtigt mit dem Flugzeug den Wettbewerb um Reisende anzutreten: Von heute an wird es neue Fahrkarten geben, die in Format und Aufbau den Flugtickets entsprechen. „Für die von Hand ausgestellten Fahrkarten gilt die neue Form ab 1. Dezember 1986, für die Fahrkarten aus Computern bei Fahrkartenausgaben und Reisebüros ab 1. Mai 1987", hieß es in der Mitteilung der Hauptverwaltung der Bahn in Frankfurt. Bei der Gestaltung sei auch auf attraktives Aussehen geachtet worden. Die Bahn möchte mit der Neuordnung der Daten auf dem Vordruck „die Übersichtlichkeit für den Reisenden und für das Zugpersonal" erhöhen. Außerdem seien die neuen Tickets „in hohem Maße fälschungssicher".

Kind störte: Mord

hrk. Berlin

Eine 28jährige Berlinerin erwürgte ihren zweijährigen Sohn Christopher im Schlaf, weil das Kind ihrer Beziehung mit einem anderen Mann im Wege stand. Als Motiv gab die Mutter an, ihr neuer Freund – sie lebte in Scheidung – habe von ihr verlangt, ohne das Kind zu ihm zu ziehen. Die Täterin war von einer Spaziergängerin beobachtet worden, als sie die Leiche des Kindes in einem Wäldchen verscharrte.

Hartnäckige Raucherinnen

AP, Atlanta

Frauen wollen sich das Rauchen offenbar nicht in dem Maß abgewöhnen wie Männer. Dies ist das Ergebnis einer großangelegten Untersuchung der Gesundheitsbehörde von Atlanta (US-Bundesstaat Georgia). Demnach sind im vergangenen Jahr 25 000 aktive und ehemalige Raucher befragt worden. 42,3 Prozent der noch rauchenden Männer gaben zu, daß sie bereits wenigstens einmal versucht hätten, auf das Nikotin zu verzichten, während dies nur 39,8 Prozent der Frauen versucht hätten.

Bus von IC erfaßt

dpa, Mannheim

Beim Zusammenstoß eines Omnibusses mit dem Intercity (IC) „Saarkurier" sind in der Nacht zum Sonntag im Mannheimer Vorort Neuhermsheim zwei Menschen getötet und sechs verletzt worden. Der Omnibus war am Samstag abend wegen Nebels und überhöhter Geschwindigkeit auf den Gleisbereich geraten und von dem Zug 500 Meter weit mitgeschleift worden. Der 51 Jahre alte Busfahrer und ein 16jähriger Insasse starben an der Unglücksstelle.

Nachimow: 423 ertranken

AFP, Moskau

Der Untergang des sowjetischen Passagierschiffes „Admiral Nachimow" am 31. August im Schwarzen Meer hat 423 Menschenleben gefordert. Dies gab der neue Minister für die Handelsmarine, Jurij Volmer (53) bekannt, der den 68jährigen Timofeij Gujenko am 26. Oktober abgelöst hatte. Am Freitag hatte die „Moskowskaja Prawda" erstmals zugegeben, daß diese Umbesetzung eine direkte Folge des Schiffsunglücks war.

Drogenprozeß beginnt

rtr, Kuala Lumpur

Vor einem Gericht der malaysischen Stadt Penang beginnt heute der Prozeß gegen den 24jährigen Frank Förster aus Hallgarten im Rheingau. Der seit November 1983 in Penang inhaftierte Förster ist des Besitzes von 239 Gramm Haschisch angeklagt. Jeder, der in Malaysia mit mehr als 200 Gramm Haschisch oder 15 Gramm Heroin aufgegriffen wird, gilt als Drogenhändler. Sollte Förster schuldig gesprochen werden, droht ihm die Todesstrafe. Förster ist der erste Westeuropäer, dem nach den strengen Gesetzen zur Drogenbekämpfung in Malaysia der Prozeß gemacht wird.

Einem Teil unserer heutigen Ausgabe liegt eine Spielschein-Kombination Zahlenlotto 007/Lotto am Mittwoch 007 Systemservice-Sonderscheine der Westdeutschen Lotterie GmbH & Co. bei.

WETTER: Hochdruckeinfluß

Lage: Ein Hoch über dem südlichen Mitteleuropa bestimmt das Wetter Deutschlands. Nur der Norden wird abends und nachts von einem schwachen Tiefausläufer gestreift.

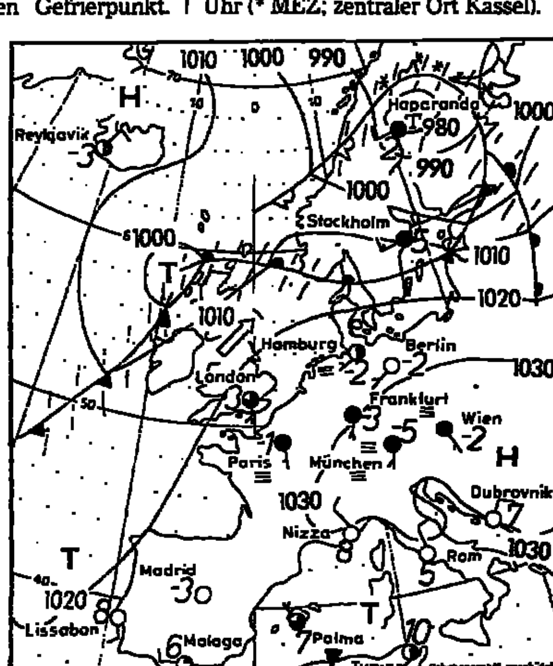
Vorhersage für Montag: Frühmorgens verbreitet Nebel und Reifglätte. Am Tage im Norden und Westen sonnig oder nur leicht bewölkt, im Süden vielfach länger andauernder Nebel. Temperaturen 5 bis 9 Grad, bei Nebel um den Gefrierpunkt. Zum Abend hin zeitweise etwas Regen. In der Mitte und im Süden erneut Nebelverstärkung. Nachts im Norden um 3, in der Mitte und im Süden Null bis minus 5 Grad.

Weitere Aussichten: Im Süden Nebelauflösung, Wolkenauflockerung. Wenig Temperaturänderung.

Sonnenaufgang am Dienstag: 8.05 Uhr*, Untergang: 16.17 Uhr; **Mondaufgang:** 9.33 Uhr, Untergang: 16.22 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 1. Dez., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in °C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Sonntag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	3	he
Bielefeld	5	he
Braunlage	6	he
Bremen	4	he
Dortmund	7	he
Dresden	2	he
Düsseldorf	6	he
Erfurt	2	he
Essen	6	he
Feldberg/S.	6	wl
Flensburg	3	bd
Frankfurt/M.	-2	S
Freiburg	-1	wl
Garmisch	2	wl
Greifswald	3	Ne
Hamburg	4	he
Hannover	4	he
Kahler Asten	5	he
Kassel	-1	Ne
Kempten	4	wl
Kiel	3	he
Koblenz	1	he
Köln-Bonn	5	he
Konstanz	-1	Ne
Leipzig	4	wl
List/Sylt	7	bw
Lübeck	5	he
Mannheim	-1	bd
München	-2	he
Münster	4	he
Norderney	4	he
Nürnberg	-1	bd
Oberstdorf	4	wl
Passau	-2	Ne
Saarbrücken	-3	Ne
Stuttgart	-2	he
Trier	-3	Ne
Zugspitze	1	wl

Ausland:		
Algier	13	R
Amsterdam	4	wl
Athen	11	he
Barcelona	14	he
Belgrad	2	bd
Bordeaux	6	Ne
Bozen	5	wl
Brüssel	5	wl
Budapest	-1	Ne
Bukarest	4	he
Casablanca	22	wl
Dublin	10	bd
Dubrovnik	12	wl
Edinburgh	11	bw
Faro	16	he
Florenz	12	wl
Genf	4	he
Helsinki	3	he
Hongkong	18	bw
Innsbruck	3	wl
Istanbul	8	bw
Kairo	19	he
Klagenfurt	0	bd
Konstanza	–	–
Kopenhagen	7	he
Korfu	15	wl
Las Palmas	23	he
Leningrad	3	he
Lissabon	12	he
Locarno	8	wl
London	7	bd
Los Angeles	15	wl
Luxemburg	-3	bd
Madrid	10	wl
Mailand	7	wl
Malaga	17	bw
Mallorca	16	bw
Moskau	2	bd
Neapel	13	he
New York	6	wl
Nizza	17	wl
Oslo	7	bw
Ostende	4	wl
Palermo	17	bw
Paris	1	Ne
Peking	8	wl
Prag	0	Ne
Rhodos	15	wl
Rom	9	he
Salzburg	-2	bw
Singapur	–	–
Split	14	he
Stockholm	5	R
Straßburg	-2	Ne
Tel Aviv	11	R
Tokio	13	bw
Tunis	17	bw
Valencia	12	Sp
Varna	8	he
Venedig	8	he
Warschau	1	R
Wien	3	bw
Zürich	-2	Ne

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Straßenräuber als Gentleman

AP, Melbourne/Florida

Ein wohlgekleideter Straßenräuber hat die Einwohner mehrerer Ortschaften in Florida nicht nur mit seinen guten Umgangsformen, sondern auch mit seiner Rücksicht auf die Nöte seiner Opfer in Staunen versetzt. Wie die Polizei berichtete, hatte der Gentleman-Räuber am Mittwoch mit vorgehaltener Pistole einen älteren Mann beraubt. Als dieser klagte, seine Uhr sei ein Andenken an seine kürzlich gestorbene Frau, habe der Räuber sich entschuldigt und ihm das begehrte Stück zurückgegeben.

Ein anderes Mal hatte der Räuber einem Opfer einen Teil des Geldes zurückgegeben, damit es nach Hause fahren konnte. In einem weiteren Fall drückte er einem Ehepaar den zuvor gestohlenen Scheck wieder in die Hand, damit es die Rechnung für seinen Umzug begleichen könne. Seit Beginn der Woche zählte die Polizei fünf Überfälle nach diesem Muster.

Keine Gefahr für Bluter

Bonn: Aids-Viren werden durch Medikamente nicht übertragen

dpa, Bonn

Das Bundesgesundheitsministerium ist am Wochenende Berichten entgegengetreten, wonach bei der Behandlung der Bluterkrankheit die Gefahr einer Aids-Infektion besteht. Eine Sprecherin des Ministeriums erklärte, das Problem datiere aus der Zeit, als ein Aids-Test noch nicht verfügbar gewesen sei. Die Sorgen von Patienten, die auf die Einnahme solcher Mittel angewiesen sind, seien unbegründet. In den Berichten hatte es geheißen, daß in Medikamenten gegen die Bluterkrankheit, die aus gespendetem Blut gewonnen werden, bis vor gut einem Jahr der Aids-Virus enthalten war und so Aids-Erkrankungen ausgelöst wurden.

Anfang 1985, so das Ministerium weiter, habe das Bundesgesundheitsamt für die in der Bundesrepublik vertriebenen Arzneimittel Herstellungsverfahren angeordnet, mit denen die Übertragung von Aids durch diese Präparate ausgeschlossen werde. Dies sei der Öffentlichkeit mitgeteilt worden. Es sei jedoch unabdingbar, daß die Bluterkrankheit mit aus Blut hergestellten Arzneimitteln behandelt werde. Diese Medikamente seien lebensnotwendig.

Professor Klaus Schimpf, ärztlicher Direktor der Rehabilitationsklinik und des Hämophilie-Zentrums Heidelberg, sagte, Berichte über Aidserkrankungen bei Blutern (Hämophile) rückten diese in die Nähe von Homophilen. Freunde oder Verwandte würden fragen, ob sie überhaupt noch mit Blutern umgehen könnten, ohne sich anzustecken. Eine Übertragung des Aids-Virus sei aber nur durch infiziertes Blut oder durch Geschlechtsverkehr mit Infizierten möglich. Der Leiter des Berliner Tropeninstituts bestätigte, die Übertragung von Aids-Viren sei bis vor eineinhalb Jahren möglich gewesen, jetzt aber gebannt.

Häftling will Sohn bei sich haben

dpa, Schwalmstadt

Ein Betrüger und Hochstapler, der im nordhessischen Schwalmstadt eine siebenjährige Haftstrafe verbüßt, will zumindest zeitweise während seiner Haft mit seinem dreijährigen Sohn zusammenleben. Der Häftling Norbert Zöller (40) und seine in Frankfurt lebende Frau Claudia begründeten den Antrag an die Leitung der Justizvollzugsanstalt mit dem Gleichheitsgrundsatz von Mann und Frau. Was Müttern im Gefängnis zustehe, müßte auch den Vätern ermöglicht werden, damit sie sich nicht von ihren Kindern entfremden. Zöller war im März vom Darmstädter Landgericht wegen verschiedener Betrügereien im Showgeschäft zu einer Haftstrafe verurteilt worden. Zöllers Ehefrau rechnet damit, daß der Antrag abgelehnt wird. Die Anwälte der Familie bereiten deswegen mit Hilfe eines Rechtsprofessors eine Verfassungsbeschwerde vor.

Ihre Stadtfreiheit verdanken die Bremer Barbarossa

W. WESSENDORF, Bremen

Keine andere Urkunde ist den Bremern so wichtig wie die, die verschollen ist: Exakt 800 Jahre ist sie in diesem Herbst alt, trägt das Signum von Kaiser Friedrich I., dem legendären Barbarossa, und sichert den Bremer Bürgern ihre ersten und ältesten, vom Kaiser urkundlich verliehenen Bürgerfreiheiten. Das können die Bremer allerdings nur einem Faksimile entnehmen. Ausgestellt am 28. November 1186 auf der Kaiserpfalz zu Gelnhausen, gilt das sogenannte Barbarossa-Privileg als einer der gewichtigsten Meilensteine in der Entwicklung der Hansestadt zur städtischen Eigenständigkeit.

Ausgerechnet ein Bischof . . .

Und das soll heute mit einem Festakt gefeiert werden. Bürgermeister Klaus Wedemeier (SPD) bittet zur Feier der 800. Wiederkehr in Bremens Prachtsaal der Oberen Rathaushalle.

Im Mittelpunkt der Festreden stehen die drei Freiheiten: Status eines freien Bürgers, kaiserlicher Schutz ihres Erbes und Anspruch auf den Besitz von Grund und Boden.

Ein Wermutstropfen fällt allerdings auf den Gedenktag: Die Urkunde mit den verbrieften Rechten befindet sich nicht in Bremen. Zwar durfte Bremens Kultursenator Horst-Werner Franke (SPD) in Begleitung des Stadtarchivars Hartmut Müller im Oktober dieses Jahres als erster westdeutscher Politiker Bremer Archivalien einsehen, die seit Kriegsende in Moskau lagern. Doch die Urkunde befand sich nicht darunter. Zumindest aber das Barbarossa-Privileg ist im Faksimile erhalten. Rechtzeitig vor den Wirren des Zweiten Weltkrieges, in denen das Dokument für die Bremer verloren ging, wurde das kostbare Stück zum Glück fotografiert.

Für die Feier des historischen Ereignisses vor 800 Jahren haben sich *die traditionsbewußten Hansestädter* einiges einfallen lassen. Schauspieler des Bremer Theaters lesen zum Thema „Stadtfreiheit und Bürgerfreiheit". Die Akademie für Alte Musik spielt auf historischen Instrumenten hanseatische „Rathsmusik" des 17. Jahrhunderts.

Kaiser Otto I. verlieh bereits 965 den Bremern das Marktrecht, das heute als Geburtsstunde der inzwischen mehr als tausendjährigen Stadtgeschichte gilt. Erinnert wird an das Jahr 1646, als Kaiser Ferdinand III. die Hansestadt in den Rang einer unmittelbaren freien Reichsstadt erhob. Ein Status, aus dem die Hansestadt noch heute ihren Anspruch als ein freies, selbstbestimmendes Bundesland herleitet. Bremen ist die zweitälteste noch existierende Stadtrepublik der Welt; sie wird nur noch von dem als Stadtstaat wenig älteren San Marino übertroffen. Doch der lange Weg vom Marktflecken Ottos des Großen zur freien Reichsstadt wäre ohne die 800 Jahre alten Privilegien Barbarossas kaum möglich *gewesen.*

Es war übrigens ein Bischof, der die allmähliche Loslösung Bremens aus der Bevormundung durch die bis dahin alles beherrschenden geistlichen Landesherren in Szene setzte. Ausgerechnet Hartwig II., den die Bremer wegen späterer Verfehlungen nicht gerade in guter Erinnerung haben, hatte sich einst mit drei Abgesandten und einer großen Heerschar geistlicher Würdenträger auf den Weg gemacht, um dem aus Italien heimkehrenden Staufer-Kaiser die Bremer Bevorrechtigung zu empfehlen.

„Stadtluft macht frei"

Und der Kaiser, der nicht schreiben konnte, bestätigte mit dem ihm eigenen komplizierten Monogramm aus allen Anfangsbuchstaben seiner Namen und Titel – Fridericus Dei Gratia Romanum Imperator Augustus –, was Hartwig vortrug. Damit galt nach dem Kaiserprivileg der Grundsatz „Stadtluft macht frei". Ausgenommen die „Hörigen der Kirche". Das hatte sich Hartwig so ausbedungen.

Die Barbarossa-Privilegien standen am Anfang bremischer Stadtfreiheiten, darin sind sich die Historiker einig. Stadtarchivar Hartmut Müller: „Sie beseitigten Hinderungen für die Kräfte, die sich in der Stadt und von hier aus entfalten wollten. Die Privilegien waren der Geburtsbrief des bremischen Bürgerrechts."

ZU GUTER LETZT

„In Frankreich wird Pferdefleisch gegessen? Entsetzlich! Wo ich doch darauf dränge, daß alle Menschen Vegetarier werden. Dann wären sie nämlich weniger aggressiv." – Muammar el-Khartum Khadhafi, libyscher Vegetarier, in einem Interview mit dem französischen Fernsehen.